



universität
wien

DIPLOMARBEIT

TITEL DER DIPLOMARBEIT

Das Burnout der Demokratie.

Eine politpathologische Analyse aus akutem Anlass.

VERFASSEN

Katharina Baumhake

ANGESTREBTER AKADEMISCHER GRAD

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt

Politikwissenschaft

Betreuer

Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert

INHALTSVERZEICHNIS

0	VORWORT	7
1	EINLEITUNG.....	9
1.1	„PATIENT DEMOKRATIE“ – EINE ANAMNESE.....	10
1.2	KRISE ALS CHANCE?.....	11
1.3	DAS BURNOUT DER DEMOKRATIE – EINE THESE	13
1.4	FRAGESTELLUNG UND AUFBAU – WHERE DO WE GO FROM HERE?	14
1.5	DIE ANATOMIE DER DEMOKRATIE	17
1.5.1	Die Ur-Demokratie.....	18
1.5.2	Begriffsklärung	19
1.5.3	Demokratie im Wandel.....	20
1.5.4	Demokratie in der Krise?	21
1.6	POSTDEMOKRATIE: WENN DIE POSTDEMOKRATIE ZWEI MAL KLINGELT	24
1.6.1	Post-Ismen	24
1.6.2	Begriffsgeschichte	24
1.6.3	Die Darstellung der Postdemokratie-Theorie nach Colin Crouch.....	26
1.6.4	Post-Debatte und Post-Kritik	29
2	AKTEURE	33
2.1	ÖKONOMIE	34
2.1.1	Kapitalismus und Demokratie: eine seltsame Beziehung.....	34
2.1.2	Schwierige Verhältnisse: Gleichheit und Freiheit – Liberalismus und Demokratie	36
2.1.3	Lobbydemokratie und nebulöse Machtkomplexe.....	39
2.1.3.1	Wenn die Korruption wie geschmiert läuft	40
2.1.4	Der „Beschleunigungsunfall“	42
2.2	DER STAAT	45
2.2.1	Definition	45
2.2.2	Der Staat und seine Verfallserscheinungen: Autonomieverlust und Kontrollwahn	46
2.2.2.1	Autonomieverlust	46
2.2.2.2	Kontrollwahn	49
2.2.3	Dank der Krise aus der Krise?	51

2.3	POLITIKER UND PARTEIEN	53
2.3.1	<i>Anforderungsprofil an den Politiker</i>	53
2.3.2	<i>Ansprüche an die Parteien</i>	55
2.3.3	<i>Der Verfall der politischen Repräsentation</i>	56
2.3.4	<i>Ökonomischer Druck</i>	57
2.3.5	<i>Mitgliederverluste, Ansehens- und Vertrauensverluste</i>	57
2.3.5.1	Mitgliederverluste	57
2.3.5.2	Warum wir unserem Mineralwasser mehr vertrauen, als den Politikern	59
2.3.5.3	Der Wahlkampf als Wettkampf.....	61
2.3.5.4	Die Tragik der Politik oder „Die inhaltliche Beliebigkeit der Parteiprogramme“	63
2.3.5.5	„Der politische Patient“ oder „Das Ergrauen der politischen Elite“	64
2.3.6	<i>Politainment und politische Inszenierung</i>	66
2.3.6.1	„There’s no business like showbusiness“ oder „Ein Griff in die Trick-Kiste des Entertainments“	68
2.3.6.2	Politainment als neue Erscheinung? – Geschichtlicher Abriss: Politik und Symbol	72
2.3.6.3	Veränderungen und Probleme in der politischen Inszenierung	75
2.3.7	<i>Spin Doktoren: Wer spinnt hier die Fäden?</i>	79
2.3.7.1	Die Souffleure der Politik.....	81
2.3.8	<i>Meinungsforschung: Freund und Feind</i>	85
2.3.8.1	Demoskopie ≠ Demokratie oder „Vom Meinungsforscher zum Meinungsmacher“	86
2.3.9	<i>Zwischenfazit: Politiker und Parteien</i>	94
2.4	MEDIEN	95
2.4.1	<i>Aufgabe der Medien</i>	97
2.4.2	<i>Medien in der Krise oder „Der Bedeutungsverlust der Nachrichtenfabrik“</i>	100
2.4.3	<i>Medien im Wandel: von der parlamentarisch-repräsentativen zur medial-repräsentativen Demokratie</i>	103
2.4.4	<i>Medien und Politik: Wechselspiel aus Nähe und Distanz</i>	104
2.4.5	<i>Zwei verschiedene Zeitzonen?</i>	108
2.4.6	<i>„Out of records“ und „Off camera“</i>	112
2.4.7	<i>Rollentausch: Wer beeinflusst da wen?</i>	113
2.4.8	<i>Macht der Medien – die vierte Gewalt</i>	115
2.4.9	<i>Medien und politische PR oder „Von Medienhaien und Hexenmeistern“</i>	118

2.4.10	<i>Demokratie reloaded</i>	119
2.4.10.1	Web 2.0: ein zweischneidiges Schwert für die Demokratie	121
2.4.10.2	Vom passiven Nutzer zum aktiven Produzter.....	122
2.4.10.3	Politik im Netz oder „Democracy 2.0 meets Citizen 2.0 meets Government 2.0“	125
2.4.10.4	Lost or found in Cyberspace?	128
2.5	DEMOS	133
2.5.1	<i>Wanted! oder „Die Zutaten für einen perfekten Bürger“</i>	133
2.5.2	<i>Das private Burnout der Ausgebrannten oder „Running Out Of Time“</i>	134
2.5.3	<i>Politikverdrossenheit</i>	138
2.5.3.1	Politikverdrossenheit durch Politik.....	139
2.5.3.1.1	Der ermüdete Bürger oder „Das erkrankte Volk“	140
2.5.3.1.2	Politiker, Parteien und Regierungen als Auslöser von Politikverdrossenheit.....	142
2.5.3.1.3	Protestkultur der Wähler: Bürger tragen ihren Groll auf die Straße.....	145
2.5.3.1.4	Gegenläufige Phänomene – Wutbürger vs. frustrierte Apathiker.....	148
2.5.3.2	Politikverdrossenheit durch mediale Berichterstattung.....	150
2.5.3.2.1	Medien und Gesellschaft – ein Hysterisierungsteufelskreis	150
2.5.3.2.2	Informationsüberflutung: too! much! information!	151
2.5.3.2.3	„homo videns“ oder „Das Problem der Visualisierung“	158
2.5.4	<i>Hilfe zur Selbsthilfe: Politische Bildung</i>	159
2.5.4.1.1	Politische Bildung und Medienkompetenz.....	160
2.5.4.1.2	Politische Bildung zur Partizipationsanregung.....	161
2.5.4.1.3	Politische Bildung zur Komplexitätsreduktion	162
2.5.4.1.4	Politische Bildung als Orientierungshilfe.....	163
2.5.4.1.5	Politische Bildung als Bewusstseinsweiterung.....	164
3	FAZIT	167
4	LITERATUR	174
5	ABSTRACT	193
6	DANKESREDE	195
7	CURRICULUM VITAE	197

0 VORWORT

Wir leben in einer Demokratie. Dessen muss man sich erst einmal so richtig bewusst werden, ist es doch ein Wort, das im Sprachgebrauch eine breite Verwendung findet.

Meinen ersten Berührungspunkt mit der Demokratie erfuhr ich in der Volksschule, als die Lehrerin abstimmen ließ, ob Fangen oder „Verstecken“ gespielt wird. Ich wollte „Verstecken“ spielen und setzte mich mit meinem Aufzeigen dafür ein; zu meiner Enttäuschung fand eine Mehrheitsentscheidung zu Gunsten von „Fangen“ begeistern. So wurde uns das demokratische Prinzip im Sinne des politischen Bildungsauftrages vermittelt und mir der Eindruck, man könne mit seiner Stimme ohnehin nichts erreichen.

Dieses Spielchen setzte sich auf anderen Ebenen fort. Von der Auswahl des Kinofilmes für eine Schulvorstellung über die Wahl des Klassensprechers – immer das demokratische Abstimmungsprinzip in Verbindung mit dem Bildungsauftrag der Schulen. Immer der Satz: „Das war jetzt eben Demokratie!“ – der Hintergrund blieb kryptisch und unausgesprochen und reduzierte sich in meiner Wahrnehmung einzig und allein auf die Möglichkeit zu Wählen. Warum das Demokratie war und wie sie sich entwickelt hatte, blieb lange Zeit ein blinder Fleck auf meiner Wissenslandkarte.

Wir haben das Privileg in einer Demokratie zu leben – „*Österreich ist eine demokratische Republik*“, steht in der österreichischen Bundesverfassung und „*All ihre Macht und Recht geht vom Volk aus.*“ Das wurde mir schließlich im Schulfach „Politische Bildung und Recht“ in der 12. und 13. Schulstufe auf den Weg mitgegeben.

Im Rahmen des Studiums lagen meine Interessensschwerpunkte in der Politikwissenschaft vor allem bei Bildungspolitik und internationaler Politik – dann fiel mir im Rahmen meines Diplomarbeitsfindungsprozesses das Buch „Postdemokratie“ von Colin Crouch in die Hände, worauf alles Schlag auf Schlag folgte: Die Demokratie war aufgrund ihrer vermeintlichen Krisenhaftigkeit in mein Leben getreten. Politikverdrossenheit machte sich nach den Bildungseinsparungen der Regierung selbst bei mir schleichend bemerkbar. Finanzkrisen spielten sich daraufhin nicht nur auf der Weltbühne ab. Burnout war außerhalb der vielen Medienberichte plötzlich auch ein Thema für mich. Ich erklärte mich zum Parade-Opfer der Informationsüberflutung, wunderte und ärgerte mich zugleich über das mediale Angebot und fühlte mich der Demokratie durch Mitleid und Verständnis verbunden. Bei weiterer Fachlektüre entdeckte ich den Zusammenhang zwischen Beschleunigung und Überforderung der einzelnen Bereiche bzw. Organe oder Akteure der Demokratie mit den Symptomen von Politikver-

drossenheit, vermeintlichem politischem Stillstand und anderen globalen Funktionsstörungen des Systems und Prozesses der Demokratie.

Der Titel *Das Burnout der Demokratie* war geboren, wozu sich im Laufe der Arbeit der Untertitel *Eine politpathologische Analyse aus akutem Anlass* gesellte. Ein ganzes Jahr habe ich daraufhin der Recherche und gedanklichen Analyse dieser weitläufigen und trotzdem stark vernetzten Themenbereiche gewidmet.

Mit der fertigen Arbeit schicken wir nun die Demokratie in eine Art „Psychoanalyse“ und versuchen sie anschließend mit einer Therapie wieder rehabilitieren und aufblühen zu lassen. Dazu ist es notwendig, die begrabenen Hunde ausfindig zu machen, Missstände herauszuarbeiten, Defizite und Schwächen aufzudecken und Verbesserungsmöglichkeiten darzulegen.¹

¹ Aus Lesbarkeitsgründen verzichte ich in dieser Arbeit durchgehend auf die Nennung beider Geschlechter. Im Allgemeinen umfassen die Personenbezeichnungen männliches und weibliches Geschlecht.

1 EINLEITUNG

„Parteiendemokratie in der Krise“², „Wo bleibt der demokratische Fortschritt?“³, „Die Demokratie verkümmert – doch wen stört es?“⁴, „Auf dem Weg zur Fassadendemokratie“⁵, „Die suspendierte Demokratie“⁶, „Die Demokratie – ein Auslaufmodell?“⁷, „Was kommt nach der Demokratie?“⁸ Das ist nur eine kleine Auswahl der Schlagzeilen, die im Laufe der letzten Jahre im Zusammenhang mit der Debatte um die Demokratie von der Tageszeitung *Die Presse* geliefert wurden und auf demokratische Verfallserscheinungen hinweisen.

Der Standard berichtete schließlich im April 2011 anlässlich des Rücktritts des ehemaligen Vizekanzlers sogar von einer „Liveschaltung in die Postdemokratie“⁹ und einer „postdemokratischen Schockstarre Österreichs“, die eine ordentliche Politik und Reformen verhindere.

Der ehemalige Vizekanzler und Finanzminister, Josef Pröll, hatte zuvor in seiner Abschiedsrede¹⁰ am 13. April 2011 massive Kritik geübt, in der er einen Mangel an Anstand und einen zunehmenden Stillstand in der Politik beklagte. Jener „Mangel an Anstand“ von einzelnen Volksvertretern, mit dem er indirekt auf innenpolitische Skandale und verstärkten Lobbyismus verwies, habe das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik gravierend angegriffen. Gleichzeitig kritisierte Pröll den Stillstand in wesentlichen Zukunftsfragen, der die politische Lösungskompetenz stark in Frage stelle. Wichtige Themen, wie Schuldenabbau, Gesundheitsreform, Pensionssicherung, Bildung oder Integration würden kläglich vernachlässigt. Obwohl

² Ortner, Christian (2010). Parteiendemokratie in der Krise. Gibt es Alternativen zur Unintelligenz? In: *Die Presse Online*. <http://diepresse.com/home/meinung/quergeschrieben/christianortner/602201/Parteiendemokratie-in-der-Krise-Gibt-es-Alternativen-zur-Unintelligenz> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)

³ Bader, Erwin (2008). Wo bleibt der demokratische Fortschritt? In: *Die Presse Online*. <http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/404326/Wo-bleibt-der-demokratische-Fortschritt> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)

⁴ Schulmeister, Paul (2007). Die Demokratie verkümmert – doch wen stört es? In: *Die Presse Online*. <http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/319065/Die-Demokratie-verkuemmert-doch-wen-stoert-es> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)

⁵ Schulmeister, Paul (2010). Auf dem Weg zur Fassadendemokratie. In: *Die Presse Online*. <http://diepresse.com/home/meinung/rundschau/592443/Auf-dem-Weg-zur-Fassadendemokratie> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)

⁶ Ortner, Christian (2010). Die suspendierte Demokratie. In: *Die Presse Online*. <http://diepresse.com/home/meinung/quergeschrieben/christianortner/574670/Die-suspendierte-Demokratie> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)

⁷ Schulmeister, Paul (2009). Die Demokratie – ein Auslaufmodell? In: *Die Presse Online*. <http://diepresse.com/home/meinung/rundschau/512746/Die-Demokratie-ein-Auslaufmodell> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)

⁸ Schulmeister, Paul (2008). Was kommt nach der Demokratie? In: *Die Presse Online*. <http://diepresse.com/home/meinung/rundschau/416179/Was-kommt-nach-der-Demokratie> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)

⁹ Lauth, Eberhard (2011). Liveschaltung in die Postdemokratie. In: *Der Standard Online*. <http://derstandard.at/1302745393009/Rechtsnationaler-Trend-in-Oesterreich-Liveschaltung-in-die-Postdemokratie> (zuletzt abgerufen am 25. Mai 2011)

¹⁰ die Pressekonferenz rund um den Rücktritt von Josef Pröll wurde am 13. April 2011 in einer ZIB Spezial um 11 Uhr auf ORF2 ausgestrahlt

wir das alle wüssten, so Pröll, *„verharren wesentliche Teile der Politik in bequemen Opportunismus und auch kurzfristigem Populismus.“*¹¹

Josef Cap von der SPÖ diagnostiziert: *„Die Gaukler sind an der Macht.“* Nie wäre laut Cap die Bevölkerung so unverfroren getäuscht worden, wie heute. Inszenierung spiele dabei eine wichtige Rolle: *„Sie soll die Untätigkeit der Regierung in wichtigen politischen Bereichen verschleiern, bei beschlossenen Reformen von (negativen) Auswirkungen ablenken und hin und wieder für Unterhaltung sorgen, was in der Tat – wenn auch oft unfreiwillig – mehrmals gelang.“*¹²

In ähnlicher Weise äußerte sich der ehemalige Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer im Rahmen einer Podiumsdiskussion des Philosophicum Lech, indem er die auf die Missverhältnisse zwischen ökonomischen Eliten und der Politik hinwies und damit stark an Colin Crouchs Thesen zur „Postdemokratie“ erinnerte.

Mit der vorliegenden Arbeit wagen wir aufgrund der viel zitierten Missstände einen Blick hinter die Kulissen der Postdemokratie. Für eine kompetente Diagnosestellung widmen wir uns zunächst der demokratischen Anatomie, dann den postdemokratischen Thesen und anschließend den Akteuren der Demokratie und ihren Erkrankungen.

1.1 „PATIENT DEMOKRATIE“ – EINE ANAMNESE

*„Die Demokratie“, so die treffliche Diagnose von Herfried Münkler, „weist Ermüdungsercheinungen und Überforderungssymptome auf“ und wirke wie eine „betuliche alte Tante, die zwar alles weiß aber vieles nicht mehr hinbekommt“*¹³; sie dürste geradezu nach einer Revitalisierungskur, wobei die Frage nach einer alternativen Regierungsform außer Frage stünde. Allerdings verweist Münkler in diesem Zusammenhang auch auf ihren hilfsbereiten, *„jungen und kraftvollen Neffen“* – mit diktatorischen Zügen, der seiner Tante zur Hilfe eilen würde und fragt deshalb: *„Ist es besser, ihn fernzuhalten und dieser stattdessen ein umfassendes Revitalisierungsprogramm zu verschreiben, das ihre Entschlusskraft und Handlungsfähigkeit stärkt? Oder ist ihre Zeit abgelaufen, und es will bloß keiner wahr haben, weil sie so nett und freundlich gewesen ist?“*¹⁴

Nach diesen geistreichen Diagnose stellt sich die Frage, ob die Demokratie gegenwärtig noch fähig ist ihre Natur zu offenbaren?

¹¹ ebd.

¹² Cap, Josef (2005). Kamele können nicht fliegen. Von den Grenzen politischer Inszenierung. Wien. S. 9

¹³ Münkler, Herfried (2010). Lahme Dame Demokratie. Kann der Verfassungsstaat im Systemwettbewerb noch bestehen? In: Internationale Politik (IP). Der falsche Glanz der Diktatur. Mai/Juni 2010, S. 13

¹⁴ ebd.

„Erkrankt“ ist sie schon vor geraumer Zeit, weshalb sie nicht mehr in der Lage ist, sich ohne gravierende Veränderungen zu entfalten. Zu dieser Erkenntnis kommt nicht nur *Colin Crouch* in seinem Buch „Postdemokratie“, sondern auch etliche andere Autoren, die die Demokratie „in der Krise“ oder gar „in Gefahr“ sehen bzw. einen „Zustand der Erschöpfung demokratischer Energie und der Erosion demokratischer Institutionen“¹⁵ diagnostizieren.

Petra Pau, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages meint: „*Wir haben es in der Tat mit einer Krise der Demokratie zu tun. Sie wird genährt, so bald sich die politische Repräsentanz von den Bürgerinnen und Bürgern entfernt, räumlich und inhaltlich. Sie wird genährt, wenn sich die Politik selbst kastriert. Und sie wird genährt, wenn der Souverän entmündigt wird. Das alles passiert.*“¹⁶

Die Bandbreite an Krisenbefunden erstreckt sich, um nur einige von vielen zu erwähnen, von Baudrillards „Telekratie“ (1993), Zolos „Teledemokratie“¹⁷ (1997), der Benz’schen „postparlamentarischen Demokratie“¹⁸ (1998) und Meyers „Mediokratie“¹⁹ (2001) bis hin zu Crouchs „Postdemokratie“ (2008).

Immer wieder ist in der Literatur vom „Ende der Demokratie“, „Entzauberung der Demokratie“, „Entdemokratisierung der Demokratie“, „Demokratie ohne Vertrauen“, „Demokratiedefizit“, „Entlegitimierung der Demokratie“, „Alterserscheinungen“, „Auslaufmodell Demokratie“, von einem „schleichenden Verfall“ oder von einer „Endzeitstimmung“ die Rede.

Schnittpunkt all dieser Einschätzungen ist der Befund, dass sich die demokratische Legitimität und somit ihre Institutionen erschöpft hätten, wobei vor allem der Ökonomie, aber auch den Medien eine gewichtige Rolle zugeschrieben wird, zumal sie an Einfluss auf Politik und Gesellschaft zugenommen hätten.

1.2 KRISE ALS CHANCE?

„Weltuntergang?“, fragen sich Claus Leggewie und Harald Welzer und erzählen von einer „Welt, wie wir sie kannten“, in der Märkte über ihre immer wiederkehrenden Krisen hinweg „in eine gefühlte Unendlichkeit“ expandierten, in der Staaten für die Sicherung der sozialen Ordnung und des Weltfriedens sorgten und in der der flexible Mensch „Naturgefahren per

¹⁵ Münkler, 2010, S. 10

¹⁶ Pau, Petra (2008). Mehr Demokratie wagen! In: Horster, Detlef (Hg.) (2008). Die Krise der politischen Repräsentation. Weilerswist. S. 54

¹⁷ Zolo, Danilo (1997). Die demokratische Fürstenherrschaft. Für eine realistische Theorie der Politik. Göttingen. S. 198f

¹⁸ Benz, Arthur (1998). Postparlamentarische Demokratie? Demokratische Legitimation im kooperativen Staat. In: Greven, Michael Th. (1998). Demokratie – Kultur des Westens? Opladen. S. 201f

¹⁹ Meyer, Thomas (2001). Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem. Frankfurt am Main.

Technik und Organisation in beherrschbare Risiken“²⁰ verwandelte. Heute blicke man auf eine Welt, die nicht wieder zu erkennen ist. Die Errungenschaften der westlichen Moderne – Marktwirtschaft, Zivilgesellschaft, Demokratie – gingen gleich den Rohstoffen langsam zur Neige.²¹

„Krisendiagnosen gehören zum politischen Diskurs einer offenen Gesellschaft.“²², meint Ulrich Sarcinelli, der jene Diagnosen als „Ausdruck einer ‚reflexiven Moderne‘“ begreift, die sich ihrer eigenen Grundlagen, Defizite und Nebenfolgen bewusst wird und sich gleichzeitig als veränderungsoffen und lernfähig erweist.²³

Das Ende der Demokratie vollzieht sich deshalb in der Manier einer „schöpferischen Zerstörung“²⁴, die Schumpeter einst im Zusammenhang mit den kapitalistischen Wirtschaftsprozessen beschrieb. Ein Paradox, in dem Zerstörung und Schaffung zusammenfallen und das nicht nur das ökonomische Feld betrifft, sondern auch politische und soziale Prozesse. Durch das Aufkommen von neuen Entwicklungen im politischen Feld werden alte Strukturen verdrängt und schließlich zerstört. Die Zerstörung ist demnach aber auch erforderlich, damit eine Neuerung stattfinden kann.

Deshalb kann eine Krise immer auch als Chance gesehen werden, da das System bereits in Veränderung begriffen ist. „Denn bei aller Absturzgefahr bieten Wirtschaftskrise und Klimawandel Spielräume für individuelles Handeln, für demokratische Teilhabe und globale Kooperation.“²⁵, meinen dazu der Politikwissenschaftler Claus Leggewie und der Sozialpsychologe Harald Welzer.

Krisenzeiten, so die Ansicht von Colin Crouch, seien immer Zeiten der Erneuerung, in denen letzten Endes politisches Engagement hervorgerufen werde und die Politik Gelegenheit hätte, sich im Krisenmanagement zu beweisen und Raum für politische Reformen zu schaffen.²⁶ Um die Krise allerdings als Chance werten und begreifen zu können, müssen in erster Linie die „Krisenherde“ aufgespürt werden, um dort aus der Zerstörung eine Neuerung schöpfen zu können.

²⁰ Vgl. Leggewie, Claus/Welzer, Harald (2009). Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie. Frankfurt am Main. S. 9

²¹ Vgl. Leggewie/Welzer, 2009, S. 10

²² Sarcinelli, Ulrich (2011). Medien und Demokratie. In: Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung. S. 16 http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Medien_und_Demokratie.pdf (zuletzt abgerufen am 11. Juni 2011)

²³ ebd.

²⁴ Vgl. Schumpeter, Joseph A. (2005). Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen.

²⁵ Leggewie/Welzer, 2009, S. 14

²⁶ Vgl. Crouch, 2008, S.

1.3 DAS BURNOUT DER DEMOKRATIE – EINE THESE

Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch ruft die Ära der Postdemokratie aus und sehnt sich nach dem ‚Goldenen Zeitalter‘ der Demokratie zurück. Crouch entwickelt dabei folgende These: *„Während die demokratischen Institutionen“, also periodische Wahlen, Wahlkämpfe, Parteienkonkurrenz und Gewaltenteilung, „formal weiterhin intakt sind (...), entwickeln sich politische Verfahren und die Regierungen zunehmend in eine Richtung zurück, die typisch war für vordemokratische Zeiten: Der Einfluß privilegierter Eliten nimmt zu, in der Folge ist das egalitäre Projekt zunehmend mit der eigenen Ohnmacht konfrontiert.“*²⁷

Warum legt die Demokratie also plötzlich den Rückwärtsgang ein und sabotiert ihren eigenen Fortschritt? Fällt ein Mensch auf Verhaltensweisen zurück, die er bereits überwunden hatte und die aus der frühen Kindheit stammen (weinerlicher Trotz, mit den Fäusten auf den Tisch trommeln), wird dies in der Psychoanalyse nach Freud mit dem Begriff „Regression“ bezeichnet und lässt auf eine grundlegende Krise schließen.

Ein „Notprogramm“ wird aktiviert, da in der gegenwärtigen Situation offenbar keine angemessene bewusste Krisenbewältigungstaktik vorliegt – einfacher und vorsichtiger formuliert: weil der eingeschlagene „erwachsene“ und komplexe Weg offenbar nicht optimal zum Ziel führt und die Natur sich an Zeiten erinnert, in denen auf einer einfacheren und niedrigeren Ebene eventuell mit mehr Erfolg gehandelt wurde.

Krisensituationen, die zu solchen Verhaltensweisen führen, können vielfältige Ursachen und Ausprägungen haben. Die moderne Diagnostik hat sich aufgrund der steigenden Anzahl von überfordernden Krisensituationen scheinbar gesunder Menschen in den von vielen Experten als schwammig bezeichneten Begriff des Burnouts geflüchtet, über dessen genaue Definition zwar keine Einigkeit herrscht, der aber in jedem Fall eine Situation beschreibt, die bei völligem Ignorieren der Symptome in eine schwere Depression münden kann – darin stimmen die meisten Experten überein.

Ist das genau definierte Krankheitsbild einer schweren Depression einmal erreicht, so hat präventives Verhalten (leiser treten, das Tempo zurückschrauben, nachdenken und langsam und bewusst seine Lebensführung ändern) ausgedient und es müssen in der Behandlung schwerwiegendere Maßnahmen getroffen werden um den Patienten wieder zu heilen.

Die Demokratie, so die These die in dieser Arbeit verfolgt wird, befindet sich genau in diesem Zwischenzustand, der, verglichen mit der menschlichen Symptomatik, zwar noch keine mani-

²⁷ Crouch, 2008, S. 13

festen Katastrophe im Sinne einer „Erschöpfungsdepression“ darstellt, in dem sich aber bereits eine deutliche Tendenz in diese Richtung feststellen lässt. Wie in der Psychiatrie steuert der Patient „Demokratie“ bei Nichtbeachten der Warnzeichen und bei Verschleppung der Symptomatik durch weiteres Forcieren eines bereits auf den Abgrund gerichteten Weges der Überforderung, zielsicher auf diesen zu.

Um diesen Absturz zu verhindern, muss man sich der Probleme durch eine kritische Analyse des Ist-Zustandes und der eingeschlagenen Wegrichtung bewusst werden, um dann an den Schlüsselstellen gezielt ansetzen zu können. Die von Crouch herausgearbeitete These, dass die demokratischen Institutionen, quasi das Gerüst, formal intakt ist, während es in der „Tiefe“ bereits brodelte, ist demnach auch analog zu einem Menschen zu sehen, der nach außen zwar noch „funktioniert“ (was auch die medizinisch korrekte Diagnose erschwert), aber von innen her langsam zerfasert, immer schwächer wird – ausbrennt. Auch die Demokratie mag für den politisch Desinteressierten noch die Alte sein, funktionieren, ihre Leistung erbringen – in fachkundigen kritischen Denker-Kreisen kursieren aber, wie bereits erwähnt, immer mehr Aussagen, die in oben beschriebener Analogie unvermeidlich auf eine Diagnose hinsteuern: Die Demokratie befindet sich in einem Burnout.

1.4 FRAGESTELLUNG UND AUFBAU – WHERE DO WE GO FROM HERE?

Was ist zu tun, wenn die Demokratie mit dem Befund „Burnout“ konfrontiert wird?

Warum ist die Demokratie an einem Burnout erkrankt? Wie sehen die Symptome aus? Worin liegen die Ursachen der Erkrankung? Welche Rolle spielen dabei Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und vor allem die Medien? Wie unterscheidet sich die derzeitige Krise von anderen Krisen der Demokratie? Wie kann man den sich anbahnenden Zustand der Postdemokratie überwinden?

Im Zentrum steht auch die Frage, wie man die Menschen wieder für die Demokratie und mehr Engagement begeistern kann. Denn: *„Eine Demokratie ohne Demokraten kann es nicht geben“*, unterstreicht Oskar Negt und fordert: *„demokratische Verhaltensweisen müssen Subjektteil werden, so dass sie genauso zu den Definitionen des Menschen gehören, wie in der Antike die politischen Tugenden.“*²⁸ *„Denn die Menschen sollten in der Tat haben Mut haben und ihren Eigensinn bewahren. Sie sollten tapfer und solidarisch sein, auch ist ihr Gerechtigkeitssinn für demokratische Verhältnisse unabdingbar.“*²⁹

²⁸ Negt, Oskar (2002). Der gute Bürger ist derjenige, der Mut und Eigensinn bewahrt. Reflexionen über das Verhältnis von Demokratie, Bildung und Tugenden. In: Frankfurter Rundschau, 16. September 2002. S. 10

²⁹ ebd,

AUFBAU

Der Aufbau dieser Arbeit gestaltet sich wie folgt: Den Beginn macht zunächst eine kleine Einführung in die Anatomie der Demokratie, dessen Geschichte, Begrifflichkeit und Zustand geklärt werden soll. Des weiteren folgt die Darstellung der Postdemokratie-Theorie mit dem Schwerpunkt auf Colin Crouch, sowie die Debatte rund um den Begriff. Aufgrund von beobachtbaren Funktionsstörungen im ökonomischen, politischen, medialen und gesellschaftlichen Feld haben wir guten Grund dafür, von postdemokratischen Verhältnissen zu sprechen. Die Krisen-Symptome manifestieren sich vor allem in der Wahlverweigerung, der Medialisierung, im Lobbyismus, der Ökonomisierung sowie im Neoliberalismus, im Parteienwandel und in der Entfremdung der politischen Klasse von der sozialen Basis.

Aus diesem Grund widmet sich der Hauptteil der vorliegenden Arbeit der Beschreibung der fünf herausgearbeiteten Hauptakteure der Demokratie, zu denen Ökonomie, Staat, Politiker/Parteien, Medien und Demos zählen. Hier sollen die individuellen Anforderungen, Befindlichkeiten, Ungereimtheiten, Vernetzungen und Krisen aufgezeigt werden.

Das Kapitel „Ökonomie“ bildet den Anfang, weil Crouch von einer Übermachtstellung ökonomischer Eliten ausgeht und weil sie den größten Einfluss auf die weiteren hier dargestellten „Akteure“ nimmt. In diesem Kapitel wird einleitend das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie dargestellt. Darauf folgt die Beschreibung des ökonomischen Einflusses auf Politik und Staat mit den Phänomenen des Lobbyismus und der Korruption. Zuletzt wird ein Blick auf die Wirtschafts- und Finanzkrise geworfen.

Im Kapitel „Staat“ werden eingangs die Anforderungen an den Staat skizziert, worauf eine Darstellung der Probleme und Verfallserscheinungen, mit denen der Staat zu kämpfen hat, folgt. Den Schluss bildet die Frage, ob sich der Staat dank der Finanz- und Wirtschaftskrise von seiner eigenen Krise erholt hat.

Der Abschnitt „Politiker und Parteien“ beschäftigt sich einleitend mit den Ansprüchen an die politischen Eliten. Da an dieser Stelle klare Defizite zu erkennen sind, widmen sich die weiteren Kapitel den Problemen (ökonomischer Druck, Mitglieder-, Ansehens- und Vertrauensverluste) mit denen politische Akteure zu kämpfen haben. Des weiteren wird ein Verfall der politischen Repräsentation beschrieben, der sich unter anderem in einer inhaltlichen Beliebigkeit der Parteiprogramme ausdrückt und in einem Wahlkampf als Wettkampf mündet. Da sich die Politik offensichtlich mit Legitimationsverlusten und einer Überforderung abmüht, greift sie auf die Strategie des Politainments zurück und lässt sich von Nebenakteuren, wie Spin Doktoren und Meinungsforschern beeinflussen. Aufgrund der tonangebenden Wirkung von Spin

Doktoren und Demoskopen auf die Politik wird diesen ein separates Kapitel eingeräumt.

Da bereits von einem Wandel von der Parteiendemokratie zur Mediendemokratie gesprochen wird, in dem sich die Logik der Politik immer mehr jener der Medien anpasst und in dem sich Politainment an großer Beliebtheit erfreut, stellt das Kapitel „Medien“, das sich in „klassische Medien“ und „neue Medien“ aufteilt, einen Schwerpunkt dieser Arbeit dar. Einleitend werden die originären Aufgaben der Medien innerhalb des demokratischen Systems besprochen. Aufgrund des ökonomischen Drucks und der internen medialen Wettbewerbssituation, werden auch die Medien als in einer Krise befindlich dargestellt. Nicht zuletzt aufgrund der großen öffentlichen Breitenwirkung, wird genauer auf das Verhältnis von Politik und Medien eingegangen.

Im Rahmen der „neuen Medien“ beleuchtet das Unterkapitel „Demokratie reloaded“ schließlich die durch das Internet entstehenden Chancen, aber auch Risiken für die Demokratie und beschreibt darin die demokratiefördernden Potentiale der Social Networks, sowie die Möglichkeiten der politischen Repräsentation im Web 2.0.

Aufgrund der angestrebten „Herrschaft des Volkes“ werden im Kapitel „Demos“ zunächst die Ansprüche an die Träger der Demokratie dargestellt – doch jene Anforderungen münden bald in die resignierte Krisendiagnose „Politikverdrossenheit“, die einerseits durch Medien, andererseits durch das Agieren politischer Akteure hervorgerufen wird.

Die Demokratie wird von dem Volk getragen, das selbst mit Überforderungen im Alltag zu kämpfen hat, zumal sich der gesellschaftliche Wandel (Individualisierung, Technologisierung, Liberalisierung, ...) zu schnell vollzogen hat.

Das Unterkapitel „Politikverdrossenheit durch Politik“ beschreibt den ermüdeten Bürger, beleuchtet Politiker, Parteien und Regierungen als Auslöser eines allgemeinen Verdrusses und zeigt neue Formen der Protestkultur auf.

Im Unterkapitel „Politikverdrossenheit durch Medien“ wird der Erschöpfungsbefund des demos in Verbindung mit einer Hysterisierungswelle, Informationsüberflutung und schließlich mit dem Problem der Visualisierung gebracht.

Das Kapitel „Demos“ abschließen wird ein Entwurf einer „Hilfe zur Selbsthilfe“ in Form von politischer Bildung.

1.5 DIE ANATOMIE DER DEMOKRATIE

... oder „Ohne Demokratie keine Postdemokratie“

Die von Colin Crouch diagnostizierte Postdemokratie hat als Fundament die Demokratie. Ohne Demokratie gibt es quasi kein(e) ‚Post-‘, weshalb in diesem Kapitel kurz auf die Anatomie der Demokratie eingegangen wird.

Demokratie scheint auf den ersten Blick ein klarer Begriff zu sein. Begibt man sich jedoch auf eine kleine Entdeckungsreise nach der Definition von Demokratie, stößt man auf mitunter auch auf Irrgärten, in denen sich Hindernisse und Herausforderungen verbergen. Um den Gründen für die Krise der Demokratie näher kommen zu können, bedarf es einer kleinen Exkursion in das Feld der Begriffsbestimmung. Wir tauchen sozusagen in die Anatomie der Demokratie ein, um herausfinden zu können, an welchen Stellen letztendlich der Schuh drückt.

Demokratien können in verschiedene Gewänder schlüpfen: Sie können republikanisch, liberal oder deliberativ verfasst sein, sie können direkte oder repräsentative Beteiligungsformen aufweisen, politischer Beteiligung mehr oder weniger Aufmerksamkeit schenken, mit einem Verhältnis- oder Mehrheitswahlrecht arbeiten, über ein Zwei- oder Mehrparteiensystem verfügen, mit einer gefestigten politischen Kultur arbeiten, sich als Konkordanz- oder Konkurrenzdemokratie gestalten, sich auf libertäre oder soziale Staatsformen beziehen, der Wirtschaft mehr oder weniger Gestaltungsspielraum geben und schließlich können sie auch noch defekt oder konsolidiert in Erscheinung treten. Keine Demokratie gleicht also in ihrer institutionellen Struktur einer anderen. Angesichts dieser ungeheuren Arten- und Kombinationsvielfalt gestaltet sich die Suche nach der „Super-Demokratie“ oder etwas formaler ausgedrückt nach einer optimalen Form der Demokratie als ein schwieriges Unterfangen.

Darüber hinaus gesellt sich noch eine normative und eine empirische Sichtweise auf Demokratien hinzu. Während die normative Demokratietheorie darauf abzielt, bestehende Strukturen zu bewerten und den Soll-Zustand zu beschreiben, konzentrieren sich empirisch-realistische Demokratietheorien auf Werdegang und Funktionsweisen sowie auf den Ist-Zustand von Demokratien.

Die Demokratie ist allem Anschein nach ein optimales Herrschaftssystem ohne ernst zu nehmende Alternativen. Kaum jemand widerspreche der Vorstellung, dass die Demokratie die bestmögliche Form der Gestaltung des politischen Systems sei, befindet der Politikwissenschaftler Herfried Münkler. Doch gerade weil sich nahezu jeder für die Demokratie ausspre-

che, drohe die Demokratie zu einem unverbindlichen Begriff zu werden, hinter dem sich alles und daher wiederum auch nichts verberge. *„Daher ist es wichtig zwischen den unterschiedlichen Vorstellungen von Demokratie zu unterscheiden, zu fragen, wie diese unterschiedlichen Vorstellungen mit unterschiedlichen Interessen zusammenhängen können; und zu analysieren, welche Konsequenzen bestimmte Tendenzen in der Demokratie haben.“*³⁰, erklärt Pelinka.

1.5.1 Die Ur-Demokratie

Unserem historischen Verständnis nach wurde der Begriff der Demokratie von der politischen Ordnungsform der griechischen Antike geprägt. Das Lehnwort Demokratie setzt sich aus den beiden Wörtern *demos* „Volk“ und *kratein* „herrschen“ zusammen. Man kann also Demokratie wortwörtlich mit den Begriffen Volksherrschaft oder Herrschaft des Volkes gleichstellen.

In Hinblick auf die kaum noch vorhandenen Gemeinsamkeiten zwischen den antiken und modernen politischen Systemen, die allesamt als ‚Demokratien‘ bezeichnet werden, grenze der Umstand nach dem Politikwissenschaftler Hubertus Buchstein an ein sprachhistorisches Wunder, dass der Begriff in der heutigen Wissenschaft und politischen Alltagssprache weiterhin noch gebraucht werde.³¹

Um die Ur-Mutter aller Demokratien ein Stückchen weit kennen zu lernen, werfen wir einen kurzen Blick in das antike Griechenland, in der eine nach unserem heutigen Demokratieverständnis beschränkte Form von Demokratie gelebt wurde: In der Antike wurden politische Entscheidungen direkt von den Vollbürgern getroffen; die Macht des stärkeren Arguments stand im Mittelpunkt aller politischen Debatten, woraus eine Glanzzeit der politischen Streitkultur hervorging. Im Allgemeinen stellten jene Vollbürger nur eine Minderheit dar, der es in Bürgerversammlungen erlaubt war, politisch mitzubestimmen. Demokratische Wahlen waren demnach ausschließlich Männern vorbehalten, während Frauen, Sklaven und Fremde davon ausgeschlossen waren. Gerichts- und Verwaltungsämter wurden per Los besetzt und im Rotationsprinzip weitergegeben.

Die Innovation der attischen Demokratie lag darin, dass politische Konflikte in die Öffentlichkeit der Polis verlagert und Diskussionen in der Agora ausgetragen wurden. Für das Funktionieren der Demokratie war damit ein umfangreiches Engagement und Verantwortungsgefühl der Bürger Voraussetzung.

³⁰ Pelinka, Anton (1994). Demokratie zwischen Utopie und Wirklichkeit. Grundsätzliche Problembereiche und Überlegungen zur Demokratie. In: Johann Burger und Elisabeth Morawek (Hg.) (1994). Demokratie in der Krise? Zum politischen System Österreichs, Informationen zur politischen Bildung Nr. 7. S.7

³¹ Buchstein, Hubertus (2009). Einleitung: ‚Demokratie‘ und Demokratietheorien in der Kontroverse. In: Buchstein, Hubertus (2009). Demokratietheorie in der Kontroverse. Baden-Baden. S. 7

Der gemeinsame Nenner von antiken und modernen Demokratien reduziere sich nach Buchstein auf die politische Gleichheit der (Voll-)Bürger, die Ämtervergabe auf Zeit und die Rechenschaftspflicht.³² Festzuhalten ist dabei, dass diese Praxis der antiken Demokratie im Grunde genommen keiner Theorie entsprang, sondern dass sie sich aus einer „*Verdichtung und konsequenten Weiterentwicklung von kulturellen und politischen Traditionen*“³³ entfalte und sich allmählich ausbilden konnte.

1.5.2 Begriffsklärung

Man könnte behaupten, die Demokratie sei dem Menschen schon mit der Wurzel seiner Kultur als Möglichkeit gegeben. Von der attischen Demokratie bzw. der griechischen Polis (507 v. Chr. – 322 v. Chr.) zur römischen Republik (509 v. Chr. – 27 v. Chr.), von der Florentiner Demokratie (1250 – 1260) zur Kleinstadt-Demokratie in Genf, von der französischen Revolution bis zum amerikanischen Freiheitstraum.³⁴

Dabei entpuppt sich die weder die damalige noch die gegenwärtige Demokratie als selbstverständlich. Denn gemessen an der Menschheitsgeschichte, gibt es die Demokratie vergleichsweise erst seit kurzer Zeit und in verhältnismäßig wenigen Gegenden auf der Welt. Was sich als moderne Demokratie entwickelt hat, weist mit diesen wegbereitenden demokratischen Ideen nur noch wenige Parallelen auf. Die heutige Idee der Demokratie hat sich schließlich mit der Industrialisierung entwickelt.

Der Kern der modernen Demokratie beruht auf der Bewahrung der individuellen Freiheit sowie der politischen und rechtlichen Gleichheit eines jeden Mitglieds einer Gemeinschaft. Die Seele der Demokratie hantiert also mit den Schlagworten Freiheit und Gleichheit, sowie Brüderlichkeit im Sinne von Solidarität, denen sich alle anderen Ziele fügen müssen. Über die Minimalkriterien der Demokratie sind sich allerdings sowohl Bevölkerung als auch Wissenschaftler uneinig. Der Minimalkonsens beschränkt sich meist darauf, dass freie und geheime Wahlen, die in regelmäßigen Abständen statt finden und zudem eine Auswahl aus konkurrierenden Angeboten zur Verfügung stellen, konstitutiv für die Demokratie sind.

Die drei natürlichen Gewalten Regierung, Parlament und Justiz bzw. Legislative, Exekutive und Gerichtsbarkeit stellen die Grundpfeiler der modernen Demokratie dar und sind als *checks and balances* in den demokratischen Verfassungen verankert.

³² Vgl. Buchstein, 2009, S. 8

³³ Meyer, Thomas (2009). Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung. Wiesbaden. S. 16

³⁴ Vgl. Metz, Markus/Seeßlen, Georg (2010). Von der Demokratie zur Postdemokratie. Eine Gesellschaftsform in der Krise. In: Zündfunk Generator, Bayerischer Rundfunk. Sendedatum: 8. August 2010

Trotz strittiger Interpretation und verschiedener Gewichtung von demokratischen Strukturen und Prozessen setzt sich der Kern der Demokratie laut Offe aus folgenden drei Grundsätzen zusammen:³⁵

- Grundsatz der bürgerlichen Freiheit. Grundrechte sowie Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung bieten den Bürgern einen Schutz vor der Staatsgewalt.
- Grundsatz der politischen Gleichheit. Dieser Grundsatz bedingt eine faire und egalitäre Mitwirkung an der Ausübung der Staatsgewalt.
- Grundsatz von Schutz und Sicherheit. Eine verantwortliche Regierung ist dazu beauftragt, den bürgerlichen Ansprüchen auf Daseinsvorsorge, (Rechts-)Schutz und militärischer, sozialer, technischer sowie ziviler Sicherheit nachzukommen.³⁶

Die klassische Demokratieformel stammt schließlich von Abraham Lincoln aus dem Jahr 1863, der Demokratie als „*government of the people, by the people, and for the people*“ definierte, also eine Regierungsform, die aus dem Volk hervorgeht und im Interesse des Volkes praktiziert wird.

Dennoch gestaltet sich Demokratie nach wie vor als umstrittener Begriff: „*Demokratie ist mehr, als alle fünf Jahre zur Wahlurne zu schreiten; Demokratie kann und muss Dynamik entwickeln*“, so die ehemalige Wissenschafts- und Forschungsministerin Beatrix Karl zum Thema *Der Staat. Wie viel Herrschaft braucht der Mensch?* bei der Eröffnung des 14. Philosophicums in Lech.

Demokratie, so kann man an dieser Stelle festhalten, ist ein fortwährender, dynamischer Prozess – und darf nie als abgeschlossener Endzustand betrachtet werden.

1.5.3 Demokratie im Wandel

Gerade aus dem Grund, dass die Demokratie nicht selbstverständlich und immer dynamisch ist, braucht sie viel Zuwendung und Pflege. Doch die Anzahl der Wahlverweigerer und Systemkritiker wird immer größer, während auch die Anzahl derer wächst, die zwar noch zur Urne schreiten, aber ein immer größeres Unbehagen im Zusammenhang mit Parteien und deren Programmen äußern. Hier stellt sich auch die Frage, wie frei und demokratisch Wahlen noch sind, wenn sie von PR-Profis, Meinungsforschern und Lobbyisten begleitet werden. Das Volk scheint das Vertrauen gegenüber dem demokratischen Staat verloren zu haben und entzieht sich immer mehr seinen partizipatorischen Verpflichtungen.

³⁵ Vgl. Offe, 2003, S. 12

³⁶ ebd.

Das ist fatal, hängt doch die Leistungsfähigkeit und Qualität einer Demokratie von der politischen Kultur sowie der Bürgerbeteiligung ab, welche für die grundlegende Stabilität sorgt. Das Potential erschöpft sich aus der Idee und dem Konzept, das die jeweilige Demokratie verfolgt, während Diskussionen und Auseinandersetzungen mit divergierenden Meinungen und Ansichten das Salz in die Suppe bringen. *„Demokratie beruht somit auf der historisch unwahrscheinlichen und immer noch erstaunlichen Annahme, Politik funktioniere am besten, wenn sie in letzter Instanz auf der Weisheit und Selbstherrschaft der Massen beruht – und nicht auf der Willkür eines Einzelnen, dem Willen einer auserwählten Elite oder der Expertise einer Gruppe Sachverständiger.“*³⁷, erklärt der Politikwissenschaftler Claus Leggewie.

Weltweit bekannten sich noch nie so viele Staaten zur Demokratie, die vor allem durch freie Wahlen gekennzeichnet sind. Die Demokratie wird nach wie vor nahezu von allen Seiten als Spitze des Eisberges angesehen, die sich bereits über zwei Jahrhunderte bewährt hat und ihren Höhepunkt mit dem Ende des Kalten Krieges erleben durfte. Doch der Sieg der Demokratie mündete bald in die Rede von einer Krise der Demokratie und der Optimismus sowie die Euphorie, die man der Demokratie entgegenbrachte, scheint heute in vielen Bereichen der westlichen Demokratie vollkommen verflogen zu sein. Sieht man genauer hin - so sieht es zumindest aus der Perspektive jener aus, die die Postdemokratie-These vertreten - beginnt man allmählich einen Substanzverlust wahrzunehmen und stellt einen langsamen Verfall demokratischer Ideen fest, der sich in Politikverdrossenheit, Postparlamentarismus, Politainment (Politik als Spektakel), Lobbyismus, Korruptionserscheinungen, beschränkter Regierungsverantwortlichkeit sowie in Apathie und Machtlosigkeit des Volkes äußert.

1.5.4 Demokratie in der Krise?

*„Ich stimme zu, dass wir heute eine schwere Krise der Demokratie erleben.“*³⁸, bekannte Ralf Dahrendorf in einem Interview mit Antonio Polito und meinte, dass wir heute ein gänzlich neues Problem der Demokratie lösen müssten.³⁹ Claus Offe geht davon aus, dass die klassischen Demokratien auch nicht mehr das seien, *„was sie ihrem Anspruch und Selbstverständnis nach einmal waren oder zu sein wähnten.“*⁴⁰

³⁷ Leggewie, Claus (2009). Demokratie neu erfinden? In: Die Presse Online <http://diepresse.com/home/spectrum/zeichenderzeit/503351/Demokratie-neu-erfinden> (zuletzt abgerufen am 2. Juli 2011)

³⁸ Dahrendorf, Ralf (2002). Die Krisen der Demokratie. Ein Gespräch mit Antonio Polito. München. S. 7

³⁹ Vgl. Dahrendorf, 2002, S. 50

⁴⁰ Offe, Claus (2003). Einleitung. Reformbedarf und Reformoptionen der Demokratie. In: Offe, Claus (Hg.) (2003). Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge. Frankfurt am Main. S. 10

Einen Grund für die Krise sieht Dahrendorf im Mangel an demokratischen Auseinandersetzungen und aufgeklärten Debatten. *„In der traditionellen Demokratie lag hier die Aufgabe der Parlamente. Je schwächer aber die Parlamente werden und je mehr sie diese Rolle verlieren, umso weniger Chancen bestehen für eine solche demokratische Debatte und desto mehr ungerechtfertigte Macht eignen sich neue Vermittler an.“*⁴¹ Eine „Wegwerfpolitik“⁴² habe sich entwickelt, in der Popularität nicht nur einen größeren Stellenwert hätte, als politische Programme, sondern auch skrupellos dafür ausgenutzt werde, um an die Macht zu gelangen. Es handle sich dabei um einen Prozess, *„in dessen Verlauf die Menschen allmählich akzeptierten, dass Entscheidungen nicht im Zuge der parlamentarischen Debatte getroffen werden, sondern auf weniger transparente und stark professionalisierte Weise.“*⁴³ – jenseits aller Kontrollen und dies angesichts einer grundsätzlich desinteressierten und apathischen Bevölkerung bei freiwilligem „Verzicht auf Protest“.

Während in der arabischen Welt die Menschen auf die Straße gehen und mit Leib und Seele für ein demokratisches System kämpfen, scheint sich der Westen in einer demokratischen Krise zu befinden. Dennoch lautet die gängige Meinung, die Krise der repräsentativen Demokratie sei so alt wie ihr Anspruch, das Volk als ganzes zu vertreten oder *„Krisendiagnosen der Demokratie sind so alt wie diese selbst. Sie ziehen sich wie ein roter Faden durch das politische Denken des Abendlandes.“*⁴⁴

Auch Claus Offe geht mit dieser Annahme d'accord – warnende Vorraussichten über die Selbstgefährdung gab es seit Beginn der liberalen Demokratietheorie im 19. Jahrhundert, bei denen es den Autoren vor allem um eine „Warnung vor einer Gefahr des Verfalls“ ging. Gegenwärtig erkennt Offe allerdings einen Unterschied in der Krisendiagnose: *„heute geht es um die Feststellung, dass dieser Verfall eingetreten ist oder sich doch in schleichenden, nichtoffensichtlichen und dem Blick vermeintlich demokratischer politischer Gemeinschaften verborgenen Weisen Bahn bricht.“*⁴⁵

Die Sorge um die Demokratie ist im Allgemeinen nichts Neues, wie sich anhand vieler Beispiele aus der Literatur (Die demokratische Melancholie⁴⁶, Demokratie in Gefahr?⁴⁷, Demo-

⁴¹ Dahrendorf, 2002, S. 89

⁴² Dahrendorf, 2002, S. 91

⁴³ ebd.

⁴⁴ Finanznachrichten Online. Universität Zürich: Dänemark, Finnland und Belgien haben die besten Demokratien, <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2011-01/19193160-universitaet-zuerich-daenemark-finnland-und-belgien-haben-die-besten-demokratien-007.htm> (zuletzt abgerufen am 20. Juni 2011)

⁴⁵ Offe, 2003, S. 10

⁴⁶ Bruckner, Pascal (1991). Die demokratische Melancholie. Hamburg.

⁴⁷ Schneider-Wilkes, Rainer (1997). Demokratie in Gefahr? Münster.

kratie in der Krise?⁴⁸, Die Krisen der Demokratie⁴⁹) entnehmen lässt. Als das Ende des kommunistischen Regimes 1989/1990 eingeleitet wurde, konnte die Demokratie ihren Triumph feiern – doch von dieser Euphorie ist heute scheinbar wenig übrig geblieben. Seit den 1990er Jahren sammeln sich kritische Stimmen zu einem Warnruf, der die Verfasstheit der Demokratie bemängelt. Vor dem Hintergrund einer Anhäufung von politischen Skandalen, Wahlmanipulationen, Korruptionsfällen wurde der Begriff der Postdemokratie in den Diskurs eingeführt.

Angesichts der zunehmenden Komplexität ergeben sich laut Arthur Benz auf den genannten Ebenen drei zentrale Probleme für die Demokratie:⁵⁰

1. Politische Entscheidungen lösen oft Wirkungen aus, „*die nicht direkt auf Regierungshandeln zurückgeführt werden können.*“
2. Entscheidungsverfahren können oftmals vom Bürger nicht nachvollzogen werden, da eine zu unüberschaubare Anzahl von legitimierten und nicht legitimierten Akteuren mitwirken.
3. An Entscheidungen, die auf europäischer/supranationaler/internationaler Ebene gefällt werden, können nicht alle Betroffenen beteiligt sein.

Die Demokratie präsentiert sich allerdings als ein flexibles System, das sich vor allem durch Krisen neu erfinden kann oder wie es Eike Hennig ausdrückt: „*Demokratie meint normativ wie praktisch ein offenes, gestresstes System im Gleichgewicht von Teilnahme, Teilhabe, Kritik, Unterstützung, Lernen, Kommunikation und Macht.*“⁵¹

So wie nach Krankheiten der Mensch neu erblühen kann, hat die Demokratie nach jeder Krise die Chance neu belebt zu werden. Krisenzeiten seien nach Negt allerdings nur dann Erkenntniszeiten, „*wenn sich kollektive Alternativen zum Bestehenden abzeichnen.*“⁵² Wer jedoch die Demokratie nicht mehr als erkrankt, sondern schon am Ende sieht, dem seien die Worte von Ralf Dahrendorf nahe gelegt: „*Nach dem Ende der Demokratie müssen und können wir eine neue Demokratie aufbauen.*“⁵³

⁴⁸ Jäger, Thomas/Hoffmann, Dieter (Hg.) (1995). Demokratie in der Krise? Zukunft der Demokratie. Opladen.

⁴⁹ Dahrendorf, Ralf (2002). Die Krisen der Demokratie. München.

⁵⁰ Benz, Arthur (2010). Blockiert durch Komplexität? Demokratie in Mehrebenensystemen föderaler und transnationaler Politik. In: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik Nr.190, Heft 2/2010, S. 64-72

⁵¹ Henning, Eike (2010). Totgesagte leben lange. Zum Aussagenwert postdemokratischer Theorien. In: Vorgänge 190, Zeitschrift für Bürgerrecht und Gesellschaftspolitik, 49. Jahrgang, Juni 2010. Heft 2. S. 27

⁵² Negt, Oskar (2010). „In dieser Gesellschaft brodelt es“. Interview von Romain Leick mit Oskar Negt. In: Der Spiegel 32/2010, S. 101

⁵³ Dahrendorf, 2002, S. 115

1.6 POSTDEMOKRATIE:

WENN DIE POSTDEMOKRATIE ZWEI MAL KLINGELT ...

1.6.1 Post-Ismen

Es grenzt nahezu schon an einen inflationären Gebrauch des Präfix ‚Post-‘, das man fast vor jedes Wort setzen kann: Postmoderne, Postfeminismus, Postkommunismus, Postmarxismus, Postmaterialismus, Postnationalismus, Poststrukturalismus, Postkolonialismus, Posthistoire, Postindustrialisierung, Postkeynesianismus, Postkapitalismus, Postanarchismus, Postfordismus, Postparlamentarismus, Post-, Post-, Post-, ...

Dabei handelt es sich meist um Begriffe, die einen potenziellen Übergang beschreiben: „Post-Ismen“ sind generell nicht mehr, noch nicht, sowohl als auch – praktisch etwas Neues auf altem Fundament, allerdings in einer veränderten, abgewandelten Art und Weise.

Eine weite Verbreitung erfuhr in den letzten Jahren der von Colin Crouch geprägte und wiederbelebte Begriff der „Postdemokratie“. Dabei handelt es sich keineswegs um die Demokratisierung der Post, sondern um einen Hinweis auf ein sich ausbreitendes Demokratiedefizit innerhalb westlicher Demokratien.

1.6.2 Begriffsgeschichte

Der Begriff Postdemokratie wird in sozial- und politikwissenschaftlichen Analysen äußerst unterschiedlich und vielfältig verwendet und findet sich bei einer eingeschränkten Auswahl folgender Autoren wieder.⁵⁴

Als erster griff der französische Philosoph *Jacques Rancière* den Begriff ‚postdémocratie‘ 1995 in seinem Essay *„La Méésentente“* auf, in dem er kulturkritisch auf das *„Verschwinden der Politik‘ aus modernen Gesellschaften und ihrer Ersetzung durch eine Ökonomisierung und Verrechtlichung der gesellschaftlichen Beziehungen“*⁵⁵ hinweist, während er von einer *„Demokratie ohne demos“*⁵⁶ im Deckmantel einer konsensuellen Demokratie spricht und auf eine Zeit blickt, in der das politische Handeln des Demos durch eine Dominanz der Meinungsforschungen und Simulationen eingeschränkt werde.⁵⁷ Zu den Merkmalen postdemokratischer Konsenspolitik zählt Rancière vor allem die Verbindung dreier Phänomene: *„die wu-*

⁵⁴ Vgl. Buchstein/Nullmeier, 2006, S. 16

⁵⁵ Buchstein/Nullmeier, 2006, S. 16

⁵⁶ Rancière, Jacques (2010). Demokratie und Postdemokratie. In: Badiou, Alain/Rancière, Jacques (2010). Politik der Wahrheit. Wien. S. 139

⁵⁷ Vgl. Rancière, Jacques (2010). Demokratie und Postdemokratie. In: Badiou, Alain/Rancière, Jacques (2010). Politik der Wahrheit. Wien. S. 139

chernde Verrechtlichung, die Praktiken der verallgemeinerten Expertise und jene der ständigen Umfrage.“⁵⁸

In der weiteren Begriffsgeschichte stößt man auf die spanische Variante ‚postdemocrático‘ bei Norbert Ceresole, César Cansino und Israel Covarrubias im Zusammenhang mit dem neuen Linkspopulismus in Lateinamerika.⁵⁹

Im deutschsprachigem Raum verhalf Ralf Dahrendorf dem postdemokratischen Begriff zu Bekanntheit. In einem Interviewband wies er 2002 in Anlehnung an Colin Crouch auf eine Phase der „Post-Demokratie“ hin, die dazu verpflichte „am Entwurf einer ‚neuen Demokratie‘ zu arbeiten.“⁶⁰ Dahrendorf führt darin die Krise der Demokratie auf „eine Krise der Kontrolle und der Legitimität angesichts der neuen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen“⁶¹ zurück und sieht sie stark mit einer Krise der Nationalstaaten verbunden.⁶² Den Kern der Problems verortet Dahrendorf im ‚Outsourcing‘ politischer Entscheidungen aus dem traditionellen Raum.⁶³ Durch die Überschreitung der Grenzen hätten sich die traditionellen demokratischen Institutionen nach außen verlagert. Die nationale Dimension hätte durch die Globalisierung ihren Einflussbereich verloren, woraus die Gefahr einer „Zerstörung der traditionellen sozialen Solidarität“⁶⁴ erwachse, welche neue Ungleichheiten mit sich bringe. „Dieser Komplex von Entscheidungen jenseits des demokratischen Prozesses, lässt heute die Demokratie so ohnmächtig erscheinen.“⁶⁵, meint Dahrendorf. Die Lösung sieht er im Ausbau des Rechtsstaates auf nationaler Ebene⁶⁶, da es immer schwieriger werde, eine funktionsfähige Demokratie in der globalisierten, multinationalen Welt mit zahlreichen und unübersehbaren Akteuren zu erhalten.

Der politische Philosoph *Sheldon S. Wolin* warf ähnlich wie Rancière ein kulturkritisches Auge auf den Begriff, in dem er die demokratiezersetzende Wirkungen des Konsumismus in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellte.⁶⁷

Postdemokratie, so lautet schließlich die Diagnose des postdemokratischen Cheftheoretikers *Colin Crouch*, in der er auf die Funktionsdefizite demokratischer Institutionen hinweist und

⁵⁸ Rancière, Jacques (2002). *Das Unvernehmen Politik und Philosophie*. Frankfurt am Main. S. 122. Zitiert nach: Katrin Meyer (2011). *Kritik der Postdemokratie*. Rancière und Arendt über die Paradoxien von Macht und Gleichheit. In: *Leviathan* 39, Heft 1/2011, S. 24

⁵⁹ Vgl. Buchstein/Nullmeier, 2006, S. 16

⁶⁰ Dahrendorf, 2002, S. 8

⁶¹ Dahrendorf, 2002, S. 10

⁶² Vgl. Dahrendorf, 2002, S. 11

⁶³ Vgl. Dahrendorf, 2002, S. 17

⁶⁴ Dahrendorf, 2002, S. 23

⁶⁵ Dahrendorf, 2002, S. 18

⁶⁶ Vgl. Dahrendorf, 2002, S. 12

⁶⁷ Vgl. Wolin, Sheldon S. (2001). *Tocqueville between Two Worlds*. Princeton.

dazu aufruft, die Demokratie zu revitalisieren.

So vielseitig die Kontexte der Begriffsverwendung auch sind, so einig ist sich die Kritik in einem Punkt: Es ist eine *„Kritik an einer Demokratie, die sich institutionell über Interessensgruppen und andere intermediäre Organisationen, Politiknetzwerke und korporatistische Arrangements organisiert.“*⁶⁸

Beobachten ließe sich das laut Buchstein und Nullmeier nicht nur in den internationalen Debatten über die Zukunft von Parteiensystemen, über steigende Wahlenthaltungen oder über das Aufblühen von Rechtspopulismus und –radikalismus in vielen demokratischen Staaten, sondern auch in den Diskussionen über die globale Ausdehnungen der Demokratie.⁶⁹

1.6.3 Die Darstellung der Postdemokratie-Theorie nach Colin Crouch

oder „Das politische Feld im Schattenreich der Crouch’schen Postdemokratie“

Zu einer breiteren Bekanntheit gelangte der Postdemokratie-Begriff durch Colin Crouch, der den Begriff hauptsächlich mit einer negativen Konnotation verbindet, indem er auf ein Demokratiedefizit innerhalb westlicher Demokratien hindeutet. Crouch greift dabei auf das Dreistufen-Modell der historischen Entwicklung der Demokratie zurück, das einen *„vordemokratischen Zustand“* sowie einen darauf folgenden länger anhaltenden *„demokratischen Augenblick“* beschreibt, der so lange bestehen bleibt, bis er vom *„postdemokratischen Zustand“* abgelöst wird, in dem der *demos* immer mehr geschwächt wird.⁷⁰

Der Begriff der Postdemokratie soll nach Crouch Situationen *„am anderen Ende der Parabel der Demokratie“* beschreiben, *„in denen sich nach einem Augenblick der Demokratie Langeweile, Frustration und Desillusionierung breitgemacht haben; in denen die Repräsentanten mächtiger Interessensgruppen, die nur für eine kleine Minderheit sprechen, weit aktiver sind als die Mehrheit der Bürger, wenn es darum geht, das politische System für sich einzuspannen; in denen politische Eliten gelernt haben, die Forderungen der Menschen zu lenken und zu manipulieren; in denen man die Bürger durch Werbekampagnen ‚von oben‘ dazu überreden muss, überhaupt zur Wahl zu gehen.“*⁷¹

Eine Demokratie könne laut Crouch eben nur dann gedeihen, wenn die Mehrheit der Bürger die Chance nutzt, sich aktiv in Form von Diskussionen und im Rahmen von unabhängigen

⁶⁸ Buchstein/Nullmeier, 2006, S. 20

⁶⁹ Vgl. Buchstein, Hubertus/Nullmeier, Frank (Hg.) (2006). Postdemokratie: Ein neuer Diskurs? Editorial. Forschungsjournals NSB, Jg. 19, 4/2006. S. 2

⁷⁰ Vgl. Crouch, 2008, S. 11

⁷¹ Crouch, 2008, S. 30

Organisationen an der Gestaltung des öffentlichen Lebens einzubringen.⁷² Statt dessen lasse sich das Volk passiv von Meinungsumfragen beeinflussen und verfüge über einen Mangel an politischem Sachverstand.⁷³ Die Bürger spielten demnach im Zustand der Postdemokratie nur noch „eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle“⁷⁴.

Die Kernthese von Crouch lautet, dass die westlichen Demokratien den Höhepunkt ihrer demokratischen Entwicklung bereits überschritten haben und dass bereits eine Degeneration von demokratischen Standards zu diagnostizieren ist. Der Übergang zur Postdemokratie vollziehe sich im Zuge einer noch nicht abgeschlossenen Metamorphose – denn, obwohl die westlichen politischen Systeme verstärkte postdemokratische Züge annähmen, seien wir noch nicht ganz in der Postdemokratie angekommen.

Crouch spricht immer wieder vom goldenen Zeitalter der Demokratie, wie auch Habermas in Anlehnung an Eric Hobsbawms Verortung des „Golden Age“ in den Nachkriegsjahrzehnten. Spätestens seit 1989 habe die Öffentlichkeit laut Habermas das Ende dieser Ära wahrgenommen: „In den Ländern, wo der Sozialstaat mindestens im Rückblick als gesellschaftspolitische Errungenschaft wahrgenommen wird, breitet sich Resignation aus. Das Ende des Jahrhunderts steht im Zeichen der strukturellen Gefährdung eines sozialstaatlich gezähmten Kapitalismus und Wiederbelebung eines sozial rücksichtslosen Neoliberalismus.“⁷⁵

Im Zentrum von Crouch's Verlautbarung der Postdemokratie sind drei Kern-Diagnosen zu verorten. Zum einen sei die Fähigkeit schwächerer Gruppen, ihre Interessen in den politischen Diskurs einzufügen, am Schwinden. Als weiteres Indiz für die Postdemokratie nennt Crouch die zunehmende Orientierung der Parteien an den Interessen globaler Wirtschaftseliten. Und letztlich seien die Parteien durch die Professionalisierung und Personalisierung am Medienmarkt zu Stimmenfängern verkommen.

Demokratisch gewählte Institutionen hätten demnach an Bedeutung verloren, während der Einfluss von politischen und ökonomischen Eliten gewachsen sei – ohne dabei Rücksicht auf den Bürger zu nehmen. Schließlich werde der Bürger durch diese Vorgänge entmündigt, apathisch, passiv und entmachtet. Die Demokratie bleibt demzufolge formal bestehen, während sie zu einer Fassade verkommt. „Zusammen mit der unvermeidlichen Entropie der Demokra-

⁷² Vgl. Crouch, 2008, S. 8

⁷³ Vgl. Crouch, 2008, S. 9

⁷⁴ Crouch, 2008, S. 10

⁷⁵ Habermas, 1998, S. 79

tie führt dies zu einer Form der Politik, die wieder zu einer Angelegenheit geschlossener Eliten wird – so wie es in vordemokratischen Zeiten der Fall war.“⁷⁶, resümiert Crouch.

Als Gründe für den Niedergang und Energieverlust der Demokratie nennt Crouch immer wieder die zunehmende Komplexität politischer Sachverhalte, den Niedergang der industriellen Arbeiterklasse und den Umstand, dass die Entwicklung der Demokratie nicht mit der Expansion des Kapitalismus mitgehalten hat.

Crouch geht bei seiner Analyse von einem „Golden Age“ der Demokratie aus, in der eine qualitativ bessere, wahrheitsgetreue, sachbezogenere Politikvermittlung im Mittelpunkt und die partizipatorisch weitaus anregender war. Außerdem hätten die Medien der damaligen Zeit angemessener und qualitativ besser über die Komplexität politischer Debatten berichtet, womit Leser eine bessere Voraussetzungen gehabt hätten, an politischen Diskussionen teilzunehmen.

Gegenwärtig hätte die Werbungs- und Überzeugungsindustrie die Macht an sich gerissen, in der Werbung mehr zähle als rationale Argumentationsstränge; dazu kämen dubiose Personalisierungstendenzen in Wahlkampfzeiten.

Zu den Entwicklungstendenzen, die den Ball in die Hände der Wirtschaft spielen, zählen laut Crouch der Abbau des Wohlfahrtsstaates, die Verdrängung der Gewerkschaften, ein wachsendes Wohlstandsgefälle zwischen Arm und Reich, ein gestiegener Zynismus gegenüber Politikern, die Beschränkung des politischen Einflussbereichs und die Tatsache, dass das Steuersystem kaum noch auf Umverteilung ausgerichtet ist, Politiker vor allem Wirtschaftsinteressen folgen, Arme und Ungebildete zunehmend das Interesse verlieren und dass die Erwartungen an politische Leistungen zurück gehen, was sich in sinkender Wahlbeteiligung, Frustration, Apathie, Desinteresse und Verdrossenheit ausdrückt.⁷⁷

Crouch nimmt die liberale Idee der Demokratie ins Verhör, in der folgende Aspekte im Vordergrund stehen: *„die Wahlbeteiligung als wichtigster Modus der Partizipation der Massen, große Spielräume für Lobbyisten [...] und eine Form der Politik, die auf Interventionen in die kapitalistische Ökonomie weitgehend verzichtet.“*⁷⁸ Aufgrund dieser niedrigen Anforderungen der liberalen Demokratie entstehe Platz für eine neuartige Erscheinung, die Crouch schließlich als Postdemokratie bezeichnet.

⁷⁶ Crouch, 2008, S. 133

⁷⁷ Vgl. Crouch, 2008, S. 34f

⁷⁸ Crouch, 2008, S. 10

Grundsätzlich geht Crouch davon aus, dass die Ideal-Demokratie entweder kurz nach ihrer Einführung oder nach politischen Krisen erreicht werden könne. Außerdem käme die Demokratie ihrer Idealvorstellung nahe, wenn weniger Potenzial für Manipulation gegeben sei und wenn aktiver Druck aus der Bevölkerung komme.⁷⁹

In der Tat wäre mehr Partizipation durch mündige, selbstbewusste und erfahrene Bürger an einem politischen System, das nicht von ökonomischen Eliten dominiert wird, wünschenswert. Allerdings unterliegt Crouch in seiner Analyse von seiner Intuition geleitet einem „Golden Age-Syndrom“, einer träumerischen Vorstellung von einer Blütezeit der Demokratie – aufgrund derer Crouch unter anderem auch heftig kritisiert wird.

Es seien nach Eike Henning schwere Zeiten für die Demokratie, die als System unter Stress am Gleichgewicht von Anforderungen, Unterstützung, Aufgaben und Leistungen festhalte. Man könne vor diesem Hintergrund kaum behaupten, dass ein aufgeklärtes Volk sich selbst beherrsche und der Politik vom Volk, durch das Volk, für das Volk zum Primat über Wirtschaft, Finanzen und menschliche ‚Laster‘ ver helfe.⁸⁰

1.6.4 Post-Debatte und Post-Kritik

Crouch wird immer wieder mit der Kritik hinsichtlich eines Mangels an empirischer Beweisführung konfrontiert, weshalb sich der Politikwissenschaftler Emanuel Richter auch gegen die provokante Verwendung der postdemokratischen Begrifflichkeit wendet, zumal der Begriff Gefahr laufe, als ideologischer Gedanke ge- bzw. missbraucht zu werden. Richter kritisiert vor allem die „*fragwürdige Historisierung*“ und schreibt der Klassifikation „postdemokratisch“ eine methodische Schwäche zu, da sie zum einen „*überidealistisch*“ sei, indem die Krisenhaftigkeit der Teilbereiche bereits auf eine Krise der Demokratie projiziert werde und zum anderen „*unterkomplex*“, da „*als ‚echte‘ Demokratie nur die Funktionsfähigkeit spezifischer Teilbereiche anerkannt wird – wie die Beteiligung von an Wahlen -, so dass sich die sinkende Wahlbeteiligung bereits als das Ende der Demokratie darstellt.*“⁸¹ Richter hält den Begriff der Postdemokratie als Beschreibung von demokratischen Erosionsprozessen als „*unzulänglich und verzichtbar*“⁸² und bezeichnet „Postdemokratie“ zwar als einen richtigen „*Ruf nach Demokratie*“ – allerdings „*mit den falschen Lauten.*“⁸³ Und so resümiert Richter: „*Die Rede*

⁷⁹ Vgl. Crouch, 2008, S. 14

⁸⁰ Henning, Eike (2010). Totgesagte leben lange. Zum Aussagenwert postdemokratischer Theorien. In: Vorgänge 190, Zeitschrift für Bürgerrecht und Gesellschaftspolitik, 49. Jahrgang, Juni 2010. Heft 2. S. 26

⁸¹ Richter, Emanuel (2006). Das Analysemuster der ‚Postdemokratie‘. Konzeptionelle Probleme und strategische Funktionen. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 4/2006, S. 24f

⁸² Richter, 2006, S. 30

⁸³ Richter, Emanuel (2006). Das Analysemuster der ‚Postdemokratie‘. Konzeptionelle Probleme und strategische Funktionen. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 4/2006, S. 36

von der Postdemokratie könnte also allenfalls als die Intention akzeptiert werden, eine provokante Anregung dazu zu liefern, sich über den eigentlichen modelltheoretischen ‚Kern‘ der Demokratie und über die tragenden Akteure und Kräfte ihrer Realisierung erst noch zu verständigen.⁸⁴

Die Autoren der Postdemokratie ließen laut Ingolfur Blühdorn bei ihren Analysen die Tatsache außer Acht, dass die Demokratie ein strittiger Begriff sei, dessen Inhalt und Bedeutung einem ständigen Prozess der Uminterpretation unterliegt.⁸⁵ Crouchs Konzept sei zwar „ideologisch sympathisch“, allerdings „soziologisch unzureichend“.⁸⁶ Blühdorn empfiehlt aufgrund der „Rückwertsgewandtheit“⁸⁷ der Crouch’schen Verwendung von Postdemokratie „simulative Demokratie“ oder „postdemokratische Wende“⁸⁸ als einen alternativen Terminus, der im Gegensatz zum zu stark von einem ‚goldenen Zeitalter der Demokratie‘ ausgehenden Begriff der Postdemokratie, auch eine analytischere Kraft hätte. Nach Blühdorn stünde es für Crouch außer Frage, „dass es sich bei der Postdemokratie um einen pathologischen Zustand handelt, der schnellstmöglich zu therapieren ist und dessen Heilungschancen auch durchaus nicht schlecht stehen.“⁸⁹

Im Allgemeinen entspreche die Formulierung „postdemokratische Wende“ als Erscheinungsform der Demokratie den spätmodernen Problem- und Bedürfnislagen viel eher als der Begriff der Postdemokratie und es handle sich dabei laut Blühdorn keinesfalls um eine Verabschiedung von der Demokratie, sondern viel mehr um die Beschreibung der Entstehung von neuen demokratischen Erscheinungsformen.⁹⁰

Dirk Jörke hebt im Gegensatz dazu die Produktivität des Begriffs hervor, da er durch seinen warnenden Gebrauch Funktionsstörungen innerhalb der Demokratie besser identifiziert werden könnten. Das Stadium der Postdemokratie trete dann ein, wenn die demokratischen Prinzipien bzw. die Versprechen von Gleichheit und Selbstbestimmung des Volkes uneingelöst bleiben.⁹¹ Die Postdemokratie ließe sich vor allem anhand der Auslagerung von politischen Entscheidungen und am Rückgang der Wahlbeteiligung erkennen.⁹²

⁸⁴ Richter, 2006, S. 25

⁸⁵ Blühdorn, Ingolfur (2006). billig will Ich. Post-demokratische Wende und simulative Demokratie. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 4/2006, S.75

⁸⁶ Blühdorn, 2006, S. 74

⁸⁷ Blühdorn, 2006, S.72f

⁸⁸ ebd.

⁸⁹ Blühdorn, 2006, S.74

⁹⁰ Vgl. Blühdorn, 2006, S.82

⁹¹ Vgl. Jörke, Dirk (2005). Auf dem Weg zur Postdemokratie. In: Leviathan 33, Heft 4/2005. S. 482 – 491

⁹² Vgl. Jörke, Dirk (2006). Warum Postdemokratie? In: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen 19, Heft 4/2006, S. 38-46

In einem weiteren Schritt kritisiert Jörke allerdings die ungenaue Begriffsbestimmung als Verlegenheitsdiagnose und den normativen Dafaismus der Analyse, also die mitschwingende Überzeugung, dass keine Aussicht auf Besserung bestünde.⁹³ Den Ausweg aus der Misere sieht er im Weg „*Von der Postdemokratie zur Demokratie als Protest*“⁹⁴.

Schließlich bemängelt Eike Henning an den postdemokratischen Theoretikern die mangelnde empirische Beweisführung, die ein schwarzes Bild heraufbeschwöre. Bei der Analyse versage die Postdemokratie-Theorie und selbst bei der Herausarbeitung der wahren Ursache herrsche Unklarheit unter den Postdemokraten. Man müsse sich vor der Idealisierung der Demokratie hüten, zumal Demokratie immer „*normativ wie praktisch ein offenes, gestresstes System im Gleichgewicht von Teilnahme, Teilhabe, Kritik, Unterstützung, Lernen, Kommunikation und Macht*“⁹⁵ sei und durch idealisierte Wunschvorstellungen zusätzlich gestresst werde.

Die Verwendung des Begriffs „Postdemokratie“ als legitimatorische Ideologie ist laut Karsten Fischer als „*neo-autoritäres Ideologem*“⁹⁶ zu werten, vor allem, weil die Pointe darin bestünde „*autoritäre Regimeformen nicht als antidemokratisch kennzeichnen zu müssen, sondern die repräsentative Demokratie als historisch überholtes und für die spezifischen regionalen Bedürfnisse nicht passfähiges Modell diskreditieren zu können.*“ Dadurch würden aber dem Caudillismo vergleichbare Modelle zu neuen Ehren kommen – das Ergebnis wäre „*[...] eine nicht primär institutionelle, sondern auf populistischer Stilisierung der persönlichen Führungsqualitäten charismatischer Potentaten beruhende autoritäre Herrschaft.*“⁹⁷

Im Gegensatz zu ideologischen Verwendungsweisen, beispielsweise von Václav Klaus, der die Europäische Union als „*postdemokratische Insitution*“⁹⁸ bezeichnete, habe sich laut Karsten Fischer immerhin eine Semantik von Postdemokratie entwickelt, die einer konstruktiven Kritik an unerwünschten Entwicklungen innerhalb des liberaldemokratischen Systems förderlich ist.⁹⁹

Buchstein und Nullmeier resümieren: „*Das Präfix ‚post‘ bringt nicht nur eine Art Endzeitbewusstsein zum Ausdruck, sondern macht Platz für die in westlichen Demokratien aus vielen*

⁹³ Vgl. Jörke, Dirk (2010). Was kommt nach der Postdemokratie? In: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik Nr. 190, Heft 2/2010, S. 17-25.

⁹⁴ Jörke, 2010, S. 21

⁹⁵ Henning, Eike (2010). Totgesagte leben lange. Zum Aussagenwert postdemokratischer Theorien. In: Vorgänge 190, Zeitschrift für Bürgerrecht und Gesellschaftspolitik, 49. Jahrgang, Juni 2010. Heft 2. S. 27

⁹⁶ Fischer, Karsten (2006). Die jüngste Versuchung der Demokratie. In: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen 19, Heft 4/2006, S. 47

⁹⁷ Fischer, 2006, S. 48

⁹⁸ Klaus, Václav (2005). „Ich habe Angst um Europa“. Ein F.A.Z.-Gespräch mit dem tschechischen Präsidenten Václav Klaus über die Verfassung der EU („leer und schlecht“), die Regierungskrise in Prag und das Verhältnis zu Deutschland. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. März 2005/Nr. 62, S. 5.

⁹⁹ Fischer, 2006, S. 48

guten Gründen lange tabuisierte Frage, ob es politische Regimeformen geben könnte, die keine Verbesserung der Demokratie beinhalten, sondern die der Demokratie, so wie wir sie kennen, nachfolgen könnten, ohne dass sie sich deshalb zu Diktaturen, so wie wir sie ebenfalls bereits kennen, umwandeln.“¹⁰⁰

Verwendet man „Postdemokratie“ als einen Begriffsvorschlag und nicht als strikte „Demokratietheorie“, ermöglicht diese Wortneubildung immerhin eine adäquatere Beschreibung von ansonsten oft nebulösen und diffusen neoliberalen, gesellschaftlichen und politischen Zuständen.

¹⁰⁰ Buchstein, Hubertus/Nullmeier, Frank (Hg.) (2006). Postdemokratie: Ein neuer Diskurs? Editorial. Forschungsjournals NSB, Jg. 19, 4/2006. S. 3

2 AKTEURE

Ein funktionierendes komplexes dynamisches System wie die Demokratie beruht erst in zweiter Linie auf einer ordnungsgemäßen inneren und äußeren Vernetzungsstruktur. In erster Linie ist ihre Stabilität von der Stärke der einzelnen Komponenten abhängig, wie etwa der menschliche Körper immer nur so gesund und belastbar ist, wie das schwächste seiner einzelnen Organe. Kompensation ist nur teilweise und höchstens kurzfristig möglich, da sie bald zu einer Überlastung derjenigen Bereiche führt, die mit einer ausgleichenden Überaktivität an ihre eigenen Grenzen stoßen.

In einer vereinfachten Form lässt sich dieses Prinzip mit dem Minimumgesetz von Justus Liebig beschreiben. Allgemein bekannt ist das populäre Bild einer Tonne, die nur so viel fassen kann, wie es ihre kürzeste Daube erlaubt. Genauso kann ein Organismus sich nur so weit entwickeln, wie es die knappste Ressource erlaubt und eben so steht es mit der Demokratie und ihren einzelnen Akteuren: Ökonomie, Staat, Politiker/Parteien, Medien, Demos.

Die folgende ausführliche Analyse soll zeigen, dass die gegenwärtige Entwicklung einerseits eine systematische und fortschreitende Schwächung aller Akteure bewirkt, dass aber – im Bild der Liebig'schen Minimum-Tonne – diejenige Daube, auf der das größte Gewicht liegt, auch gleichzeitig am stärksten unter „Abnutzungserscheinungen“ leidet, da sie als Hauptknotenpunkt am meisten in das gesamte Netz involviert ist, deshalb am ehesten zur Kompensationsarbeit angehalten ist, in der Folge zu Überlastung, Burnout und „Verkürzung“ neigt und somit auch als Hauptkandidat für Reparaturarbeiten an der „Demokratie-Tonne“ in Frage kommt: der demos.

Bevor jedoch von Reparatur oder einem „Heilmittel“ für die erkrankte Demokratie die Rede sein kann (es wird der Rezeptvorschlag „politische Bildung“ angestrebt), werden die einzelnen Akteure mit ihren eigenen Krisen, Krankheitssymptomen und gegenseitigen Bezügen genauer beleuchtet.

Den Begriff des „Akteurs“ wird bewusst in Abstandnahme von anderen möglichen Bezeichnungen verwendet. Im Gegensatz zum Feldbegriff von Bourdieu, der seinen Bedeutungszusammenhang vor allem aus dem Bild einer relativ festen Struktur bezieht, wird die Rolle der Teilbereiche, die eine Demokratie tragen, in dieser Arbeit eher als aktiv, dynamisch und vernetzt gesehen. Natürlich sind beide Sichtweisen angebracht, da es in solch komplexen Systemzusammenhängen immer bestimmte Strukturen, aber auch immer gegenseitige Beeinflussungen und Wechselwirkungen bis hin zu rückkoppelungsschleifenartigen Phänomenen gibt.

Es wird einerseits versucht Strukturen im Zuge der folgenden Analyse offenzulegen und wo nötig auch stärker zu beleuchten, andererseits muss bei einem Ansatz, wie er in dieser Arbeit verfolgt wird und der parallel zu einer krankengeschichtlichen Anamnese eines Patienten mit bestimmten Symptomen zu sehen ist, bedacht werden, dass man im Hinblick auf eine mögliche Heilung den Fokus auf die aktiven Aspekte der beteiligten Prozesse legen sollte, um dort nötige Änderungen oder eine „Behandlung“ durchführen zu können. Der Begriff des Akteurs veranschaulicht weiters die Tatsache, dass jedem der involvierten Bereiche ein gewisser Handlungsspielraum zur Verfügung steht, in dem sich seine Wirkung bemerkbar macht. Trotz, oder gerade wegen der immer stärker werdenden Ausweitung der einzelnen Einflussbereiche und ihrer enorm wachsenden Vernetzung, soll in dieser Arbeit sowohl klar zwischen den Ausgangsbereichen getrennt werden, in denen sich das Handeln der einzelnen Akteure grundsätzlich abspielt, als auch die wichtigsten Querbezüge herausgearbeitet werden, um so zum Kern der Problematik vordringen zu können. Wie sich zeigen wird, kann zwar kein einzelner „Übeltäter“ für das postulierte Burnout ausfindig gemacht werden, man kann aber den einzelnen Akteuren durch eine klare Analyse ihrer Rolle im Gesamtgefüge Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, um konsolidierend auf die Stabilität einer funktionierenden Demokratie einzuwirken.

2.1 ÖKONOMIE

2.1.1 **Kapitalismus und Demokratie: eine seltsame Beziehung**

Das Verhältnis von Ökonomie und Demokratie gestaltet sich je nach der demokratischen Ausformung, die sich in die libertäre Demokratie und in die soziale Demokratie unterteilt. Diese Unterscheidung betrifft vor allem die Reichweite und Art der Verantwortung des Staates gegenüber seinen Bürgern.¹⁰¹

Während die libertäre Demokratie mit ihrem neoliberalistischen Dogma davon ausgeht, dass Marktwirtschaft auch zu politischer Freiheit und Demokratie führen kann, vertritt die soziale Demokratie mit ihrer keynesianistischen Doktrin die Ansicht, dass die Wirtschaft reguliert werden muss, um individuelle Freiheit bewahren zu können.¹⁰² Der von John Maynard Keynes geprägte und nach ihm benannte Keynesianismus verfolgt eine Wirtschaftsphilosophie, nach der der Staat maßgeblich zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung und zum Ausgleich der zyklischen Schwankungen von Angebot und Nachfrage beiträgt. Diese Wirt-

¹⁰¹ Vgl. Meyer, Thomas (2009). Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung. Wiesbaden. S. 100

¹⁰² Vgl. Schroeder, Wolfgang/Vaut, Simon (2011). „Wirtschaft und Demokratie“. In: Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 5

schaftspolitik wurde allerdings mit der Inflationskrise in den 1970er Jahren zurückgedrängt. Der Wohlfahrtsstaat fungierte hier als Rahmenbildner einer stabilen ökonomischen Ordnung, während er sich nicht allzu intensiv in die wirtschaftlichen Angelegenheiten einmischte.

Der darauf folgende Neoliberalismus entpuppte sich indes als Problem in den demokratischen Kernländern. Nachdem den Forderungen der Unternehmen immer mehr Aufmerksamkeit geschenkt wurde, hatte das eine Deregulierung der Arbeits- und Finanzmärkte, die Liberalisierung der Handelsmärkte, die Abschaffung des Wohlfahrtsstaates und die Privatisierung staatlicher Industrien zur Folge. Mit dem Neoliberalismus begann laut Colin Crouch auch die Arbeitsplatzunsicherheit, während die soziale Ungleichheit wieder in die Höhe schnellte und der Wohlfahrtsstaat mit der neoliberalen Abrissbirne attackiert wurde.¹⁰³ Die Vertreter des Neoliberalismus wehren sich getreu dem Prinzip *Mehr Markt – weniger Staat!* nach wie vor gegen das Eingreifen des Staates in wirtschaftliche Prozesse und setzen sich demnach für eine staatliche Politik ein, die ausschließlich einen Beitrag zur Förderung des Wettbewerbs leisten kann.

Das politische Feld geriet bald unter die Walzen der Globalisierung, was den politischen Freiheitssinn schwächte, als es nötig wurde, Entscheidungen ohne Alternativen gegen die Stimmen des Volkes durchzusetzen. Es kam sogar so weit, dass die Interessen der Kapitalverwertung denen der Demokratie mit jener Begründung untergeordnet wurden, *„dass die Finanzmärkte sich viel mehr an Wohlstand und Wachstum orientierten als die Wähler.“* Aus dieser Haltung resultierte laut Heribert Prantl die Ansicht, dass die *„demokratische Kontrolle von Regierungen durch die Bürger“* hinfällig wurde, weil *„die Finanzmärkte die Politik wirkungsvoller kontrollieren konnten.“* Genau diese Einstellung gehörte nach Prantl zu den Auslösern der Finanzkrise.¹⁰⁴ In Wirklichkeit hat sich die finanzgetriebene Ökonomie von gesellschaftlichen Interessen separiert. *„Denn die Opfer der ökonomischen Unterdrückung haben die Eigenschaft, keine Stimme zu haben, in jedem Sinne des Worts.“*, meint Bourdieu,¹⁰⁵ nachdem er feststellt: *„Im Gefolge der neoliberalen Verpackung der rohen ökonomischen Gewalt, die man uns seit Jahren serviert, bilden sich schlimme Prozesse der Zerstörung einer sozialen Ordnung, die nur unter großen Schwierigkeiten aufgebaut werden konnte.“*¹⁰⁶

¹⁰³ Vgl. Crouch, Colin (2009). Vom Urkeynesianismus zum privatisierten Keynesianismus – und was nun? In: Leviathan 37, S. 321

¹⁰⁴ Prantl, Heribert (2008). Demokratiealarm. Kommentar. In: Süddeutsche Zeitung Online. <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/finanzkrise-in-deutschland-demokratiealarm-1.533747> (zuletzt abgerufen am 27. März 2011)

¹⁰⁵ Bourdieu, 2001, S. 58

¹⁰⁶ Bourdieu, 2001, S. 39f

Keynes konnte laut Wolfgang Schroeder und Simon Vaut nachweisen, „dass der Kapitalismus sowohl durch ein Übermaß an Ungleichheit als auch durch Unstabilität und anhaltende Krisen das Wirtschaftssystem und die politische Stabilität gefährdet.“¹⁰⁷ Wie bereits erwähnt beschreibt auch Crouch in diesem Zusammenhang eine Beschneidung politischer Interessen durch wirtschaftliche Einflussnahmen, die eine Deformation und sukzessiven Substanzverlust der Demokratie, sowie eine rückläufige Bedeutung von gewählten Repräsentanten bei gleichzeitig intakt bleibenden institutionellen Strukturen herbeiführen.¹⁰⁸

„In der globalen Finanzkrise geht es ja nicht nur um das Vertrauen in den Geldmarkt, die Banken und die Finanzstabilität. Es geht auch um das Vertrauen in die Souveränität und die Geltungskraft der Demokratie.“¹⁰⁹, schreibt Heribert Prantl, Journalist der Süddeutschen Zeitung. Die „Dirigenten des internationalen Geldmarktes“ hätten viel daran gesetzt, „die Politik demokratisch gewählter Regierungen ihrer Disziplin zu unterwerfen“ und hätten die Regierungen dazu gedrängt, Kontrollen abzubauen.¹¹⁰

Auch in Krisenzeiten zeigt sich die enge Verbindung von Kapitalismus und Demokratie. Die Annahme, dass die Krise des Kapitalismus wie ein Lauffeuer auf eine globale Krise der Demokratie übergehen würde, ist weit verbreitet. Denn mit der Finanz- und Wirtschaftskrise tauchten gleichermaßen Befürchtungen im Zusammenhang mit der Stabilität der Demokratie auf. „Das Band zwischen der Liberalisierung der Märkte und der Demokratisierung der Gemeinwesen ist gerissen, selbst in westlichen Kernländern verblasst die Strahlkraft demokratischer Freiheit.“¹¹¹, stellen Leggewie und Bieber fest.

2.1.2 Schwierige Verhältnisse: Gleichheit und Freiheit – Liberalismus und Demokratie oder „Auf der Suche nach Balance“

Kapitalismus und Demokratie stehen also sowohl in einem Abhängigkeitsverhältnis, als auch in einem gegenwärtig immer größer werdenden Spannungsverhältnis. Beide haben sich den Begriff der Freiheit auf die Fahnen geschrieben. Während sich in der wettbewerbsorientierten

¹⁰⁷ Schroeder, Wolfgang/Vaut, Simon (2011). „Wirtschaft und Demokratie“. In: Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 6

¹⁰⁸ Vgl. Crouch, 2008, S. 13

¹⁰⁹ Prantl, Heribert (2008). Demokratiealarm. Kommentar. In: Süddeutsche Zeitung Online. <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/finanzkrise-in-deutschland-demokratiealarm-1.533747> (zuletzt abgerufen am 27. März 2011)

¹¹⁰ Vgl. Prantl, Heribert (2008). Demokratiealarm. Kommentar. In: Süddeutsche Zeitung Online. <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/finanzkrise-in-deutschland-demokratiealarm-1.533747> (zuletzt abgerufen am 27. März 2011)

¹¹¹ Leggewie, Claus (2009) Demokratie neu erfinden? Die Presse Online <http://diepresse.com/home/spectrum/zeichenderzeit/503351/Demokratie-neu-erfinden> (zuletzt abgerufen am 2. Juli 2011)

Marktwirtschaft die individuelle Freiheit aber ganz pragmatisch mit wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit „arrangiert“, ist die Qualität einer Demokratie durch ein ausgewogenes Verhältnis von Freiheit und Gleichheit in der Gesellschaft bestimmt. Trotz dieser grundsätzlichen inneren Spannung finden sich gemeinsame Nenner: *„Im Frühstadium der Entfaltung politischer Demokratie hat die Marktwirtschaft für die Ausbildung und Stabilisierung der demokratischen Potenziale großes Gewicht, da sie freiheitlich bestimmtes Handeln der Bürgerinnen und Bürger fördert. [...] Zudem ist die marktwirtschaftliche Dynamik in der Regel mit Wirtschaftswachstum und Wohlstandszuwächsen sowie der Verbreitung von Erwerbs- und Einkommenschancen für viele verbunden [...]“*¹¹², so Thomas Meyer.

Die Ungleichheit, die aber mit der Zeit durch das Prinzip des „survival of the financial fittest“ zwangsläufig generiert wird, kann nun auf verschiedenen Ebenen betrachtet werden – veranschaulicht durch die Frage „Warum sind manche fitter als andere?“ Unterliegen sie verschiedenen Gesetzen, hatten sie unterschiedliche „Startbedingungen“, oder „ist es einfach (naturgegeben) so“ – und wenn ja, was lässt sich tun, um eine vorhandene De-facto-Ungleichheit nicht noch größer und somit zu einer Gefahr für die Demokratie werden zu lassen?

Francis Fukuyama unterscheidet mehrere Arten von Gleichheit: Die Gleichheit vor dem Gesetz (Gleichbehandlung), die Chancengleichheit (etwa durch gleichen Zugang zu Bildung) und die De-facto-Gleichheit.¹¹³ Die beiden ersten sind als Grundlage sowie als erklärtes Ziel einer erfolgreichen Demokratie zu sehen. Strebt man allerdings De-facto-Gleichheit an, so gibt es im Endeffekt nur die Möglichkeit der Annäherung an diesen Zustand durch konkrete Umverteilung, sofern man von totalitären kommunistischen Systemen absieht.

Solche sozialwirtschaftlichen Umverteilungsaktionen können aber auch durch ungeplante Nebeneffekte kontraproduktiv für eine funktionierende Gesellschaftsstruktur sein, indem etwa als Folge plötzlich mehr Menschen zu dem Bereich gehören wollen, in dem das Benefit der Umverteilung zu finden ist, als es vielleicht ursprünglich waren, wie am Beispiel der steigenden Anzahl von Alleinerzieherinnen in ärmeren Bevölkerungsschichten nach der Einführung einer finanziellen Unterstützung dieser Bevölkerungsgruppe zu sehen ist.¹¹⁴

Andere Probleme von Umverteilungsstrategien für die Politik selbst liegen an der Verwendung sozialer Programme als „Wählerfang“ für manche Politiker, bei gleichzeitiger Schwierigkeit des Umgangs mit langfristigen Folgen solcher, oft in wirtschaftlichen Wachstumspha-

¹¹² Meyer, Thomas (2009). Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung. Wiesbaden. S. 118

¹¹³ Vgl. Fukuyama, Francis (2011). Dealing with Inequality. Poverty, Inequality, and Democracy In: Journal of Democracy Volume 22, Number 3 July 2011, S. 79 – 89

¹¹⁴ Vgl. Fukuyama, 2011, S. 86

sen gestarteten Programme. „*It is much easier for a politician to initiate a new program than to take away an old one*“¹¹⁵, meint Fukuyama.

Eine im Kapitalismus durch das Abstandnehmen von jeglicher Einmischung einmal zu groß gewordene soziale De-facto-Ungleichheit birgt indes Gefahren für die Demokratie und kann bei einer zu hohen ökonomischen Machkonzentration zur Dezimierung des politischen Einflusses und letztlich auch zu Korruption führen. Einerseits ist es eindeutig, „*dass sich die Demokratie nur mit einer Wirtschaftsverfassung verträgt, die ihrerseits auf der Respektierung der persönlichen Grundrechte basiert und den legitimierenden Grundprinzipien der Freiheit und Gleichheit nie widerspricht.*“¹¹⁶ Andererseits meint Baudrillard, die Reduzierung aller Regeln auf das Gesetz des Marktes sei das Gegenteil von Freiheit – nämlich deren Illusion.¹¹⁷

Fukuyama analysiert das Spannungsfeld zwischen individueller Freiheit und de facto sozialer Gleichheit genauer und stellt die Frage nach einer möglichen Balance. Nach Simon Kuznet ist eine moderate wirtschaftliche Ungleichheit sogar ein Zeichen für eine funktionierende Wirtschaft, die nach einer gewissen stärkeren Wachstumsphase den Boden für eine darauf folgende Konsolidierung schaffe, welches wiederum die Grundlage einer stabilen Annäherung an eine de facto soziale Gleichheit sei.¹¹⁸ Wird die Ungleichheit allerdings zu groß, so führt die Polarisierung zwischen Arm und Reich zu destabilisierenden Konflikten, die nicht nur für die Demokratie eine Gefahr darstellen, sondern auch das auf einer kapitalistischen Grundlage frei stattfindende Wirtschaftswachstum wieder eindämmen.

„Das System heilt seine Krankheiten selbst“, könnte man fast meinen, sofern die Destabilisierung nicht ihrerseits einen gewissen Grad überschreitet und zu Kriegen oder staatsinternen Krisen mit ausufernden Konflikten führt.

Insgesamt folgt der Einfluss von Ungleichheit auf Politik und Wirtschaft keiner linearen Funktion, sondern verändert sich mit dem Grad der Ungleichheit – es scheint einen „kritischen Punkt“ zu geben, ab dem sich eventuelle positive Folgen einer moderaten Ungleichheit ins Gegenteil umkehren. Deshalb sieht Fukuyama die Lösung solcher Probleme zwischen den in vielen der heutigen libertären Demokratien vorexerzierten Extremen: Mit gut durchdachten Programmen, wie sie in den frühen 2000er Jahren in lateinamerikanischen Demokratien durchgeführt wurden, könne extreme Ungleichheit erfolgreich ausgeglichen werden, ohne

¹¹⁵ Fukuyama, 2011, S. 86

¹¹⁶ Meyer, Thomas (2009). Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung. Wiesbaden. S. 119

¹¹⁷ Vgl. Baudrillard, Jean (2002). „Das ist der vierte Weltkrieg“. Interview mit Jean Baudrillard. In: Der Spiegel 03/2002, S. 180

¹¹⁸ Vgl. Kuznets, Simon (1955). „Economic Growth and Income Inequality“, American Economic Review 45 (March 1955). S. 1–28. Zitiert nach: Fukuyama, Francis (2011). Dealing with Inequality. Poverty, Inequality, and Democracy In: Journal of Democracy Volume 22, Number 3 July 2011, S. 83

blind in die Zukunfts-Finanzfalle zu laufen, in der sich manche der reicheren Demokratien bereits befinden – und auch ohne das zu betreiben, was Fukuyama „reform-mongering“¹¹⁹ nennt.

2.1.3 Lobbydemokratie und nebulöse Machtkomplexe

oder „Wie der Markt die Politik vergiftet“¹²⁰

„Politik muss [...] heute mehr denn je auch mit Blick auf die Finanzmärkte formuliert werden.“¹²¹, fordert der frühere Chef der Deutschen Bank, Rolf Breuer, der die Finanzmärkte neben den Medien als „fünfte Gewalt“ im Sinne einer wichtigen Kontrollinstanz für die Demokratie feiert.¹²²

Obwohl der Wirtschaft eine gewichtige Rolle im Gesamtsystem zukommt, besitzt sie per se nicht die Legitimation, als Kontrollinstanz im Sinne einer ‚fünften Macht im Staat‘ zu fungieren. Deshalb wird von Seiten der Politik und Gesellschaft im Gegensatz zum Chef der Deutschen Bank eine ganz andere Meinung vertreten. Der ehemalige Finanzminister Josef Pröll bekannte: „Ich habe in der Bewältigung dieser Krise eines gemerkt: wie wichtig die ordnende und gestaltende Kraft der Politik ist.“ und hatte folgende Lösung parat: „Bringen wir der Politik zukünftig wieder mehr Respekt und Anerkennung entgegen!“ Mit der Finanzkrise sei die verloren gegangene Vormachtstellung der Politik zurückgekehrt, wird Pröll in der Wiener Zeitung zitiert. Er betont auch, dass eine Vertiefung der Finanzmarktaufsicht wieder dringend nötig wäre.¹²³

„The option to go elsewhere“ räumt allerdings den großen Unternehmen einen Primat ein, wodurch den einzelnen Nationalstaaten jegliche Kontrolle entzogen wird. Wenn den Unternehmen die steuerlichen Bedingungen oder das Rechtssystem eines Staates nicht zusagen, haben sie letztlich immer die Möglichkeit, in ein für sie günstigeres Land zu wandern. Aus diesem Grund bieten sich Politiker auch als Gesprächspartner der Wirtschaft an und schirmen sich somit von der gesellschaftlichen Verantwortlichkeit ab, während die Staaten im Wettbewerb mit anderen darum kämpfen, jeweils bessere Bedingungen für die Industrie zu schaffen,

¹¹⁹ Fukuyama, 2011, S. 88

¹²⁰ Offe, Claus (2008). Wie der Markt die Politik vergiftet. Die Finanzkrise als Demokratieverlust: Colin Crouchs Lagebericht. In: Frankfurter Allgemeine FAZ.net <http://www.faz.net/artikel/C30405/wie-der-markt-die-politik-vergiftet-30106089.html> (zuletzt abgerufen am 29. Juni 2011)

¹²¹ Breuer, Rolf (2000). Die fünfte Gewalt. In: Die Zeit Online http://www.zeit.de/2000/18/200018.5._gewalt_.xml (zuletzt abgerufen am 19. Juli 2011)

¹²² ebd.

¹²³ Wiener Zeitung Online, Finanzkrise kostete 15 Billionen Dollar, http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/36917_Finanzkrise-kostete-15-Billionen-Dollar.html (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)

anstatt sie in ihre Schranken zu weisen. Die Standortkonkurrenz fungiert in diesem Sinne als erhebliches Druckmittel gegenüber dem Staat und den Parteiapparaten.

2.1.3.1 Wenn die Korruption wie geschmiert läuft

„In der Gegenwart geht man davon aus, daß lediglich profitorientierte Privatunternehmen über die Kenntnisse verfügen, die in Fragen der Steuerung und Regulierung von Belang sind.“, so Crouch.¹²⁴

Die Regierung werde nach Crouch bereits als eine Melange aus Inkompetenz, parasitäre Strippenzieherei und Wahlpropaganda betrachtet. Ihr sei das Selbstvertrauen verloren gegangen, weshalb sie bereits dazu neige sich in drei Bestandteile aufzulösen:

- 1) eine Reihe von Funktionen, die zunehmend marktförmig organisiert werden;*
- 2) ein Bündel von Verpflichtungen, die so eintönig und belastend sind, daß keine private Firma sie übernehmen würde; und*
- 3) eine rein politische Komponente, bei der es in erster Linie darum geht, ein positives Image zu erzeugen.*¹²⁵

Die ökonomische Macht werde nach Crouch immer mehr in eine politische Macht übersetzt und die Klasse, die ohnehin schon die Ökonomie beherrsche, dominiere nun auch den politischen Betrieb.¹²⁶ Diese Umstände bereiten schließlich den Nährboden für die Zunahme an Lobbyarbeit: Unternehmen werden mit allen Mitteln und Vergünstigungen angelockt und dann auch noch mit einem Zugang zu Politik und Verwaltung belohnt.

Dahrendorf sieht hinter den mächtigen „Parteiapparaten“ eine große Bedrohung, da sie von der demokratischen Basis abgekoppelt sind und trotzdem maßgeblich bei der Auswahl der politischen Führung mitspielen. Für diese Apparate stellten Wahlen im Gegensatz zu Parteien, nicht mehr ein Mittel dar, um Parlamente zu errichten, sondern um ihren Aktivisten Machtpositionen zu verschaffen.¹²⁷ *„Daraus resultieren Interessensverflechtungen, die dunkle Schatten auf die demokratische Legitimität werfen. Die bittere Wahrheit lautet, Parteiapparate sind käuflich.“*¹²⁸, stellt Dahrendorf fest. Ein nährreicher Boden also, auf dem Korruption und Lobbyismus gedeihen können und der unvermeidlich der Kontrolle bedarf.

¹²⁴ Crouch, 2008, S. 58

¹²⁵ Crouch, 2008, S. 59

¹²⁶ Vgl. Crouch, 2008, S. 60, S. 63

¹²⁷ Vgl. Dahrendorf, 2002, S. 86f

¹²⁸ Dahrendorf, 2002, S. 87

Zwar ist die Interessenvertretung ein wesentliches Merkmal der Demokratie, fügen sich aber illegitime wirtschaftliche Interessen in die politische Entscheidungsfindung ein, so trägt das ein immenses Bedrohungspotenzial für die Demokratie mit sich. Der Aufstieg der Wirtschaftseliten schwäche schließlich die kreative Dynamik der Demokratie, so Crouch.¹²⁹

Lobbyismus wird von Leif und Speth in folgender Weise definiert: „*Lobbyismus ist die Beeinflussung der Regierung durch bestimmte Methoden, mit dem Ziel, die Anliegen von Interessensgruppen möglichst umfassend bei politischen Entscheidungen durchzusetzen.*“¹³⁰ Dabei werde Lobbying von Personen betrieben, die selbst nicht am Entscheidungsprozess beteiligt sind. Aus dieser Definition sei laut Leif und Speth allerdings nicht ersichtlich, dass Lobbying auch mit Kontrollverlusten und Problemen verbunden sein kann.

Korruption, so kann man weiters festhalten, gilt immer als Indikator für die Schwäche demokratischer Systeme. Lobbyismus ist zwar nach Schroeder und Vaut keine neue Erscheinung, er hätte sich aber in den letzten Jahren quantitativ ausgedehnt und qualitativ verändert. „*Das wohl komponierte Bild der Partnerschaft in Harmonie, der pragmatischen Zweckgemeinschaft und Zusammenarbeit, wurde jahrzehntelang von beiden Seiten – Politikern und Lobbyisten – gepflegt.*“¹³¹, meint der Journalist und Politologe Thomas Leif, doch dieses harmonisch gezeichnete Bild bekäme immer mehr Risse, da den Politikern die Macht der Lobbyisten im Schatten der Finanz- und Wirtschaftskrise immer unheimlicher werde.

Einige Vorkommnisse hätten laut Leif in den vergangenen Jahren das Macht- und Gefahrenpotenzial des Lobbyismus als vermeintliche „fünfte Gewalt“ öffentlich sichtbarer gemacht und eine spürbare Unruhe unter führenden Politikern erzeugt: Kanzleien wurden mit der Formulierung von Gesetzen beauftragt, die gleichzeitig Mandanten vertraten, die anschließend von jener Gesetzgebung tangiert wurden. Nicht nur, dass Lobbyisten als Leihbeamte in Ministerien eingesetzt wurden, es wurden auch Spitzenlobbyisten aus der Atomindustrie, privaten Krankenversicherungen und der Finanzwirtschaft mit Führungspositionen in den Ministerien versehen. Durch zweifelhafte Praktiken der Parteienfinanzierung in Form von Spenden und Sponsoring als Gegenleistung, konnte man den Eindruck bekommen, Lobbyisten könnten sich einen Zugang zur Politik erkaufen. Weiters hat der direkte Wechsel von Politikern in Spitzenpositionen als Berater oder Lobbyisten in die Industrie massiv zugenommen, sodass leicht ein Eindruck entstehen konnte, wie ihn der Kabarettist Ciriaco de Luca formulierte: „*Wenn du in der Politik ein Looser bist, gehst du eben in die Wirtschaft!*“ Und schließlich haben die

¹²⁹ Vgl. Crouch, 2008, S. 70

¹³⁰ Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hg.) (2006). Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Wiesbaden. S. 12f

¹³¹ Leif, Thomas (2010). Von der Symbiose zur Systemkrise. Essay. In: APuZ 19/2010, S. 3

von den Banken geforderten und auf Kosten der Steuerzahler ausgelebten Rettungspläne im Rahmen der Finanzkrise den Anschein erweckt, dass Lobbyisten massiven Einfluss auf politische Entscheidungen ausgeübt hätten.¹³²

„Durch diesen dichten Verschmelzungsprozess in der politischen Klasse“, stellt Thomas Leif fest, „wird zumindest der Eindruck erweckt, dass sich die Rollenunterschiede zwischen Parlamentariern bzw. Regierungsvertretern und Lobbyisten zunehmend auflösen.“¹³³

Auch die jüngsten Vorkommnisse in der österreichischen Politik veranlassen zur Skepsis. Die Eurofighter-Affäre, der BAWAG-Skandal und die Telekom-Affäre sind nur wenige Beispiele für den Anstieg von Lobbyismus und für die vielzitierte Titelvergabe „Korruptionsoase Österreich“. Die zahlreichen Initiativen zur Bekämpfung der Korruption und Schwächung des Lobbyismus sowie der Stärkung politischer Autonomie haben bislang wenig bewirken können. Stattdessen nimmt der Lobbyismus immer weiter direkten Einfluss auf politische Entscheidungen. Einzelne Unternehmen bringen ihre Interessen den Politikern nahe – werden diese berücksichtigt, wird dafür Unterstützung angeboten. Wenn dabei auch noch Geld fließt und Bestechung im Spiel ist, wird im Allgemeinen von Korruption gesprochen.

Eine Dystopie zeichnet das Ende von der parlamentarischen Demokratie, die durch nebulöse Machtkomplexe abgelöst wird, da laut Thomas Assheuer *„der Staat in informellen Strukturen Entscheidungen trifft, die anschließend unter Einsatz von Basta-Parolen durch das machtlose Parlament gepeitscht und von bienenfleißigen PR-Agenturen dem gleichgültigen Volk schmackhaft gemacht werden.“¹³⁴* Unter wenigen auserwählten Leuten werden Entscheidungen im kleinen Rahmen getroffen; Hinterzimmergespräche und Geheimverhandlungen finden im kleinen Kreis statt, bei der die Öffentlichkeit größtenteils ausgeschlossen ist. Über die Entscheidungen wird erst dann transparent in der Öffentlichkeit debattiert, wenn sie bereits in den Hinterzimmern von medialen und ökonomischen Eliten gefällt wurden. Dabei wäre eine Offenlegung aller Interessenskonstellationen und unterschiedlicher Positionen, die sich in der Diskussion einigen müssen wichtig, um ein klareres Bild für die Allgemeinheit schaffen zu können.

2.1.4 Der „Beschleunigungsunfall“

In der Finanzkrise sind viele Milliarden Euro und Dollar in den Sand gesetzt worden – ausgelöst wurde sie laut Klaus F. Zimmermann durch ein dreifaches Staatsversagen in den USA:

¹³² Vgl. Leif, Thomas (2010). Von der Symbiose zur Systemkrise. Essay. In: APuZ 19/2010, S. 4

¹³³ Leif, Thomas (2010). Von der Symbiose zur Systemkrise. Essay. In: APuZ 19/2010, S. 4

¹³⁴ Assheuer, Thomas (2010). Wir haben die Nase voll! In: Die Zeit Online <http://www.zeit.de/2010/42/Modernisierungsprotest> (zuletzt abgerufen am 10. August 2011)

Niedrigzinspolitik, Verweigerung einer frühzeitlichen Regulierung der Finanzmärkte, Verzicht auf die Rettung von Lehman Brothers.¹³⁵

*„Das Tempo der wirtschaftlichen Integration habe sich von der politischen Sphäre in einem Maße gelöst, dass die Souveränität der Nationalstaaten sowie das Primat der Politik über die Wirtschaft fundamental infrage stünden.“*¹³⁶, so lautet die gängige Meinung nach Rolf Breuer, während Crouch resümiert: *„Die Demokratie hat einfach nicht mit dem Tempo des sich globalisierenden Kapitalismus Schritt halten können.“*¹³⁷

Die mächtige Rolle der Finanzmärkte stellt die Vorrangstellung der Politik massiv in Frage. Das Tempo der Ökonomie ist im Grund genommen zu hoch für die politische Kontrolle, zumal beide Systeme einer zeitlichen Asymmetrie unterliegen. Während die Entscheidungen in der Wirtschaft generell schnell erfolgen, schreitet die Politik langsam voran, vor allem wenn die Entscheidungen auch noch demokratisch legitimiert sein sollen. Die ständige Beschleunigung wird immer mehr zu einem Problem für Mensch und Gesellschaft, vor allem weil die allgemeine Beschleunigung die Aufmerksamkeit zunehmend auf gegenwärtige Probleme lenkt, während sie zukünftige aber auch vergangene Probleme außer acht lässt. Auch die Finanzkrise war letztlich ein „Beschleunigungsunfall“, so der Soziologe und Politikwissenschaftler Hartmut Rosa.¹³⁸ Das Problem sieht Rosa darin, dass kapitalistische Wirtschaftssysteme einer Logik steigender Zirkulationsgeschwindigkeiten des Kapitals untergeordnet seien. Durch die Entkoppelung der Finanzmärkte habe man Gewinne machen können, ohne tatsächlich zu produzieren, indem man mit Finanzprodukten handelte, die in Wirklichkeit keinen realen Bestand hatten.¹³⁹

„Mehr produzieren und mehr verkaufen“, lautet nach Dahrendorf das Credo der Finanzwelt, ohne Rücksicht darauf, was in fünfzig Jahren sein wird.¹⁴⁰ – Die gegenwärtige Verschwendung von Ressourcen widerspreche jeder Logik. Ein möglicher Weg dem entgegenzuwirken würde darin bestehen, die Dominanz der Finanzmärkte zurückzudrängen, den Staats als Kontrollinstanz zu stärken und den Primat der Politik über die Finanzmärkte wiederherzustellen. Kontrolle und Transparenz sind die Gegenpositionen zur wachsenden Undurchsichtigkeit der

¹³⁵ Vgl. Zimmermann, Klaus F. (2009). Wirtschaftswunderjahr 2009. In: APuZ 52/2009, S. 6

¹³⁶ Breuer, Rolf (2000). Die fünfte Gewalt. In: Die Zeit Online http://www.zeit.de/2000/18/200018.5._gewalt_.xml (zuletzt abgerufen am 19. Juli 2011)

¹³⁷ Crouch, 2008, S. 42

¹³⁸ Vgl. Rosa, Hartmut (2010). Die Finanzkrise als Beschleunigungsunfall – Hartmut Rosa im Gespräch. In: Goethe-Institut e. V., Online-Redaktion, Mai 2010, <http://www.goethe.de/ges/phi/eth/de6018458.htm> (zuletzt abgerufen am 19. Juli 2011)

¹³⁹ ebd.

¹⁴⁰ Dahrendorf, 2002, S. 57

Ökonomie – Themen, die angesichts der unzureichend geregelten Parteienfinanzierung eine immer gewichtigere Relevanz haben.

Das direkte Zusammenspiel von Staat und Ökonomie zeigte sich bisher am deutlichsten an der Wirtschafts- und Finanzkrise, in der der Staat als Hoffnungsträger zur Bewältigung jener beitragen sollte. Die Forderung *Mehr Markt – weniger Staat!* verwandelte sich schließlich in den Imperativ *Mehr Staat – weniger Markt!* – gerade deshalb, weil der Staat der Demokratie in schwierigen Zeiten zur Seite stehen kann. Der Staat hatte allerdings selbst mit eigenen Krisen und Problemen zu kämpfen, während er sich als Krisenbewältiger erweisen sollte. Wie es schließlich mit der Rolle des Staates im demokratischen Prozess aussieht, an welchen Problemen er zu arbeiten hat und wie sich die Wirtschaftskrise auf seine eigene auswirkt, wird im kommenden Kapitel besprochen.

2.2 DER STAAT

2.2.1 Definition

Der Staat hat viele Gesichter und verschiedene Namen: Nationalstaat, Verwaltungsstaat, Territorialstaat, Rechtsstaat, Verfassungsstaat, Steuerstaat, Wohlfahrtsstaat, Präventionsstaat, Interventionsstaat, Versorgungsstaat, Sozialstaat, Wettbewerbsstaat, Verbotsstaat, Überwachungsstaat etc. Drei Elemente müssen dennoch immer gegeben sein: ein Staatsvolk, ein Staatsgebiet und eine Staatsgewalt.

Vater Staat trägt eine hohe Verantwortung und die Erwartungen der Bürger sind groß. Er soll seiner sozialen Verantwortung nachgehen, Arbeitsplätze schaffen, für Beschäftigung sorgen, die Rechte und Ansprüche seiner Bürger schützen, sich um eine gerechte Welt kümmern, Bedrohungen abwehren, Transferleistungen erbringen, für soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche sowie politische Stabilität sorgen, Bildungseinrichtungen bereitstellen, Ordnung schaffen, Schutz vor äußeren Feinden leisten, die wirtschaftliche Dynamik beobachten und über den Kapitalismus wachen, vor dem profithungrigen Markt schützen, die Trennung von Wirtschaft und Politik bewahren, gegen Benachteiligungen und Diskriminierungen ankämpfen, den Interessen der Bürger dienen, Chancengleichheit bieten, Infrastruktur schaffen, soziale Probleme lösen – die Liste mit den Anforderungen an den Staat ließe sich noch fortsetzen, doch was macht den Staat eigentlich aus?

Am Beginn der Neuzeit wurde der Staat, wie es Thomas Hobbes in *Leviathan* formuliert hat, als eine Institution gedacht, deren Hauptaufgabe in der Garantie von Sicherheit und Frieden lag. Hobbes begreift den Staat als höchstes Macht- und Gewaltprinzip, worunter sich alle Menschen gleichermaßen unterwerfen, um den Naturzustand zu überwinden. Die Legitimität eines Staates ist demnach davon abhängig, inwieweit er seinen Bürgern sichere Lebensbedingungen und persönliche Freiheiten gewährleisten kann.

Nach der Definition von Max Weber ist der moderne Staat eine Gemeinschaft, die „*innerhalb eines bestimmten Gebietes [...] das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht*“, also ein legitim angesehenes „*Herrschaftsverhältnis von Menschen über Menschen*“. ¹⁴¹

¹⁴¹ Weber, Max (1980). *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*. Tübingen. S. 822

„Nationalstaat und die moderne Demokratie sind siamesische Zwillinge.“¹⁴², so Peter Wahl, der den Nationalstaat als bisher einzigen institutionellen Rahmen für eine funktionierende Demokratie anführt. Schließlich geht auch Habermas davon aus, dass der Nationalstaat wichtige Erfolgsvoraussetzungen für die demokratische Selbststeuerung der Gesellschaft erfüllt: „Der moderne Staat ist nämlich (a) als Verwaltungs- und Steuerstaat und (b) als ein mit Souveränität ausgestatteter Territorialstaat entstanden, der sich (c) im Rahmen eines Nationalstaats (d) zum demokratischen Rechts- und Sozialstaat entwickeln konnte.“¹⁴³

Und Dahrendorf stellt fest, dass jenseits der Nationalstaaten keine Institution zu finden sei, die besser für die Demokratie geeignet wäre, denn: „Je mehr die Demokratie aus dem Ruder läuft, desto wichtiger wird die Verteidigung des Rechtsstaats.“¹⁴⁴ Vor allem in einer Zeit, in der die Demokratie derartig geschwächt sei, mutiere der Rechtsstaat „zur letzten Bastion der Freiheit.“¹⁴⁵

Aber wie sieht es aus im Hause Staat? Kann er im Sinne der Demokratie noch seinem elterlichen Auftrag und den erzieherischen Pflichten nachkommen? Dieser Frage wird im nächsten Kapitel nachgegangen werden. Denn, so Heinz Bude: „Nur der Staat, der Abstand zur Gesellschaft der Individuen gewinnt, kann sich als empathischer Kümmerer und intelligenter Türöffner gebärden, der den Leuten freundlich vor Augen führt, dass es für sie selbst besser wäre, wenn sie nicht alleine dem Egoismus des Augenblicks folgen würden.“¹⁴⁶ – Der Staat verhält sich genauso wie Eltern, die erzieherische Maßnahmen in die Hand nehmen, um ihre Kinder zu sozialen Wesen zu formen.

2.2.2 Der Staat und seine Verfallserscheinungen: Autonomieverlust und Kontrollwahn

2.2.2.1 Autonomieverlust

„Wer übt in der modernen Gesellschaft politische Herrschaft aus?“¹⁴⁷, fragen Philipp Genschel und Bernhard Zangl. Die Antwort hätte bis vor kurzem noch eindeutig und wie aus der Pistole geschossen „Der Staat!“ lauten müssen, allerdings habe sich die Herrschaft ab den 1970er Jahren nach einer Phase der Verstaatlichung immer mehr entstaatlicht, während sich

¹⁴² Wahl, Peter (2010). Einleitung. Demokratie – ein unvollendete Projekt in der Krise. In: Wahl, Peter/ Klein, Dieter (Hg.) (2010). Demokratie und Krise – Krise der Demokratie. Berlin. S. 33

¹⁴³ Habermas, Jürgen (1998). Die Postnationale Konstellation. Frankfurt am Main. S. 97

¹⁴⁴ ebd.

¹⁴⁵ Dahrendorf, 2002, S. 95

¹⁴⁶ Bude, Heinz (2010). Die Metamorphose des Staatsglaubens nach 1945. (unveröffentlichtes Manuskript). Vortrag im Rahmen des 14. Philosophicum Lech 2010 zum Thema „Der Staat. Wie viel Herrschaft braucht der Mensch?“

¹⁴⁷ Vgl. Genschel, Philipp/Zangl, Bernhard (2008). Metamorphosen des Staates – vom Herrschaftsmonopolisten zum Herrschaftsmanager. In: Leviathan, 36. Jahrgang, Heft 3, September 2008, S. 430

der Staat von einem Herrschaftsmonopolisten in einen Herrschaftsmanager verwandelt habe, der nur noch koordiniert, initiiert, integriert und ergänzt.

Zuvor hatte eine schleichende Ökonomisierung in allen Bereichen der Gesellschaft, wie beispielsweise im Bildungs- und Gesundheitssystem statt gefunden. Finanz- und Wirtschaftsministerien sind in der inneren Hierarchie aufgewertet worden, während ein Abbau von Sozial- und Schutzleistungen stattfand. Der Staat hatte zunehmend die neoliberale Ökonomie vorangetrieben, indem er sich an die kapitalistischen Profitinteressen angepasst hat.

Habermas stellt in diesem Zusammenhang auch fest, dass diese Form der nationalstaatlichen Institutionalisierung zunehmend unter den Druck der Globalisierung geraten sei.¹⁴⁸ Eine Gemeinsamkeit aller Definitionen von Globalisierung sei schließlich, dass sie eine Umgestaltung der nationalstaatlichen Rolle beinhalteten.¹⁴⁹

Durch Prozesse der Internationalisierung, Liberalisierung und Privatisierung hat sich eine „Zerfaserung des Staates“ vollzogen.¹⁵⁰ Obwohl der Staat nicht mehr das Herrschaftsmonopol hat, verbleibt die Verantwortung in einem Geflecht von mehreren nichtstaatlichen Akteuren letztlich beim Staat, der allerdings mit einem großen Autonomieverlust zu kämpfen hat. „Ihm wird deshalb auch die Generalhaftung für Herrschaftsversagen zugemutet.“, meinen Genschel und Zangl – selbst wenn er gar nicht an der Misere beteiligt sei.¹⁵¹

Es gibt gegenwärtig fast keinen Bereich mehr, der nicht durch Entscheidungen von internationalen und privaten bzw. nicht-staatlichen Akteuren überformt und gestaltet wurde. Der Handlungsspielraum des Wohlfahrtsstaat wurde ab den 1970er Jahren langsam abgebaut und delegierte immer mehr Aufgaben an private Unternehmer, während andere staatliche Aufgaben von supra- und internationalen Organisationen übernommen wurden.

Beim Versuch, sich in ein großes Dienstleistungsunternehmen zu verwandeln, verringerte der Staat immer weiter seinen Kompetenzbereich und zog sich als Hauptversorger zurück. Nach und nach kam der Staat auf den Geschmack der Effizienzsteigerung und forcierte die Idee, dass Behörden wie Unternehmen funktionieren sollten. Daraus folgten Privatisierungsschübe im öffentlichen Dienst und Auslagerungen behördlicher Leistungen sowie Privatisierung und Deregulierung staatsnaher Sektoren. Während private Unternehmen zunehmend staatliche

¹⁴⁸ Habermas, 1998, S. 101

¹⁴⁹ Vgl. Ruhl, Kathrin et al. (2006). Demokratisches Regieren und politische Kultur: Post-staatlich, post-parlamentarisch, post-patriarchal? Einführende Überlegungen. Berlin. S. 9

¹⁵⁰ Vgl. Genschel, Philipp/Zangl, Bernhard (2008). Die Zerfaserung von Staatlichkeit und die Zentralität des Staates. In: APuZ 20-21/2007. S. 16

¹⁵¹ Genschel, Philipp/Zangl, Bernhard (2008). Metamorphosen des Staates – vom Herrschaftsmonopolisten zum Herrschaftsmanager. In: Leviathan, 36. Jahrgang, Heft 3, September 2008, S. 430

Aufgaben übernahmen, konnte sich der entkräftete Staat selbst dabei zusehen, wie er immer mehr die Fähigkeit verlor, seine Aufgaben eigenständig zu bewältigen. Plötzlich war die Rede von New Public Management und vom „schlanken Staat“, der überflüssige, unangenehme und fruchtlose Aufgaben auslagerte und privatisierte, sich seiner Verantwortung entzog und einen Laissez-faire-Stil in vielen Bereichen, vor allem in dem der Ökonomie verfolgte.

Aufgrund der Akteursausweitung hat der Staat auch zunehmend den Überblick verloren, wie und von wem gewisse Aufgaben erledigt werden. Die Privatisierung von Herrschaft sei vor allem in der öffentlichen Daseinsvorsorge am weitesten vorangeschritten, stellt der Politikwissenschaftler Philipp Genschel fest: *„Der Staat bringt die Post nicht mehr nach Hause, und auch der Lokführer ist in der Regel kein Beamter mehr. Die Versorgung mit Gas, Wasser, Elektrizität, Krankenhäusern, Telekommunikation und Bildung ist seit Mitte der 1980er Jahre ganz oder teilweise auf private Leistungsanbieter übertragen worden.“*¹⁵²

Der Staat geriet als Ordnungs- und Wohlfahrtsinstanz aufgrund der komplexen Anforderungen, die an ihn gestellt wurden, immer mehr unter Stress, während er sich kraftlos und unfähig zeigte, den gesellschaftlichen Ansprüche nachzukommen, *„weil ihm die erforderliche Expertise, Flexibilität oder andere notwendige Ressourcen fehlten.“*¹⁵³ In diesem Zusammenhang stellt Crouch warnend folgende These auf: *„Je mehr sich der Staat aus der Fürsorge für das Leben der normalen Menschen zurückzieht und zulässt, daß diese in politische Apathie versinken, desto leichter können Wirtschaftsverbände ihn – mehr oder minder unbemerkt – zu einem Selbstbedienungsladen machen.“*¹⁵⁴

Der Staat hat mit Problemen zu kämpfen und düstere Zeiten stehen uns bevor, so lautet die Diagnose: Bereits heute ließen sich die sozialen Leistungen nicht mehr finanzieren, in denen auf Kosten künftiger Generationen gelebt werde, schreibt Ernst Sittinger in dem Artikel der Kleinen Zeitung *„Auf dem Weg in den unfinanzierbaren Staat“*¹⁵⁵. Der darin befragte Politikwissenschaftler Michael Eilfort malt ein schwarzes Bild von der Zukunft, wonach Inflation, Währungsschnitte, staatliche Zahlungsunfähigkeit, Wachstumsverluste, soziale Unruhen und der Aufstieg radikaler Parteien drohten.

Während sich die staatlichen Leistungen reduzierten, wurde laut Habermas der Zugriff zu Sicherungssystemen beschränkt und der Druck auf Arbeitslose verschärft. Habermas sieht den Um- und Abbau des Sozialstaates als Resultat einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik

¹⁵² Genschel, Philipp (2007). Und er kann es doch. In: Die Zeit, Nr.36 vom 30.08.2007, S.14

¹⁵³ Hassel, Anke/Lütz, Susanne (2010). Durch die Krise aus der Krise? Die neue Stärke des Staates. In: dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, Heft 2/2010. S. 256

¹⁵⁴ Crouch, 2008, S. 30

¹⁵⁵ Sittinger, Ernst (2011). Auf dem Weg in den unfinanzierbaren Staat. In: Kleine Zeitung, 28.8.2011, S. 4f

im Zusammenhang mit deregulierten Märkten, Subventionsstreichungen, verbesserten Investitionsbedingungen, antiinflationärer Geld- und Zinspolitik, Senkung direkter Steuern und privatisierter Staatsunternehmen. Aus der Zurückweisung des staatlichen Kompromisses resultiere ein Wiederaufbrechen jener Krisentendenzen die der Staat einst aufgefangen hatte, während sich „soziale Kosten“ anhäufen, die die Integrationskraft einer liberalen Gesellschaft zu erschöpfen drohen.¹⁵⁶

2.2.2.2 Kontrollwahn

Was den Staat betrifft, herrscht nach Dahrendorf eine „*Neigung zu einer romantischen Sehnsucht nach einer untergegangenen Welt vor, in der die nationale Politik noch die Wirtschaft kontrollierte.*“ Doch es seien lediglich noch „*Erinnerungen an eine angeblich bessere Welt in einer mythischen Vergangenheit.*“¹⁵⁷

Jene Kontrolle über die Wirtschaft ist dem Staat, wie bereits beschrieben, aus den Händen gefallen. Bei gleichzeitigen Machteinbußen, konnte der Staat allerdings seine Macht durch die Kontrolle des Bürgers im Sinne eines Überwachungsstaates ausbauen.

Nach Crouch erarbeiteten sich Staaten durch eine verstärkte Sicherheits- und Geheimhaltungspolitik immer mehr Möglichkeiten, die Bevölkerungen auszuspionieren und den Schutz der Privatsphäre zu missachten, womit die Fortschritte des transparenten Regierens revidiert wurden.¹⁵⁸ Eine Spannung zwischen politischem und persönlichem Freiheitsbegriff etablierte sich, indem der Staat versuchte, die Bürger in seine Abhängigkeit zu treiben. Durch einen Verbots- und Reglementierungswahn verwandelte sich der Staat mit dem Hinweis auf gesundheitliche Aspekte oder terroristische Bedrohungen in einen Überwachungsstaat, der durch Eingriffe ins Privatleben der Menschen die Freiheits- und Bürgerrechte zunehmend beschnitten hat. Ob Rauchen, Alkoholkonsum, Ernährungsgewohnheiten oder Freizeitaktivitäten: alles steht inzwischen unter staatlichen Vorgaben und Empfehlungen. Dazu gesellen sich unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung Entwicklungen, wie E-Mail-, Video- und Telefonüberwachungen, Nacktscanner und biometrische Reisepässe. Der Staat schafft sich zunehmend seinen gläsernen Bürger, während dieser durch die Bevormundung in die Unmündigkeit getrieben wird.

Auch Schwartzberg geht davon aus, dass die Überentwicklung der Staatsmacht „*eine technisierte, robotisierte, standardisierte Gesellschaft*“ erzeugt, „*innerhalb derer das Individuum*

¹⁵⁶ Vgl. Habermas, 1998, S. 80f

¹⁵⁷ Dahrendorf, 2002, S. 26

¹⁵⁸ Vgl. Crouch, 2008, S. 23f

das Gefühl hat, überhaupt nicht mehr zu zählen.“¹⁵⁹ Die Erweiterung des staatlichen Einflusses wirkt sich also eindeutig zu Lasten der persönlichen Freiheit, Selbstständigkeit und Individualität aus und verringert die Möglichkeit, seine Kreativität auszuleben.

Dennoch wollen die Menschen laut Murray Edelman nach wie vor an den „tradierten Vorstellungen vom Staat“ festhalten, weil sie „an diesen Mythos, dem sie ihren Zusammenhalt danken, glauben wollen“. Das Verhältnis von Bürgern und Staat hält Murray für kompliziert: „Der Staat teilt Vergünstigungen und Gratifikationen aus, aber bedroht auch. Einmal ist er ‚unser Staat‘, aber oft sind es auch ‚die da oben‘.“¹⁶⁰

„Staat“, so schreibt Nietzsche in ‚Also sprach Zarathustra‘, „heißt das kälteste aller Ungeheuer. Kalt lügt es auch; und diese Lüge kriecht aus seinem Munde: ‚Ich, der Staat, bin das Volk.‘“¹⁶¹ Wo es noch Volk gäbe, da verstünde es den Staat nicht und hasse ihn als bösen Blick und Sünde an Sitten und Rechten. „Dort, wo der Staat aufhört, da beginnt erst der Mensch, der nicht überflüssig ist [...]“¹⁶²

Eine ambivalente Einstellung, die dem Staat also entgegengebracht wird und von Konrad Paul Liessmann gekonnt auf den Punkt formuliert wird: „Vom Staat, dies zumindest steht fest, haben wir immer entweder zu viel oder zu wenig.“¹⁶³ und resümiert: „Der Staat, so scheint es, ist die Gefahr – aber womöglich das Rettende auch.“¹⁶⁴

An dieser Stelle ist festzuhalten, dass der Staat trotz oder gerade wegen seiner großen Verantwortung mit großen Problemen zu tun und mit Verfallserscheinungen zu kämpfen hat, die vor allem durch eine Umgestaltung der nationalstaatlichen Rolle durch Globalisierungstendenzen (Internationalisierung, Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung, Outsourcing, Supranationalisierung) hervorgerufen werden. Die Verteidigung des Staates ist allerdings aufgrund der engen Verbindung zur Demokratie gerade zur Stabilisierung jener von außerordentlicher Wichtigkeit.

Wie der Staat wieder seiner starken Rolle nachkommen und sich geradezu als „Retter“ erweisen kann, wird im nächsten Kapitel beschrieben.

¹⁵⁹ Schwartzberg, Roger-Gérard (1980). Politik als Showgeschäft. Moderne Strategien im Kampf um die Macht. Düsseldorf/Wien. S. 244

¹⁶⁰ Edelman, Murray (1990). Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns. Frankfurt/New York. S. 1

¹⁶¹ Nietzsche, Friedrich (1976). Also Sprach Zarathustra. Ein Buch für alle und keinen. Baden-Baden. S. 51

¹⁶² Nietzsche, 1976, S. 54

¹⁶³ Liessmann, Konrad Paul (2010). Der Staat. Wie viel Herrschaft braucht der Mensch? Einleitungsvortrag zum 14. Philosophicum Lech am 23. 9. 2010 (unveröffentlichtes Manuskript)

¹⁶⁴ ebd.

2.2.3 Dank der Krise aus der Krise?

Spätestens seit der Wirtschaftskrise lautet die Devise wieder „*Einmischen erwünscht*“¹⁶⁵. „*In der Finanzkrise wuchsen dem Staat neue Flügel.*“¹⁶⁶, stellen auch Anke Hassel und Susanne Lütz fest. Der Staat soll bei Problemen wieder stärker intervenieren und protektionistische Maßnahmen ergreifen. Auch der Soziologe Heinz Bude analysiert: „*Die Phase der Staatsverachtung ist mit der Erkenntnis der beängstigenden Vulnerabilität des globalen Finanzsystems in die Defensive geraten.*“¹⁶⁷ Von allen Seiten blicke man wieder auf den Staat, dem wieder mehr Verantwortung zukommen müsse – habe er sich doch in den letzten Jahren wieder als Retter erweisen können. Nach einer massiven Phase der Dekonstruktion des Staatsglaubens sei die Zeit für die Bekenntnis zur Staatbedürftigkeit wieder reif.¹⁶⁸

Das Thema „Staat und Ökonomie“ ist mit der Finanzkrise 2008/2009 wieder belebt worden, in dessen Rahmen wieder von einem Comeback und einem Revival des Staates die Rede war, nachdem er schon zu den Totgesagten gehörte. Der Staat konnte sich wie Phönix aus der Asche wieder als Retter und als Vertreter des Allgemeininteresses beweisen, indem er versuchte den Kapitalismus wieder in seine Schranken zu weisen und zu zähmen, indem er auf eine Finanzmarktregulierung setzte. *Mehr Staat – weniger Ökonomie!*, hört man wieder von den Dächern schreien. Der Staat ist wieder dazu aufgerufen, seine Pflichten aufzunehmen, schließlich bräuchten wir für eine gefestigte Demokratie einen verantwortungsvollen statt eines schlanken Staats, der der Demokratie in ihrer schwierigen Phase zur Seite stehen kann.

In der Krise, so lautet eine politische Weisheit, schlägt die Stunde der Exekutive. Tatsächlich konnte der Staat seine Handlungskompetenz und Stärke demonstrieren, als er die Weltwirtschaft beinahe vom Rande des Abgrundes holte und das Ruder in Sachen wirtschaftspolitischer Steuerung teilweise wieder in die Hand genommen hat. Der Staat hat schließlich mit seinen Kriseninterventionsmaßnahmen das Handlungsrepertoire gegenüber dem Bankensektor wieder erweitert.

Nach der unmittelbaren Reaktion auf die Krise kamen längerfristig angelegte staatliche Maßnahmen zur Konjunkturstützung und Nachfragestabilisierung mit ins Spiel, um die negativen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise abzumildern, die Gesamtnachfrage stabil zu

¹⁶⁵ Pinzler, Petra (2009). Einmischen Erwünscht. In: Die Zeit Online <http://www.zeit.de/2009/26/Industriepolitik> (zuletzt abgerufen am 13. Juni 2011)

¹⁶⁶ Hassel, Anke/Lütz, Susanne (2010). Durch die Krise aus der Krise? Die neue Stärke des Staates. In: dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, Heft 2/2010. S. 251

¹⁶⁷ Bude, Heinz (2010). Die Metamorphose des Staatsglaubens nach 1945. (unveröffentlichtes Manuskript). Vortrag im Rahmen des 14. Philosophicum Lech 2010 zum Thema „Der Staat. Wie viel Herrschaft braucht der Mensch?“

¹⁶⁸ ebd.

halten, Arbeitsplätze zu schaffen, die Beschäftigung zu sichern und den Wirtschaftsstandort zu stabilisieren. Neben Steuerentlastungen, wurden Finanzierungsmittel für Neuinvestitionen und Innovationsfinanzierungen zur Verfügung gestellt, Förderungen von Bausparprämien eingerichtet, Investitionen in Infrastrukturprojekte getätigt und Transferleistungen erhöht.

Der Staat sei nach der Finanzkrise nicht mehr derselbe wie vor der Krise, stellen Hassel und Lütz fest, schließlich hätten die Nationalstaaten mit der Öffnung und Anwendung des Instrumentenkastens der ‚mixed economy‘– Verstaatlichung, Konjunkturpolitik und marktbeschränkende Regulierung – im Vergleich zu der Phase der Marktliberalisierung ihr Repertoire an Steuerungsinstrumenten ausgedehnt.¹⁶⁹

Das Sanierungsprogramm wurde allerdings ohne gesellschaftliche Debatte in den Hinterzimmern ausgetüftelt. Ob die angestoßenen Reformen zur Finanzmarktregulierung und zur Stabilisierung der Wirtschaft langfristig fruchten werden, bleibt abzuwarten. Abschließend ist zu sagen, dass der Staat nur gegen mächtige Kapitalinteressen ankämpfen kann, wenn sich gesellschaftliche Fundamentalinteressen entwickeln.

Eine Lösung könnte laut Habermas darin bestehen, *„daß die regulatorische Kraft der Politik den Märkten, die sich dem Zugriff der Nationalstaaten entzieht, nachwächst.“* Dabei fragt er allerdings besorgt: *„Oder sollte das Fehlen einer zeitdiagnostisch erhellenden Orientierung anzeigen, daß wir nur aus Katastrophen lernen können?“*¹⁷⁰

Halten wir also fest, dass die Verhältnisse zwischen Freiheit und Leitung, zwischen Autonomie und Kontrolle sowie zwischen Ökonomie und Staat im Endeffekt die altbekannte Problematik des Verhältnisses von individuellen und gemeinschaftlichen Bedürfnissen widerspiegeln. Kommt es in diesem diffizilen Wechselspiel zu größeren Inbalancen, so gerät das gesamte System sehr schnell in eine Situation, die sowohl von relativ außenstehenden Experten als auch von Beteiligten als Krise gesehen wird. Wie es nach einer solchen Diagnose weitergeht, oder weitergehen kann, wird in den folgenden Kapitel erörtert, wobei vorher die in Frage kommenden „konkret agierenden“ Akteure Politiker/Parteien, Medien und der *demos*, sowie deren eigene mit der oben beschriebenen Lage stark in Verbindung stehenden Krisensituationen ebenfalls einer genauen Analyse bedürfen.

¹⁶⁹ Hassel, Anke/Lütz, Susanne (2010). Durch die Krise aus der Krise? Die neue Stärke des Staates. In: dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, Heft 2/2010. S. 268

¹⁷⁰ Habermas, 1998, S. 79

2.3 POLITIKER UND PARTEIEN

Die wichtigsten Entscheidungen werden in einer Parteiendemokratie von politischen Parteien und Politikern getroffen. Durch die Wahl von Volksvertretern hat der Wähler mit seiner Stimmabgabe die Möglichkeit indirekt am politischen Prozess teilzunehmen. Viele Anzeichen deuten allerdings darauf hin, dass die politische Elite mit Legitimations-, Ansehens-, Vertrauens-, und Mitgliederverlusten hadert, nachdem sich ihr Gestaltungsspielraum vor allem in wirtschaftspolitischen Belangen zu verringern scheint. Zu einer veränderten Einstellung gegenüber politischen Akteuren trägt nicht nur ein allgemeiner Wertewandel innerhalb der Gesellschaft bei, auch die Reaktion auf den Bedeutungsverlust, die aus einer Mischung aus Personalisierung, Entertainisierung, Konsensualisierung, Überforderung und Wettkampforientierung besteht, schlägt sich auf die Wahrnehmung von Parteien nieder.

Die folgenden Kapitel widmen sich zunächst den Ansprüchen an die politischen Akteure und anschließend den Verfallserscheinungen der politischen Repräsentation.

Auf die Frage „*Was würden sie tun, wenn sie das neue Jahr regieren könnten?*“ antwortete Joachim Ringelnatz folgendes:

*Ich würde vor Aufregung wahrscheinlich
Die ersten Nächte schlaflos verbringen
Und darauf tagelang ängstlich und kleinlich
Ganz dumme, selbstsüchtige Pläne schwingen.*

*Dann - hoffentlich - aber laut lachen
Und endlich den lieben Gott abends leise
Bitten, doch wieder nach seiner Weise
Das neue Jahr göttlich selber zu machen.*

(Joachim Ringelnatz)

2.3.1 Anforderungsprofil an den Politiker

Ein Politiker müsse nach Bourdieu bereit sein, „*responsible, das heißt kompetent, seriös, vertrauenswürdig, kurz: bereit in beständiger Weise, ohne Überraschungen oder verräterische Abweichungen, die durch die Struktur zugewiesene Rolle zu spielen.*“¹⁷¹

¹⁷¹ Bourdieu, 2001, S. 78

Und Max Weber ergänzt: *„Wer Politik überhaupt und wer vollends Politik als Beruf betreiben will, hat sich jener ethischen Paradoxien und seiner Verantwortung für das, was aus ihm selbst unter ihrem Druck werden kann, bewußt zu sein. Er läßt sich, ich wiederhole es, mit den diabolischen Mächten ein, die in jeder Gewaltsamkeit lauern.“*¹⁷²

Ein Politiker muss geradezu über übernatürliche Fähigkeiten verfügen: Er muss komplexe Inhalte und Problemstellungen klar und verständlich vermitteln können und insofern auch über ein immenses Wissen hinsichtlich wissenschaftlicher Theorien, historischer Gegebenheiten und ökonomischer Konstellationen verfügen. Der Politiker muss Entscheidungen begreifbar machen, über Problemlösungskompetenz verfügen, Orientierungshilfe leisten, Alternativen aufzeigen können und nicht zuletzt auch noch inhaltliche Kompetenz und eine gewisse Führungsstärke beweisen. Er soll womöglich auch charismatisch, klug, pflichtbewusst, ordentlich, diplomatisch, empathisch, geradlinig, kompetent, intelligent, voraussichtig, smart, clever, weise, gewitzt, kreativ, geistreich, bewandert, loyal, zuverlässig, ehrlich, offenherzig, rhetorisch perfektioniert, photogen und medienwirksam sein, um eine breite Bevölkerung ansprechen zu können.

Das gegenwärtige Bild des Politikers wird allerdings von dem Philosophen Vittorio Hösle ganz anders gezeichnet. Ihm zufolge seien die meisten Politiker *„wahrhaftig keine Intellektuellen und es wäre naiv zu erwarten, dass ein Politiker kategorial sehr viel weiter ist als der Durchschnittsmensch. Der Politiker wird normalerweise gewählt, eben weil er in überdurchschnittlicher Weise durchschnittlich ist. Er vertritt im wesentlichen das Wertsystem des Durchschnittsbürgers, aber er hat im Unterschied zum Durchschnittsbürger das notwendige Sitzfleisch, um von morgens bis abends Meetings durchsitzen zu können.“*¹⁷³ Und der Journalist Jürgen Leinemann sagt resignierend bei einem Interview: *„Wir reden [bei Politikern] nicht von charakter- und disziplinlosen Menschen, wir reden von einer inneren Leere.“*¹⁷⁴

Das sind einige der Bilder, die die Gegenwart beherrschen und von Grund auf gegensätzlich zu den Ansprüchen an die politische Elite gezeichnet werden.

¹⁷² Weber, Max (1988). Gesammelte Politische Schriften. Tübingen. S. 557

¹⁷³ Hösle, Vittorio (2011). Die ökologische Krise der Gegenwart und die Philosophie. Ein Gespräch mit dem Philosophen Vittorio Hösle, (24. März 2011), <http://denkanstoesse.de/Dossier/221-Die%20ökologische%20Krise%20der%20Gegenwart%20und%20die%20Philosophie> (zuletzt abgerufen am 7. Juli 2011)

¹⁷⁴ Leinemann, Jürgen (2004). Eine Droge namens Politik. Ein Interview von Sven Hillenkamp und Stefan Lebert mit Jürgen Leinemann. In: Die Zeit Online <http://www.zeit.de/2004/40/Leinemann> (zuletzt abgerufen am 10. August 2011)

2.3.2 Ansprüche an die Parteien

Heiko Gothe sieht politische Parteien als Teil des intermediären Subsystems des politischen Systems und somit als zentrales Element der Interessensvermittlung zwischen Regierenden und Regierten. Sind innerhalb der Interessenstransformation Funktionsstörungen erkennbar, so sieht Gothe das „Element zur Herstellung politischer Unterstützung“ gestört und schlussfolgert: *„Dem Parteisystem und seiner Wahrnehmung durch die Bürger kommt somit eine zentrale Bedeutung für die Persistenz des politischen Systems zu.“*¹⁷⁵

Politische Parteien fungieren als Meinungswerkstatt und üben eine Brückenfunktion aus, die zwischen Staat und Gesellschaft vermitteln soll. Demnach werden gesellschaftlich formulierte Interessen an „die Partei“ gebracht, um im staatlichen Institutionsgefüge Gehör zu finden.

Aufgrund der Vermittlerrolle zwischen den Ansprüchen der Bürger und denen des Regierungssystems stellen Parteien einen zentralen Akteur des demokratischen Prozesses dar. Das große Verdienst der Parteien ist, dass sie sowohl das politische Interesse, als auch das politische Urteilsvermögen, sowie das Selbstbewusstsein und die aktive Beteiligung der Bürger fördern und ankurbeln können. Darüber hinaus sind Parteien in der Lage, die Sympathie zur Demokratie zu protegieren.

Hinsichtlich dessen können Parteien und ihre Politiker einen gewaltigen Beitrag dazu leisten, dem Bürger eine bessere Übersicht in einer komplexen politischen Welt zu verschaffen. Daneben bieten Parteien auch eine Orientierungsbasis, die für das Verständnis von politischem Geschehen nötig ist, um verantwortungsvolle Urteile fällen zu können. Die Offenlegung von Informationen durch politische Akteure und ein egalitärer Zugang zu diesen Informationen sind Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie.

Oscar W. Gabriel und Everhard Holtmann sehen in der Parteiidentifikation und im Vertrauen zu Parteien den Vorteil, sich besser in einer komplexen politischen Welt orientieren zu können. Im Allgemeinen entlaste das politische Vertrauen den Bürger davon, sich detailliert über politische Sachverhalte informieren zu müssen, um auf jener Grundlage richtige Entscheidungen treffen zu können.¹⁷⁶

Abgesehen von ihrem Nutzen, haben Politiker und Parteien aber in der Regel noch ganz andere Interessen, als ihren Wählern Hilfestellungen zu bieten und sie zu vertreten. Auf Dauer

¹⁷⁵ Gothe, Heiko et al. (1997). Mythos und Realität: „Parteienverdrossenheit“ in der Bundesrepublik Deutschland In: Schneider-Wilkes, Rainer (Hg.). (1997). Demokratie in Gefahr? Zum Zustand der deutschen Republik. Münster. S. 153

¹⁷⁶ Vgl. Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard (2010). Der Parteienstaat – ein immerwährendes demokratisches Ärgernis? Ideologiekritische und empirische Anmerkungen zu einer aktuellen Debatte. In: ZfP 57 Jg. 3, S. 318

gesehen, sind sie sich ihrer Verantwortung wahrscheinlich oft nicht ganz bewusst und neigen dazu, unvorsichtig und leichtfertig – gerade nicht im Sinne des Gemeinwohls – zu handeln.

Politiker wollen wieder gewählt werden und sind deshalb in hohem Ausmaß auf die Medien angewiesen. Funk- und Fernsehen, sowie Printmedien und Internet sollen ein positives Image erzeugen, welches dann auch die Messlatte für den politischen Erfolg festsetzt. Der Wähler soll dazu animiert werden, sich für den Politiker zu interessieren, was mit allen möglichen Mitteln zu erreichen versucht wird. Dabei werden Leistungen oft in den Hintergrund gedrängt und Privates in den Vordergrund gestellt. „*Wenn sie im Geschäft bleiben möchten, müssen sie sich permanent bemühen, herauszufinden, was die ‚Kundschaft‘ haben will.*“¹⁷⁷, stellt Crouch fest.

Auf der politischen Bühne zeichnet sich also zunehmend ein Verfall der politischen Repräsentation ab. Probleme ergeben sich dabei auf verschiedenen Achsen. Wie diese Probleme aussehen und wodurch sie zustande kamen, wird im nächsten Kapitel erörtert.

2.3.3 Der Verfall der politischen Repräsentation

Stephan Weil, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, stellte im Jahr 2008 erschüttert fest: „*Wir haben eine Krise der politischen Repräsentation, eine Krise der Repräsentanten, aber nicht minder eine Krise der Repräsentierten. Sinkende Wahlbeteiligung, schrumpfende Parteien und ein offensichtlicher Ansehensverlust der politischen Klasse: Das sind die Symptome, die die Krise der politischen Repräsentation ausmachen.*“¹⁷⁸

Gründe, die zu einem Wandel und einer Krise der Parteien beigetragen haben, gibt es viele. Einen Antriebsmotor für den Wandel stellt vor allem der ökonomische Druck dar, mit dem die Parteien immer mehr zu kämpfen haben und mit dem sie verschiedenartig umgehen.

Ein weiterer Grund für die Erosion der Parteien sind die zunehmenden Mitgliederverluste, die mit einer Bindungsschwäche der Altparteien und dem Anstieg der Nichtwähler verbunden sind. Hand in Hand gehen damit gewaltige Ansehens- und Vertrauensverluste gegenüber den Politikern, zumal die Bevölkerung nicht mehr den Eindruck hat, entsprechend ihrer Vorstellungen und Interessen von der politischen Elite vertreten zu werden. Die Parteien nähern sich in der Ausgestaltung ihrer Programme und in ihrem Erscheinungsbild immer mehr der Mitte und somit immer weiter aneinander an, sodass man nicht mehr zwischen politischen Grundideen, sondern höchstens noch zwischen Feinheiten wählt. Überdies bildet sich immer mehr

¹⁷⁷ Crouch, 2008, S. 32

¹⁷⁸ Weil, Stephan (2008). Zur Krise der politischen Repräsentation. In: Horster, Detlef (Hg.) (2008). Die Krise der politischen Repräsentation. Weilerswist. S. 35

eine Politik zulasten der Nachkommen heraus, die Probleme der Zukunft, aber auch der Vergangenheit außer Acht lässt. Währenddessen haben sich neue Mitstreiter in das politische Feld eingeschlichen, die eine demokratische Kontrolle schwer machen. Neben den einflussreichen Akteuren, Ökonomie und Medien, stehen Spin Doktoren und Meinungsforscher Seite an Seite mit wettkampforientierten Politikern.

Diese Probleme werden nun im Detail in den folgenden Kapiteln dargestellt.

2.3.4 Ökonomischer Druck

*„Die Zwänge des Marktes lasten in erster Linie auf denjenigen, die nur über geringe ökonomische und kulturelle Mittel verfügen und die keine andere Wahl haben, als entweder politisch abzudanken oder sich ganz der Partei anzuvertrauen.“*¹⁷⁹, so Bourdieu. Dieser ökonomische Druck erfordere eine *„permanente Repräsentation der kontinuierlichen Existenz.“*¹⁸⁰

Die Partei als Institution hat im Laufe der Zeit den Bezug zu bestimmten sozialen Interessen verloren, weshalb es zu einer Auflösung der Parteibindung, zu einem Schwund an Stammwählern und schließlich zu einem Verlust der sozialen Basis kam. Durch Mitglieder- und Legitimationsverluste mussten neue Unterstützer und Sponsoren gefunden werden, die in der Lage waren, die entstandene Lücke wieder zu füllen und die Wahlkämpfe zu finanzieren. Daraus entstand ein Netzwerk aus Politikern, professionellen Beratern und Lobbyisten, die sich um die Zusammenarbeit von Politikern und Unternehmen kümmerten. Der Wahlkampf professionalisierte sich durch die Verflechtung dieser Akteure immer weiter und die Politiker schlitterten aus Finanzierungsgründen zunehmend in ein Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Geldgebern, zumal sie durch den verstärkten Wettkampf immer mehr auf Parteispenden aus der Wirtschaft angewiesen waren. Die daraus resultierenden, häufig als ‚zweifelhaft‘ angesehenen Praktiken der Parteienfinanzierung in Form von Spenden und Sponsoring haben den Eindruck der Bevölkerung erweckt, gewisse Eliten könnten sich den Zugang zur Politik erkaufen. Einer von vielen Gründen, der für den Vertrauens- und Mitgliederverlust verantwortlich gemacht wird, ist aufgrund dessen schon erkenntlich.

2.3.5 Mitgliederverluste, Ansehens- und Vertrauensverluste

2.3.5.1 Mitgliederverluste

Wechselwähler haben mittlerweile die Kernwähler abgelöst. Bis in die späten 1970er Jahre wurden Parteianhänger von den jeweiligen Parteien *„von der Wiege bis zur Bahre“* begleitet

¹⁷⁹ Bourdieu, 2001, S. 72

¹⁸⁰ ebd.

und trafen auf eine politische Heimat. Doch eine lebenslängliche Parteimitgliedschaft passe nach Herfried Münkler mittlerweile genauso wenig in einen modernen Lebensentwurf wie eine Ehe.¹⁸¹

Die Diagnose von Plasser und Ulram lautet: „*Weltanschauliche Deutungsmuster verblassen bzw. vermögen nicht mehr, einer immer differenzierteren gesellschaftlichen Realität Rechnung zu tragen. ÖVP und SPÖ verlieren an subkultureller Verankerung wie die immer kleiner werdenden Subkulturen an politischer Integrations- und Prägekraft verlieren. Die Folge ist eine affektive und organisatorische Entstrukturierung der Wählerschaft, die durch den Aufstieg der Massenmedien zu primären Trägern des politischen Kommunikationsprozesses beschleunigt wird. In Summe bedeutete dies einen fundamentalen Wandel der Rahmenbedingungen des Parteienwettbewerbs.*“¹⁸²

In diesem Zusammenhang kann man von einer vergessenen Wählerschaft sprechen, unter der sich beispielsweise berufstätige Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund oder auch Jugendliche befinden. Die Politik hat hier versäumt bestimmten Wählergruppen eine Orientierungshilfe zu bieten und sie anzusprechen. Die Wahlbeteiligung geht in diesen Bereichen merklich zurück – die betroffenen Gruppen drohen aus dem politischen System herauszufallen.¹⁸³ Parteien konnten im Allgemeinen nicht mit dem gesellschaftlichen Wandel mithalten und waren weder in der Lage neue Wählerschichten anzusprechen, noch ihren Stammwählerkreis zu erhalten. Gerade jene Organisationen, die eigentlich garantieren sollten, dass Volksvertreter mit ihren ‚Schäfchen‘ in Verbindung blieben, verloren laut Crouch an Attraktivität und transportierten Signale, mit denen ein Großteil der Menschen nichts mehr anfangen konnte.¹⁸⁴

Ein weiterer Anhaltspunkt für den Mitgliederverlust stellt die Veränderung von Werthaltungen und Wahlmotiven dar: Beispielsweise können sich sozialdemokratische Parteien nicht mehr auf die Wählerschaft der Arbeiter verlassen, weil diese immer mehr Gefallen an rechtspopulistischen Parteien finden. Geschlecht, Alter und Beruf sind ebenfalls keine zuverlässigen Indikatoren mehr für ein bestimmtes Wahlverhalten. Heute müsste man laut Plasser und Ulram im Sinne der bereits verfolgten Wettbewerbslogik eine *unique selling position* erzeugen, um in überschaubarer Weise Wähler ansprechen zu können¹⁸⁵, vor allem vor dem Hin-

¹⁸¹ Vgl. Münkler, Herfried (2008). In: Kurbjuweit, Dirk/Schwennicke, Christoph (2008). Gefährliche Trägheit. In: Der Spiegel 20/2008, S. 61

¹⁸² Plasser/Ulram, 2000, S. 172

¹⁸³ Vgl. Plasser/Ulram, 2000, S. 172

¹⁸⁴ Crouch, 2008, S. 83

¹⁸⁵ Vgl. Plasser/Ulram, 2000, S. 184

tergrund, dass das Engagement der Bürger immer stärker in One-Issue-Bewegungen verlagert wird, deren Fokus auf ein einzelnes Thema gerichtet ist.

2.3.5.2 Warum wir unserem Mineralwasser mehr vertrauen, als den Politikern

Das Bild des Politikers hat sich im Laufe der Zeit grundlegend gewandelt: Während man heute auf eine tiefe Vertrauenskrise und eine gestörte Beziehung zwischen Regierenden und Regierten blickt, konnten sich Politiker in der Nachkriegszeit aufgrund einer ausgeprägten Lagerbindung auf ein stabiles Wahlverhalten und ein hohes Ausmaß an Vertrauen verlassen. Bis in die frühen 1980er Jahre konnte man sich laut dem Politikwissenschaftler Peter Ulram noch auf eine positive Einschätzung der Leistungsfähigkeit von Parteien und ein hohes Staatsvertrauen verlassen. Zudem konnte man eine allgemeine Akzeptanz des demokratischen Systems und seiner tragenden Institutionen, wie Parlament, Parteien, Sozialpartnerschaft, sowie eine Festigung des Nationalbewusstseins verzeichnen.¹⁸⁶

Mitte 1980er Jahre setzte jedoch ein Wandel ein, mit dem sich allmählich die Intensität der Parteibindung zurückbildete. „*Während der Anteil an emotional gebundenen Wählern (Parteiidentifizierer) in den drei Jahrzehnten zwischen 1954 und 1986 von drei Viertel auf 60 Prozent zurückgeht, fällt er in den nächsten eineinhalb Jahrzehnten in Richtung der 50 Prozent-Marke. Im gleichen Zeitraum halbiert sich die Zahl der Parteimitglieder.*“¹⁸⁷, so Ulram.

Diese Entwicklung setzt sich bis heute fort und es stellt sich die Frage, warum Politiker gegenwärtig nicht mehr in der Lage sind, den Respekt einzufordern, den man ihnen noch in der Nachkriegszeit entgegenbrachte. Plasser und Ulram gehen davon aus, dass der Anstieg an politischen Interessen und politischem Selbstbewusstsein ab den 1980er Jahren in der Bevölkerung ein Gefühl entstehen ließ, für politische Mitsprache prädestiniert zu sein. Dieser Tendenz wurde allerdings ein „*hohes Ausmaß an perzipierter Nicht-Responsivität der politischen Institutionen bzw. des politischen Personals*“ entgegen gesetzt, weshalb es zur weit verbreiteten Annahme kam, dass die „*angehobene politische Klasse*“ mehr am eigenen Vorteil orientiert sei und immer korruptionsanfälliger werde, während sie immer weniger im Interesse des Wählers handelte.¹⁸⁸

Fehlentwicklungen in der Parteiendemokratie, wie Machtorientierung, geringe Responsivität, schwache Problemlösungskompetenz, Populismus, Patronage, Bestechungs- und Korruptions-skandale, unzureichende Glaubwürdigkeit, uneingelöste Wahlversprechen, fehlende Bürger-

¹⁸⁶ ebd.

¹⁸⁷ Ulram, Peter A. (2006). Politische Kultur der Bevölkerung. In: Dachs/Gerlich et al. (2006). Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien. S. 513

¹⁸⁸ Vgl. Plasser/Ulram, 1993, Zitiert nach: Ulram, Peter A., 2006, S. 514

nähe, Streitigkeiten zwischen den Parteien und die Abwesenheit von klar unterscheidbaren Parteizielen machen sich nun in der Wahlbeteiligung und im Ansehensverlust der Politiker und Parteien bemerkbar. Der Eindruck der Bürger, die Politik würde auf allen Ebenen versagen, wächst vor diesem Hintergrund schnell und wird größtenteils auch durch Medienberichte gestützt. Politische Unzufriedenheit macht sich breit, findet allerdings kaum Gehör.¹⁸⁹

Politiker haben sich immer mehr in Marionetten verwandelt, an deren Fäden heute nicht nur Wirtschaftseliten, sondern auch Medien ziehen und somit den politischen Handlungsspielraum einschränken. Um sich ihre Autorität bewahren zu können, greifen die Volksvertreter auf immer raffiniertere Manipulationstechniken zurück. *„Die Politik imitiert dabei die Methoden anderer gesellschaftlicher Bereiche, deren Selbstvertrauen und Selbstsicherheit weitgehend intakt sind: des Showbusiness und des Marketing.“*¹⁹⁰ Gleichzeitig würden die Parteiprogramme immer oberflächlicher, so Crouch. Wir befänden uns nach dem britischen Politikwissenschaftler in einer Situation, in der politische Eliten gelernt hätten, die Forderungen des Volkes zu steuern und zu manipulieren und in denen man die Bürger durch Werbekampagnen ‚von oben‘ auch noch dazu überreden müsse zur Wahl zu gehen.¹⁹¹

Man könne laut Crouch diese Art der Politik nicht einmal als „undemokratisch“ bezeichnen, zumal die Sorge um den wählenden Bürger nach wie vor vorhanden sei. Gewiss könne man es aber auch nicht als „demokratisch“ bezeichnen, da den Bürgern in dieser Situation zunehmend die Rolle des Manipulierbaren und Passiven zugeteilt werde.¹⁹² Verwerflich sei auch, dass die Sorge um die Wählerschaft seitens des politischen Systems mittlerweile auf eine Weise verarbeitet werde, *„die sie gänzlich mit den Interessen der Wirtschaft gleichsetzt.“*¹⁹³, so Crouch.

Während man Politiker meist unter den Top-10-Platzierten mit der geringsten Vertrauenswürdigkeit findet, wird gleichzeitig die Macht der politischen Klasse an den Pranger gestellt. *„Das Vertrauen in die Politik ist im Keller“* titelten die Salzburger Nachrichten am 17. Februar 2011 und provozierten mit der Aussage: *„Wir vertrauen unserem Mineralwasser mehr als dem Bundespräsidenten, unserem Baumarkt mehr als dem politischen System insgesamt.“*¹⁹⁴

¹⁸⁹ Dieses Szenario lässt sich auch auf die meisten europäischen Länder übertragen. (siehe Vertrauen in Institutionen im Vergleich, S. 517, Eurobarometer)

¹⁹⁰ Crouch, 2008, S. 32

¹⁹¹ Vgl. Crouch, 2008, S. 30

¹⁹² Vgl. Crouch, 2008, S. 32f

¹⁹³ Crouch, 2008, S. 78

¹⁹⁴ Salzburger Nachrichten Online. Das Vertrauen in die Politik ist im Keller.

<http://www.salzburg.com/online/nachrichten/newsletter/Das-Vertrauen-in-die-Politik-ist-im->

Authentizität und Glaubwürdigkeit stellen mittlerweile ein rares Merkmal des Politikers dar: „Der Politiker könnte sich auch geben, wie er ist, als sein authentisches Selbst; er zieht aber den Schein dem Sein vor und ist bereit, zu simulieren und zu verbergen, indem er sich eine Persönlichkeit erschafft, die Aufmerksamkeit erregt und die Einbildungskraft anregt; er sieht sich als Interpreten einer Rolle, die häufig genug Resultat einer Bastelarbeit ist.“¹⁹⁵, erklärt Roger Gérard Schwartzberg.

Parteien geraten zunehmend in den Verruf und das Bild des Politikers wird verstärkt mit Adjektiven, wie machtbesessen, unzuverlässig, egoistisch, mediengeil, inkompetent, unverantwortlich, profillos, unwissend, unmoralisch, überbezahlt, korrupt und unglaublich beschrieben. Man könnte sich bei dieser Schwarzmalerei durchaus fragen, ob wir nicht auf eine Parteiendemokratie verzichten könnten. Gegenwärtig setzt man nicht mehr auf das Gemeinwesen, sondern auf die individuellen Kompetenzen. Man vertraut der Demokratie in gewisser Weise, kehrt aber gleichermaßen ihren politischen Institutionen den Rücken zu, während man nur noch mit der Polizei und der Justiz zufrieden ist.

So kam es beim aktuellen APA/OGM-Vertrauensindex, der im März 2011 nach dem Vertrauen zu verschiedenen Institutionen fragte, zu folgendem Ergebnis: Die österreichische Regierung erreichte einen Minuswert von 29 Punkten, die Opposition musste sich mit 26 Minuspunkten begnügen und die EU unterbot dies mit einem Minus von 35 Punkten.¹⁹⁶ Der stetig steigende Vertrauensverlust sei demnach im Zusammenhang mit allen politischen Instanzen klar sichtbar: „Mit zunehmender Nähe steigt aber das Vertrauen (Gemeinderat, Landesregierung), mit zunehmender Entfernung sinkt es, weshalb die EU das Schlusslicht ist.“¹⁹⁷, so die OGM-Umfrage.

Tatsächlich ist das Vertrauen in Institutionen, wie Arbeiterkammer, Rechnungshof, Verfassungsgerichtshof und Polizei deutlich größer, als jenes in wettbewerbsfokussierte Institutionen, wie Politiker, Parteien und Parlament.¹⁹⁸

2.3.5.3 Der Wahlkampf als Wettkampf

Rosenberger und Seeber begreifen Wahlen im Allgemeinen als „*Mechanismen, die politische Machtzuweisung organisieren und demokratisch legitimieren.*“¹⁹⁹ Ein fundiertes politisches

Keller.html?article=eGMmOI8VfNhigneDAy62WT5VRRpUjIemTEJLybJ&img=&text=&mode=& (zuletzt abgerufen am 29. März 2011)

¹⁹⁵ Schwartzberg, Roger-Gérard (1980). Politik als Showgeschäft. Moderne Strategien im Kampf um die Macht. Düsseldorf/Wien. S. 16f

¹⁹⁶ Vgl. OGM/APA Vertrauensindex: Institutionen. 2011. S. 4, www.ogm.at/pdfs/Institutionen_Maerz11_HP.pdf (zuletzt abgerufen am 29. März 2011)

¹⁹⁷ OGM/APA Vertrauensindex: Institutionen. 2011. S. 3

¹⁹⁸ Vgl. OGM/APA Vertrauensindex: Institutionen. 2011. S. 4

Wissen über Inhalte, Programme und Personen sei demnach Voraussetzung für diese Art der politischen Partizipation und die Möglichkeit durchdachte Entscheidungen zu fällen.

Crouch weist auf einen „*Verfall der Handlungsfähigkeit der Politiker*“ hin, dessen Legitimation immer mehr in Zweifel gezogen werde. In diesem Zusammenhang beschreibt Crouch den Wandel der Wahl zu „*Wettkämpfen um ‚Markennamen‘*“, die dem *demos* nicht länger die Möglichkeit bieten, sich bei Politikern über die Qualität öffentlicher Leistungen zu beschweren. Wir bemerkten in diesem Zusammenhang nicht einmal die Annäherung demokratischer Wahlen an Marketingkampagnen, die auf manipulative Techniken setzen, um Waren zu verkaufen.²⁰⁰

Die Tatsache, dass Politiker mit einem Vertrauensabfall kämpfen, während die öffentliche Unzufriedenheit anwächst, nimmt Crouch als Beweis für die angeschlagene Gesundheit der Demokratie.²⁰¹ Im Schatten von PR-Profis seien Wahlkämpfe zu einem reinen Spektakel verkommen, während die reale Politik im Zusammenspiel von Regierungen und wirtschaftlichen Eliten in Hinterzimmern modelliert werde.²⁰²

Die Aufrichtigkeit hat sich im Wettbewerb aller gegen alle verloren und die Problemlösung scheint nicht mehr im Vordergrund (partei-)politischen Handelns zu stehen. Das Gemeinwohl wird in den Hintergrund gerückt, während die Motivation durch parteipolitisches Handeln verfälscht wird. Der hemmungslose Parteienwettbewerb, der durch den Siegeswunsch gegenüber den Parteigegnern immer mehr vorangetrieben wird, steht im Mittelpunkt allen Handelns; das Gemeinwohl, über dessen Konzeption ruhig gestritten und diskutiert werden darf, verliert sich indes als Zielvorstellung. Destruktiv sind hinsichtlich der politischen Legitimation auch die kurzen Wahlzyklen bzw. die rasch aufeinander folgenden Wahltermine auf Bundes- und Landesebene. Damit steht die Politik in einem Dauerwettkampf, der es schwer macht, sich hauptsächlich auf politische Problemlösungen zu konzentrieren.

Somit werden Konflikte im Parteien-Wettbewerb zunehmend als kindische Streitereien ausgetragen, die eine schlechte öffentliche Meinung hervorrufen. „*Wer mehr Klarheit in der Politik will,*“ so Dirk Kurbjuweit, „*muss den permanenten Wahlkampf beenden. Solange alle immerzu um die Macht ringen, ist niemand verantwortlich für das, was passiert oder unterbleibt.*

¹⁹⁹ Rosenberger, Sieglinde K./Seeber, Gilg (2003). Kopf an Kopf. Meinungsforschung im Medienwahlkampf. Wien. S. 11

²⁰⁰ Vgl. Crouch, 2008, S. 132

²⁰¹ Vgl. Crouch, 2008, S. 8

²⁰² Vgl. Crouch, 2008, S. 10

Jeder weist auf den anderen uns sagt: Der oder die verhindert, dass ich meine großartigen Ideen umsetzen kann.“²⁰³

Diskussionen um Inhalte und Ideen haben mittlerweile im parteilichen Wettkampf abgenommen – Parteiprogramme oszillieren momentan zwischen extremem äußerlichen Wettbewerb und ebenso stark ausgeprägtem innerlichen Konsens. Auf die Analyse von letzterem bezieht sich das kommende Kapitel.

2.3.5.4 Die Tragik der Politik oder „Die inhaltliche Beliebigkeit der Parteiprogramme“

Parteiprogramme lassen sich aufgrund von inhaltlicher Beliebigkeit und Profillosigkeit oft kaum noch voneinander unterscheiden. Allem Anschein nach haben sie sich der Werbetechnik angepasst, um den Herausforderungen der Kommunikation mit dem Massenpublikum gewachsen zu sein. Währenddessen hat sich eine Politik zulasten der Nachkommen verbreitet, die nach dem Motto „Nach mit die Sintflut!“ ausgestaltet ist. Zukunftsfragen, wie Fragen zum Gesundheitswesen, zur Ökologie etc. werden weitgehend vernachlässigt.

In Ernst Sittings Leitartikel der Kleinen Zeitung heißt es treffend: *„Die Sparpaket-Debatte im Nationalrat hat es wieder deutlich untermauert: Die Tragik der Politik in unserem Land besteht darin, dass niemand willens ist, ernstlich Politik zu betreiben. Die Regierung tut nämlich weiterhin so, als könne man die Budgetsanierung weitgehend schmerzfrei abwickeln, weil ja irgendwann die geheimnisvolle Verwaltungsreform kommt (im Ernst, die trauen sich dieses Wort noch in den Mund zu nehmen). Die Opposition dagegen erstickt sofort jede Reformidee mit dem Alarmruf des ‚Kaputtsparens‘.*“²⁰⁴

Ein weiteres Problem stellt die Verwischung zwischen Links und Rechts und die Überbesetzung der politischen Mitte dar, in der sich eine inhaltliche „Verschwammung“ breit macht. Die Parteien und ihre Programme unterscheiden sich oft nur mehr in Nuancen und gehen einem demokratischen Konsens nach.

Jacques Rancière verurteilt dahingehend den Zustand der „konsensuellen Demokratie“²⁰⁵ und Chantal Mouffe spricht sich in diesem Zusammenhang gegen die gegenwärtige Strategie der „Politik ohne Gegner“ aus, die unter dem Schirm der liberalen Demokratie durch Clintons Taktik der „Triangulation“, Blairs Konzept des „Dritten Weges“ und Schröders Vorstellung der „Neuen Mitte“ verfolgt wurde. Diese Politik sei „jenseits von Links und Rechts“ – mit dem Ziel einen „Konsens im Zentrum“ zu schaffen und verstärke das Demokratiedefizit, da

²⁰³ Kurbjuweit, Dirk (2006). Die vernebelte Republik. In: Der Spiegel 39/2006, S. 35

²⁰⁴ Sittinger, Ernst (2010). So machen die Parteien die Demokratie kaputt. In: Kleine Zeitung, 4.12.2010, S. 10

²⁰⁵ Rancière, 2010, S. 138

sie den für Mouffe als notwendig erachteten Antagonismus ausschließe.²⁰⁶ Könne dieser Antagonismus in der Demokratie nicht ausgelebt werden, tauche dieser in anderen (religiösen, nationalistischen, ethnischen) Sphären wieder auf, wo er weitaus unüberschaubarere und gefährlichere Gestalten annehme. Deshalb kommt Mouffe zu folgender These: *„Im Unterschied zu den Behauptungen der Theoretiker des ‚Dritten Weges‘ bin ich überzeugt, dass das Verwischen der Grenze zwischen links und rechts keineswegs einen Fortschritt in eine demokratische Richtung darstellt, sondern vielmehr die Zukunft der Demokratie bedroht.“*²⁰⁷

Das Sprichwort von Friedrich von Logau erweist sich hier als passend:

*„In Gefahr und großer Not
Bringt der Mittelweg den Tod.“*

Aus diesem Grund wäre eine Änderung der Strategie angebracht: Eine klarere programmatische Abgrenzung zu den anderen Parteien sowie eine klarere Positionierung zu bestimmten Themen könnte dazu führen, neue Wählergruppen anzusprechen. Oppositionsparteien profitieren bereits von dieser Strategie, während sie gleichzeitig viel Platz für populistische Parteien bietet.

Die Forderung nach einer Systemreform hin zur Stärkung der direkten Demokratie wird vor diesem Hintergrund immer lauter. Aber: *„Auch Kritiker des Parteienstaats, die diesen direkt transformieren wollen, räumen gewöhnlich ein, dass es infolge der territorial wie sektoral gesteigerten Komplexität politischer Entscheidungslagen bestimmter Koordinationsleistungen von Parteien zwingend bedarf.“*²⁰⁸

2.3.5.5 „Der politische Patient“ oder „Das Ergrauen der politischen Elite“

„Politik macht krank“. Zu diesem Ergebnis kam die Kleine Zeitung am 27. März 2011 anlässlich des gesundheitlich bedingten Rücktritts von Josef Pröll und skizzierte den Tagesablauf eines Politikers: die erste Sitzung beginne um acht, der letzte Kirtag ende gegen 22 Uhr, vorausgesetzt es käme nicht noch ein Live-Interview in den Spätnachrichten dazu. *„Und am nächsten Morgen liest man in der Zeitung, dass die Leistung schon wieder nicht gut genug war. Immer präsent sein, immer aufmerksam sein, jedem Gesprächspartner das Gefühl geben, dass er wichtig sei. Keine Zeit für sich selbst. Zum Stress kommt der Verlust der Privatsphäre, was Beziehungsprobleme verursacht, was wiederum an Seele und Körper nagt.“*²⁰⁹

²⁰⁶ Mouffe, Chantal (2007). Über das Politische. Frankfurt am Main. S. 23

²⁰⁷ Mouffe, Chantal (2008). Das demokratische Paradox. Wien. S. 24

²⁰⁸ Gabriel/Holtmann, 2010, S. 312

²⁰⁹ Weissenberger, Eva (2011). Politik macht krank. In: Kleine Zeitung, 27. März 2011, S. 14

Mit dem leiblichen und seelischen Wohl steht und fällt in gewisser Weise das jeweilige politische System. Politiker gehen jedoch an ihre Grenzen, sie stehen andauernd im Licht der Öffentlichkeit, während die Arbeitsbelastung beträchtlich ist. Mit dem Stressjob des Berufspolitikers geht ein Mangel an Privatsphäre, zu viel Stress, zu wenig Schlaf, eine Fülle an Konflikten und Intrigen, eine hohe Belastung, ein immenser Druck, zu wenig Zeit, zu viel Verantwortung, Widerstand aus allen Reihen, extrem komplexe Sachverhalte, aggressive Kontrahenten und eine Dauerbeobachtung durch Medien einher. *„Der Politikbetrieb tötet alles, was ein normales Leben erfüllt: Beziehung und Familie, intensive Freundschaften, Kunst und Literatur, Hobbys. Alles dreht sich um Politik – die der Politiker irgendwann mit der Wirklichkeit verwechselt, so wie sich selbst mit seiner öffentlichen Rolle.“*²¹⁰, erklärt Jürgen Leinemann.

Das sind die Probleme mit denen der Politiker von heute zu kämpfen hat. Überforderung, Übermüdung, Frust, Enttäuschung und Versagensängste sind oft die Folge. Sichtbar wird das, wenn die Haaren ergrauen, wenn sich die Falten vermehren und wenn die Gesichter zusehends leerer werden. *„Die Politik ist die Krankheit.“*, stellt Jürgen Leinemann in diesem Zusammenhang fest, *„Und die Form, in der sie behandelt wird - durch Verschweigen, Verleugern, Verdrängen -, ist Symptom genau jener inhumanen Ratlosigkeit, die sie zu überwinden vorgibt.“*²¹¹

Der Politiker ist ständig im Bereitschaftsdienst, hat rund um die Uhr Termine und wird am Ende des Tages auch noch mit negativen Schlagzeilen konfrontiert. In ihrem Tun dürfen sie keine Schwäche zeigen; sie dürfen nicht krank werden, weil sie immer funktionieren müssen. Deshalb gilt es: Zähne zusammen beißen! Dabei wird oft vergessen, dass auch der Politiker nur ein Mensch ist. Doch die unnatürliche Selbstdisziplin und –kontrolle steht im Widerspruch zur Kreativität, Rationalität und Energie, die einem Politiker abverlangt wird.

Der ‚Politaholic‘ verhalte sich wie ein Suchtkranker, meint Leinemann.²¹² Es ist eine Sucht nach Macht, Anerkennung und Aufmerksamkeit, um die durch den Job entstandene innere Leere zu kompensieren. Politik-Manager verbündeten sich währenddessen aus Angst vor Skandalen und auf den Erfolg fixiert als Komplizen mit den Betroffenen.²¹³

²¹⁰ Leinemann, Jürgen (2004). Eine Droge namens Politik. Ein Interview von Sven Hillenkamp und Stephan Lebert mit Jürgen Leinemann. In: Die Zeit Online <http://www.zeit.de/2004/40/Leinemann> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)

²¹¹ Leinemann, Jürgen (1994). Die Krankheit Politik. In: Der Spiegel 6/1994, S. 20

²¹² Leinemann, Jürgen (2004). Eine Droge namens Politik. Ein Interview von Sven Hillenkamp und Stephan Lebert mit Jürgen Leinemann. In: Die Zeit Online <http://www.zeit.de/2004/40/Leinemann> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)

²¹³ ebd.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass sich immer mehr sichtlich überforderte Politiker und Parteien mit Problemlösungsschwäche auf der politischen Bühne tummeln. Nicht zuletzt deshalb wirft Wolfgang Radlegger, ehemaliger Landeshauptmann-Stellvertreter, den Regierungsparteien mangelnde Führungsqualitäten und Platttheit vor. Im Land gehe nichts weiter, es herrsche überall Stillstand, während Minister und Mandatäre die Arbeit scheuten und „*wie die Waschweiber*“ zankten. Zudem bestehe das Regierungsprogramm laut Radlegger nur noch aus Überschriften, die am Ende nichts aussagen.²¹⁴

Aus diesem wachsenden Unmut hat sich eine Runde politischer Alt-Veteranen, wie Wolfgang Radlegger, Erhard Busek oder Hannes Androsch, zusammengetan – mit dem Drang wieder aktiv zu werden, dem Ziel das Land aus seiner Apathie zu reißen und dem erheblichen Vorteil nichts mehr befürchten zu müssen. „*Wir müssen keine Rücksichten mehr nehmen, wir haben einen neuen Grad der Freiheit erreicht – und den nutzen wir jetzt.*“²¹⁵, wird Hannes Androsch zitiert.

Doch gerade auf diese Vorzüge, nichts mehr befürchten zu müssen und über eine Freiheit in ihrem Tun zu verfügen, können die politischen Vertreter im Amt nicht zurückgreifen. Die Angst vor Legitimationsverlusten verleitet Politiker dazu, sich Hilfe von Meinungsforschern und Spin Doktoren als „Lebensberater“ zu holen und sich den Instrumenten des Politainments zu bedienen, worauf in den nächsten Kapiteln näher eingegangen wird.

2.3.6 Politainment und politische Inszenierung

Die westlichen Demokratien hätten nach Dirk Jörke guten Grund dafür, von postdemokratischen Verhältnissen zu sprechen, die sich in Funktionsstörungen, wie Politikverdrossenheit, Postparlamentarismus und nicht zuletzt im Politainment zeigen.²¹⁶

Gerade die zunehmende Medialisierung der Politik erfordert immer gefinkeltere Inszenierungs- und Ritualisierungstechniken hinsichtlich demokratischer Entscheidungsprozesse und hat auch grundlegende Auswirkungen auf den Charakter der politischen Kommunikation. Aus diesem Grund besteht die Gefahr, dass politische Debatten zum schlichten Politainment verfallen und eine Entfremdung sowie Entpolitisierung des *demos* wächst.

²¹⁴ Radlegger, Wolfgang (2011). In: Riedl, Joachim (2011). Wir sind das letzte Aufgebot. Die Zeit Online <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/691225/Faymann-und-Spindelegger-fehlt-Fuehrungsqualitaet> (zuletzt abgerufen am 30. September 2011)

²¹⁵ Androsch, Hannes (2011). In: Riedl, Joachim (2011). Wir sind das letzte Aufgebot. Die Zeit Online <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/691225/Faymann-und-Spindelegger-fehlt-Fuehrungsqualitaet> (zuletzt abgerufen am 30. September 2011)

²¹⁶ Vgl. Jörke, Dirk (2005). Auf dem Weg zur Postdemokratie. In: Leviathan 33, Heft 4/2005, S. 482

Der von Crouch beschriebene Trend zu Politainment und zur Personalisierung wird in der Politikwissenschaft bereits seit geraumer Zeit von zahlreichen Autoren, allen voran von Thomas Meyer und Andreas Dörner, thematisiert. Durch Personalisierung, mediale Inszenierungen, Telegenität, Politainment und populistische Darstellungsweisen soll die institutionelle Kraftlosigkeit innerhalb der repräsentativen Demokratie wettgemacht werden. Doch die gegenwärtige Modifikation von Nachrichtensendungen und politisch relevanten Formaten nach dem Vorbild kommerzieller und unterhaltsamer Produkte mündet nach Crouch in eine vereinfachende sensationsheischende Berichterstattung, „*wodurch das Niveau der politischen Diskussion und die Kompetenz der Bürger weiter sinken.*“²¹⁷

Gegenwärtig spielen Fähig- und Fertigkeiten der Politiker im Vergleich mit persönlicher Ausstrahlung und Telegenität beinahe eine Nebenrolle. Deshalb schlägt Stephan Weil im Kampf gegen die Krise der politischen Repräsentation folgendes vor: „*Der Schlüssel zu einer größeren Partizipation, zu einem wieder wachsenden Interesse an Parteien, an Wahlen und am demokratischen Entscheidungsprozess, ist keine möglichst perfekte Inszenierung, sondern ist die Repolitisierung der Parteien selbst, ist das Politikangebot und damit irgendwann auch das Angebot an Politikern. Es braucht mehr echte Überzeugungen statt ausgeklügelter Images, es braucht wieder programmatische Substanz statt Marketing.*“²¹⁸

Während zu beobachten ist, dass Parteien als Massenorganisationen konstant an Bedeutung verlieren, die Mitgliederzahlen schrumpfen, das Ansehen schwindet, der ökonomische Einfluss zunimmt, die Inhalte verschwimmen und die Politiker zunehmend überfordert sind, vollzieht sich eine Verschiebung von der Parteiendemokratie zur Mediendemokratie. Der Begriff Mediendemokratie zeigt die gestiegene Relevanz der Massenmedien auf, die die altbewährten Fertigkeiten der Politiker in den Hintergrund rücken, während die symbolische Politik und die Telegenität in den Vordergrund gestellt wird.

Dass es in der Hand von Medien läge, „*einen Ruf herzustellen oder zu vernichten*“²¹⁹ seien sich Politiker laut Bourdieu sehr bewusst, weshalb die Antwort des Politikers auf die Mediendemokratie *Politainment* lautet, während er gleichzeitig immer mehr auf ‚rationale Techniken‘ der Wissenschaft, wie Meinungsumfragen, Öffentlichkeitsarbeit, politisches Marketing etc. zurückgreift.

²¹⁷ Crouch, 2008, S. 64

²¹⁸ Weil, Stephan (2008). Zur Krise der politischen Repräsentation. In: Horster, Detlef (Hg.) (2008). Die Krise der politischen Repräsentation. Weilerswist. S. 45

²¹⁹ Bourdieu, 2001, S. 106

2.3.6.1 „There’s no business like showbusiness“ oder „Ein Griff in die Trick-Kiste des Entertainments“

Das Buhlen um Aufmerksamkeit in den Medien hat die Politikdarstellung grundlegend verändert. „Politik sei Show-Geschäft?“, fragt sich in diesem Zusammenhang der Journalist Jürgen Leinemann und meint: „Als hätte irgendjemand daran Zweifel.“²²⁰

„Hollywood goes politics“, schreibt Thomas Vieregge zeitgeistig in *Die Presse* und meint damit: „So viel Rummel war nie, und so wenig Inhalt auch noch nie.“ Mit dieser „Fast-Food-Politik“, wie Vieregge sie nennt, verbindet er das Gefühl, „wie es sich nach einem heißhungerigen Verzehr eines Hamburgers einstellt: das Völlegefühl weicht, ehe man sich’s versieht, einer völligen Leere.“²²¹

Um mit der Fülle an Unterhaltungsformaten mithalten zu können, wird die Politik dazu verleitet auf ähnlich verlockende und unterhaltende Mittel zurückzugreifen. Die Konsequenzen: Vertalkshowung²²², Ver-unterhaltsamung²²³, Entertainisierung und Personalisierung der Politik, die nicht nur das Interesse der Bevölkerung stärker wecken, sondern auch Komplexität reduzieren sollen. Ein weiterer Grund für die Ausrichtung der medialen Angebote am Unterhaltungsinteresse des Publikums liegt im fortschreitenden Wettbewerbsdruck unter den Medien selbst.

Der Kommunikationswissenschaftler Ulrich Saxer zitiert pointiert den Lyriker Friedrich Hebel der bereits 1848 in seinem Tagebuch schrieb: „Der Wolf und das Lamm, wer ist besser? Der Wolf fraß das Lamm und sprach: nun bin ich Wolf und Lamm zugleich!“²²⁴ und somit das Prinzip der modernen Unterhaltungskultur erfasste, die sich nach Saxer „alles einverleibt, was Erfolg hat“.²²⁵

Progressiv betrachtet, scheinen laut Dörner im Modernisierungsprozess Entwicklungstrends, wie Relevanzsteigerung und Professionalisierung auf. Neue Begriffe und Konzepte, wie bei-

²²⁰ Leinemann, Jürgen (2004). Die Staatsschauspieler. In: Der Spiegel 39/2004, S. 152

²²¹ Vieregge, Thomas (2003). Politik vom Planeten Hollywood. Die Presse Online <http://diepresse.com/home/meinung/feuilleton/210726/print.do> (zuletzt abgerufen am 28. Juni 2011)

²²² Münkler, Herfried (2010). „Protest, Mitte und Maßlosigkeit - über die Lage der Nation diskutiert Volker Panzer mit dem Politikwissenschaftler Herfried Münkler und den Soziologen Heinz Bude und Michael Hartmann. In: ZDF Nachtstudio vom 19. Dezember 2010

²²³ Saxer, Ulrich (2009). Politik als Unterhaltung? Zum Spannungsverhältnis von Informationsauftrag und Publikumsinteresse. In: Hambacher Gespräche 1949-2009: 60 Jahre Grundgesetz. 07. August 2009, http://www.uni-koblenz-landau.de/landau/fb6/fli/dokumentation/doku_inhalt/ulrich-saxer-politik-als-unterhaltung/view (zuletzt abgerufen am 30. Juni 2011)

²²⁴ Zitiert nach: Saxer, 2009, S. 1

²²⁵ Saxer, Ulrich (2009). Politik als Unterhaltung? Zum Spannungsverhältnis von Informationsauftrag und Publikumsinteresse. In: Hambacher Gespräche 1949-2009: 60 Jahre Grundgesetz. 07. August 2009, http://www.uni-koblenz-landau.de/landau/fb6/fli/dokumentation/doku_inhalt/ulrich-saxer-politik-als-unterhaltung/view (zuletzt abgerufen am 30. Juni 2011)

spielsweise Politainment oder Mediokratie bilden sich heraus, bei denen Politik und Unterhaltung miteinander vorsätzlich eine Symbiose eingehen.²²⁶ Für die Verknüpfung von Politik und Entertainment, also Information und Unterhaltung, hat der Medienwissenschaftler Andreas Dörner das Schachtelwort „*Politainment*“²²⁷ eingeführt, der eine „*bestimmte Form der öffentlich massenmedial vermittelten Kommunikation*“ bezeichnet, „*in der politische Themen, Akteure, Prozesse, Deutungsmuster, Identitäten und Sinnentwürfe im Modus der Unterhaltung zu einer neuen Realität des Politischen montiert werden.*“²²⁸ Diese neue Realität konstruiere schließlich einen Erfahrungsraum, der dem Bürger die Politik näher bringe.

Nach Dörner besteht Politainment immer aus zwei Ebenen, die miteinander interagieren und getrennt voneinander nie begreifbar wären: „*unterhaltende Politik und politische Unterhaltung.*“ Innerhalb der *unterhaltenden Politik* greifen politische Akteure auf Hilfsmittel der Unterhaltungskultur zurück, während sich die Unterhaltungsindustrie innerhalb der *politischen Unterhaltung* an politischen Themen und Akteuren bedient. Die enge Verflechtung verschmelze demnach zu einer „*neuen, fiktionalisierten Realität des Politischen.*“²²⁹

Politainment, so die Annahme, vertreibe die Langeweile, reduziere die Komplexität und erweitere zunehmend das Publikum, weshalb Dörner der Symbiose auch etwas Positives abgewinnen kann.²³⁰ Seiner Ansicht nach habe man es der Talk-Kultur zu verdanken, dass der Informationsstand und die Teilnahme an politischen Debatten höher sei als je zuvor.²³¹

Ein effektiver politischer Alltag sei nach Dörner ebenso notwendig wie die außernatürliche politische Inszenierung. Sei eine der Komponenten nicht gegeben, stehe das Gemeinwesen vor ernsthaften Problemen.²³² Die Qualität der Inszenierung, ebenso die Fähigkeit der politischen Darsteller sympathisch aufzutreten, eine gute Atmosphäre zu verbreiten und den „*Erlebniswert des Rituals*“ zu steigern, stellen für Dörner wichtige Bestandteile bei der „*Stabilitätssichernden Funktion des Wahlkampfes*“ dar.²³³ Um dem Mythos seine Glaubwürdigkeit verschaffen zu können, werden Rituale geschaffen, die dem Bürger vor allem Orientierungs-

²²⁶ Vgl. Dörner, Andreas (2002a). Wahlkämpfe – eine rituelle Inszenierung des „demokratischen Mythos“, In: Vogt, Ludgera (Hg.) (2002). Wahl-Kämpfe. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual. Frankfurt am Main. S. 32

²²⁷ Vgl. Dörner, Andreas (2001). Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft. Frankfurt am Main.

²²⁸ Dörner, Andreas (2001). Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft. Frankfurt am Main. S. 31

²²⁹ Dörner, Andreas (2002b). Politainment versus Mediokratie. Thesenvortrag, Cologne Conference/Medienforum NRW, 21. Juni 2002. S. 2, www.mediaculture-online.de/.../doerner_politainment/doerner_politainment.pdf (zuletzt abgerufen am 22. Juni 2011)

²³⁰ Vgl. Dörner, 2002b, S. 2

²³¹ Vgl. Dörner, 2002b, S. 6

²³² Vgl. Dörner, 2002a, S. 32

²³³ Dörner, 2002a, S. 31

sicherheit bieten sollen und die der Bevölkerung das Gefühl vermitteln, bei wichtigen Entscheidungen Verantwortung tragen bzw. mitbestimmen zu können.²³⁴

Doch die Auswirkungen des Politainment sind nicht nur im positiven Licht zu betrachten, gelte es doch vielen „*als sicheres Symptom einer breiten Volksverdummung – eines Ausverkaufs der Politik an den Markt und einer Showmaschinerie, deren ureigenstes Ziel die Verblendung der Wähler sei (...)*“.²³⁵

Dort, wo sich Politik und Entertainment gute Nacht sagen, lauert die Gefahr, dass dem Showhaften unbeirrt Glauben geschenkt wird. Politische Botschaften werden dabei oft zum Nebenprodukt degradiert und in den Hintergrund gerückt, während es gilt, emotionsgeladene „Feel-Good-Nachrichten“ zu verbreiten. Hier findet das Politische nicht in Form von kritischen Hintergrundberichten und Analysen seinen Ausdruck, sondern in Form von kurzweiligen und unterhaltsamen Sendeformaten. – Parteitage bekommen demnach einen zunehmenden Showcharakter, Politiker verlautbaren wichtige Informationen über Talkshows und TV-Sender veranstalten auf der Suche nach dem Superpraktikanten Castingshows für das Kanzleramt.

Wenn symbolische Politik über den Inhalt triumphiert und das Entertainment in den Vordergrund gerückt und somit zum eigentlichen Inhalt wird, resultiert daraus eine defizitäre Ausübung politischer Kommunikation und beeinflusst die demokratische Meinungsbildung im negativen Sinne. Indem der Bevölkerung ein entpolitisiertes, personalisiertes, entertainisiertes, verkürztes und verzerrtes Bild der Politik präsentiert wird, gestaltet es sich schwer, auf sachlicher Ebene gesellschaftlich bedeutsame Fragen zu diskutieren und der Politik einen tieferen Sinn zuzuschreiben, woraus durchaus eine direkte Linie zur Politikverdrossenheit und Wahlverweigerung gezogen werden kann.

Politainment unterstütze nach Leggewie und Bieber eine „*Als-ob-Politik, bei der ein hohes emotionales Engagement in dem politischen Betrieb die erhebliche soziale Distanz zu ihm verdeckt und so die Illusion oder Schwundform einer massendemokratischen Mitwirkung erzeugt.*“²³⁶ An dieser Stelle ist festzuhalten, dass die Verquickung zwischen Politik und politischem Showgeschäft zwar nützlich sein kann, um an bildungsferne oder politikdesinteressierte Schichten politische Inhalte heranzutragen – es sollte allerdings aufgrund des hohen Emotionalisierungsgrades und dem Manipulationsrisiko nicht unterschätzt werden. Gerade in der modernen Mediendemokratie lauert das Risiko des Populismus durch die andauernde Versu-

²³⁴ Vgl. Dörner, 2002a, S. 29

²³⁵ Vgl. Dörner, 2002b, S. 1f

²³⁶ Leggewie/Bieber, 2003, S. 130

chung populärer und trivialer Politikinszenierung, in der die Darstellung von Politik in der Öffentlichkeit und ihr tatsächlicher Vollzug getrennte Wege gehen.

„Für die Demokratie wirft die Ambivalenz der Inszenierungspolitik zwischen gefälliger Einladung zum Inhaltlichen und Placebo gegen das Inhaltliche in dem Maße ein ernstes Problem auf, wie die Unterschiede zwischen beiden öffentlich verschwimmen und die Darstellungsregeln allmählich den ganzen politischen Prozess beherrschen.“,²³⁷ so Meyer. Zu den Instrumenten von Politainment zählen nach Thomas Meyer mediengerechte Theatralisierung der Kommunikationsangebote, Event-Politik, Image-Politik und Scheinhandlungen²³⁸, die im Folgenden kurz beschrieben werden.

Unter einer *mediengerechten Theatralisierung* versteht Meyer die Fähigkeit, alle Informationen und Botschaften beiden medialen Logiken der Selektion und der theatralen Inszenierung nach eigenem Können oder mit Hilfe von professionellen Beratern zu unterwerfen. Die Orientierung der Themenauswahl erfolgt an den Kriterien der Vereinfachung, Emotionalisierung, Personalisierung, Dramatisierung, Skandalisierung und am Publikumsgeschmack.²³⁹

Im Rahmen der *Event-Politik* werden Schein-Ereignisse verschönt in Szene gesetzt, während inhaltsleere Ereignisse und substanzloses Agieren eine konstruierte Wirklichkeit darstellen sollen. Medien haben in diesem Zusammenhang die Wahl, ob sie Ereignisse unkritisch wiedergeben oder ob sie die Dinge hinterfragen und damit Gefahr laufen, Politiker zu verstimmen. In diesem Fall müssten sie damit rechnen, dass sie keine Insider-Informationen mehr bekommen. Die letzte Inszenierungshoheit liegt laut Meyer immer im Mediensystem. Die Medien verfügten außerdem über zu wenig Zeit, Sachverstand, Kompetenz, Verantwortung und Interesse und „*meinen, dieser Wurm werde dem Fisch schon schmecken.*“²⁴⁰

Image-Politik bedeutet, dass Politiker „wohlartikulierte Scheinhandlungen“ tätigen, um von der Gesellschaft als Personifikation von Eigenschaften gesehen bzw. zu mythifizierten „Helden“ erhoben zu werden.

Von einer *symbolischen Scheinpolitik* ist dann die Rede, wenn persönliche Auftritte im Gegensatz zu den politischen Programmen stehen. Politiker zeigen zum Zwecke der Beliebtheitssteigerung Interesse an bestimmten Themen, während sie beispielsweise das Budget dafür kürzen. In diesem Zusammenhang kann man auch von „Pseudo-Events“ und „Pseudo-

²³⁷ Meyer, Thomas (2002). Mediokratie. Auf dem Weg in eine andere Demokratie? In: APuZ B 15-16/2002, S. 14

²³⁸ Vgl. Meyer, Thomas (2006). Populismus und Medien. In: Decker, Frank (Hg.) (2006). Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden. S. 84

²³⁹ Vgl. Meyer, 2006, S. 84

²⁴⁰ Meyer, 2006, S. 85

Politik“ sprechen, in der die Darstellung von Politik und der reale Vollzug auseinander driften. Durch politische Inszenierung lässt sich ein Schein von Leistungsfähigkeit erzeugen, der sich wie eine Schneedecke über ein defektes System legt und alles sauber erscheinen lässt.²⁴¹

Plasser stellt vor diesem Hintergrund fest: „*Noch nie fanden Strategien und Techniken des professionellen news management, kameragerechte Inszenierung und zielgruppenorientierter Politikformulierung in Österreich vergleichbare öffentliche Beachtung.*“²⁴²

2.3.6.2 Politainment als neue Erscheinung? – Geschichtlicher Abriss: Politik und Symbol

Bereits in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts bemerkte Roger-Gérard Schwartzberg, französischer Forschungsminister und Politikwissenschaftler, bevor seine eigene politische Karriere begann, dass der Staat unter dem Einfluss des Fernsehens zu einer mittelmäßigen Show verkommen sei.

„*Früher bestimmten Ideen die Politik, heute sind es Personen, oder besser gesagt, Rollenträger, denn jeder leitende Politiker scheint eine Rolle zu besetzen und einen Part zu spielen, genau wie auf der Bühne.*“²⁴³, schreibt Schwartzberg in seinem Buch „*Politik als Showgeschäft*“, in dem er sich mit dem Personenkult rund um Politiker und dem Starsystem in der Politik eingehend auseinandersetzt. Massenmedien hätten die Tendenz zum Starkult in der Politik verstärkt und in einer anderen Dimension ‚verstaatlicht‘.²⁴⁴

Die Darstellung von Macht war schon immer ein Steckenpferd des politischen Establishments. Durch alle Epochen hindurch stellte die symbolische Politik, die Inszenierung für ein Publikum ein konstitutives Element der Herrschaft dar. In dem von Richard von Weizsäcker in Auftrag gegebenen „*Bericht zur Lage des Fernsehens*“²⁴⁵ wird eine „*Rückkehr zur höfischen Öffentlichkeit*“²⁴⁶ durch die vom Fernsehen provozierte Politik diagnostiziert. Auch Thomas Meyer spricht in diesem Zusammenhang von einer „*knappen Symbolsprache in Kleidung, Gestik, Hierarchie*“²⁴⁷ der Politiker, die „*an ein höfisches Zeremoniell*“ erinnern. Grund dafür gäbe schließlich der Wähler, der mit seiner Stimme mittlerweile „*nicht die beste Politik, sondern den besten Inszenierer*“²⁴⁸ belohne.

²⁴¹ ebd.

²⁴² Plasser, Fritz (Hg.) (2000). Das österreichische Wahlverhalten. Wien. S. 203

²⁴³ Schwartzberg, 1980, S. 9

²⁴⁴ Vgl. Schwartzberg, 1980, S. 245

²⁴⁵ Groebel et al. (1995). Bericht zur Lage des Fernsehens. Gütersloh. S. 147; Zitiert nach: Meyer, Thomas (2003). Die Theatralität der Politik in der Mediendemokratie. In: APuZ 53/2003. S. 12

²⁴⁶ ebd.

²⁴⁷ Meyer, Thomas (1997). „Ein höfisches Zeremoniell“. Interview mit Thomas Meyer. In: Der Spiegel 46/1997, S. 155

²⁴⁸ Meyer, 1997, S. 153

Politische Inszenierung hat es wohl immer schon gegeben, wie auch Thomas Meyer bestätigt: „*Symbolische Politik [...] gibt es nicht seit Politikwissenschaftler darüber schreiben. Es gab sie, bedeutungsvoll, kräftig und großartig von Anfang an.*“²⁴⁹ Jedes Zeitalter hatte seine Politstars, seine eigenen Rituale und Symbole. In jeder Epoche verstanden es die Machthabenden, ihr Volk mit Inszenierungen und Imagepolitik bei Laune zu halten. Auch wenn die Krönung von Ludwig XIV bereits mehr als 350 Jahre zurückliegt, haben sich bestimmte Formen von politischen Ritualen und Inszenierungen nicht großartig verändert, sondern im eigentlichen Sinn nur weiterentwickelt und an die gegebenen Zeitepochen angepasst.

Bereits im 18. Jahrhundert erkannte Johann Christian Lünig, dass der Herrscher durch seine vorgespielten Zeremonien und Rituale dem einfachen Bürger die Bürde abnehme, selber denken zu müssen. Lünig weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass Riten und Zeremonien vor allem der Zufriedenstellung des Volkes dienten, um Aufstände zu vermeiden und das Volk gefügig zu machen, wodurch wiederum Manipulation und Irreführung des Volkes möglich war, was wiederum dem Machausbau des Herrschers zugute kam.²⁵⁰

Die politischen Riten haben sich im Wesentlichen unabhängig von ihrer aktuellen Herrschaftsform immer an ihre Zeit angepasst. Jeder Machtinhaber trägt schließlich den Wunsch in sich, sowohl seine Person, als auch seine Vorhaben und Programme einem möglichst großen Publikum präsentieren zu können, um Wähler anzulocken und an Beliebtheit zu gewinnen. Einen grundlegenden Wandel von politischen Ritualen brachte die Erfindung moderner Medien mit sich. Durch Presse, Funk- und Fernsehen, sowie später durch das Internet wurde eine Fülle an Informationsquellen produziert, die es jedem ermöglicht, sich orts- und zeitunabhängig und ohne großen Aufwand ein Bild von den politischen Geschehnissen machen zu können.

Doch das reichhaltige Angebot an Medien und die darauf gerichtete Fokussierung ist nicht nur zu einem Hilfsmittel, sondern auch zu einem Problem der Politiker und ihrer PR-Profis geworden. Hat man vor einigen Jahren noch vor einem Wandel zur „Amerikanisierung“²⁵¹ von Politik gewarnt, hat sich der Trend zur politischen Entertainisierung in Europa bereits längst durchgesetzt. So wie es am monarchischen Hof des Sonnenkönigs üblich war, sich von Fachleuten beraten zu lassen, so verhält es sich auch heute in den modernen Demokratien: Der charismatische Politiker steht gegenwärtig unter einem permanenten politischen Inszenierungsdruck und greift deshalb auf PR-Berater zurück.

²⁴⁹ Meyer, Thomas (1992). Die Inszenierung des Scheins. Essay-Montage. Frankfurt am Main. S. 9

²⁵⁰ Vgl. Lünig, Johann Christian (1719/1720). Theatrum Ceremoniale Historico-Policum, 2 Bände. Leipzig. S. 1ff

²⁵¹ Vgl. Dörner, 2002a, S. 32

Trotz der Tatsache, dass Politik immer mit einer gewissen Ritualisierung und Spektakularisierung einherging, werden Inszenierungsexzesse seitens Wissenschaft, Medien sowie seitens der Bevölkerung immer mehr an den Pranger gestellt. Auch Thomas Meyer befindet: „So wie sie in der unübersichtlichen Mediengesellschaft geschieht, war sie niemals zuvor möglich.“²⁵² Wir erfahren die Geschehnisse nur noch über Funk- und Fernsehen und vom Hörensagen; erleben es nicht mehr wahrhaftig, wie anno dazumal, sondern durch die Brille der Medien mit Bildern aus zweiter Hand, während folgendes Szenario zu beobachten ist: „Die Motive des handelnden Politikers als höchste Wirklichkeit. Die Voraussetzungen und Folgen seiner Tat als entlegene Fiktion. Wirklichkeit verschwindet im Nebel der Deutungen. Der Wille und wie wir ihn (Anm.: den Politiker) sehen sollen, wird Realität.“²⁵³

Auch Murray Edelman erkennt das Problem darin, dass sich Politik im Allgemeinen im Kopf der Menschen, als eine „Flut von Bildern, mit der Zeitungen, Illustrierte, Fernsehen und politische Diskussionen sie überschütten“ abspielt. „Realitätsferne“ lautet hier das Schlagwort: „Diese Bilder schaffen ein bewegtes Panoptikum aus einer Welt, zu der die Massen praktisch niemals Zutritt haben, die sie aber schmähen oder bejubeln dürfen [...]“. ²⁵⁴

Die symbolischen Handlungen des jeweiligen Herrschers konnten laut Thomay Meyer in vormodernen Zeiten „keine Welt heraufbeschwören, die sich seinen Absichten fügte“ und es handelte sich auch nicht um eine „Verstellung als Verstellung von Realität“, weil „deren Bild in der Einfachheit und Selbstgewißheit seiner Kontur und Prüfung aller offenen zutage lag“ – ganz im Gegensatz zur „medienvermittelten komplexen Gesellschaft der Moderne“, in der die „Verstellung von symbolischer Inszenierung strukturbildend“²⁵⁵ wirke, indem das Weltbild und die „Handlungsfolgen politischer Akteure“ verstellt würden. In vormodernen Zeiten standen noch die Sinnesempfindungen im Mittelpunkt, so Thomas Meyer: „Die Sinne sollten wahrnehmen. Für wahr nehmen, was sich ihnen bot. Die Deutungen der Welt und ihre sinnenfällige Erfahrung wurden zu einer Einheit, die sinnlich real war.“²⁵⁶

„Der Mensch schafft sich politische Symbole; sie aber fördern und erhalten ihn – oder locken ihn in die Irre.“²⁵⁷, stellt Murray Edelman fest. Sie bestärken und verunsichern demnach den Bürger zugleich.

²⁵² Meyer, 1992, S. 11

²⁵³ Vgl. Meyer, Thomas (1997). „Ein höfisches Zeremoniell“. Interview mit Thomas Meyer. In: Der Spiegel 46/1997, S. 157

²⁵⁴ Edelman, Murray (1990). Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns. Frankfurt/New York. S. 4

²⁵⁵ Meyer, 1992, S. 26

²⁵⁶ Meyer, 1992, S. 25f

²⁵⁷ Edelman, 1990, S. 1

Rousseau, Urheber des modernen Gedankens der Volkssouveränität, sah im Symbol die Funktion, die Vaterlandsliebe zu beleben und zu kräftigen. Das Volk wurde nachhaltig mit dem Vaterland beschäftigt und ermöglichte somit eine tiefe Verbundenheit mit der eigenen Nation.²⁵⁸ Doch wäre Rousseau je „Zeuge einer heutigen Wahlkampagne mit Plakaten und Werbespots, mit Show-Events und ‚Krönungsmessen‘, aber auch mit Kugelschreiberverteilung und Kaffeeklatsch im Seniorenheim geworden“, so Andreas Dörner, „sein Hohnlachen hätte sich noch um ein Vielfaches gesteigert. Ein Volk, das solchen Zirkus mitmacht und dabei auch noch glaubt, es übe durch die Wahlurne Souveränität aus, hätte außer Spott wahrscheinlich nur das Mitleid des Genfer Bürgers auf sich gezogen, da es freiwillig und ohne Grund seine Freiheit aufgegeben hätte.“²⁵⁹

2.3.6.3 Veränderungen und Probleme in der politischen Inszenierung

Politische Inszenierung und Symbolisierung sind nicht von vorn herein zu verurteilen; sie waren schließlich, wie wir im vorigen Kapitel gesehen haben, immer schon Teil der politischen Kultur und sind nicht aus dieser wegzudenken, da sie im Sinne einer leicht verdaulichen Aufbereitung von politischen Inhalten maßgeblich zur Komplexitätsreduzierung beitragen können.

Die Tatsache, dass die Politik für die Allgemeinheit verständlicher und anschaulicher werde, gerät bei Leggewie und Bieber ins Kreuzfeuer, da ein Verlust an Komplexität und ein hohes Maß an Selbstreferenzialität damit einhergehe, was sich zulasten des Unterscheidungsvermögens zwischen politischen und theatralischen, populärkulturellen oder sportlichen Inszenierungstypen auswirke.²⁶⁰

„Zwischen der an die Wählergunst appellierenden Personalisierung und der in immer komplexeren Politiknetzwerken diffundierenden Entscheidungsfähigkeit einzelner Politiker und damit auch ihrer Verantwortung klappt eine zunehmend auch vom Publikum wahrgenommene Kluft.“²⁶¹, stellt Michael Th. Greven fest.

Gegenwärtig wird die politische Inszenierung zum größten Teil mit einem Verlust an Authentizität und Glaubwürdigkeit sowie mit Täuschung, Wirklichkeitsentfremdung und Irreführung in Verbindung gebracht. „Politische Inszenierungen anstelle von Sachthemen, nationale

²⁵⁸ Rousseau, Jean-Jacques (1996). Betrachtungen über die Regierung Polens und über deren vorgeschlagene Reform. In: Sozialphilosophische Schriften. 2. Auflage. Düsseldorf/Zürich. S 563f

²⁵⁹ Dörner, 2002a, S. 16

²⁶⁰ Leggewie/Bieber, 2003, S. 130

²⁶¹ Greven, Michael Th. (2003). Sind Demokratien reformierbar? Bedarf, Bedingungen und normative Orientierungen für eine Demokratiereform. In: Offe, Claus (Hg.) (2003). Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge. Frankfurt am Main. S. 83

*Streitigkeiten anstatt europäischer Politik – so sieht also ein moderner Wahlkampf aus.*²⁶², stellt Gertraud Eibl fest. Das tatsächliche Argument scheint im Kampf um die Aufmerksamkeit seine Wirkung verloren zu haben, während hinter den Kulissen fleißig Rollen eingeübt werden, um auf der politischen Bühne reüssieren zu können.

Die Frage, ob die Politik im medialisierten Umfeld ihrer eigenen Logik noch folgen kann und in welcher Weise sie ihrer gesellschaftlichen Bestimmung und dem demokratischen Grundsatz noch nachkommen kann, wird hier aufgeworfen. Richtet sich die Politik in ihrem Handlungsspielraum nur noch auf mediale Interessen, in der Hoffnung, dass sie auf diese Weise ihre gesellschaftliche Legitimation mühelos und wirkungsvoll erreichen kann?

Trotz der Tradition symbolischer und inszenierter Politik, können neue Eigenschaften mit neuen Voraussetzungen und Auswirkungen verortet werden. Zum einen stellt sich die Frage der Legitimation in der modernen Demokratie deutlicher als in vordemokratischen Zeiten, ein weiterer Unterschied kann darin gesehen werden, dass sich die Bedingungen für das Ansehen der Politiker verändert haben. Waren es einst vor allem politische Fähig- und Fertigkeiten sowie innen- und außenpolitische Erfolge, die für die Anerkennung und den nötigen Respekt sorgten, so ist es heute die Fernsehpräsenz, die das Image eines Politikers ausmacht. Es herrscht ein erhöhter Druck im Ringen um die öffentliche Aufmerksamkeit, sowie ein gewachsener Konkurrenzdruck durch die Vielzahl der Akteure im heutigen politischen System.

Die Vermittlung der Inhalte erfolgte aufgrund des technischen Fortschritts noch nie auf eine derartig vielfältige Art und Weise. Während Herrscher in vormodernen Zeiten ihre Auftritte wie ein Schauspiel gut vorbereiten und zu bestimmten Zeiten aufführen konnten, sind heute die Blicke jederzeit und allorts auf die Politiker gerichtet, die ihre Auftritte nur noch mit Hilfe von Image-Beratern bewerkstelligen können. Die zunehmende Personalisierung, also eine Konzentration von positiven Eigenschaften auf eine zentrale politische Persönlichkeit, verlangt nach strategischem Agieren, zumal der Beliebtheitsgrad auch Einfluss auf die Karriere innerhalb der Partei hat. Hier lässt sich also eine zunehmende Diskrepanz zwischen Sein und Schein zu beobachten. Politik wird als Spektakel inszeniert, um die Gunst der Wählerschaft zu gewinnen. Umso wichtiger wird in dieser Hinsicht die Personalisierung, die einerseits vom Bürger gewünscht wird, andererseits aber auch als Problem erachtet wird, weil sie die Inhalte der Politik zunehmend verwischt.

²⁶² Eibl, Gertraud (2004). Die Kunst, aus Nicht-Wählern Protestwähler zu machen. In: Die Zeit Online <http://www.zeit.de/2004/25/oesterreich> (zuletzt abgerufen am 27. April 2011)

*„Sieht man sich die Entwicklung moderner Wahlkämpfe (...) an, dann wird schnell deutlich, daß es bei den Wahlkämpfen um vieles gehen mag – kaum jedoch darum, rationalen Entscheidungen eine möglichst klare Information über die ‚Produkteigenschaften‘ eines politischen Programms zu bieten.“*²⁶³ Dörner lässt an dieser Stelle eine Parallele zu aktuellen Werbekonzepten aufkommen. Politische Entscheidungen gingen konform mit Produktentscheidungen, wo nicht mehr nach Qualität und Nutzwert gefragt werde, sondern wo vielmehr Lifestyle-Aspekte, Markenimage und das Corporate Design im Mittelpunkt der Nachfrage stünden.²⁶⁴ Der Politiker verkaufe sich laut Gunter Hofmann als Marke, während die Politik *„in dieser Verwertungsperspektive als Produkt verstanden [wird], das sich auf dem umkämpften Medienmarkt in erster Linie verkaufen soll.“*²⁶⁵

*„Medienpräsenz ist die Währung des modernen Politikmarktes.“*²⁶⁶, schreibt der Politikberater Thomas Hofer und gleichzeitig erklärt Claus Leggewie: *„Wer sich in die Medien begibt, kann darin umkommen. Wer aber gar nicht (mehr) vorkommt, ist politisch ein toter Mensch.“*²⁶⁷

Die Logik des Mediensystems protegiert das Bemühen der Politik, mit aller Kraft die Kontrolle über ihre Darstellung zurück zu erlangen. Um die Medien überlisten zu können, wird eine ungeheure Energie aufgebracht, indem sich Politiker mit der Unterstützung von Beratern mediatisieren lassen. Politik wird eben zum Politainment – eine Verflechtung aus zweckdienlichen politischen Handlungen und allgemeinverständlicher populärer Unterhaltungskultur.

Die Verantwortung für diese Herausbildung verorten Politik und Medien jeweils im anderen System. Während Politiker davon ausgehen, dass sie ohne gezielt eingesetzte Inszenierungsstrategien am Medienmarkt nicht reüssieren könnten, verlangen die Journalisten den Politikern immer imposantere Auftritte und knappere Kommentare ab. Die Öffentlichkeit beklagt in diesem Zusammenhang einen Verlust an politischen Identitäten und eine immer größer werdende Oberflächlichkeit und Blasiertheit der politischen Eliten durch die professionalisierte Personalisierung zulasten von Inhalten. Dabei verliert sich aber die Frage, was politische Inszenierung eigentlich bewirkt und welche Rolle Medien und Politiker dabei einnehmen.

²⁶³ Dörner, Andreas (2002). Wahlkämpfe – eine rituelle Inszenierung des „demokratischen Mythos“, In: Vogt, Ludgera (Hg.) (2002). Wahl-Kämpfe. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual. Frankfurt am Main. S. 19

²⁶⁴ Vgl. Dörner, 2002a, S. 19

²⁶⁵ Hofmann, Gunter (2007). Beruf: Lautverstärker. In: Literaturen, 9/2007, S. 70-75.

²⁶⁶ Hofer, Thomas (2005). Spin Doktoren in Österreich. Die Praxis amerikanischer Wahlkampfberater. Was sie können, wen sie beraten, wie sie arbeiten. Wien. S. 3

²⁶⁷ Leggewie, Claus (2000). Bimbos und Brimbors. Das Ventura-Phänomen oder: Politiker als Prominente, In: Die neuen Eliten, Kursbuch 139, Berlin, S. 152.

Da die Medien dazu geneigt sind, ihre Berichte immer weiter zu komprimieren und zu emotionalisieren, kämpfen die Politiker mit dem Druck der ständigen Beobachtung. Sie finden sich gleichzeitig in einem starken Wettbewerb mit anderen politischen Akteuren wieder und sind deshalb auch dazu geneigt, ihre Inhalte weiter zu emotionalisieren und reizvoller zu gestalten. Der charismatische Politiker lässt sich als Teil der Prominenz feiern und wird zum Show-Star des Medienzirkus erhoben, während die Politik zu einem Theater avanciert, das sich nach dem Unterhaltungsbedürfnis der Öffentlichkeit richtet. Sachliche Themen finden in den Medien hingegen kaum noch Platz. Im Rahmen der Amerikanisierung der Wahlkämpfe werden TV-Diskussionen von Spitzenkandidaten regelrecht zu Hahnenkämpfen hochstilisiert; nach den Sendungen folgen meist Analysen zur Sendung, die dabei seltsamerweise an Sportanalysen oder Theaterkritiken erinnern.

An dieser Stelle wird es auch schwierig für die Bevölkerung einen Durchblick zu haben. Doch gerade in einer mediendominierten Demokratie ist die Politik stark von der Legitimation durch die Bevölkerung abhängig, die, so scheint es, wiederum nur durch Präsenz in den Medien zu erreichen ist.

Zolos Ansicht nach erfolgen durch mediengerechte Aufbereitungen *„neuartige Verfahren der Fernseh-Legitimität, die nicht nur von der Vermittlung durch die Parteien absehen, sondern eben auch die selektive Funktion des traditionell den demokratischen Wählerschaften zugesprochenen Urteils vorwegnehmen und sie übergehen.“*²⁶⁸

Martina Salomon, stellvertretende Chefredakteurin des Kurier, beschwert sich einerseits über die mangelnde Vermarktungsstrategien der Ergebnisse einer Regierungsklausur *„Ohne Inszenierung kommt weder eine Heilslehre noch die Politik aus. Eine Mission muss plakativ erklärt werden.“*²⁶⁹ Und fragt sich dann doch: *„Aber ersetzt das echte Politik?“*

*„Die reine Unterhaltungsdemokratie hört auf, Demokratie zu sein.“*²⁷⁰, erklärt Thomas Meyer. Es sollte sich nicht alles um Politainment drehen, vielmehr sollte die Frage, wer das Land in schwierigen Zeiten begleiten soll, im Zentrum der Diskussionen stehen. Bei gesteigerter Komplexität mit Entertainment zu antworten, kann in diesem Zusammenhang auch keine Lösung sein, während hier nur an einen richtigen Umgang mit Medien appelliert werden kann.

²⁶⁸ Zolo, Danilo (1997). Die demokratische Fürstentherrschaft. Für eine realistische Theorie der Politik. Göttingen. S. 200

²⁶⁹ Salomon, Martina (2011). Salomonisch: Inszenieren hilft der Politik, ersetzt sie aber nicht. In: Kurier Online <http://kurier.at/interaktiv/kolumnen/3910909.php> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)

²⁷⁰ Meyer, Thomas (2006). Populismus und Medien. In: Decker, Frank (Hg.) (2006). Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden. S. 91

Es sei laut Zolo im Allgemeinen bekannt, „*daß die Parteien für die Anfertigung und Verbreitung der Selbstdarstellung auf Werbeagenturen zurückgreifen, die kommerzielle Kriterien der Werbung auf die politische Kommunikation anwenden.*“²⁷¹ Die Parteien bewegten sich längst in einer „Teledemokratie“, worin sich die politischen Debatten ausschließlich hinsichtlich ihrer Wirksamkeit ausrichteten. Die spektakularisierte Darstellung wirke sich nach Zolo unglücklicherweise zulasten einer „*vernünftigen Diskussion der Themen der politischen Entscheidung und der verfügbaren Alternativen*“²⁷² aus.

Doch die stets auf der Lauer liegenden Medien laden die Politiker viel mehr dazu ein, Fehler zu machen. Deshalb überlassen Politiker nichts mehr dem Zufall und setzen auf die Inszenierung der Politik: jede Geste, jedes Wort, der gesamte Auftritt und dessen Inhalt ist bis auf jede Einzelheit kalkuliert. Der Politiker verkauft sich zunehmend als Marke, der auf Manipulationstechniken in der Manier der Werbeindustrie zurückgreift. Hier wird Werbung für die Person und für seine Ansichten gemacht, um die Unterstützung der Bevölkerung zu erhalten. Hilfe erhalten sie dabei von Experten, den so genannten Spin Doktoren, denen das nächste Kapitel gewidmet ist.

2.3.7 Spin Doktoren: Wer spinnt hier die Fäden?

Crouch zufolge sei der öffentliche Wahlkampf zu einem von konkurrierenden Teams professioneller Spin Doktoren gemanagten Spektakel verkommen. PR-Agenturen bestimmten demnach zunehmend die politische Agenda durch die gezielte Auswahl und Inszenierung von bestimmten Themen, die zudem eine immer stärkere Personalisierung erfahren. Im Hintergrund dieses wahlkämpferischen Inszenierungs-Spektakels fände der eigentliche politische Prozess in Form von privaten Gesprächen und Interaktionen zwischen gewählten Volksvertretern und Eliten, die vorwiegend wirtschaftlichen Interessen nachgehen, statt.²⁷³

Die Filmsatire *Wag the Dog* thematisiert auf komödiantische Weise die Macht der Medien, sowie deren Manipulierbarkeit durch Spin Doktoren und erinnert auch an die Beeinflussbarkeit der Öffentlichkeit: Kurz vor der Wahl wird der amerikanische Präsident in einen Sex-Skandal verwickelt; der Spin-Doctor „*Mr. Fix-It*“, dargestellt von Robert de Niro, wird engagiert, um das Image des Präsidenten in der Öffentlichkeit zu retten. Dieser holt sich wiederum Unterstützung bei einem Filmproduzenten (verkörpert von Dustin Hoffman), um den Präsidenten entsprechend in Szene setzen zu können. Die einzige Möglichkeit, um den Skandal zu vertuschen, erkennen die Berater des Präsidenten darin, einen Krieg zu inszenieren. Mithilfe

²⁷¹ Zolo, 1997, S. 200

²⁷² ebd.

²⁷³ Vgl. Crouch, 2008, S. 10

von gezielt eingesetzten Inszenierungen und Kampagnen veranschaulicht der Film das Zusammenspiel zwischen Politikern, Medien, Meinungsforschung und Spin Doktoren, sowie deren Auswirkungen auf die Gesellschaft.

Die Aufgabe von Spin Doktoren, Kommunikationsexperten, Krisen- und Wahlkampfmanagern sehen Scheucher und Plasser darin, „aus den Daten der Meinungsforschung die zentralen Wahlkampfbotschaften zu destillieren, Zielgruppen in der Wählerschaft zu definieren, Drehbücher für TV-Spots zu schreiben und [durch] thematische Akzente [...] [die] massenmediale Berichterstattung zu beeinflussen.“²⁷⁴

Die „Prinzen der Dunkelheit“, so Jochen Buchsteiners Beschreibung von Spin Doktoren in *Die Zeit*, redeten viel und würden doch nie zitiert. Sie fungierten als Einflüsterer, Brückenbauer, Dolmetscher – und das stets im Schatten der Macht.²⁷⁵ Man nennt sie Strippenzieher, „Machtflüsterer“²⁷⁶, „die neuen Sophisten“²⁷⁷, politische Souffleure oder auch Manipulatoren der öffentlichen Meinung. Sie seien die „Hexenmeister des elektronischen Medienzeitalters“ oder „Zuhälter des politischen Strichs“, so der Politikwissenschaftler und PR-Experte Marco Althaus. Für die einen stellten sie „Jockeys im Pferderennen“ dar, für die anderen „politische Kopfgeldjäger und Söldner“.²⁷⁸ Und Marion Wildmann erkennt, dass die „Medizin der Spin Doktoren schnell zu einer Droge werden [kann], von der die Abhängigen nicht mehr leicht loskommen.“²⁷⁹ Die Spin Doktoren selbst begreifen sich laut Althaus einfach als gewiefte Geschäftsleute, die ihr Handwerk verstehen.²⁸⁰

Eines steht fest: Die mit Wissen und Know-how angereicherten PR-Agenturen haben im politischen Bereich Hochkonjunktur, in der die öffentlichen Kommunikation zur Hauptaufgabe politischer Akteure im geworden ist. Die „Hexenmeister“²⁸¹, wie sie von Alexander Smoltczyk im *Spiegel* genannt werden, geben den öffentlichen Auftritten des politischen Personals den richtigen Schliff, garnieren den Wahlkampf mit einem ansprechenden Design, pflegen Kontakte zu den Medien, beobachten den Meinungsmarkt und antizipieren gegebenenfalls die

²⁷⁴ Plasser, Fritz/Scheucher, Christian (1998). „The American Way of Wahlkampf“, In: Der Standard. 10.11.1998. S. 35. Zitiert nach: Hofer, Thomas (2005). Spin Doktoren in Österreich. Wien. S. 9

²⁷⁵ Vgl. Buchsteiner, Jochen (1998). Prinzen der Dunkelheit. In: Die Zeit Online. <http://www.zeit.de/1998/37/199837.medienlandschaft.xml> (zuletzt abgerufen am 12. August 2011)

²⁷⁶ Osang, Alexander (2004). Der Machtflüsterer. In: Der Spiegel 19/2004, S. 86

²⁷⁷ Ross, Jan (2002). Die neuen Sophisten. In: Die Zeit Online http://www.zeit.de/2002/04/Die_neuen_Sophisten (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)

²⁷⁸ Vgl. Althaus, Marco (1998). Wahlkampf als Beruf. Die Professionalisierung der Political Consultants in den USA. Frankfurt am Main. S. 17

²⁷⁹ Wildmann, Marion (2001). Das Event als Strategie im politischen Wahlkampf. Ein kritischer Diskurs dargestellt am Wahlkampfmanagement der FPÖ. S. 72f. Zitiert nach: Hofer, Thomas (2005). Spin Doktoren in Österreich. Wien. S. 8

²⁸⁰ Vgl. Althaus, 1998, S. 17

²⁸¹ Smoltczyk, Alexander (2002). Die Hexer, ratlos. In: Der Spiegel 10/2002, S. 82

Reaktionen von Konkurrenten, während sie sich um das mediengerechte In-Szene-Setzen und ein wirkungsvolles „Politiker-Placement“ bemühen.

2.3.7.1 Die Souffleure der Politik

Die politische Beratung ist für die westlichen Demokratien in ihrer Bedeutung stark angewachsen. „Die Versuchung der Machthaber, sich mit einem engen Kreis von nichtgewählten Beratern zu umgeben, ist sehr groß.“²⁸², meint Ralf Dahrendorf. „Parteien und Kandidaten nehmen das Geschäft der Organisation und Ausgestaltung des Wahlkampfes immer weniger selbst in die Hand.“²⁸³, so der Medienwissenschaftler Andreas Dörner. Für den Aufbau und den Erhalt der Kommunikationsmacht seien laut dem Politikberater Thomas Hofer schließlich speziell ausgebildete Experten zuständig.²⁸⁴

„Medialisierung“ ist schließlich „en vogue“²⁸⁵, schreibt Carsten Reinemann. Grundlage einer „teledemokratischen Führerpersönlichkeit“ sei immer das „besondere Charisma“²⁸⁶, stellt Danilo Zolo fest. In den meisten Fällen steckt eine gründliche Image-Beratung dahinter, wenn ein Politiker neues Styling hat, wenn er plötzlich die Fliege durch eine Krawatte ersetzt oder wenn er sein Gesicht mit einer neuen Brille schmückt. Die Hobbys und Freizeitaktivitäten der Volksvertreter werden in der Öffentlichkeit medienwirksam positioniert, um durch die neu geschaffene Nähe deren Beliebtheitswerte zu maximieren. Minister werden nach Hochwasserkatastrophen als mithelfende Helden in gelbe Gummistiefel gesteckt, die Regierung wird im Tiergarten geschlossen und harmonisch präsentiert und bei großen Sportevents geschickt in Szene gesetzt, um Authentizität, Sportgeist und Volksnähe vermitteln zu können. Das Gefühl, den Staats- oder Regierungschef so zu kennen, wie seinen Nachbarn mit all seinen Stärken und Schwächen, soll mit gezielten Inszenierungstaktiken erzeugt werden.

Auf diese Weise „werden auch Politiker zu Popstars, nicht notwendig zum Idol, aber zum Vertrauten und Nachbarn, dem man ansieht, dass er zugenommen hat, und auch, wann er schwindelt.“²⁸⁷ Die Wähler zeigten sich nach Jürgen Leinemann verständnisvoller, wenn der Volksvertreter unter Druck stünde und freuten sich mit, wenn er einen Triumph feierte. Das

²⁸² Dahrendorf, 2002, S. 70

²⁸³ Dörner, 2002a, S. 33

²⁸⁴ Vgl. Hofer, Thomas (2005). Spin Doktoren in Österreich. Die Praxis amerikanischer Wahlkampfberater. Was sie können, wen sie beraten, wie sie arbeiten. Wien. S. 3

²⁸⁵ Reinemann, Carsten (2010). Medialisierung ohne Ende? Zum Stand der Debatte um Medieneinflüsse auf die Politik. In: ZfP 57. Jg. 3/2010. S. 278

²⁸⁶ Zolo, 1997, S. 200

²⁸⁷ Leinemann, Jürgen (2004). Die Staatsschauspieler. In: Der Spiegel 39/2004, S. 154

Erfolgskonzept sei dabei simpel gestrickt: *„Bilder fügen sich zum Image. Das Image bringt Stimmen. Die Stimmen öffnen die Türen zu Ämtern – fertig ist die Macht.“*²⁸⁸

Rund 40 Prozent der Berichterstattung von Tageszeitungen stammten laut Medienwissenschaftlern bereits von PR-Agenturen oder Marketingzentralen, Behörden oder Verbänden, wie der *Spiegel* berichtet. Die Nachrichten würden gar nicht mehr als strategische PR-Maßnahmen wahrgenommen und gelangten demnach als mutmaßliche ‚Studien‘ in die Medien.²⁸⁹ Nils Klawitter geht davon aus, dass die Nachfrage nach PR-Leuten vor allem in Kriegs- und Krisenzeiten ansteige, um den Realitätssinn der Population zu beeinflussen.²⁹⁰ Diese These wird auch von Schwartzberg untermalt: *„Die historische Analyse zeigt, daß Krisenzeiten die Hyperpersonalisierung hervorbringen. Um außerordentlichen Gefahren zu begegnen, wendet man sich gerne einem Manne zu, der in der Art des römischen Diktators die Macht symbolisiert und häufig auch auf sich konzentriert.“*²⁹¹

Zur mediengerechten Öffentlichkeitsarbeit gehört natürlich das richtige Agenda-Setting, die der Frage ‚Wie und wo erreiche ich den Wähler wohl am geschicktesten?‘ nachgeht. Im Rahmen des Wahlkampfmanagements werden nach amerikanischem Vorbild vorhandene Themen maximiert, um politische Inhalte bestmöglich und formschön verkaufen zu können. *„Die Kunst besteht darin, Kernthemen zu finden, die in allen Milieus wirken.“*²⁹², meint Thomas Meyer dazu.

Das Fernsehen spielt dabei eine besonders wichtige Rolle, zumal hier die Debatten gekonnt inszeniert, breitenwirksam und in möglichst positivem Licht an den Bürger gebracht werden können. *„Es sind eben nicht mehr so sehr die fragenden und sachorientierten Journalisten, auf die sich die politischen Karrieristen einstellen und deren Macht sie fürchten, es sind die Produzenten und Manager der Medien, die für sie zählen. Denn die besorgen in den Blättern und vor allem in den TV-Sendern die Bühnen, auf denen die Politiker ihre eigenen Wirklichkeiten herstellen.“*²⁹³, erklärt Jürgen Leinemann.

So wird auch der jeweilige Spitzenkandidat in den Wahlkämpfen ganz nach Wunsch der öffentlichen Meinung in Szene gesetzt; immer mit dem Ziel, den Kandidaten ins richtige Scheinwerferlicht zu rücken. Posen, Gesten und erfolgverheißende Bilder werden bis ins

²⁸⁸ ebd.

²⁸⁹ Vgl. Klawitter, Nils (2006). Meister der Verdreher. In: Der Spiegel 31/2006, S. 73

²⁹⁰ Vgl. Klawitter, 2006, S. 74

²⁹¹ Schwartzberg, Roger-Gérard (1980). Politik als Showgeschäft. Moderne Strategien im Kampf um die Macht. Düsseldorf/Wien. S. 240

²⁹² Meyer, Thomas (1997). „Ein höfisches Zeremoniell“. Ein Interview mit Thomas Meyer. In: Der Spiegel 46/1997, S. 155

²⁹³ Leinemann, Jürgen (2004). Die Staatsschauspieler. In: Der Spiegel 39/2004, S. 142

kleinste Detail einstudiert, um einen Popularitätsschub herbei führen zu können. Im Rahmen der Professionalisierung der politischen PR werden *Think Tanks* aufgestellt, in denen das Design des Wahlkampfs und politische Strategien von PR- und Werbefachleuten, Werbetextern, Wahlkampfmanagern, Markt- und Meinungsforschern, Medienpsychologen, Ghostwritern, Krisenmanagern, Event-Agenturen und politischen Strategen entwickelt werden. Das Motto lautet hier im Grunde genommen: „*Die Mächtigen schlau machen. Einflüstern, steuern, manipulieren.*“²⁹⁴, wie *Die Zeit* berichtet. Die Politiker ließen schließlich denken, da es der Druck in der viel zitierten beschleunigten Gesellschaft immer schwieriger für Politiker mache, mit der „*gesellschaftlichen Dynamik Schritt zu halten.*“²⁹⁵

„*Das Urteil über die politische Eignung eines Kandidaten wird, noch vor dem Zutun der Wählerschaften und der Fernsehzuschauer, von den Spezialisten der Werbekommunikation gefällt, welche die telecharismatischen Gaben des Kandidaten abwägen und herausarbeiten und damit seine Wahlkampagne glaubwürdig und auch finanzierbar machen.*“²⁹⁶, schreibt Danilo Zolo. Auf diese Art wird auch Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess genommen.

Politiker werden vor ihren Auftritten in der Öffentlichkeit gebrieft; Sprach- und Präsentationstrainer stehen tatkräftig zur Verfügung und kaum taucht ein Problem im Wahlkampf auf, hat die Denkfabrik die Lösung schon parat. Im Buhlen um die öffentliche Aufmerksamkeit, werden dementsprechend auch Hauptakteure sowie deren Gegner penibelst beobachtet, um für etwaige Angriffsmöglichkeiten durch vorab ausgearbeitete Abwehrargumente gewappnet zu sein.

Erleidet ein politischer Akteur oder eine Partei Stimmenverluste, sind bald PR-Profis am Zug, um den Verkauf der Person oder seiner Inhalte wieder ankurbeln zu können. Rasch wird hier eine Koalition aus Politikern, PR-Experten und Umfrageinstituten gebildet. Die politische PR richtet sich hinsichtlich der Themensetzung, Abläufe und Inhaltsdarstellung vor allem auf die mediale Logik und redaktionelle Strukturen. Mittlerweise würden sogar Journalisten als Spin Doktoren eingesetzt, so Thomas Schnedler. Die Öffentlichkeitsarbeit hätte Schnedler zufolge nicht nur quantitativ aufgeholt, auch die Methoden seien feiner und journalistischer geworden, um den medialen Ansprüchen besser zu entsprechen: „*Die journalistisch ausgebildeten PR-Schaffenden kennen die redaktionellen Routinen, sie inszenieren geschickt Pseudo- Erei-*

²⁹⁴ Grunenberg, Nina (2007). Die Mächtigen schlau machen. Einflüstern, steuern, manipulieren. In der Hauptstadt boomt das Geschäft der Besserwisser. In: *Die Zeit Online*
http://www.zeit.de/2001/28/200128_politikberatung.xml (zuletzt abgerufen am 24. Juni 2011)

²⁹⁵ ebd.

²⁹⁶ Zolo, 1997, S. 201

gnisse mit Berichterstattungsgarantie, sie präsentieren Regionalzeitungen, fertige Drehbücher für Expertentelefone, sie geben wissenschaftliche Studien in Auftrag und bieten den Journalisten dann die lesbar aufbereiteten Ergebnisse an.“²⁹⁷

Die Strategien werden vor allem auf Grundlage von Meinungsforschung entwickelt, die den Anspruch erhebt, das öffentliche Meinungsklima und Wünsche, sowie Ansichten und Einstellungen der Bevölkerung auf Grundlage von mehr oder weniger repräsentativen Umfragen und Erhebungen, wiedergeben zu können. Die „*Augenblickspräferenzen der vereinzelter Staatsbürger*“ würden laut Meyer zu „*Medienstrategien verdichtet*“, „*die von ihnen (Anm.: den Medien) ausgehen, sie festhalten und bestärken, ohne dass Raum und Zeit für eine Deliberation bleiben, in deren Verlauf eine begründete öffentliche Meinung entstehen kann.*“ In diesem Sinne verliere die „*Öffentlichkeit ihre für die Demokratie konstitutiven Funktion der Validierung und Orientierung.*“²⁹⁸, so Thomas Meyer.

Vernachlässigt wird dabei oft die Tatsache, dass Ergebnisse von Meinungsumfragen wiederum maßgeblich auf die öffentliche Meinung einwirken. Die starke Orientierung der Politik an den Umfrageinstituten trägt zur Entkräftung von traditionellen Formen der politischen Meinungsbildung bei und fördert populistische Lösungsvorschläge anstatt sich auf sachliche Auseinandersetzungen zu konzentrieren. „*Die anscheinend direktere Beziehung zwischen Führung und Volk kommt im Rahmen der populistischen Strategie somit im Ergebnis eher einem demokratischen Kontrollverlust gleich.*“²⁹⁹, stellt Meyer fest.

Die zu vermittelnden Botschaften werden aufgrund der beschränkten Aufnahmefähigkeit der Population klar und meist vereinfacht dargestellt. Verfolgt wird eine symbolische Politikvermittlung, in der Personen und Emotionen miteinander verknüpft werden, um Identifikationsfiguren für die Bevölkerung schaffen zu können. Die Logik des Mediensystems erfordere eben „*Personen, Prominenz, Konflikt*“, so der Politologe Meyer. Diese Tatsache erzeuge demnach ein sehr einseitiges Bild und eine Verzerrung der Inhalte, zumal die Politik das Mediensystem immer stärker bediene, um die „*Kontrolle über die eigenen Präsenz dort zurückzugewinnen.*“³⁰⁰ Die Gefahr des Populismus lauert auch in der politischen PR.³⁰¹

²⁹⁷ Schnedler, Thomas (2008). *Getrennte Welten? Journalismus und PR in Deutschland*. nr-Werkstatt Nr. 8. Wiesbaden. S. 15

²⁹⁸ Meyer, 2001, S. 188f

²⁹⁹ ebd.

³⁰⁰ Meyer, Thomas (2010). „Der Boulevard ist kein Partner“. Interview von Harald Fidler mit Thomas Meyer und Josef Ostermeyer. In: *derStandard.at*, <http://derstandard.at/1271377725289/Interview-Der-Boulevard-ist-kein-Partner> (zuletzt abgerufen am 28. Juni 2011)

2.3.8 Meinungsforschung: Freund und Feind

Eine besondere Rolle im Gesamtgefüge von Politik und Medien nimmt die Demoskopie ein – aus diesem Grund wird sie an dieser Stelle auch einer besonders genauen Betrachtung unterzogen.

Die Meinungsforschung gehört mit ihren Wahlumfragen und Sonntagsfragen seit jeher zu den klassischen Hilfsmitteln der Politik. Doch in Zeiten erhöhter Komplexität sind die Ansprüche an Politiker und Anforderungen an die strategischen Konzepte derartig gewachsen, dass sie nicht nur immer weiter auf die Hilfsmittel von Spin Doktoren sondern auch auf die der Demoskopie zurückgreifen. Die *„Techniken der politischen Manipulation, die es ihnen ermöglichen, die Meinungen der Öffentlichkeit zu ermitteln, ohne daß die Bürger in der Lage sind diesen Prozeß unter Kontrolle zu bringen“*³⁰² würden laut Crouch immer raffinierter. Die öffentliche Meinung werde demnach zunehmend über Umfrageergebnisse gebildet, ohne dass die Befragten die Gelegenheit hätten, direkt auf den Prozess der Meinungsbildung Einfluss auszuüben. Das stellt insofern ein Problem für die Demokratie dar, insofern sie nach Crouchs Definition voraussetzt, *„daß sich eine sehr große Zahl von Menschen lebhaft an ernsthaften politischen Debatten und an der Gestaltung der politischen Agenda beteiligt und nicht allein passiv auf die Meinungsumfragen antwortet; daß diese Menschen ein gewisses Maß an politischem Sachverstand mitbringen und sie sich mit den daraus folgenden politischen Ereignissen und Problemen beschäftigen.“*³⁰³

Bourdieu geht davon aus, dass Akteure dann zu Akteuren des politischen Feldes werden, sobald sie auf jenes Einfluss nehmen.³⁰⁴ Hinsichtlich dessen kann man sogar davon ausgehen, dass die Demoskopie das politische Feld bereits erobert hat und selbst als Akteur auf der politischen Bühne aktiv geworden ist.

Die Meinungs- und Wahlforschung kann zwar einen Beitrag zur politischen Strategiebildung leisten, sollte aber ausschließlich als Hilfsmittel bzw. Orientierungshilfe eingesetzt werden. Denn die ausschlaggebenden Elemente politischer Strategien, nämlich Führung und Richtung, können immer nur aus der Politik selbst kommen und dürfen somit nicht von der Demoskopie vorgegeben werden, so Dieter Roth, der die Meinungsforschung aufgrund ihrer unbekannten

³⁰¹ Als berühmtes Beispiel kann hier der Brief von Werner Faymann und Alfred Gusenbauer an den Chef der Kronenzeitung, Hans Dichand, in Erinnerung gerufen werden, in dem eine Abänderung der Parteilinie in Europafragen sowie Volksabstimmungen über zukünftige EU-Verträge verlautbart wurde.

³⁰² Crouch, 2008, S. 32

³⁰³ Crouch, 2008, S. 9

³⁰⁴ Vgl. Bourdieu, 2001, S. 33

Grenzen der Erhebungsinstrumente und der verantwortungsvollen Interpretation in ihre Schranken weist. „*Demoskopische Daten können [...] nicht zu Patentrezepten für das erfolgreiche Bestehen in einem Wahlkampf gemixt werden. Denn: politische Strategien sind mehr als nur der Einsatz von programmatischen, personellen und instrumentellen Elementen zur Erreichung eines definierten Zieles.*“³⁰⁵ Zum Selbstverständnis des Demoskopen gehöre laut Roth deshalb auch die Einsicht, dass er ausschließlich eine Dienstleistung erbringt und nicht als politischer Akteur auftritt.

Jacques Rancière hat die Meinungsforschung aufgrund ihres Glaubens angegriffen, die Bevölkerung berechnen zu können. Die „*Demokratie der Meinungsforschungen und Simulationen*“ sei laut dem Postdemokratie-Theoretiker Rancière „*Nichts anderes als Aufhebung der Erscheinungssphäre des Volkes.*“ Rancière versteht unter Postdemokratie eine „*konsensuelle Demokratie*“³⁰⁶, in der die Erscheinung der Anteillosen nicht mehr möglich ist, weil der Streithandel verschwunden und die Bevölkerung sich im Spiegel der Demoskopie ständig selbst präsent ist – „*nie ungerade, unberechenbar oder unrepräsentierbar*“³⁰⁷, weshalb das Unberechenbare auch keinen Platz mehr hat.

Der Philosoph Sloterdijk geht angesichts der manipulativen Rolle der Demoskopie sogar so weit, dass er eine gesetzliche Eindämmung der Meinungsforschung fordert. In der Demoskopie erkennt Sloterdijk nach gründlicher Beobachtung des Fernseh- und Politikgeschehens im Rahmen der deutschen Bundestagswahl 2005 sogar die Gefahr einer „*außerparlamentarischen Herrschaftsinstanz*“ und spricht von einer „*unlegitimierten Meinungsdictatur*“ durch die Meinungsforschung.³⁰⁸

2.3.8.1 Demoskopie ≠ Demokratie oder „Vom Meinungsforscher zum Meinungsmacher“

Für die einen stellt die Demoskopie ein Messinstrument dar, für die anderen ist sie ein Instrument zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Befürworter meinen, sie sei ein ausgezeichnetes Werkzeug, um von den Ansichten der Bevölkerung zu erfahren, womit sie für die Demokratie sehr förderlich wäre. Kritiker halten dagegen, dass Meinungsumfragen nicht als Kompass für die Politik fungieren sollten und dass sie der Demokratie eher schaden als nutzen.

³⁰⁵ Roth, Dieter (2008). Der Nutzen der Wahlforschung für politische Strategien. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 21, 1/2008, S. 26

³⁰⁶ Rancière, Jacques (2010). Demokratie und Postdemokratie. In: Badiou, Alain/Rancière, Jacques (2010). Politik der Wahrheit. Wien. S. 138

³⁰⁷ Rancière, 2010, S. 139

³⁰⁸ Sloterdijk, Peter (2005). In: Demokratie dank Demoskopie: Mehrheit als Meinung. FAZ, 26. September 2005, Nr. 224, S. 37

*„Die Meinungsumfragen legen einen Querschnitt durch die Anatomie des Wahlkreises: Alter, Geschlecht, Schulbildung, Einkommen der Wählerschaft, Stärke- und Schwächezonen. Sie geben an, was das Publikum vom Kandidaten denkt (Bekanntheitsgrad, Schwächen usw.). Schließlich zeigen sie auf, welches die wichtigsten Probleme für die Wähler sind und wie sie darüber denken. Sie können sogar die Reaktion auf das potentielle Programm des Kandidaten testen, bevor dies definitiv zusammengestellt wird. So kann der Kandidat seinen Wahlfeldzug und sein Programm diesen Feststellungen gemäß gestalten.“*³⁰⁹, so Roger-Gérard Schwarzenberg.

Meinungsforschungsinstitute sind sowohl auf Seiten der Parteien, als auch auf Seiten der Medien ein bedeutsames Instrument zur Erfassung von Ansichten innerhalb der Bevölkerung und erfreuen sich großer Beliebtheit. Bereits ein flüchtiger Blick in die Zeitungen oder Nachrichtenformate von Funk- und Fernsehen veranschaulicht die flächendeckende Präsenz der Meinungsforschung. Die oft schnell durchgeführten und produzierten Meinungsumfragen sind unter den Medien sehr begehrt, weil sie meist eine ausbaufähige Story liefern und werden von den Meinungsforschungsinstituten aus profitablen Gründen auch gerne geliefert. *„Die Demoskopie“*, so der Einwand von Winand Gellner, *„kann Erkenntnismittel sein, sie kann aber im Wechselspiel mit den Medien durchaus auch zu einem gezielt einsetzbaren Propagandamittel werden.“*³¹⁰

„Die Umfrage- und Rankingeuphorie hat auch die Politik voll erfasst“, stellen Sieglinde Rosenberger und Gilg Seeber fest. Ihrer Meinung nach dominierten politische Umfragen und deren mediale Vermittlung die Wahlkampfberichterstattung immer stärker.³¹¹ *„Public opinion ist die Zutat, mit der die Medien kochen und uns abspeisen wollen und mit deren Hilfe sie ihre – gern dementierte – aktive Rolle im politischen Prozess spielen.“*³¹², so Rosenberger und Seeber.

Im Bereich der Politik spielt vor allem die systematische Erfassung einer gewissen Stimmung gegenüber Parteien und Politikern eine wichtige Rolle und stellt vor allem in der Wahlkampfzeit ein wichtiges Instrument dar. Die Ausgaben für die Beobachtung der öffentlichen Mei-

³⁰⁹ Schwarzenberg, 1980, S. 224

³¹⁰ Gellner, Winand (1996). Demoskopie, Politik, Medien. In: Jarren, Otfried/Schatz, Heribert, Weßler/Hartmut (Hg.) (1996). Medien und politischer Prozeß. Opladen. S. 170

³¹¹ Vgl. Rosenberger, Sieglinde K./Seeber, Gilg (2003). Kopf an Kopf. Meinungsforschung im Medienwahlkampf. Wien. S. 13

³¹² ebd.

nung seien nach Winand Gellner in den vergangenen Jahren beträchtlich in die Höhe geschneht.³¹³

Im Verhältnis von Parteien und Demoskopie ist es im Laufe der Zeit zu einer Intensivierung des Zusammenspiels aufgrund mehrerer Faktoren gekommen. Durch die Beschleunigung im medialen Feld war die Politik bald dazu gezwungen, sich dieser Logik zu unterwerfen und auf externe Unterstützung, etwa durch die Meinungsforschung, zurückzugreifen. Der größer werdende Druck ist ein Grund dafür, dass sich die Politik zunehmend in ein Abhängigkeitsverhältnis katapultiert hat: Vor allem in Wahlkampfzeiten hüten sich Politiker davor, unpopuläre Programme zu verfolgen und orientieren sich mit Vorliebe an den demoskopischen Ergebnissen. Lösungen nach dem vermeintlich ‚erforschten‘ Mehrheitsgeschmack der Bevölkerung zu präsentieren, sind schließlich zeitlich weniger intensiv und beliebtstechnisch effektiver, als wenn man sich außerhalb der populären Wünsche auf sachliche Argumente konzentriert. Durch die hergestellte Dramaturgie, Vereinfachung und Spannung beginnt sich die Ernsthaftigkeit aufzulösen und rationale Aspekte sowie die Komplexität von Sachlagen werden reduziert.

Der Politikberater Peter Radunski fasst die Leistungen der Meinungsforschung für den Wahlkampf in zehn Punkten zusammen:³¹⁴

1. Umfrageinstitute veröffentlichen regelmäßige Umfragen, Grundstimmungen und Grundtrends in der Bevölkerung und ergänzen so das Bild, das die Politiker aus der veröffentlichten Meinung gewinnen;
2. Sie können mit Hilfe der Themenanalyse unter anderem feststellen, welche Probleme und Themen die Wähler bewegen oder welche sie vernachlässigt sehen;
3. Sie liefern Kandidatenanalysen, Daten zu Popularität und zum Image von Politikern;
4. Sie können mittels Ergebnisanalysen Hochburgen und Schwachstellen ausfindig machen und Wählerwanderungen nachvollziehen;
5. Sie liefern durch Nachwahluntersuchungen Angaben darüber, wie die Wähler den Wahlkampf wahrgenommen haben, um daraus Hinweise für die Verbesserung künftiger Kampagnen zu erlangen;

³¹³ Vgl. Gellner, Winand (1996). Demoskopie, Politik, Medien. In: Jarren, Otfried/Schatz, Heribert, Weißler/Hartmut (Hg.) (1996). Medien und politischer Prozeß. Opladen. S. 176

³¹⁴ Vgl. Radunski, Peter (1980). Wahlkämpfe. Moderne Wahlkampfführung als politische Kommunikation. München. Wien. S. 29-32. Zitiert nach: Gallus, Alexander (2002). Demoskopie in Zeiten des Wahlkampfes. „Wirkliche Macht“ oder „Faktor ohne politische Bedeutung“? In: APuZ B15-16/2002, S. 31f

6. Sie können über innerparteiliche Kommunikationsstudien Möglichkeiten der Mobilisierung im eigenen Lager besser einschätzen;
7. Sie gehen im Rahmen von Massenkommunikationsstudien der Frage nach, wie (potenzielle) Wähler die verschiedenen Medien nutzen, um so eine zielgruppengenaue Mediaplanung zu ermöglichen. In Zeiten der Mediendemokratie kommt diesem Aspekt ein besonders hoher Stellenwert zu;
8. Sie erstellen Werbemitteltests, zum Beispiel zu Entwürfen für Anzeigen, Plakate oder Werbespots;
9. Sie erstellen semantische Analysen, um herauszufinden was die Wähler mit verschiedenen Begriffen verbinden;
10. und sie machen Redentests, testen also die Wirkung empirisch fundierter Aussagen von Spitzenpolitikern bei öffentlichen Auftritten.³¹⁵

Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, dass in Zusammenhang mit Meinungsforschung oft von Manipulation die Rede ist. An dieser Stelle ist allerdings auch zu sagen, dass das Unbehagen rund um Meinungsumfragen meist aus dem falschen Umgang mit diesen resultiert – sie werden oft unreflektiert übernommen und unter verschobenen Blickwinkeln interpretiert. Habermas äußert sich in diesem Zusammenhang folgendermaßen: *„Die öffentlichen, durch Diskussion und Polemik erzeugten Meinungen, sind bei aller Dissonanz bereits durch einschlägige Informationen und Gründe gefiltert, während die Demoskopie gewissermaßen latente Meinungen in ihrem Roh- und Ruhezustand nur abruft.“*³¹⁶

Gegenwärtig herrscht ein regelrechter Boom um die Meinungsumfragen, die erstmals in Zusammenhang mit Karl dem Großen (747 – 814) erfasst wurden. Karl der Große hatte den Bischöfen standardisierte Fragelisten zugeschickt, um deren Ansichten zu kirchlichen Streitfragen in Erfahrung bringen zu können. Eine kontinuierliche Verwendung von Umfragen entwickelte sich schließlich erst Ende des 18. Jahrhunderts.³¹⁷

Dass ein Herrscher wissen muss, was sein Volk denkt, erkannte auch Peter der Große (1672 – 1725), indem er sich auf Reisen inkognito unter die Bevölkerung mischte, um ein reales Bild über die Ansichten, Wünsche und Gebrechen seiner Untertanen zu erhalten.

³¹⁵ ebd.

³¹⁶ Habermas, Jürgen (2007). „Keine Demokratie kann sich das leisten“ In: Süddeutsche Zeitung Online <http://www.sueddeutsche.de/kultur/juergen-habermas-keine-demokratie-kann-sich-das-leisten-1.892340> (zuletzt abgerufen am 20. Juli 2011)

³¹⁷ Vgl. Noelle-Neumann, Elisabeth/Petersen, Thomas (2005). Alle, nicht jeder. Einführung die Methoden der Demoskopie. Berlin. Heidelberg. S. 38f

Es lag also schon immer im Interesse der Herrschenden zu erfahren, wie das Volk denkt, denn ohne die Zustimmung des Volkes könnten sich Politiker in Demokratien nicht lange an der Spitze halten. Die Angst vor den Einbußen von Wählerstimmen hat sich dabei jedoch in den Mittelpunkt des Geschehens gedrängt.

„Ein Politiker, der sich zu sehr auf solche Umfragen verlässt, läuft Gefahr, dies später bereuen zu müssen.“³¹⁸, bekennt Dahrendorf. Da die von Meinungsforschern produzierte öffentliche Meinung oft unsicher und oberflächlich sei und die Menschen dazu brächte, sich zu einem Thema zu äußern, zu denen sie gar keine klare Meinung hätten, hätte die politische Führung laut Dahrendorf keinen Grund dazu, sich von Meinungsumfragen leiten zu lassen.³¹⁹

Außerdem greife das demoskopische Konzept der öffentlichen Meinung laut Rosenberger und Seeber zu kurz, wenn es um politikwissenschaftlich Analysen geht: „*Es ist rein deskriptiv, missachtet weitgehend Hierarchien, Macht- und Mehrheitsverhältnisse und die Rolle von Interessengruppen in der Gesellschaft und entspricht einem statischen Verständnis, das die Herstellung oder Formierung öffentlicher Meinung großteils ausblendet.*“³²⁰

Dennoch richtet sich die Gestaltung politischer Programme vielerorts nach den Ergebnissen von Meinungsumfragen, in der einzelne Ansichten zur öffentlichen Meinung komprimiert werden, die wiederum einen ausschlaggebenden Einfluss auf die Konstituierung individueller Ansichten hat. Das heißt, demoskopische Umfragen erforschen die öffentliche Grundstimmung gleichermaßen wie sie sie erzeugen.

Dass die Meinungsforschung in der Lage ist sowohl Meinungen zu generieren als auch zu beeinflussen, wurde von PR-Profis und Spin Doktoren rasch erkannt und zum Vorteil von Politikern eingesetzt. Alarmierend dabei ist, dass es bereits Politiker gibt, die den Meinungsforschern mehr Glaubwürdigkeit und Vertrauen entgegenbringen als Sozialwissenschaftlern. Zudem besteht die Gefahr, dass sich Politiker immer stärker an den Repräsentativumfragen orientieren, anstatt sich auf ihre Inhalte zu konzentrieren. Die Ursachen dafür sind sowohl in den Mitglieder-, Ansehens- und Vertrauensverlusten, als auch im Verlust der politischen Ideologien sowie am medialen und ökonomischen Druck festzumachen.

Dabei wird außer Acht gelassen, dass Demokratie keine Demoskopie ist und eben kein „*quasiblebiszitäres Element*“³²¹. Medien beobachten mit Vorliebe den Meinungsmarkt, der ihnen

³¹⁸ Dahrendorf, 2002, S. 68

³¹⁹ Vgl. Dahrendorf, 2002, S. 68

³²⁰ Rosenberger/Seeber, 2003, S. 30

³²¹ Gallus, 2002, S. 36

in „immer kürzeren Abständen Legitimitäts- bzw. Krisensignale in Form von Sympathiewerten, Kompetenzzuschreibungen und hypothetischen Stimmverhalten der Bürger“³²² liefert.

Die Realitätskonstruktion erfolgt durch reine Interpretation und hat sowohl Auswirkungen auf den Wähler, als auch auf die politischen Parteien und deren Strategien und nicht zuletzt auch auf die Konstrukteure.

Zolo konstatiert in diesem Zusammenhang einen Wandel der Wahlkämpfe zu „Metawahlkämpfen“ und der Wählerschaften zu „Metawählerschaften“ bzw. „Scheinwählerschaften“³²³. Der Bürger werde durch öffentliche Prognosen unter Druck gesetzt und aus dem Wahlschehen ausgeschlossen: „der Sieg der gegnerischen Partei, der bereits als sicher gilt, entmutigt ihn nicht weniger, seine Stimme abzugeben, als der voraussichtliche Sieg der eigenen Partei, eine Aussicht die jede persönliche Initiative überflüssig macht.“³²⁴ Auf diese Weise werde die Demokratie durch eine „Umfragekratie“ ersetzt, in der das Bild die Realität beherrsche und entleere, indem sie laut Zolo Wahlenthaltungen und politische Apathie fördert.³²⁵

Obwohl Alexander Gallus keine zweifelsfreien Nachweise finden konnte, dass Umfragergebnisse für Politiker im Sinne eines imperativen Mandats wirken oder dass ein Wirkungszusammenhang mit der Bevölkerung besteht, stünde dennoch die Gefahr eines Politikmarketings im Raum, die den Staatsbürger zum Politikkonsumenten degradiere und Regierende statt zur Entscheidungs- zu einer reinen Darstellungspolitik animiere.³²⁶

Die Veröffentlichung von demoskopischen Ergebnissen kann zwar das Interesse an politischen Ereignissen vorantreiben, ist gleichzeitig aber auch dazu imstande Ansichten und Einstellungen zu verändern. In diesem Zusammenhang verwundert die Annahme von Alexander Gallus auch nicht, wenn er davon spricht, dass der Wähler immer unberechenbarer geworden sei.³²⁷

Ein Kommunikationszirkel werde in Bewegung gesetzt, in dem Meinungsforschung und Medien die Hauptrolle spielten und zusätzliches Tempo in die Vermittlung des Politischen brächten: „An dieser Kommunikationsspirale richten die politischen Parteien ihre Strategien – vor allem in Hinblick auf die Personen, weniger auf die Themen – aus; und die BürgerInnen dis-

³²² Sarcinelli, 2011, S. 6

³²³ Zolo, Danilo (1997). Die demokratische Fürstentherrschaft. Für eine realistische Theorie der Politik. Göttingen. S. 201f

³²⁴ Zolo, 1997, S. 202

³²⁵ ebd.

³²⁶ ebd.

³²⁷ Vgl. Gallus, 2002, S. 36

kutieren über die veröffentlichte Meinung ihre eigene Meinung und treffen hierauf ihre Entscheidung über Macht und Herrschaft.“³²⁸, stellen Rosenberger und Seeber fest.

Die Meinungsforschung stößt oft an ihre Grenzen, vor allem wenn es um Wahlprognosen geht. Trotz einer mittlerweile hohen Treffsicherheit, sind sie nicht davor gefeit, zur Gänze falsche Ergebnisse abzuliefern. Oft genug wurden vor Wahlen falsche Vorhersagen mit hohen Fehlerquoten veröffentlicht.

Demoskopen agieren als *opinion maker*, während im Rahmen von Studien der Hintergrund von Meinungen – also die Frage, woher die Ansicht eigentlich kommt, meist vernachlässigt wird. Sie handeln getreu dem von Schirmmacher formulierten Motto: „*Wir wollen herausfinden, wer wir sind, indem wir herausfinden, was alle tun.*“³²⁹

Die Vorgehensweise ist dabei oft fraglich, weil die Methoden nur selten offen gelegt werden.

Darauf bezieht sich auch der Politikwissenschaftler Winand Gellner: Die Auftraggeber erhielten Spielräume für interessensgeleitete Interpretationen, die Institute beurteilten ihre Rohdaten nach eigens aufgestellten Kriterien und nach dem jeweiligen Verwertungsinteresse, es würden Fragen zu unbekannten Themen gestellt, die Fragen seien auch so formuliert, dass keine sinnvolle Antworten dabei herauskämen und schließlich würden Erhebungsmethoden, Kontext der Fragen, Befragungssituation, Fehlerberichte und Zeitpunkt der Befragung nicht mitgeteilt.³³⁰

Anhand dieser Aufzählung sollte nach Winand deutlich gemacht werden, dass „*die Demoskopie eben durchaus vielfältige Möglichkeiten der – bewussten oder unbewußten – interessengeleitenden Manipulation bietet.*“³³¹ Die Demoskopie sei damit „*Teil der Inszenierung von Politik und mitverantwortlicher Teil des politischen Kommunikationsalltags, in dem Politik endgültig zur Schau wird. Sie hat sich so eng mit Werbung und Politik verzahnt, daß die Folgen fast unübersehbar sind.*“³³²

³²⁸ Rosenberger/Seeber, 2003, S. 14

³²⁹ Schirmmacher, 2009, S. 203

³³⁰ Vgl. Gellner, Winand (1996). Demoskopie, Politik, Medien. In: Jarren, Otfried/Schatz, Heribert, Weißler/Hartmut (Hg.) (1996). Medien und politischer Prozeß. Opladen. S. 172f

³³¹ ebd.

³³² ebd.

Die wachsende Komplexität erfordere laut Habermas kurzatmige Reaktionen in schrumpfenden Handlungsspielräumen, weshalb Politiker „*schamlos dem opportunistischen Drehbuch einer demoskopiegeleiteten Machtpragmatik*“³³³ folgten.

Nach Rosenberger und Seeber basiere die mediale Rahmung von Politik als Wettkampf, jene Vorstellung eines „Kopf an Kopf“-Rennens, ebenfalls auf Umfragen. Dabei handle es sich um Umfragen, die von den Medien selbst geordert werden, um sich einen „sportiven“ Aufmacher garantieren zu können.³³⁴

Wenn der Umfragetrend droht, in den Keller zu fallen, werden Wahlkampfstrategien zum Aufleben gebracht und Umfragen in der Bevölkerung genau beobachtet, um den Wünschen entsprechen zu können. Doch Walter Hämmerle stellt fest: „*Je mehr Politiker sich bemühen, den Bürgern – dank Demoskopie und Bauchgefühl – noch den letzten Wunsch von den Augen abzulesen und sodann zum Programm zu erheben, desto tiefer scheinen sie im Ansehen beim Wahlvolk zu sinken.*“³³⁵

Abschließend ist zu sagen: Meinungsumfragen sollten nicht zu Gradmessern für die Politik werden. Doch die politischen Vertreter befinden sich hier laut Sarcinelli in einer Zwickmühle: Es gehöre zu den Ritualen der Politikrhetorik, gegen stimmungsdemokratische Beeinflussungen resistent zu sein. Würde man politisches Handeln vollständig danach gestalten, würde das eine Resignation im Zusammenhang mit der eigenen politischen Handlungskompetenz bedeuten. Andererseits würden sich die Akteure laut Sarcinelli „*mit dem völligen Ignorieren der Ausschläge des Stimmungsbarometers*“ ins politische Abseits stellen.³³⁶

Auf den Punkt gebracht hat die Problematik Winand Gellner: „*Menschen, die dauernd ihren Puls messen, dürften ihn damit letztlich nur beschleunigen, und diejenigen, die dauernd ans Atemholen denken, neigen vermutlich zur Hyperventilation. Gesellschaften, die Meinungsumfragen als tägliches Stimmungsbarometer nutzen, steigern damit wohl letztlich vor allem ihre Kollapsneigung.*“³³⁷

³³³ Habermas, Jürgen (2011). Europapolitik – Merkels von Demoskopie geleiteter Opportunismus. Süddeutsche Zeitung Online, <http://www.sueddeutsche.de/politik/europapolitik-merkels-von-demoskopie-geleiteter-opportunismus-1.1082536> (zuletzt abgerufen am 28. Juli 2011)

³³⁴ Vgl. Rosenberger/Seeber, 2003, S. 7

³³⁵ Hämmerle, Walter (2010). Leitartikel: Eine Frage des Respekts. Wiener Zeitung. <http://www.wienerzeitung.at/default.aspx?TabID=5080&Alias=wzo&cob=475080> (zuletzt abgerufen am 28. März 2011)

³³⁶ Sarcinelli, 2011, S. 7

³³⁷ Gellner, Winand (1996). Demoskopie, Politik, Medien. In: Jarren, Otfried/Schatz, Heribert, Weßler/Hartmut (Hg.) (1996). Medien und politischer Prozeß. Opladen. S. 183

2.3.9 Zwischenfazit: Politiker und Parteien

Im Zusammenhang mit der Krise der politischen Repräsentation stellt der Politikwissenschaftler Franz Walter fest: Die Parteien sind „entkernt, ermattet, ziellos“, weshalb sich die Politik schließlich um die Politik gebracht hätte. Gerade die Entpolitisierung der Politik habe zur Verachtung und Vereinsamung der Parteien beigetragen. „An die Stelle der Programme haben die Parteien Gags gesetzt, statt stabiler Identitäten haben sie kurzlebige Images gewählt, statt Orientierung versuchen sie es mit Marketing, statt selbstbewusst zu führen, lassen sie sich von Spindoktoren inszenieren.“³³⁸ Einen Grund dafür liefere der Glaube der Politiker, dass es die Gesetze der Medien eben so verlangten.

An dieser Stelle wirft Franz Walter ein, dass die Mediengesellschaft allerdings nur vor jenen Politikern Respekt hätte, „die am Kern des Politischen selbstbewusst und kantig festhalten, die um die Gunst der Journalisten nicht buhlen, die eben nicht um alles in der Welt gefallen wollen.“³³⁹ Deshalb resümiert Walter sehr pointiert: „Politiker dürfen nicht gefallen wollen. Und wahrscheinlich erwartet selbst das Telepublikum, auch wenn es passiv bleibt, von Politik nicht Spaß und Event, sondern Verantwortung, Sinn und Ernsthaftigkeit.“³⁴⁰

Die Erscheinung des Politainment und das verstärkte Auftreten von neuen Akteuren am politischen Feld wurde zum einen von einer Angst vor politischen Legitimationsverlusten und zum anderen von der medialen Entwicklung vorangetrieben, weshalb das nächste Kapitel den Verfasstheiten, Krisen und Veränderungen der Medien gewidmet ist.

Der Vorwurf von Crouch lautet, dass sich die mediale Berichterstattung bereits derartig verändert habe, dass sie für den demokratischen Diskurs nicht mehr förderlich sei.³⁴¹ Dazu gesellt sich das Problem, dass sich die Sprache und das Verhalten der Politiker an die Eigenheiten der Medien und an die neue vereinfachte und sensationsfokussierte Art der Kommunikation angepasst hat, um am Ball bleiben zu können. Diese Entwicklungen, die sich auch auf die politische Kompetenz der Bürger auswirken, werden nun in den nächsten Kapiteln besprochen.

³³⁸ Walter, Franz (2001). Die deutschen Parteien: Entkernt, ermattet, ziellos. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 10/2001. S. 6

³³⁹ ebd.

³⁴⁰ ebd.

³⁴¹ Vgl. Crouch, 2008, S. 36f

2.4 MEDIEN

Der Journalist Armin Wolf geht in dem Text *„Post-Demokratie: Eine (Ent-)Warnung“* der Frage nach, ob die Medien im von Crouch proklamierten postdemokratischen Zustand noch ein anschlussfähiges Bild der politischen Verhältnisse aufzeigen, die den Bürger schließlich dazu ermächtigen sollen qualifiziert am politischen Leben zu partizipieren.

Das Lamento über den fraglichen Zustand der gegenwärtigen politischen Kommunikation sei nicht ganz falsch, zumal laut Armin Wolf eine Reihe von Defiziten im Zusammenhang mit dem medialen System zu beobachten sei, die sich vor allem in einer Verflachung politischer Berichterstattung in kommerzialisierten Medien bemerkbar machen.³⁴²

1. *„Moderne Politik ist außerordentlich komplex.“*

Die Berufspolitiker seien überfordert, während sich die Politik zu einem Spezialistenberuf entwickelt habe, der Unkundigen schwer zu vermitteln sei. Die politische Logik sei in diesem Zusammenhang eine grundlegend andere als jene der Medien.

2. *„Die Ebene, auf der politische Entscheidungen getroffen werden und jene, auf der darüber informiert wird, fallen auseinander.“*

Politikverhandlungen auf supra- und internationalen Ebenen seien schwer vermittelbar, zumal Medien meist auf nationaler und regionaler Basis berichteten.

3. *„Die gnadenlose Kommerzialisierung des Mediensystems.“*

Die Medien seien größtenteils in der Hand von profitorientierten Systemen und demnach in eine Wettbewerbssituation zwischen anderen Medien und eine Konkurrenzsituation um die Gunst des Publikums eingebunden.

4. *„Dieser Wettbewerb um Aufmerksamkeit hat die mediale Politikdarstellung grundlegend verändert.“*

Eine Folge daraus seien Personalisierung und Enternainisierung von Politik, welche die Komplexität reduzierten.

5. *„Diese Medienlogik hat auch weitreichende Konsequenzen für das politische System.“*

Das politische System passe sich verstärkt an die Produktionslogik des medialen Systems an; daraus folge eine strategische Inszenierung mit professionellen Berater-

³⁴² Vgl. Wolf, Armin (2007). *Post-Demokratie: Eine (Ent-)Warnung*. Opening Statement – Obergurgl Governance Symposium, 18th-20th Oct. 2007. S. 5ff, www.uibk.ac.at/wuv/programm/ws0708/wolf_statement.pdf (zuletzt abgerufen am 18. August 2011)

stäben. Ein Gefühl mangelnder Verantwortung gegenüber den Bürgern verbreite sich in Zeiten, in denen sich Politiker nur noch an Meinungsumfragen orientierten.

6. *„Das politische Personal leidet an einer fundamentalen Vertrauenskrise.“*

Die gesunde mediale Skepsis schlage aus Gründen von überinszenierter Politik in Zynismus um und Journalisten stellten alles in Frage, was schließlich eine Vertrauenskrise auf die Bevölkerung projiziere. Durch die damit einhergehende schwindende Legitimationsbasis werde die Demokratie in Gefahr gebracht.

7. *„Die zunehmende Fragmentierung der öffentlichen Arena in eine Multikanalöffentlichkeit bedroht die res publica.“*

Das Internet eröffne zwar einen Weg zur Interaktion, dennoch finde politische Partizipation in den Foren des Internet, auf Facebook, Twitter und YouTube nur begrenzt statt.

Es habe nach Armin Wolf noch nie eine derartig hohe Verfügbarkeitsdichte an Informationen für politisch interessierte und engagierte Bürger gegeben.³⁴³ Wirft man einen Blick auf die unüberschaubare Auswahl an Zeitungen, Zeitschriften, Fernseh- und Radiosendungen sowie Informationen aus dem Internet, sieht man Wolfs Aussage schnell bestätigt.

Gerade hierin liegt allerdings der Hund begraben: Wer behält im Informationsdschungel noch den Überblick? Und kann man von mehr Informationsangebot gleich auf eine bessere Informiertheit schließen? Wer konsumiert noch gehaltvolle Medien? Wer versteht die Inhalte und hat daran noch Interesse? Erfüllen die Medien ihren Bildungsauftrag? Können die Medien ihrer originären Aufgabe noch nachgehen? Mit welchen Krisen und Einflüssen haben die klassischen Medien zu kämpfen? Welche Rolle spielt das Internet?

In diesem Zusammenhang ist auch zu fragen, ob die Logik der Medien die Handlungslogiken der Politik durch den Drang nach Medienpräsenz beeinflusst und ob die Politik durch die vermeintliche Abhängigkeit von den Medien an Autorität und Autonomie eingebüßt hat. Diesen Fragen und noch weiteren wird in den nächsten Kapiteln ausführlich nachgegangen.

³⁴³ Vgl. Wolf, Armin (2007). Post-Demokratie: Eine (Ent-)Warnung. Opening Statement – Obergurgl Governance Symposium, 18th-20th Oct. 2007. S. 11, www.uibk.ac.at/wuv/programm/ws0708/wolf_statement.pdf (zuletzt abgerufen am 18. August 2011)

2.4.1 Aufgabe der Medien

Ohne Öffentlichkeit gibt es keine Demokratie. Bereits im antiken Athen stellte die Agora einen wichtigen Ort für Diskussion über Pro und Contra von Entscheidungen dar und fungierte als Ort der Meinungsbildung, bevor endgültige Entscheidungen gefällt wurden. Später übernahmen Parlamente, Fraktionen, Ausschüsse und Parteien die Aufgabe der Meinungsbildung, doch mit dem Aufkommen der Massenmedien wurde dieser Öffentlichkeitsauftrag auf die Medien verlagert. Aus diesem Grund findet Öffentlichkeit gegenwärtig nahezu ausschließlich über die mediale Öffentlichkeit statt.

*„Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien.“*³⁴⁴, stellt Niklas Luhmann fest. Massenmedien bestimmen den Zeitgeist und begleiten uns von früh bis spät, während sie uns informierend und unterhaltend zur Seite stehen. Der GfK-Forscher Rudolf Brettschneider beschreibt die Beziehung zu den Medien wie folgt: *„Medien sind längst nicht nur Instrumente, die etwas - einen Inhalt - transportieren, sondern eine eigene soziale Welt, Teil unserer natürlich künstlichen Umwelt. Freunde, Feinde, Begleiter, bewunderte Maschinen, die wir wie menschliche Wesen besprechen, die wir mit Kosenamen belegen, über die wir uns ärgern, zu denen wir höflich sind.“*³⁴⁵

Die Aufgabe der Medien ist unbestritten: Sie sollen uns nicht nur vergnügen, sondern auch objektiv, umfassend, transparent und sachlich informieren. Allein die Etymologie des Begriffs deutet darauf hin, dass ihre Aufgabe in der Vermittlung (lat. Medius – in der Mitte stehend, vermittelnd) zwischen zwei verschiedenen Welten zu verorten ist. Neben dem Anspruch der Informationsvermittlung steht aber auch die Anforderung als kritische Filter- und Kontrollinstanz sowie als Anwalt und Sprachrohr des Bürgers zu fungieren und nebenbei eine Rolle als Vermittler zwischen Politik und Gesellschaft im Sinne eines ‚Dolmetschers‘ oder Mediators einzunehmen.

Ulrich Sarcinelli stellt ähnliche Ansprüche an die Medien: *„Über die Bereitstellung von Informationen hinaus sollen Massenmedien die Voraussetzungen für einen reflexiven Prozess wohlinformierter Meinungsbildung schaffen, die zugleich als Filter wirkt und die öffentliche Sphäre gegen Marktimperative und gegen Exklusivitätsansprüche für politische Diskurse of-*

³⁴⁴ Luhmann, Niklas (1996). Die Realität der Massenmedien. Opladen. S. 9

³⁴⁵ Brettschneider, Rudolf (2003). Mediennutzung in Österreich – Status Quo und Perspektiven. Bundeskanzleramt/RTR: Medien in der Informationsgesellschaft. 28.04.2003, Wien.
www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=6369 (zuletzt abgerufen am 11. Juni 2011)

fen hält.“³⁴⁶ Der Frage, wie Massenmedien Einfluss auf die Konstruktion der Wirklichkeit nehmen, soll in diesem Kapitel nachgegangen werden.

Medien bieten im Grunde genommen einen gefilterten Blick auf die Realität, oder wie Luhmann es beschreibt: „*Die Realität der Massenmedien, das ist die Realität der Beobachtung zweiter Ordnung.*“³⁴⁷ Maßgeblich für die Demokratie ist, dass es eine Vielfalt an Medien gibt, die der Bevölkerung eine mannigfaltige und pluralistische Meinungspalette zur Verfügung stellen kann, sodass weder Monopole, noch Vereinigungen entstehen können. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die Kritisierbarkeit und die Auseinandersetzung mit der Medienlandschaft.

In diesem Sinne hängt die Legitimität der Demokratie essentiell von der Leistungsfähigkeit des vorherrschenden Mediensystems ab, das sich nach Ansicht von Sarcinelli im Moment in einer nicht gekannten Weise verändert.³⁴⁸ Dahrendorf geht in diesem Zusammenhang davon aus, dass der enorme Wettbewerbsdruck die Verpflichtung zu objektiver und pluralistischer Informationsweitergabe einschränkt, was sich in vermehrtem Sensationsjournalismus äußere. Dass sich gewisse Zeitungen, beispielsweise die Kronen Zeitung oder die Sun, als eigene ‚Partei‘ und maßgebliche Meinungsmacher begreifen könnten, sei nach Dahrendorf aufgrund einer tiefgreifenden Verwirrung im demokratischen Prozess in keiner Weise vertretbar.³⁴⁹ Wenn die Informationen schon nicht neutral geschildert würden, so Dahrendorf, müssten sie immerhin pluralistisch und mit einem breiten Meinungsspektrum dargestellt werden.³⁵⁰

³⁴⁶ Sarcinelli, 2011, S. 6

³⁴⁷ Luhmann, Niklas (1996). Die Realität der Massenmedien. Opladen. S. 153

³⁴⁸ Vgl. Sarcinelli, 2011, S. 39

³⁴⁹ Vgl. Dahrendorf, 2002, S. 83

³⁵⁰ Vgl. Dahrendorf, 2002, S. 82

Die Annahmen zum politischen Medieneinfluss wurden von Winfried Schulz sehr übersichtlich dargestellt:

Grafik I: Politischer Medieneinfluss

	Einfluss auf den Bürger (Mikro-Perspektive)	Einfluss auf politische Organisationen und Systeme (Meso-, Makro-Perspektive)
optimistische Annahmen	• politisches Lernen anhand aktueller politischer Information • politische Meinungsbildung anhand von Argumenten im Mediendiskurs • politische Sozialisation durch Vermittlung politischer Werte und Verhaltensmodelle • politische Aktivierung, Förderung der politischen Beteiligung • politische Befähigung (<i>empowering</i>) unterprivilegierter Bürger (z. B. Frauen, Minderheiten)	• Erweiterung der Kanäle und Formate für politische Kommunikation • Konstitution einer politischen Öffentlichkeit und einer öffentlichen Meinung • Medien als <i>Intermediäre</i> im politischen System, „Politikvermittlung“ durch Massenkommunikation • Selektion und Definition politisch relevanter Probleme (Agenda-Setting) • Kontrolle politischer Macht, Verhinderung von Machtmissbrauch
pessimistische Annahmen	• Rückgang des politischen Interesses und politischer Informiertheit, Zunahme politischer Apathie • Entideologisierung und Personalisierung des Wählerverhaltens • Schwund des Vertrauens in politische Institutionen • Kultivierung von politischer Entfremdung und <i>Malaise</i>, Politikverdrossenheit • <i>Mainstreaming</i> politischer Überzeugungen, Unterstützung des <i>Status quo</i>	• Entertainisierung und Trivialisierung politischer Kommunikation • Entsachlichung und Personalisierung von Wahlkampagnen • Fragmentierung der politischen Öffentlichkeit • Anpassung politischer Organisationen an Medienlogiken, <i>Medialisierung</i> der Politik • Autonomieverlust und <i>Entauthentisierung</i> der Politik • Wachsende Wissenskluft in der Gesellschaft

Quelle: Schulz, Winfried (2009). Politischer Medieneinfluss. Metamorphosen des Wirkungsbegriffs. In: Marcinkowski, Frank/Pfetsch, Barbara (Hg.) (2009). Politik in der Mediendemokratie. Politische Vierteljahresschrift – Sonderheft 42/2009. Wiesbaden. S. 105

2.4.2 Medien in der Krise

oder „Der Bedeutungsverlust der Nachrichtenfabrik“

Seit geraumer Zeit finden sich die klassischen Massenmedien in einem Krisenszenario wieder. Als Auslöser der medialen Krise – vor allem der Zeitungen, aber auch der TV-Sender – werden immer wieder der Rückgang des Anzeigenmarktes und die sinkenden Werbeeinnahmen hervorgehoben.

Außerdem stellte Michael Hanfeld in der FAZ fest: „Die Zeiten, in denen man die ‚Tagesthemen‘ gesehen haben muss, sind lange vorbei.“³⁵¹ Ein Urteil, hinter dem sich für Matthias Krupa von *Die Zeit* eine weiter reichende Diskussion verbirgt: „Denn der politische Journalismus insgesamt ist unter Druck geraten.“³⁵² Krupas Ansicht nach sei die Öffentlichkeit zerstreuter geworden, die Zuschauer übten sich in Ungeduld und die Politik verstecke ihre Substanz hinter immer gewaltigeren Inszenierungen.³⁵³ – Effekte, die unter anderem durch die verstärkte Nutzung des Internets und die Technologisierung weiter ausgedehnt wurden. Als die Süddeutsche Zeitung Anfang des neuen Jahrtausends durch die Anzeigenkrise zu drastischen Einsparungsmaßnahmen und Veränderungen gezwungen war, titelte *Die Zeit* besorgniserregend: „Kommt die vierte Gewalt unter den Hammer?“³⁵⁴

In den USA verschwanden in dieser Zeit einige Regionalzeitungen vom Erdboden und auch große Zeitungen, wie die *New York Times* hatten mit geringeren Anzeigeneinnahmen und sinkenden Werbeeinnahmen zu kämpfen. „Goodbye to Newspapers?“, hat sich anlässlich der vermehrten Literatur zu den Problemen der Medien der Journalist Russel Baker in der „*New York Review of Books*“ gefragt und meinte: „The American press has the blues.“³⁵⁵ Weiter beschreibt er: „Its advertising and circulation are being drained away by the Internet, and its owners seem stricken by a failure of the entrepreneurial imagination needed to prosper in the electronic age.“³⁵⁶ Beachte man laut Baker die Statistiken, die besagen, dass junge Leute ihre Informationen immer mehr über das Fernsehen und das Internet beziehen, bekomme man das

³⁵¹ Hanfeld, Michael (2007). Wer sieht noch die „Tagesthemen“? In: FAZ, 18.12.2007, Nr. 294, S. 38

³⁵² Krupa, Matthias (2008). Verschnupft in der Nachrichtenfabrik. In: *Die Zeit* Online
<http://www.zeit.de/2008/05/Tagesthemen> (zuletzt abgerufen am 18. August 2011)

³⁵³ ebd.

³⁵⁴ Hamann, Götz (2007). Kommt die Vierte Gewalt unter den Hammer? In: *Die Zeit* Nr.17, 19.4.2007, S. 29

³⁵⁵ Baker, Russell (2007). Goodbye to Newspapers?

<http://www.nybooks.com/articles/archives/2007/aug/16/goodbye-to-newspapers/?pagination=false&printpage=true> (zuletzt abgerufen am 23. August 2011)

³⁵⁶ ebd.

melancholische Gefühl, die Presse sei ein „*yesteryear's thing*“, das Baker mit einer pferdebespannten Kutsche auf einer achtspurigen Autobahn vergleicht.³⁵⁷

Ein großes Fragezeichen steht über der Zukunft der Print-Medien: „*Argwöhnische Beobachtung ist geboten*“, schrieb Habermas in der Süddeutschen Zeitung, „*weil sich keine Demokratie ein Marktversagen auf diesem Sektor leisten kann.*“³⁵⁸ Mit „*diesem Sektor*“ meinte Habermas die Medien, die so genannte ‚vierte Gewalt‘.

Neben der Demokratie, der Ökonomie und der Politik haben mittlerweile auch die Medien weltweit mit einer strukturellen und wirtschaftlichen Krise zu kämpfen.

Im medialen Feld konnte man Umbrüche auf drei Ebenen beobachten, die sich als immense Stressfaktoren erwiesen:

1. **Strukturkrise:** Durch die digitale Konkurrenz wurde die Frage immer lauter, ob Printmedien nicht zunehmend vom Aussterben bedroht seien. Weiters machen oberflächliche Gratis-Blätter den Qualitätszeitungen das Leben schwer.
2. Die **Sinnkrise** wurde aufgrund einer Verunsicherung durch das Internet und das Privatfernsehen sowie dem damit einhergehenden veränderten Medienkonsumverhalten von Lesern, Hörern und Zusehern ausgelöst. Jene Sinnkrise kommt auch von innen und durch das eigene Agieren zustande, nachdem Medien nicht mehr mit voller Kraft ihrer Orientierungs- und Meinungsbildungsfunktion nachkommen können. „*Die Dynamik im Mediensystem (...) zeigt sich vor allem in der weitgehenden Liberalisierung und fortschreitenden Kommerzialisierung des Medienmarktes.*“³⁵⁹, stellt Sarcinelli in diesem Zusammenhang fest. Durch die hohe Zuwachsraten von Medienanbietern und die damit einhergehende Unübersichtlichkeit in der Medienlandschaft steigt der Aktualitäts-, Konkurrenz- und Wettbewerbsdruck. Medien müssen sich immer intensiver am Muster kommerzieller Produkte orientieren, um die beschränkte Aufmerksamkeit des Medienkonsumenten auf sich zu richten und der Konkurrenz das Publikum abzujagen.
3. Die **Konjunkturkrise** kam dadurch zustande, dass Medieneigentümer, Investoren und profitträchtige Unternehmen die Medien aufgrund der allgemein schlechten Wirtschaftslage unter Druck setzen. Die auch im Mediensektor vertretene wirtschaftliche Lobby hatte keine Perspektiven, zumal auch ein Rückgang von Abonnements durch die Finanzkrise zu

³⁵⁷ ebd.

³⁵⁸ Habermas, Jürgen (2007). „Keine Demokratie kann sich das leisten“ In: Süddeutsche Zeitung Online <http://www.sueddeutsche.de/kultur/juergen-habermas-keine-demokratie-kann-sich-das-leisten-1.892340> (zuletzt abgerufen am 20. Juli 2011)

³⁵⁹ Sarcinelli, 2011, S. 8

verzeichnen war. Hinzu käme laut Sarcinelli der ökonomische Druck durch den verschärften Wettbewerb im Anzeigengeschäft: „*Die Verlage sehen sich zu kostensenkenden Maßnahmen, zum Outsourcen von journalistischen Dienstleistungen und zu redaktionellem Experimentieren und Umstrukturieren veranlasst.*“³⁶⁰

Diese Krisen vollzogen sich medienübergreifend: Bei höheren Anforderungen, wie etwa der, eine komplexe Berichterstattung im Wettbewerb mit dem Internet möglichst lückenlos und in Echtzeit abzuliefern, wurden gleichzeitig Mitarbeiter abgebaut, Redaktionen verkleinert und Geldmittel gekürzt. „*Egal, ob Fernsehen, Radio, Print- oder Online-Medien: Das Tempo hat sich um ein Vielfaches beschleunigt, der wirtschaftliche Druck um ein Vielfaches erhöht. Im Kampf um Auflagen und Quoten kommt es naturgemäß darauf an, schneller als andere an wichtige Informationen heran zu kommen und diese möglichst rasch und spektakulär zu präsentieren.*“³⁶¹, stellt Stephan Weil fest.

Diese Konstellation verbessert die Informationen im Allgemeinen nicht und überfordert die Medien in hohem Maße. Auch Bourdieu erkennt, dass in Zeiten, in denen Arbeitsplätze knapp sind, die Unsicherheit die schlimmste Zensur ist. Selbst wenn die Journalisten ausreichend Mut und Energie hätten, um die „*etablierte Ordnung umzustürzen*“, könnten sie ihren Intentionen nicht folgen, wenn sie auf dem „*Schleudersitz*“ saßen.³⁶² Zu diesem vielschichtigen Problem gesellen sich auch noch unqualifizierte und schlampig arbeitende Journalisten, unter denen es schon einmal vorkommen kann, dass der eine vom anderen abschreibt.

Der medialen Rolle als Wächter kann angesichts dieser Umstände nicht mehr mit voller Kraft nachgegangen werden. Die Werbeindustrie und das Privatfernsehen verhalfen währenddessen dem Geschäft mit der Überredungskunst zu einem steilen Aufstieg.

Kommerzialisierung, Vereinfachung, Flüchtigkeitsfehler, Qualitätsverlust, Sensationalismus, Boulevardisierung, Falschmeldungen und ungenaue Rechercheergebnisse sind oft die Folge. Auch ein Verlust an seriöser Berichterstattung wird in diesem Zusammenhang beklagt, zumal sich das allgemeine Niveau an den kommerzialisierten Nachrichtenformaten orientiert. Das Internet macht den Anspruch der Aktualität noch gewichtiger, da klassische Medien mit der Aktualität mithalten wollen, um dem Publikum zu entsprechen. Sinnlose Diskussionen über kleine Zänkereien verursachen einen Orientierungsverlust und verhindern echte Kontroversen in dieser Medienlandschaft, was sich zulasten der Demokratiequalität auswirkt.

³⁶⁰ Sarcinelli, 2011, S. 14

³⁶¹ Weil, Stephan (2008). Zur Krise der politischen Repräsentation. In: Horster, Detlef (Hg.) (2008). Die Krise der politischen Repräsentation. Weilerswist. S. 42

³⁶² Vgl. Bourdieu, 2001, S. 63

Klagen werden auch aus den Reihen der Medienschaffenden laut: Der Zeit- und Spardruck belastet die Medien und verhindert genaue Recherchetätigkeiten, die eine Neigung zu unkritischer Kolportierung von Meldungen und Verzerrungen in der Berichterstattung heraufbeschwört. Der Griff zu unorthodoxen Recherchemethoden liegt nahe, zumal ‚heiße Stories‘ immer schneller an die Öffentlichkeit gelangen müssen, um die Leser nicht zu verlieren.

Auch den Nachrichtenagenturen, wie APA oder DPA, machen Informationsüberflutungen aufgrund der Tatsache, dass jede kleinste Information zu jeder Zeit und an jedem Ort aufgetrieben werden kann, zu schaffen.

Bis spät in die 1990er Jahre gab es keinen Weg an klassischen Medien vorbei, um über das aktuelle Zeitgeschehen am Laufenden sein zu können. Durch die Digitalisierung mussten jedoch alle etablierten Medien mit ihren eigenen Online-Auftritten nachziehen. Dabei wurden taktische Fehler gemacht: Nachdem sich die traditionellen Zeitungen nicht mehr als tragfähig erwiesen, wurden Investitionen im Online-Bereich getätigt und die Internetpräsenz wurde ausgebaut. Mit großem Erfolg und hohem Personaleinsatz, jedoch ohne damit Geld verdienen zu können.

2.4.3 Medien im Wandel: von der parlamentarisch-repräsentativen zur medial-repräsentativen Demokratie

oder „Vom Sunset Boulevard“

Waren frühere Medien noch darauf bedacht, in der Politik als Sprachrohr der Gesellschaft mitreden zu können, ist heute deutlich eine Verschiebung von Information zu Infotainment, also zu mehr Unterhaltung erkennbar. Auch der politische Journalismus musste sich den Unterhaltungsansprüchen fügen.

„Weit davon entfernt, politischen Einfluß auf das Programm auszuüben, gab der Staat Rahmenbedingungen vor, um die Sender vor dem unmittelbaren Druck des Marktes zu schützen und um sicherzustellen, daß sie sich anderen Zielen widmeten als dem, kurzfristige Aufmerksamkeit zu erzeugen.“³⁶³, schreibt Crouch in diesem Zusammenhang.

Heute konzentrierte sich die mediale Macht auf wenige Menschen mit einer bestimmten Neigung zu politischen Ansichten. *„[Die] Führer aller Parteien sind sich dieser Macht bewußt und haben diese Tatsache im Hinterkopf, wenn sie politische Programme formulieren.“³⁶⁴*

³⁶³ Crouch, 2008, S. 66

³⁶⁴ Crouch, 2008, S. 68

Der mediale Wandel brachte zunächst eine Verlagerung der Konzentration von Printmedien auf das Fernsehen und schließlich auf das Internet und multimediale Angebote. Damit geht eine Verknappung der Aufmerksamkeitsressourcen einher, weshalb Medien auch immer stärker um Aufmerksamkeit kämpfen müssen. Durch die Veränderungen in den Medien hat sich auch das Verhältnis zur Politik geändert. Die Präsentationslogik der Politik hat sich an die mediale Selektionslogik angepasst, was sich in der Professionalisierung der Politikvermittlung durch Spindoktoren, PR-Profis und Image-Berater ausdrückt.

Die Partnerschaft zwischen Politik und Medien hat sich entkoppelt, woraus sich eine neue Dynamik gebildet hat. Politiker, wie Journalisten müssen um ihre Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit kämpfen und vernachlässigen dabei ihre originären Aufgaben. Der strukturelle Druck durch die digitale Konkurrenz verändert die Rezeption von Politik in der Mediengesellschaft, was sich wiederum negativ auf die Demokratie auswirkt.

Eine inhaltliche Leere habe sich ausgebreitet, so der Meinungsforscher Klaus-Peter Schöppner, der eine zunehmende Boulevardisierung des Wahlkampfs beklagt, in der Inhalte nicht mehr gefragt seien: „*Wer Skandale bietet, braucht keine Argumente.*“³⁶⁵ Doch anstatt sich auf Boulevardisierung zu konzentrieren, sollte der sorgfältig kommentierende und analysierende Journalismus wieder aufgewertet werden.

2.4.4 Medien und Politik: Wechselspiel aus Nähe und Distanz

oder „Catch me if you can!“

Bourdieu stellt fest: „*Eine der wichtigsten Veränderungen der Politik in den letzten zwanzig Jahren ist darauf zurückzuführen, daß Akteure, die sich als Zuschauer des politischen Felds betrachten oder als solche betrachtet werden konnten, zu Akteuren im eigentlichen Sinn geworden sind.*“³⁶⁶ Damit meint Bourdieu Journalisten und Meinungsforscher. „*Man erkennt die Präsenz oder Existenz eines Akteurs in einem Feld daran, daß dieser den Zustand des Felds verändert [...].*“³⁶⁷

Die Politik ist existenziell auf Massenmedien angewiesen. Medien sind in der politischen Legitimation unverzichtbar und in Verbindung mit dem politischen System stellt Kommunikation eine Komponente des Politischen selbst dar. Politik kann also ohne Kommunikation nicht

³⁶⁵ Jansen, Kerstin (2005). Bauchgefühl und Zufall entscheiden die Wahlen. In: Der Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,370344,00.html> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)

³⁶⁶ Bourdieu, 2001, S. 49

³⁶⁷ Bourdieu, 2001, S. 50

sein. Auf den Punkt gebracht hat das Hannah Arendt, die davon ausgeht, dass „*das Reden in diesem Sinne eine Art Handlung ist*“³⁶⁸.

Sartori versteht unter Demokratie sogar eine „*Regierung durch Diskussion*“³⁶⁹ und schließt sich damit der Meinung vieler Wissenschaftler an, die gerade in der Kommunikation und Diskussion das fundamentale Prinzip der demokratischen Herrschaftsordnung erkennen. Schließlich sei es ein konstitutives Element der Demokratie, „*dass Politik im Raum der Öffentlichkeit statt findet*“³⁷⁰, schreibt Joachim Detjen. Nur im öffentlichen Raum, in der Massenkommunikationsmittel für die Verbreitung von Programmen, Absichten, Forderungen und Zielen sorgen, könne der demokratischen Kontrolle nachgegangen werden. Detjens Ansicht nach müssten alle, die am politischen Prozess beteiligt sind, sowohl miteinander als auch untereinander in Kontakt treten.³⁷¹ Der Grundsatz der „*Legitimation durch Kommunikation*“ gelte auch nach Ulrich Sarcinelli „*für alle relevanten gesellschaftlichen Akteure*.“³⁷²

Die Politik könnte demnach ohne Kommunikation und somit ohne ihre Vermittler nie bestehen – und dennoch besteht zwischen Politik und Medien neben dem Abhängigkeitsverhältnis auch ein massives Konkurrenzverhältnis. In diesem Zusammenhang bestätigt Sarcinelli, dass das Schicksal der Politik mit der Entwicklung der Medien immerzu miteinander verwoben war – „*im Guten wie im Schlechten*“.³⁷³ Zahlreiche Autoren haben sich mit dem Verhältnis von Politik und Medien auseinandergesetzt. Thomas Meyer spricht von der *Mediokratie*, Andreas Dörner von *Politainment* und Murray Edelman beschäftigte sich mit „*Politik als Ritual*“ und der damit einhergehenden „*groben Verzerrung der Wirklichkeit*“³⁷⁴. Auch Ulrich Sarcinelli beobachtete immer mehr ‚*Symbolische Politik*‘ und beklagt eine „*Verunklarung von Berufsrollen politischer Kommunikatoren*“, die sich in der „*Wirklichkeit der Produktionsbedingungen, Arbeitspraktiken und Selbsteinschätzungen im Politikvermittlungsgeschäft*“³⁷⁵ zeige.

Die hier genannten Wissenschaftler beschreiben alle mehr oder weniger negativ konnotiert den zunehmenden Einfluss der Medien und die Ausbreitung von Inszenierungstechniken auf der politischen Showbühne, von denen tagaus – tagein erneut zahlreiche Beispiele geliefert werden. Den Medien wird in diesem Zusammenhang eine krisenverstärkende Rolle zugeteilt

³⁶⁸ Arendt, Hannah (1993). Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlaß. München. S. 48

³⁶⁹ Sartori, Giovanni (1992). Demokratietheorie. Darmstadt. S. 3

³⁷⁰ Detjen, Joachim (2002). Pluralismus. In: Jarren, Gottfried (Hg.) (2002). Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft: ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen/Wiesbaden. S. 276

³⁷¹ Vgl. Detjen, 2002, S. 276

³⁷² Sarcinelli, Ulrich (2003). Demokratie unter Kommunikationsstress? Das parlamentarische Regierungssystem in der Mediengesellschaft. In: APuZ B43/2003, S. 39f

³⁷³ Sarcinelli, 2011, S. 39

³⁷⁴ Edelman, 1990, S. 3f

³⁷⁵ Sarcinelli, 2011, S. 12f

und sie werden als Krisengewinner in Bezug auf ihren Einfluss auf Gesellschaft und Politik gesehen.³⁷⁶

Während Plasser einen Übergang von einer repräsentativen zu einer massenmedialen Darstellungspolitik erkennt³⁷⁷, hätte sich nach Meyer ein gravierender Rollentausch zwischen Politik und Medien vollzogen, der sich darin ausdrücke, dass die politischen Akteure das Mediensystem beobachteten, „um von ihm zu lernen, was sie und wie sie sich präsentieren müssen, um auf der Medienbühne einen sicheren Platz zu gewinnen.“³⁷⁸

Die eigentliche Aufgabe der Medien, nämlich die Politik kritisch zu beobachten und darüber zu informieren, damit sich die Bürger ein vernünftiges Bild über die Geschehnisse machen können, geht in dieser Dynamik weitgehend verloren. Wie wir im Kapitel Politainment gesehen haben, erlebt stattdessen die professionalisierte Kommunikationsbranche mit ihrer Bandbreite an verschiedenen Beratern, PR-Agenturen, Pressesprechern, Öffentlichkeitsarbeitern etc. eine Hochkonjunktur. Es deutet alles darauf hin, dass sich im Verhältnis vom Medien zum Politiksystem etwas verändert hat.

Medien bilden eine Kommunikationsbasis zwischen den politischen Akteuren untereinander sowie zwischen politischen Akteuren und der Gesellschaft und bilden insofern eine wichtige Voraussetzung für die Informations- und Kommunikationspraxis im politischen Prozess. Dieser mediale Einfluss wirkt sich jedoch auch auf die Struktur, Inhalte und Prozesse der politischen Öffentlichkeit aus. Schlagworte, wie Mediokratie, Mediendemokratie, Videocracy, Cyberdemokratie, Videomalaise, Politainment, Fernsehdemokratie, Infotainment, Telekratie, Umfragekratie, Teledemokratie oder Mediatisierung weisen klar und deutlich auf einen Strukturwandel innerhalb des Mediensystems hin.

Das Konzept der Mediatisierung bezeichnet nach Sarcinelli:³⁷⁹

- (1) die wachsende Verschmelzung von Medienwirklichkeit und politischer wie sozialer Wirklichkeit,*
- (2) die zunehmende Wahrnehmung von Politik im Wege medienvermittelter Erfahrungen sowie*
- (3) die Ausrichtung politischen Handelns und Verhaltens an die Gesetzmäßigkeiten des Mediensystems.*

³⁷⁶ Sarcinelli, 2011, S. 16

³⁷⁷ Vgl. Plasser, 2004, S. 21

³⁷⁸ Meyer, Thomas (2002). Mediokratie. Auf dem Weg in eine andere Demokratie? In: APuZ B 15-16/2002, S. 7

³⁷⁹ Sarcinelli, Ulrich (1998). Mediatisierung. In: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hg.) (1998). Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Opladen. S. 678f

Nicht nur Wissenschaftler, auch Journalisten bekräftigen einen Zuwachs an öffentlichkeitswirksamen, aber letztlich inhaltsleeren Darbietungen seitens der politischen Klasse. Beispielsweise schreibt der Journalist Jürgen Leinemann in diesem Zusammenhang von „*Staatschauspielern*“ und der Medienpräsenz als „*die wichtigste Legitimationsgrundlage für politische Entscheidungen*“³⁸⁰ während er davon ausgeht, dass das „*Wechselspiel zwischen Politik und Medien*“ sowohl „*den politischen Betrieb*“ als auch den „*Charakter unseres demokratischen Systems unrevidierbar verändert*“ habe.

Es sei nach Thomas Meyer schon lange keine Übertreibung mehr, wenn man davon ausgehe, dass die vorherrschenden Kommunikationsverhältnisse über das Schicksal der Demokratie und somit auch der Gesellschaft bestimmten. In diesem Zusammenhang hält Meyer fest, dass es „*Ohne ein Mindestmaß an Symmetrie in den Kommunikationsbeziehungen zwischen den politischen Spitzen und der Gesellschaft, ohne ein ausreichendes Maß an informativer und argumentativer Öffentlichkeit und ohne einen Grundzug von Verständigungsbemühen in der öffentlichen Kommunikationsatmosphäre einer Gesellschaft [...] keine Demokratie geben [kann], die ihren Namen verdient.*“³⁸¹

Der Medienexperte geht sogar so weit, dass er einen Wandel von der Parteiendemokratie hin zur Mediendemokratie diagnostiziert. Definieren lässt sich die Mediendemokratie als eine neue politische Grundkonstellation, die Veränderungen im Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess durch den Einfluss der Massenmedien hervorbringt.³⁸² Massenmedien nehmen dabei eine Rolle als „*Mittler und Katalysator*“ ein, die dafür sorgen, dass sich „*Neigungen und Vorlieben, Aufmerksamkeitsbereitschaft und Informationsneigung des breitest möglichen Massenfeldes der Gesellschaft zu einer Art Grundgesetz der gegebenen Kommunikationsweise*“³⁸³ formieren. Politik umgehe in einer Mediendemokratie das intermediäre System als „*populistische Methode*“ und als „*korporatistische Strategie*“³⁸⁴.

Kennzeichnend für die Mediendemokratie sei auch die „*taktische Kurzschließung zwischen den aktuellsten Meinungsumfragen und den mediatisierten Testkommunikationen der Spitzenakteure des politischen Systems.*“³⁸⁵ Das heißt, zu den Phänomenen der Mediendemokratie zählen im Grund genommen Personalisierung, Entertainisierung (Politainment) und Professionalisierung in der ‚politischen Werbung‘, die als Techniken der Informationsvermittlung

³⁸⁰ Leinemann, Jürgen (2004). Die Staatsschauspieler. In: Der Spiegel 39/2004, S. 142

³⁸¹ Meyer, 2001, S. 8f

³⁸² Vgl. Meyer, 2001, S. 10

³⁸³ Meyer, 2001, S. 11

³⁸⁴ Vgl. Meyer, 2001, S. 187

³⁸⁵ Meyer, Thomas (2009). Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung. Wiesbaden. S. 293

verstärkt Eingang in den politischen Prozess gefunden haben. Aufgrund des Dauerkampfes um die öffentliche Aufmerksamkeit haben sich Politiker in ihrer Darstellung professionalisiert. Die Platzierung von Themen erfolgt bewusst und selektiert, während alles auf den Wahlerfolg fixiert ist. Damit sei nach Sarcinelli häufig die Überzeugung verbunden, dass sich allein mit sachlich angelegten Politikkonzepten keine Zustimmung mehr organisieren ließe.³⁸⁶

2.4.5 Zwei verschiedene Zeitzonen?

oder „Der Wettlauf gegen die Zeit“

Der Begriff der Medialisierung beschreibt nach Carsten Reinemann einen „*Prozess sozialen Wandels, in dessen Verlauf sich der Einfluss ‚der Medien‘ auf Akteure, Institutionen, deren Handeln und Interaktionen vergrößert bzw. größer geworden ist als derjenige anderer, nicht medialer Akteure oder Institutionen.*“³⁸⁷ Man spreche in diesem Zusammenhang auch von einer „*Anpassung an die ‚Logik der Medien‘*“.³⁸⁸ Das Problem bei jeglicher Anpassung an die Logik der Medien liegt vor allem in der Beschleunigung, die zwar eine ungeheure Aktualität mit sich bringt, die sich aber vor allem zulasten der Reflexivität auswirkt.

„*Im Verlauf des 20. Jahrhunderts scheint sich der soziokulturelle Wandel – nicht zuletzt aufgrund des Bedeutungszuwachses massenmedialer Kommunikation – beschleunigt zu haben.*“³⁸⁹, stellen Jens Tenscher und Jörg-Uwe Nieland fest. In der wechselseitigen Abhängigkeit von Medien und Politik lässt sich folgendes Szenario beobachten: Die Politik ist im Kampf um die Aufmerksamkeit immer stärker auf die Medien fixiert. „*Die Regeln der medialen Politikdarstellung – unterhaltsam, dramatisierend, personalisiert und mit Drang zum Bild, allesamt der Darstellungskunst des Theaters entlehnt – greifen in zunehmendem Maße und mit beträchtlichen Folgen auf das politische Geschehen selbst über.*“³⁹⁰, so Meyer.

Währenddessen wird das ohnehin schon rasante Tempo in der beschleunigten Welt der Medien im Wettbewerb mit anderen Medien noch weiter angetrieben und zieht auch politische Prozesse mit in seinen Sog. Mobilität und Flexibilität werden auch von Politikern abverlangt, die allzu oft eine symbolische „*Placebo-Politik*“, also eine scheinbare „*Realisierung inhaltli-*

³⁸⁶ Sarcinelli, Ulrich (2011). Medien und Demokratie. In: Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung. S. 26 http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Medien_und_Demokratie.pdf (zuletzt abgerufen am 11. Juni 2011)

³⁸⁷ Reinemann, Carsten (2010). Medialisierung ohne Ende? Zum Stand der Debatte um Medieneinflüsse auf die Politik. In: ZfP 57. Jg. 3/2010. S. 280

³⁸⁸ ebd.

³⁸⁹ Tenscher, Jens/Nieland, Jörg-Uwe (2002). Wahlkämpfe im Showformat. In: Dörner, Andreas/Vogt, Ludgera (Hg.) (2002). Wahl-Kämpfe. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual. Frankfurt am Main. S. 142

³⁹⁰ Meyer, 2002, S. 7

cher Handlungsprogramme“³⁹¹ hervorbringt und fördert. Abgesehen vom Nachrichtendruck wächst auch der Zeitdruck, um an exklusive Informationen zu gelangen. Für die Kontrolle von eingelangten Nachrichten, die beispielsweise von Presseagenturen und Informanten stammen, bleibt oft keine Zeit mehr.

Der Journalist und Politologe Thomas Leif zeigt in seiner Dokumentation *„Strippenzieher und Hinterzimmer“*³⁹² die Hintergründe auf, wie Politik und Medien versuchen, ihren jeweils eigenen Absichten nachzukommen. Der gesellschaftliche und ökonomische Druck auf die Medien und der daraus resultierende mediale Druck auf die Politik mit der Forderung in viel kürzerer Zeit noch mehr Nachrichten zu generieren, wirken sich immens auf politische Aktivitäten und Themensetzungen aus. Politik-Zeit und Medien-Zeit gehen also diametral auseinander.

Im Wandel von der Parteiendemokratie in die Mediendemokratie erkennt Thomas Meyer eine gegenläufige Tendenz zwischen *„politischer Prozesszeit“* und *„medialer Produktionszeit“*, der sich vor allem aus den technischen Möglichkeiten und dem Vorrang extrem kurzer medialer Produktionszeit ergebe.³⁹³

Leggewie und Bieber erklären die Medienlogik so: *„Politik wird in der Regel personalisiert und emotionalisiert, kurzfristige Nachrichtenwerte, Krisen-Szenarien und eine Orientierung auf (mögliche) Skandale herrschen vor.“*³⁹⁴ Im Kampf um das öffentliche Ansehen hat sich der Rhythmus der politischen Arena nach der beschleunigten medialen Produktionszeit gerichtet, die wiederum durch den wirtschaftlichen Druck und den konkurrierenden E-Medien angekurbelt wurde. Konnten sich politische Prozesse in der Vergangenheit noch schrittweise und nach ihren eigenen Takten entwickeln, werden sie heute vor allem von den Massenmedien angetrieben. Die grundlegende Verschiedenheit der beiden Bereiche Politik und Medien wird so zu Ungunsten der Politik aufgeweicht. *„Ist Aktualität einer der wichtigsten Nachrichtenwerte, welche die Aufmerksamkeitszyklen der Medien bestimmen, so erschöpft sich Politik nicht in der Bewältigung tagesaktueller Herausforderungen und in der Legitimation des Augenblicks. Statt dessen bedarf es in der Verantwortung von Politik und einer Politik ‚über den Tag hinaus‘.“*³⁹⁵, fordert Sarcinelli.

³⁹¹ Vgl. Meyer, 2001, S. 31

³⁹² Leif, Thomas (2006). *Strippenzieher und Hinterzimmer. Meinungsmacher im Berliner Medienzirkus*. Betrifft. Dokumentation. Südwestrundfunk 2006.

³⁹³ Meyer, 2001, S. 63

³⁹⁴ Leggewie/Bieber, 2003, S. 129

³⁹⁵ Sarcinelli, 2011, S. 25

Die zunehmende Mediatisierung ist durch das Zusammenspiel einer gewissen Selektionslogik und einer politischen Präsentationslogik gekennzeichnet. Die Selektionslogik geht einer selektiven Thematisierung nach, bei der laut Luhmann die Information neu, skandalös und konfliktreich sein müsse. Aufmerksamkeitsfänger seien Quantitäten, der lokale Bezug einer Information, Außergewöhnliches und Normverstöße. Der Code der Moral, also der Unterschied von gutem und schlechtem bzw. bösem Handeln nehme in der Selektionslogik ebenso einen besonderen Stellenwert ein.³⁹⁶ Im Allgemeinen gilt: „*Unruhe wird gegenüber Ruhe aus Gründen des professionellen Könnens der Mediengestalter bevorzugt.*“³⁹⁷ Gerade in dieser Selektivität liegt laut Luhmann das Problem: „*Wahres interessiert die Massenmedien nur unter stark limitierenden Bedingungen, (...).*“³⁹⁸

Die Logik und das Tempo der Medien hat kein Erbarmen mit jener der Politik – wird sie doch selbst von den E-Medien unter Stress gesetzt. Durch die Anpassung an die Gesetzmäßigkeiten der Medienbetriebe gerät die Politik unter Druck. Durch die Inkompatibilität zwischen politischer und medialer Logik können allerdings die notwendig längerfristig angelegten und überdachten politischen Prozesszeiten nicht Schritt halten und verlieren sich in Oberflächlichkeiten und kurzfristigen Lösungsversuchen. Das Problem liegt vor allem in den verschiedenen systemabhängigen Arbeitsbedingungen. Hier stehen zeitintensive politische Verhandlungen und Überlegungen im Gegensatz zu beschleunigten Medienprozessen. Oder mit den Worten von Thomas Meyer ausgedrückt: „*Der kompromisslose Präsentismus der medialen Produktionszeit und die lange politische Prozesszeit vertragen einander nicht gut.*“³⁹⁹

Bei aller Kritik wehrt sich jedoch Arno Beyer, Stellvertretender Intendant und Direktor des Landesfunkhaus Niedersachsen gegen den Vorwurf der Vereinfachung, der vermeintlichen Ablenkung von wichtigen Inhalten und Geschehnissen sowie den scheinbaren Vorrang von Unterhaltungssendungen. Medien würden oft zum Sündenbock gemacht; ihnen werde oft eine Form der Kumpanei vorgeworfen: „*Die angebliche Unterwerfung der Politik unter die Logik der Massenmedien wird zum Angelpunkt dessen, was die sogenannte Mediendemokratie ausmache. Mehr noch: Die Rede ist dann sogar von einer ‚Kolonisierung der Politik durch die Medien.*“⁴⁰⁰

³⁹⁶ Vgl. Luhmann, Niklas (1996). Die Realität der Massenmedien. Opladen. S. 58f

³⁹⁷ Luhmann, 1996, S. 141

³⁹⁸ Luhmann, 1996, S. 56

³⁹⁹ Meyer, 2001, S. 69

⁴⁰⁰ Beyer, Arno (2008). Die Medien als Sündenbock. In: Horster, Detlef (Hg.). (2008). Die Krise der politischen Repräsentation. Weilerswist. S. 22f

Im Großen und Ganzen sind beide Seiten von defizitärer Kommunikation betroffen. Zur Einschätzung zum aktuellen Medienklima bekennt Martin Bialecki, dass das Klima von einem zunehmendem „*Argwohn und Misstrauen*“ und einer „*Überhitztheit*“ gekennzeichnet sei, was daraus resultiere, dass man immer weniger Zeit dafür hätte, in Ruhe über bestimmte Sachverhalte nachzudenken und diese zu reflektieren. Damit gehe auch eine größere Gefahr einher, „*dass es nicht stimmt, was man angeboten bekommt.*“⁴⁰¹ Mitunter kann es auch passieren, dass Informationen ohne Gehalt zu Nachrichten erhoben werden. Meldungen würden einfach unkritischer in die mediale Berichterstattung aufgenommen, was die Gefahr einer manipulierten und damit letzten Endes falschen oder verzerrten Berichterstattung erhöhe, so Martin Bialecki, Leiter des DPA-Bundesbüros in Berlin..⁴⁰² In diesem Zusammenhang meint auch Niklas Luhmann, dass die Massenmedien dazu neigen „*ihre eigene Glaubwürdigkeit zugleich zu pflegen und zu untergraben.*“⁴⁰³

Der Medienberater Michael Spreng geht davon aus, dass der viel größer und „*mörderischer*“ gewordene Konkurrenzkampf sowie die „*soziale Angst der Beteiligten*“ den „*Kampf gegeneinander*“ verhärtet hätten.⁴⁰⁴ Es ist ein Kampf um dem Anspruch immer der Beste, der Exklusivste und der Schnellste mit der knackigsten Schlagzeile und dem sensationellsten Foto zu sein, der das politische Establishment unter Druck setzt. „*Wir politischen Journalisten sind immer auf der Suche nach authentischen Momenten, nach Einblicken in die Seele der Politiker, nach Erkenntnissen über ihr wahres Wollen. Das ist unser Gold, und entsprechend schwer ist es zu finden.*“⁴⁰⁵, gesteht der Büroleiter des *Spiegel* Dirk Kurbjuweit.

Die Interessen sind klar aufgeteilt: der Journalist will Informationen und der Politiker dürstet nach Präsenz in der Öffentlichkeit. Ein Spitzenpolitiker könnte ohne Medien getreu dem abgewandelten Descartes'schen Satz „*Ich werde im Fernsehen gesehen, also bin ich*“ nicht überleben. Die Formen und Mittel der Inszenierung können dabei sehr unterschiedlich sein. Wer es nicht in die Medien schafft, existiert praktisch nicht. Nachdem Sachthemen in den Medien kaum für Überraschungseffekte, knallige Schlagzeilen oder personalisierte Zuspitzungen sorgen können, werden sie ungern von Boulevardmedien aufgegriffen.

⁴⁰¹ Bialecki, Martin (2006). In: Leif, Thomas (2006). Strippenzieher und Hinterzimmer. Meinungsmacher im Berliner Medienzirkus. Betrifft. Dokumentation. Südwestrundfunk 2006.

⁴⁰² ebd.

⁴⁰³ Luhmann, Niklas (1996). Die Realität der Massenmedien. Opladen. S. 78f

⁴⁰⁴ Spreng, Michael (2006). In: Leif, Thomas (2006). Strippenzieher und Hinterzimmer. Meinungsmacher im Berliner Medienzirkus. Betrifft. Dokumentation. Südwestrundfunk 2006.

⁴⁰⁵ Kurbjuweit, Dirk (2011). „Die ganze Welt ist Bühne“ In: Die Presse Online <http://diepresse.com/home/kultur/news/641350/print.do> (zuletzt abgerufen am 15. Juli 2011)

Jene Imagebewahrung und -auffrischung ist auch der Grund, warum sich das Politikum oft genug auf oberflächliche Schlagzeilen einlässt. Zudem kommt noch die Annahme, dass der Wahlerfolg bereits in den Medien entschieden werde, welche Politiker dazu veranlasst viel Geld und Aufmerksamkeit aufzubringen, um die Medien in ihrem eigenen Interesse zu instrumentalisieren.

2.4.6 „Out of records“ und „Off camera“

In der Dokumentation *„Strippenzieher und Hinterzimmer“* konnte der Journalist und Politikwissenschaftler Thomas Leif zeigen, dass sich die faktenbasierten Gespräche und Wichtigkeiten nicht wie erwartet auf Pressekonferenzen abspielen, sondern dass sie erst in intimen Hinterzimmergesprächen zwischen Journalisten und Politikern aufgegriffen werden. Diese werden abgehalten, um das Verständnis auf Seiten von ausgewählten Journalisten verbessern zu können, die quasi in einen Vertrauenskreis gezogen werden. *„Das genuin Politische, das Formulieren neuer Gesetze, das Ringen um Entscheidungen entzieht sich dagegen der öffentlichen Wahrnehmung und findet in geheimen Zirkeln im Hinterzimmer statt.“*⁴⁰⁶, stellt Thomas Meyer fest.

Im Rahmen von Recherchetätigkeiten seien nach Dominik Betz gezielte Hintergrundgespräche für Journalisten von wesentlicher Bedeutung: *„Vertrauliche Gespräche werden geführt, Beweise und Belege beschafft, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Enthüllungsjournalisten lüften den Vorhang zu den Schaltzentren der Macht, werfen Licht auf Missstände und Verfehlungen der Mächtigen.“*⁴⁰⁷ Hintergrundgespräche zwischen Politikern und Journalisten stünden nach Dirk Kurbjuweit unter höchster Geheimhaltungsstufe; der Leser dürfe von den Inhalten nichts erfahren. *„Diese Unter-drei-Welt“*⁴⁰⁸ ist von so atemberaubender Machtgier und Hetzlust beherrscht, dass ein Großteil der Fotos, auf denen sich Politiker lächelnd die Hand schütteln, zur Lüge wird.⁴⁰⁹ Hinterzimmer sind demnach Orte, in denen die Wahrheit an Licht kommen darf – allerdings mit dem Makel, dass die Informationen ausschließlich geladenen, vertrauenswürdigen Journalisten vorbehalten sind. Geht es um heikle Informationen, heißt es gleich: „out of records“ oder „off camera“.

⁴⁰⁶ Meyer, Thomas (1997). „Ein höfisches Zeremoniell“. Interview mit Thomas Meyer. In: Der Spiegel 46/1997, S. 157

⁴⁰⁷ Betz, Dominik (2007). „Seymour Hersh – auf der Suche nach der Wahrheit.“ http://www.uni-hamburg.de/uc/ys_02_05/studium.hersh.htm (zuletzt abgerufen am 23. Juli 2011)

⁴⁰⁸ „Unter drei“ stellt ein Code unter Politikern und Journalisten dar, der dafür steht, dass höchste Geheimhaltung besteht; die Information darf nicht in die Öffentlichkeit gelangen und dient nur dem Insider-Wissen des Journalisten. In Österreich lautete dieser Code meist „Out of records“

⁴⁰⁹ Kurbjuweit, Dirk (2006). Die vernebelte Republik. In: Der Spiegel 39/2006, S. 34

Dazu der Journalist Hans-Ulrich Jörges: „*Die Politiker suchen sich aus, wem sie was geben. Sie belohnen und sie bestrafen.*“⁴¹⁰ Mit dieser selektieren Informationsvermittlung wird der Versuch seitens des politischen Systems unternommen, Einfluss auf die mediale Berichterstattung zu nehmen, zumal der Erfolg journalistischer Recherchetätigen und das Image des Reporters beachtlich von der Bereitwilligkeit der Politiker Insider-Informationen weiterzugeben, abhängig ist.

Auf die Frage, was in derartigen Hinterzimmergesprächen statt finde, antwortete Dagmar Seitzer, Sprecherin des deutschen Hintergrundkreises „Das rote Tuch“: „*Wir handeln geheime Dinge ab. Und zwar: Wir wollen Politik verstehen und das muss ein Zuschauer, Zuhörer oder Leser nicht erfahren, sondern er muss dann nur verstehen, was wir sagen.*“⁴¹¹ Etwas diplomatischer drückt sich Ulrike Hinrichs, eine ehemalige Redakteurin des ZDF dazu aus, dass der Mehrwert von Insidergesprächen darin bestünde, „*dass wir die Wahrheit erfahren, aber - so bitter es für manche auch ist - nicht schreiben oder senden dürfen.*“⁴¹² Der Journalist fungiert hier als moralische Instanz.

Der Leiter des DPA Bundesbüros hält diese Entwicklungen und die Tendenz, dass sich Medien eigenmächtig in den politischen Prozess einschalten können für bedrohlich, weil die Rollen in zunehmendem Maße verwischt würden. Seitzer betont dahingehend die Gemeinsamkeiten mit dem Lobbyismus: „*Was da gemacht wird, ist unser Berufsgeheimnis. Das gleiche gilt für den Lobbyismus. Ein Lobbyist redet ja auch nie offen darüber, mit wem er spricht, welche Papiere er erhält, wo er sie hinschiebt und was daraus wird. Das ist vergleichbar.*“⁴¹³

Vor diesem Hintergrund verwundern die Vorurteile gegenüber den Medien nicht, dass vieles „unter der Hand“ abgewickelt werde und ein abgekartetes Spiel zwischen Abgeordneten und Journalisten bestehe.

2.4.7 Rollentausch: Wer beeinflusst da wen?

Den Wandel von einer Parteiendemokratie zu einer Mediendemokratie erkenne man eben gerade an jener Vertauschung der Rollen, sagt auch Thomas Meyer. „*Während in der Parteiendemokratie die Medien die Politik beobachten sollten, damit sich die Staatsbürger eine vernünftige Meinung von ihr bilden können, beobachten in der Mediendemokratie die politi-*

⁴¹⁰ Jörges, Hans-Ulrich (2006). In: Leif, Thomas (2006). Strippenzieher und Hinterzimmer. Meinungsmacher im Berliner Medienzirkus. Betrifft. Dokumentation. Südwestrundfunk 2006.

⁴¹¹ Seitzer, Dagmar (2006). In: Leif, Thomas (2006). Strippenzieher und Hinterzimmer. Meinungsmacher im Berliner Medienzirkus. Betrifft. Dokumentation. Südwestrundfunk 2006.

⁴¹² Hinrichs, Ulrike (2006). In: Leif, Thomas (2006). Strippenzieher und Hinterzimmer. Meinungsmacher im Berliner Medienzirkus. Betrifft. Dokumentation. Südwestrundfunk 2006.

⁴¹³ Seitzer, Dagmar (2006). In: Leif, Thomas (2006). Strippenzieher und Hinterzimmer. Meinungsmacher im Berliner Medienzirkus. Betrifft. Dokumentation. Südwestrundfunk 2006.

schen Akteure das Mediensystem, damit sie lernen, wie sie sich und was sie präsentieren müssen, um in den Medien häufig und attraktiv präsent zu sein. (...) Das Machtdreieck von Gesellschaft, Parteien und Staat wird so durch das neue Machtdreieck Spitzenakteure – Medien – populistische Strategien ersetzt.“⁴¹⁴

Bialecki metaphorisiert die Politik in Anlehnung an Max Weber als „*ein ganz Schwieriges Geschäft, ein kompliziertes, langwieriges Bohren dicker Bretter.*“ „*Und dieses ‚immer schneller Werden‘ versaut einfach dieses Bohren dicker Bretter, weil einem ständig der Bohrer abbricht.*“⁴¹⁵

Zur Entkräftung des medialen Problems schlägt Bialecki weniger Hektik im Sinne einer Medien-Entschleunigung vor, um Hintergründe intensiver ausleuchten zu können. Egal, ob Wirtschaftskrise, Klimawandel, Naturkatastrophen oder Korruptionsfälle – „*seit immer mehr Akteure in immer mehr Ländern Politik und Wirtschaft beeinflussen, stoßen die Nachrichtenmacher immer häufiger an ihre Grenzen.*“⁴¹⁶, stellt der Journalist Matthias Krupa fest. Der Chefredakteur der Tagesthemen Thomas Hinrichs zieht in *Die Zeit* aus den veränderten Umständen eine vermeintlich logische Konsequenz: „*Die Welt wird komplexer, wir müssen langsamer werden.*“⁴¹⁷

Investigativer Journalismus, der von den Faktoren Zeit, Geld, Stil und Recherche abhängig ist, wäre heute angebrachter den je: Unabhängigkeit, Exaktheit und Sachbezogenheit sind die Schlagwörter, die der Qualitätsjournalismus wieder intensiver aufleben lassen sollten. Beispielsweise könnten sich öffentlich-rechtliche Sender um die Allgemeinbildung kümmern, während sich kommerzielle Sender für eine bessere Vielfalt in der Berichterstattung bemühen könnten.

Doch Skandaljournalismus, Häppchenjournalismus, Kampagnenjournalismus oder Enthüllungsjournalismus ermöglichen den Medien eine imposantere und aufklärende Rolle einzunehmen, die vor allem durch politisches Fehlverhalten und Schwächen des politischen Systems gestärkt wird.

Zwischen den beiden Systemen herrscht sowohl eine Abhängigkeits- als auch eine Konkurrenzsituation, in der ein reger Informationsaustausch stattfindet. Meyer hat in seinem Buch

⁴¹⁴ Meyer, 2001, S. 2

⁴¹⁵ Bialecki, Martin (2006). In: Leif, Thomas (2006). Strippenzieher und Hinterzimmer. Meinungsmacher im Berliner Medienzirkus. Betrifft. Dokumentation. Südwestrundfunk 2006.

⁴¹⁶ Krupa, Matthias (2008). Verschnupft in der Nachrichtenfabrik. In: Die Zeit Online <http://www.zeit.de/2008/05/Tagesthemen> (zuletzt abgerufen am 18. August 2011)

⁴¹⁷ Hinrichs, Thomas (2008). In: Krupa, Matthias (2008). Verschnupft in der Nachrichtenfabrik. In: Die Zeit Online <http://www.zeit.de/2008/05/Tagesthemen> (zuletzt abgerufen am 18. August 2011)

Mediokratie das Fazit gezogen: „*Je unpolitischer die Medien werden, desto medialer wird die Politik.*“⁴¹⁸ Politisch turbulente Zeiten wirken sich demnach sowohl auf die Konkurrenz- als auch auf die Abhängigkeitssituation aus. Politiker und Journalisten dehnen Stück für Stück ihre Zuständigkeitsbereiche aus und agieren mit der Absicht, exklusive Einblicke zu gewinnen, weitgehend als Informationslieferanten für das jeweils andere System.

Durch die direkte und indirekte Einflussnahme der Politiker auf Publikationen in den Medien, wird die Rolle der Medien hinterfragt. Die Zuständigkeitsbereiche werden insofern durcheinander gebracht, dass die Medien plötzlich auf politische Programme einwirken können, indem sie über eine Entscheidungsvollmacht hinsichtlich der Art und Weise der Berichterstattung von politischen Konzepten verfügen. Durch das erarbeitete Mitbestimmungsrecht in der medialen Informationsverbreitung sind Politiker wiederum in der Lage Einfluss auf die Darstellung ihrer selbst zu nehmen.

Das hat eine Verwischung der Grenzen zur Folge, woraus schließlich unreflektierter Journalismus oder oberflächlich umgesetzte politische Programme resultieren können.

„*Die Kluft zwischen den Darstellungen, die Politiker von der Welt und den aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Problemen geben, und den Bildern, die Medienmenschen dagegen setzen, wird zunehmend tiefer. Es entstehen getrennte Welten mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten.*“, meint Jürgen Leinemann und verweist auf die Aussage des ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse: „*Die Langsamkeit der Politik liefert wenig sichtbare Gestaltungskraft.*“⁴¹⁹

In einem Punkt seien sich laut Jürgen Leinemann Politiker und Medienmenschen einig: Die aggressive Hektik sei beträchtlich angestiegen.⁴²⁰

2.4.8 Macht der Medien – die vierte Gewalt

Die Grenzen zwischen Interessen der Medien und Absichten der Politiker verschwimmen zunehmend. Die Medienlogik dominiert die Parteilogik und hält somit die Politik in ihren Fängen. Der Politiker mutiert zur Marionette, dessen Fädenzieher die Medien und die Ökonomie sind.

Die Medien verfügen in einer Demokratie über einen gewaltigen Einfluss, sodass sie oft als vierte Gewalt bezeichnet werden, die über den Staat Kontrolle ausübt und die öffentliche

⁴¹⁸ Meyer, Thomas (2001). Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem. Frankfurt am Main. S. 95

⁴¹⁹ Leinemann, Jürgen (2004). Die Staatsschauspieler. In: Der Spiegel 39/2004, S. 143

⁴²⁰ Leinemann, Jürgen (2004). Die Staatsschauspieler. In: Der Spiegel 39/2004, S. 143

Meinung prägt. Bereits Jean-Jacques Rousseau hatte im 18. Jahrhundert die Presse als die vierte Säule im Staat bezeichnet – man sagte von den Medien, dass sie neben der legislativen, der exekutiven und der judikativen Macht eine ‚vierte Gewalt‘ im Staat darstellen. Fraglich ist an dieser Stelle nur, von wem sie zur ‚vierten Macht‘ erhoben und legitimiert wurden.

Die Tatsache, dass die Medien als informelle vierte Gewalt den politischen Machtapparat kontrollieren können, hat im Falle von unseriöser Berichterstattung und unorthodoxer Recherchetätigkeiten gewisse negative Auswirkung auf die Gesellschaft zur Folge.

„Positiv ist die Entwicklung jedoch nur, wenn das Fernsehen eine normative Funktion einnimmt, d.h. in der Demokratie als „vierte Gewalt“ Aufgaben der öffentlichen Kontrolle wahrnimmt. Medien wären dann Wächter oder sogar Gegner der Politik und dürften niemals für die PolitikerInnen Kollegen eines gemeinsamen Inszenierungsbedürfnisses sein.“⁴²¹, so Peter Filzmeier.

Trotz des Vorwurfes, es handle sich gegenwärtig um eine Beherrschung des Politischen durch die Regeln des Mediensystems muss gesagt werden, dass im Endeffekt sowohl das Mediensystem als auch das politische System ihre Mittel gefunden haben, um ihre Rolle in der Öffentlichkeit zu bewahren. Für die Medien sind exklusive Informationszuflüsse seitens der Politik unabdingbar; für die Politik steht der Einfluss auf die mediale Berichterstattung im Vordergrund.

Die Politik beeinflusst zwar durch eine kontrollierte Informationsweitergabe die Medien, kann sich aber im Endeffekt nie von dem Abhängigkeitsverhältnis zu den Medien lösen, da diese vonnöten sind, um den Wählern ihre Programme und Ansichten vermitteln zu können. Auf dieser Gebundenheit gründet auch die gestiegene Macht der Medien, die nun wiederum in der Lage ist die Agenda der Politik zu beeinflussen.

Auch Habermas schreibt in der Süddeutschen Zeitung, dass die Medien am beklagenswerten Gestaltwandel der Politik nicht unbeteiligt seien: *„Einerseits lassen sich die Politiker vom sanften Zwang der Medien zu kurzatmigen Selbstinszenierungen verführen. Andererseits lässt sich die Programmgestaltung der Medien selbst von der Hast dieses Okkasionalismus anstecken.“⁴²²* Die Talkshow-Moderatoren richteten laut Habermas mit ihrem gleichbleibenden Personal einen Meinungsbrei an, der dem letzten Zuschauer die Hoffnung nehme, es könne

⁴²¹ Filzmeier, Peter (2004). Wahlen und politischer Wettbewerb in der Mediengesellschaft. In: Von Wahl zu Wahl. Informationen zur Politischen Bildung Bd. 21, Innsbruck/Bozen/Wien.

⁴²² Habermas, Jürgen (2011). Europapolitik – Merkels von Demoskopie geleiteter Opportunismus. Süddeutsche Zeitung Online, <http://www.sueddeutsche.de/politik/europapolitik-merkels-von-demoskopie-geleiteter-opportunismus-1.1082536> (zuletzt abgerufen am 28. Juli 2011)

bei politischen Themen noch Gründe geben, die zählen.⁴²³ Mit welchem Aufwand jedoch die Aufmerksamkeit in der medialen Öffentlichkeit erzielt werden will, wurde bereits im Kapitel ‚Politainment‘ dargestellt.

Es ist ein Teufelskreis. Politik will Aufmerksamkeit, die nur durch Medien herstellbar ist. Medien wollen knackige Geschichten, die nur durch zielgerichtete In-Szene-Setzungen der Politiker im Ringen um die Aufmerksamkeit zustande kommen können.

Würde sich der Journalismus wieder mehr auf faktenbasierte, objektive, seriöse, gut recherchierte Berichterstattung und Informationsvermittlung gepaart mit einer Entschleunigung konzentrieren, würde das großen Druck von Politikern nehmen und die Inszenierungstaktiken abmildern. Zu diesem Zweck könnte das Einfordern journalistischer Standards angedacht werden. Die Zukunft liegt sicher in qualitativ hochwertiger und gut recherchierter Berichterstattung.

Das Volk, das lange auf die mediale Berichterstattung der klassischen Medien angewiesen war, um an Informationen zu gelangen, beeinflusst heute die Agenda der Politik oft nur über von Medien publizierte und oftmals auch von ihnen initiierte Meinungsumfragen und wird meist vom Sog des Boulevards mitgerissen und aufgeheizt.

Spricht man mit langjährigen Journalisten über die Macht der Medien, wird die vermeintliche Einflusshoheit meist heruntergespielt. Der Einfluss auf die politische Meinungsbildung der Gesellschaft wird unterbewertet; die reflektierten und ausführlich getätigten Recherchetätigkeiten betont. Währenddessen tendieren die Politiker dazu, die medialen Einflussmöglichkeiten zu überschätzen und neigen deshalb dazu den Druck auf diese zu erhöhen.

Die Glaubwürdigkeit der Medien hängt wiederum stark vom staatlichen Einfluss ab. Je unabhängiger sich Medien zeigen dürfen, umso mehr neigen sie dazu, auch Inhalte mitbestimmen zu wollen.

⁴²³ ebd.

2.4.9 Medien und politische PR oder „Von Medienhaien und Hexenmeistern“

Die politische Öffentlichkeit wird hinsichtlich der Inhalte, Prozesse und Strukturen weitgehend von den Medien beeinflusst. Das Resultat ist einerseits eine „Mediatisierung“ der politischen Kommunikation, um den Bedürfnissen der Mediengesellschaft entsprechen zu können und andererseits eine Entwicklung von medienbezogenen Inszenierungs- und Kommunikationsstrategien. Hier kann durchaus ein Verlust an politischer Gestaltungsmacht und eine Ausbreitung medialer Autonomie beobachtet werden, was jedoch vom ökonomischen System abhängig ist und fast schon zum Bestandteil des PR- und Marketinginstrumentariums wird.

Durch gezielte PR-Arbeit können Politiker und politische Programme bewusst in den Medien platziert werden. PR-Agenturen, Pressesprecher und Spindoktoren sind darauf spezialisiert, die Kommunikation zwischen Journalisten und Politikern effizient zu organisieren. Informationen werden vorab aufbereitet, um einerseits den Journalisten die Recherchearbeit zu erleichtern und andererseits die Wahrscheinlichkeit einer kritischen Berichterstattung zu reduzieren. Dies hat zur Folge, dass die politische PR den Journalismus nahezu aushöhlt. Die Werte des Journalismus, wie Seriosität, Neutralität, Professionalität, Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit stehen mit der verstärkten Orientierung an PR-Informationen auf dem Spiel, da sie den Medienkonsumenten verunsichern. Leser, Hörer und Zuseher können sich nicht mehr darauf verlassen, dass die Berichterstattung objektiv und nicht im Interesse der jeweiligen Auftraggeber erfolgt. Damit entsteht ein öffentliches Misstrauen gegenüber den Medien, die ihnen die Legitimation als kritische vierte Macht entzieht.

Durch Beschleunigung, ökonomischen Druck und den damit einhergehenden Personaleinsparungen auf Seiten der Medien, sowie Professionalisierungstendenzen auf Seiten der PR, gehen Öffentlichkeitsarbeit und Journalismus eine immer engere Beziehung miteinander ein. Spin Doktoren werden sogar aus journalistischen Reihen rekrutiert. Diese Konstellation ist für den Journalismus bedrohlich, da er unter diesen Umständen immer mehr dazu geneigt ist PR-gefertigte Inhalte leichtfertig zu übernehmen.

Historisch gesehen gehört es zu den Verdiensten der Massenmedien, das Handeln der politischen Akteure allgemein transparenter gemacht zu haben und das Bewusstsein um die Sinnhaftigkeit der Darlegung der Gründe und Ergebnisse wesentlicher politischer Entscheidungen unter den maßgebenden Repräsentanten des Staates gestärkt zu haben.

2.4.10 Demokratie reloaded

Das Internet, so Crouch, sei in der Lage neue politische Plätze zu öffnen und könnte gerade für die junge Generation einen wichtigen Versammlungsort darstellen. Dieses Medium bringe allerdings nicht nur erweiterte Möglichkeiten politischer Beteiligung, sondern berge auch die Gefahr der Isolierung in sich.⁴²⁴

Das Internet ermöglicht es, die Grenzen von Raum und Zeit zu überwinden und ergänzt und ersetzt zum Teil schon die klassischen Medien. Noch nie gab es ein derartiges Informations- und Kommunikationsangebot, das noch dazu problemlos zu jeder Zeit und an jedem Ort genutzt werden kann. „*Der moderne Mensch*“, so lautet der Befund eines Artikel im *Spiegel*, „*ist online von früh bis spät, er surft von Link zu Link, nimmt Informationen auf, liest und bearbeitet E-Mails, als wäre er an einem digitalen Fließband beschäftigt*.“⁴²⁵

Laut einer Studie von Statistik Austria verfügen bereits 73% aller österreichischen Haushalte im Jahr 2010 einen Internetzugang. Waren es 2002 lediglich 36,6% die vom Internet Gebrauch machten, nutzen im Jahr 2010 bereits 74% aller Österreicher im Alter von 16 bis 74 Jahren aktiv. Laut einer IMAS-Studie nutzten 42% das Internet intensiv, wogegen 36% dem Internet zur Gänze fern blieben.⁴²⁶ Neben den Hauptanwendungen für Kommunikation oder Informationssuche, gewinnt auch die Nutzung von E-Government-Angeboten immer mehr an Bedeutung. Mehr als die Hälfte aller Personen hatte laut Studie in den letzten zwölf Monaten vor dem Befragungszeitpunkt Kontakt mit Ämtern oder Behörden via Internet, beispielsweise zur Informationsgewinnung auf behördlichen Websites, zum Herunterladen von Formularen oder zum Rücksenden von bereits ausgefüllten Formularen.⁴²⁷

Das Internet wird durch die transnationale Kommunikation und weltweite Vernetzung zu einem politischen Raum, was nicht zuletzt Veränderungen innerhalb der Gesellschaft, als auch Veränderungen von Kommunikations- und Partizipationsstrukturen mit sich gebracht hat.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen hier die neuen Entwicklungen im Bereich der politischen Netzöffentlichkeit. „*Das Internet ist Medium und Gegenstand einer ‚Globalisierung‘, die nicht auf wirtschaftliche Vorgänge beschränkt ist, sondern eine kulturelle Kerndimension*

⁴²⁴ Crouch, Colin (2009). In: Müller, Helmut L. (2009). Die Demokratie ist in der Krise. In: Salzburger Nachrichten Online <http://search.salzburg.com/articles/3342011> (zuletzt abgerufen am 11. Juni 2011)

⁴²⁵ Hornig, Frank/Müller, Martin/Weingarten, Susanne (2008). Die Daten-Sucht. In: Der Spiegel 33/2008, S. 82

⁴²⁶ Vgl. IMAS (2010). Wie das Internet unsere Kommunikation verändert. Nr. 28/Dezember 2010. S. 1

⁴²⁷ Vgl. Statistik Austria (2010). IKT-Einsatz in Haushalten 2010, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/informationsgesellschaft/ikt-einsatz_in_haushalten/

aufweist und den politischen Prozess in all seinen Aspekten ergriffen hat.“⁴²⁸, stellen Leggewie und Bieber fest.

Leggewie und Bieber beschreiben in diesem Zusammenhang die Entwicklungen als „*digitale Politikprozesse*“ bzw. „*politikbezogene Digitalisierung*“, womit die Verkoppelung demokratietheoretischer Überlegungen mit dem breiten Feld medial angereicherter Politik-Routinen möglich werde. Als „*exemplarische Politikprozesse*“ werden die wachsende Bedeutung digitaler Parteikommunikation, die Möglichkeiten digitaler Parteiorganisation, die Etablierung von Online Wahlkämpfen, digitale Bürgerbeteiligung, Online-Gesetzgebung, Online-Wahlen und Online-Protest angeführt.⁴²⁹

„Im Internet müssten die politischen Aushandlungsprozesse stattfinden wie einst auf dem Marktplatz der griechischen Polis.“⁴³⁰, fordert Falk Lücke.

Dank des Internets wurde ein Netzwerk der öffentlichen Diskussion, eine ‚digitale Agora‘ geschaffen, wodurch zweifelsfrei ein enormer Bedarf an Partizipation am öffentlichen Leben offengelegt wurde. Große Hoffnungen sind mit dem Internet verbunden – vor allem jene, „dass es eine direkte Demokratie wie die der Polis von Athen durch seine technischen Möglichkeiten auf virtuelle Ebene zu neuem Leben erweckt und damit die ganze, von Massenmedien und Fernsehen geprägte Mediendemokratie hinter sich lässt.“⁴³¹, so Thomas Meyer.

Der Physiker und Philosoph Armin Grundwald stellt fest: „Das Internet ist ohne Zweifel eine der gegenwärtig wichtigsten technischen Entwicklungen mit dem Potential zur Veränderung der kulturellen Grundlagen demokratischer Politik.“⁴³² Visionen von einer E-Demokratie sind vor allem bei Befürwortern der direkten Demokratie anzutreffen. Aufgrund der technischen Weiterentwicklung hin zur Cyberdemokratie werden die Einwände, die immer wieder im Zusammenhang mit der direkten Demokratie genannt werden, nahezu kraftlos. Die neuen Kommunikationsstrukturen ermöglichen laut Thomas Meyer eine „*symmetrische Kommunikation zwischen allen*“ und nähern die „*Öffentlichkeit wieder dem diskursiven Ideal einer alle Staatsbürger umfassenden Versammlungsdemokratie*“⁴³³ an.

Das Internet wird immer mehr als Medium gesehen, das aufgrund seiner unbegrenzten Möglichkeiten hinsichtlich der Verbindung von politischer Information und Teilhabe, zur Unter-

⁴²⁸ Leggewie/Bieber, 2003, S. 131

⁴²⁹ Vgl. Leggewie/Bieber, 2003, S. 135

⁴³⁰ Lücke, Falk (2008). Kann Facebook Kriege auslösen? In: Die Zeit Online <http://www.zeit.de/online/2008/31/e-demokratie> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)

⁴³¹ Meyer, 2001, S. 177

⁴³² Grundwald, Armin et al. (2006). Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet. Berlin. S. 57

⁴³³ ebd.

stützung und Stärkung der Demokratie beitragen kann, da es praktisch jedem eine Mitsprachemöglichkeit bietet. Die aktuellen Entwicklungen innerhalb der Netzdemokratie haben laut Meyer auch die Erwartung geweckt, *„dass auf diesem Wege die Demokratiedefizite der Mediendemokratie durch Fortschritte in den Systemen der Massenkommunikation selbst überwunden werden.“*⁴³⁴ Unter diesen Voraussetzungen entsteht laut Thomas Meyer eine *„semidirekte Demokratie“*, die die *„Qualitäten der direkten Demokratie auf der Ebene der politischen Willens- und Meinungsbildung aller Staatsbürger mit direkten Mitwirkungschancen für alle an den zentralen Entscheidungen der Verwaltung und politischen Führungen“*⁴³⁵ verknüpft.

Douglas Rushkoff, ein amerikanischer Medientheoretiker, bringt die positiven Entwicklungen durch die Teilnahme an Open-Source-Projekten auf den Punkt und prognostiziert in seinem gleichnamigen Buch zuversichtlich eine „Open Source Democracy“: *„We are heading not towards a toppling of the democratic, parliamentary or legislative processes, but towards their reinvention in a new, participatory context. In a sense the people are becoming a new breed of wonk, capable of engaging with government and power structures in an entirely new fashion. The current regime, in the broadest sense, will have ended up being the true and lasting one if it can get its head and policies around these renaissance modalities of increased dimensionality, emergence, scalability and participation.“*⁴³⁶

Aus diesem Blickwinkel erscheint nach Meyer die mediokratische Konstellation des Zeitalters der Massenmedien nur noch als eine Durchgangsstufe zu neuen Horizonten herrschaftsfreier horizontaler Kommunikation.⁴³⁷

2.4.10.1 Web 2.0: ein zweiseitiges Schwert für die Demokratie

Der Begriff Web 2.0 wird nach Bieber et al. verwendet, *„um neue Nutzungsmöglichkeiten des Internets zu beschreiben, die sich weniger durch grundlegend andere Techniken als vielmehr durch dezentrale Anwendungen auszeichnen, die den ‚user generated content‘ in den Mittelpunkt stellen.“*⁴³⁸

Social Networks bieten eine egalitäre Möglichkeit, selbst Inhalte zu gestalten und zu verbreiten, ohne dabei von Massenmedien abhängig zu sein – bei gleichzeitiger Förderung gemein-

⁴³⁴ Meyer, 2001, S. 177

⁴³⁵ Meyer, 2001, 178

⁴³⁶ Rushkoff, Douglas (2003). Open Source Democracy. How online communication is changing offline politics. London. S. 63f

⁴³⁷ Vgl. Meyer, 2001, S. 178

⁴³⁸ Bieber, Christoph/Eifert, Martin/Groß, Martin/Lamla, Jörn. (2009). Soziale Netzwerke in der digitalen Welt. In: Bieber, Christoph et al. (2009). Soziale Netze in der digitalen Welt. Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Macht. Frankfurt am Main. S. 11

schaftlicher Zusammenarbeit. Dabei lautet die These: „*Je direkter und unmittelbarer gesellschaftliche Interessen in politische Entscheidungen übersetzt werden können, (...), umso demokratischer sind Verfahren und Substanz ihrer Ereignisse.*“⁴³⁹ Im Internet können Menschen unabhängig Ideen präsentieren und zum laienhaften Bürgerjournalisten werden. Jeder Internetnutzer ist gleichzeitig Produzent von Inhalten, der mit einfachen Mitteln eigens verfasste Texte, Filme und Musik ins Netz stellen kann. Außerdem können Interessen durch eine größere Übersicht über Preisgestaltung und Produktvielfalt im Sinne des Kunden besser am Markt durchgesetzt werden.

„*Kein Medium kann in einer Krisensituation so schnell Nachrichten vermitteln wie Facebook oder Twitter.*“, schreibt Mathieu von Rohr anlässlich der arabischen Revolution im Spiegel. Denn: „*Sie schaffen eine Intensität und Direktheit, mit der nicht einmal das Fernsehen konkurrieren kann.*“⁴⁴⁰

Gerade am Beispiel der arabischen Revolution, die sich Anfang des Jahres 2011 ereignete, kann das demokratische Potenzial von sozialen Netzwerken veranschaulicht werden. Der Proteststurm in Tunesien und die Aufstände in Ägypten gegen das Regime sind aufgrund der tragenden Rolle von Facebook sogar als „Facebook-Revolutionen“ in den westlichen Medien beschrieben worden. Die Mobilisierung der Massen konnte erstaunlicherweise mit Hilfe der neuen Medien erfolgen. Über Facebook und Twitter wurden nicht nur Berichte und Nachrichten verbreitet – es wurde auch zu Demonstrationen aufgerufen, woraus schließlich ein Proteststurm gegen mehrere Diktatoren resultierte. Der soziale Sprengstoff war in der Bevölkerung aufgestaut und konnte sich zum Teil mit Hilfe von *Social Networks* entladen: Hunderttausende gingen auf die Straße im Kampf gegen das autoritäre Regime und die Freiheitskämpfe konnten zeigen, dass das reizvolle Prinzip der Demokratie auch hier Millionen Anhänger hat.

2.4.10.2 Vom passiven Nutzer zum aktiven Produzent

oder „Über die zwei Gesichter des Gesichtsbuch ... und das Twitter-Gewitter“

Die Hoffnungen und Chancen, dass das Internet die Demokratie demokratischer machen könne, werden meist mit der gegenwärtig machbaren unmittelbaren Kommunikation, dem direkten Dialog von Politikern und Bürgern begründet. Der immer wieder verlaubliche Kritikpunkt an den klassischen Medien, „*der asymmetrische und nicht interaktive Charakter politischer*

⁴³⁹ Meyer, 2001, S. 189

⁴⁴⁰ Rohr, Mathieu von (2011). Die Revolution, die keine war. In: Der Spiegel 5/2011. S. 136

Massenkommunikation“⁴⁴¹, wird mit dem System der neuen Medien aufgehoben. Werden diese neuen Möglichkeiten, die vergleichsweise mit anderen Kommunikationsmitteln viel kostengünstiger und interaktiver sind, auch für die politische Kommunikation genutzt, dann haben sie das Potential, Demokratiedefizite abzuschwächen. Die Erwartungen an eine nicht ausschließlich durch politische Eliten kontrollierte digitale Demokratie sind groß.

Die Debatten rund um die demokratischen Potentiale des Web 2.0 erinnern an Bertolt Brechts Radiotheorie, die er in seinem Werk *„Der Rundfunk als Kommunikationsapparat“* (1932) festhielt und in der er die Passivität des Zuhörers an den Pranger stellte. In Brechts Augen wäre der Rundfunk der *„denkbar großartigste Kommunikationsapparat des öffentlichen Lebens, ein ungeheures Kanal-System“*, sofern *„er es verstünde, nicht nur auszusenden, sondern auch zu empfangen, also den Zuhörer nicht nur hören, sondern auch sprechen zu machen und ihn nicht zu isolieren, sondern ihn in Beziehung zu setzen.“*⁴⁴² Der Rundfunk wäre demnach erst dann nutzbringend, wenn er *„aus dem Lieferantentum herausgehen und den Hörer als Lieferanten organisieren“* könne.

Das Problem bei den klassischen Massenmedien, wie Presse, Funk- und Fernsehen sah Luhmann darin, *„daß keine Interaktion unter Anwesenden zwischen Sender und Empfängern stattfinden kann.“*⁴⁴³ Auch Walter Benjamin kritisierte die *„grundsätzliche Trennung zwischen Ausführendem und Publikum“*⁴⁴⁴ im Radio, welches eine *„Konsumentenmentalität“* hervorbringe, bei der das Publikum *„keine Maßstäbe für sein Urteil, keine Sprache für seine Empfindungen hat.“*⁴⁴⁵

Jener Anspruch, nicht nur als Sender, sondern auch als Empfänger von Inhalten zu agieren, wäre nun durch die fortgeschrittene Mediensituation zum ersten Mal gegeben, zumal das Web 2.0 eine Vielzahl von Kommunikationsangeboten liefert, die Millionen von Menschen zur Beteiligung anregen. Die Visionen von Benjamin und Brecht scheinen mit dem Internet Gestalt angenommen zu haben. Der Aufbau des Internets als dezentrales Netzwerk bietet erstmals die Möglichkeit, Informationen nicht nur zu senden, sondern auch zu empfangen. An die Stelle des passiven Empfangens und Konsumierens tritt die aktive Teilhabe und das Mitmachen.

⁴⁴¹ Zolo, 1997, S. 202

⁴⁴² Brecht, Bertolt (1999). *Der Rundfunk als Kommunikationsapparat. Rede über die Funktion des Rundfunks.* In: Pias, Claus/Vogl, Joseph/Engell, Lorenz/Fahle, Oliver/Neitzel, Britta (Hg.): *Kursbuch Medienkultur. Die maßgeblichen Theorien von Brecht bis Baudrillard.* Stuttgart. S. 260

⁴⁴³ Luhmann, Niklas (1996). *Die Realität der Massenmedien.* Opladen. S. 11

⁴⁴⁴ Benjamin, Walter (1989). *Gesammelte Schriften Band II/3. Reflexionen zum Rundfunk.* Frankfurt am Main. S. 1506

⁴⁴⁵ Benjamin, 1989, S. 1506

Um diesen Paradigmenwechsel auf die „*inhaltsschaffenden Aktivitäten der Teilnehmer in verschiedenen Onlinenutzergemeinschaften*“ zu beschreiben, die mittlerweile einen zunehmenden Einfluss auf Medien, Wirtschaft, Recht sowie soziale Praktiken und Demokratie ausüben, hat Axel Bruns, Senior Lecturer an der Queensland University of Technology in Brisbane, in diesem Zusammenhang den Begriff *Produtzing* (engl. ‚produsage‘) ins Leben gerufen.⁴⁴⁶ Als *Produtzing* bezeichnet Bruns konkret „*ein Hybrid, dessen konstituierende Bestandteile auch auf die oft eher ungeplante und zufällige Erschaffung von Inhalten durch produktiv tätige Nutzer hinweisen.*“⁴⁴⁷ Mitglieder von Social Networks fungieren demnach nicht nur als Nutzer, sondern auch als Produzenten von Inhalten. „*Solche Trends hin zur gemeinschaftlichen Inhaltserstellung durch Produtzing werden von einigen Kommentatoren als Vorzeichen einer stärkeren gemeinschaftlichen Beteiligung an gesellschaftlichen und politischen Prozessen angesehen.*“⁴⁴⁸, so Axel Bruns.

Glaubt man der Analyse-Plattform *social bakers* verfügt Facebook über 700 Millionen Nutzer weltweit. Die Facebook-Dichte ist vor allem in den Ländern, wie USA, England sowie in den skandinavischen Ländern aber auch in Chile, Singapur und der Türkei besonders groß. Die Zahlen in Asien und Afrika sind am Wachsen, während der Markt in den USA nahezu schon gesättigt ist.⁴⁴⁹ Rund 31 Prozent oder 2.559.240 Österreicher verfügen über einen Facebook-Account, von denen sich 2.312.800 in einer Altersklasse zwischen 14 und 49 befinden; das Geschlechterverhältnis ist dabei ausgeglichen.⁴⁵⁰

Die Kontakt- und Einflussmöglichkeiten sind durch soziale Netzwerke gewaltig angestiegen und spielten erstmals bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen eine größere Rolle. Durch die Fokussierung auf soziale Netzwerke, Blogs als Wahlkampftagebuch, Plattformen zur Wahlberichterstattung, Websites von Kandidaten und Online-Kampagnen konnte vor allem ein jüngeres Publikum angesprochen werden.

Der Soziologe und Netzwerktheoretiker Manuel Castells sieht in den Social Networks eine „*opportunity offered by electronic communication to enhance political participation and horizontal communications among citizens.*“⁴⁵¹ Schließlich ist es durch soziale Netzwerke leichter für die Bevölkerung geworden, sich zu organisieren und andere zu mobilisieren. Die Auswir-

⁴⁴⁶ Vgl. Bruns, Axel (2009). *Produtzing: Von medialer zu politischer Partizipation*. In: Bieber, Christoph et al. (2009). *Soziale Netze in der digitalen Welt. Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Macht*. Frankfurt am Main. S. 67

⁴⁴⁷ Bruns, 2009, S. 67

⁴⁴⁸ Bruns, 2009, S. 70

⁴⁴⁹ Facebook-Statistik, <http://www.socialbakers.com/facebook-statistics/> (Stand 11. Juni 2011)

⁴⁵⁰ Facebook-Statistik, <http://digitalaffairs.at/facebook-userzahlen-oesterreich/> (Stand: 11. Juni 2011)

⁴⁵¹ Castells, Manuel (2010). *The Power of Identity: The Information Age: Economy, Society, and Culture*. Volume II. Malden. S. 415

kungen auf die Demokratie sind dennoch unklar. Castells sieht dahinter ein zweischneidiges Schwert versteckt: „*On the one hand, allowing issue mobilization to bypass formal politics may undermine even further the institutions of democracy. On the other hand, if political representation and decisionmaking could find a linkage with these new sources of inputs from concerned citizens, without yielding to a technologically savvy elite, a new kind of civil society could be reconstructed, thus allowing for electronic grassrooting of democracy.*“⁴⁵²

Hinsichtlich der individuellen Freiheit und der Persönlichkeitsrechte, stellen soziale Netzwerke auch eine Gefahr für die Nutzer dar, zumal der Datenschutz nicht mehr gewährleistet werden kann. Der gläserne Mensch produziert sich praktisch ganz von ganz alleine, wenn er sich unvorsichtig auf die Veröffentlichung privater Angelegenheiten einlässt. In diesem Zusammenhang besteht auch die Gefahr von ökonomischen Verwertungszwecken. Auf Facebook und Twitter werden bereits Studenten dafür bezahlt, wenn sie in ihren Beiträgen eine bestimmte Marke erwähnen und Wörter, die in persönlichen Beiträgen vorkommen, werden weitgehend dazu verwendet, auf den Internet-Nutzer angepasste Werbung zu generieren. So werden Frauen Werbeeinschaltungen mit Kleidern, Schuhen und Kosmetikartikeln präsentiert, während bei Männern beispielsweise Werbeeinschaltungen für Computerspiele und Autoreifen aufscheinen.

Was früher auf Schultische oder Wände gekritzelt wurde, wird heute auf Facebook, Twitter und Co. gepostet, sodass private Gespräche plötzlich zu einem öffentlichen Massenphänomen werden. Beeinflusst werden diese sozialen Prozesse laut Bieber et al. vor allem durch eine Suche nach Anerkennung in Form von Liebe, Freundschaft, Wertschätzung, Fähigkeiten, Status etc. „*Häufig finden diese Motive in technischen Bewertungsmechanismen Ausdruck (etwa in Community-Punkteskalen oder in der Zahl von Kontakten wie bei MySpace, StudiVZ und so weiter).*“⁴⁵³

Stellt die Nutzung von Social Networks ein Vorzeichen einer verstärkten gemeinschaftlichen Beteiligung an gesellschaftlichen und politischen Prozessen dar?

2.4.10.3 Politik im Netz oder „Democracy 2.0 meets Citizen 2.0 meets Government 2.0“

Die wachsende Bedeutung von Sozial Networks betrifft sämtliche Bereiche der Politik, denn „*die Kommunikation in digitalen sozialen Netzen beeinflusst sowohl Prozess-, Inhalts- und*

⁴⁵² Castells, 2010, S. 417

⁴⁵³ Bieber, Christoph/Eifert, Martin/Groß, Martin/Lamla, Jörn (2009). Soziale Netzwerke in der digitalen Welt. In: Bieber, Christoph et al. (2009). Soziale Netze in der digitalen Welt. Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Macht. Frankfurt am Main. S. 16

Strukturdimension von Politik. “⁴⁵⁴ Während laut Bieber die wahlkampforientierte Nutzung des Internets für eine Modernisierung in der politics-Dimension sorgt, liefert die Formierung eines Politikfeldes ‚Digitale Bürgerrechte‘ für neue Impulse auf der policy-Ebene und die sich bereits abzeichnenden Umbrüche sowohl in der Parteienlandschaft als auch bei der Organisation von Mitgliederparteien verweisen letztlich auf das polity-Segment.⁴⁵⁵

Durch die Entwicklung von Politik-Netzwerken bzw. durch die Politisierung von Social Networks vollzog sich eine Ausdehnung politischer Inhalte im Internet: Politiker-Blogs, twitternde Politiker und Wahlkampf-Podcasts sind längst keine neuen Erscheinungen mehr. Staatliche Organisationen versuchen über das Internet spielerisch das Interesse an Politik und Wahlen zu wecken. Ein beachtlicher Vorteil ist dabei eine erhebliche Breitenwirkung bei einem verhältnismäßig geringem Aufwand, doch die neuen Medien begünstigen auch Erscheinungen, wie Negative- und Dirty-Campaigning und können aufgrund der Anonymität auch die Gerüchteküche leichter anheizen.

Im Rahmen der französischen Präsidentschaftswahl 2007 freundete sich auch Sarkozy mit den boomenden Online-Aktivitäten an und verlagerte per „Second Life“, eine virtuelle Welt in der sich Realität nachbilden soll, den Wahlkampf in die Scheinwelt, wo er auf seiner L’île Sarkozy getreu dem Motto „*Sollen sie doch virtuelle Pizzastücke essen!*“⁴⁵⁶ jene auch verteilte.

Durch Social Networks lassen sich im Allgemeinen Unterstützer für Politiker vor allem aufgrund von Empfehlungen und Einladungen durch andere Nutzer rekrutieren, ohne dass Politiker selbst direkten Kontakt zu diesen suchen müssen.⁴⁵⁷

Durch die mediale Evolution sind mehr Menschen mit mehr Informationen konfrontiert als je zuvor. Die Entwicklung von einer passiv gelebten „Zuschauerdemokratie“ durch das Fernsehen hat sich durch das Internet in Richtung „interaktive Demokratie“⁴⁵⁸ verschoben, während auf der politischen Ebene gegenwärtig ein Trend zur Online-Demokratie herrscht:

Durch einen Ausbau der **E-Demokratie** sollen Effizienz und Transparenz hinsichtlich staatlicher Dienstleistungen geboten werden. Außerdem sollen sich möglichst viele daran beteiligen und an politischen Prozessen mitgestalten können. Mit der E-Demokratie lassen sich laut Leggewie und Bieber im Allgemeinen „*komplexere Demokratiedienstleistungen*“ beschrei-

⁴⁵⁴ Bieber, Christoph (2009). In : Bieber, Christoph et al. (2009). Soziale Netze in der digitalen Welt. Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Macht. Frankfurt am Main. S. 52

⁴⁵⁵ Vgl. Bieber, 2009, S. 52

⁴⁵⁶ Käfer, Patrizia (2007). Sollen Sie doch virtuelle Pizzastücke essen! Die Presse Online, <http://diepresse.com/home/kultur/news/299428/Sollen-sie-doch-virtuelle-Pizzastuecke-essen> (zuletzt abgerufen am 28. Juni 2011)

⁴⁵⁷ Vgl. Bieber, 2009, S. 55

⁴⁵⁸ Vgl. Leggewie/Bieber, 2003, S. 125

ben, „die sowohl von staatlicher Seite angeboten wie vor allem auch aus der Bürgerschaft selbst heraus entstehen können.“ Im Rahmen der Demokratie kann der Bürger hierbei seiner Rolle als Souverän gerecht werden. Leggewie und Bieber nennen hier die Rollen-Beispiele als Hauptbeteiligter im Prozess der elektronischen Stimmabgabe („E-Voting“), als Quelle von Expertise in netzgestützten Planungs- und Gesetzgebungsverfahren oder als eigenständiger Akteur und Autor von Online-(Protest)-Kommunikation.⁴⁵⁹

E-Voting: „Mit dem Thema Internetwahlen wird von politischer Seite die Hoffnung auf positive Veränderung und Innovation verknüpft.“⁴⁶⁰ Mit dem E-Voting ist die Erwartung verbunden, vor allem bei jungen oder aufgrund beruflicher Aktivitäten sehr mobilen Wählern die Wahlbeteiligung zu erhöhen und das Wahlverfahren zu erleichtern. Ziel dabei ist laut Oliver Rüß, „den gewachsenen Mobilitätsanforderungen und damit den sich wandelnden Gesellschaftsstrukturen Rechnung zu tragen.“⁴⁶¹

Auch die Hoffnung, der vermeintlichen Wahlverdrossenheit entgegenwirken zu können, wird im Zusammenhang mit internetgestützten Wahlverfahren geäußert, damit die repräsentative Demokratie und die politische Partizipation wieder eine Wiederbelebung erfahren kann, zumal sich durch den technischen Einsatz der Zeit- und Kostenaufwand aller Beteiligten reduzieren lassen kann.

Im Rahmen des E-Voting besteht allerdings ein dringlicher Bedarf an rechtlicher Regelung, zumal sich hier die Sicherheitsfrage stellt. Denn: „Bei der Stimmabgabe zu einer geheimen Wahl muss beides gleichzeitig erfolgen. Zum einen muss jeder Wähler eindeutig identifiziert werden, um nachfolgend die Wahlberechtigung zu überprüfen und sicherzustellen, dass nur eine Stimme abgegeben wird. Zum anderen muss die eigentliche Wahlentscheidung aber unbedingt geheim bleiben.“⁴⁶² Wahlgrundsätze müssen im Allgemeinen auch beim E-Voting gewährleistet werden. Doch die damit einhergehenden widersprüchlichen Anforderungen an die Technik, die im Rahmen vom E-Voting eingesetzt werden müsste, konnten bisher noch nicht zur Gänze erfüllt werden – sollten sich zukünftig aber als machbar erweisen. „Einschränkend muss angemerkt werden, dass der Aufbau von Public Key-Infrastrukturen und die Verwendung digitaler Signaturen, beides Voraussetzungen für sichere und rechtsverbindliche

⁴⁵⁹ Vgl. Leggewie/Bieber, 2003, S. 134

⁴⁶⁰ Rüß, Oliver (2001). Rechtliche Implikationen und politische Intentionen des Online Votings – Ein Widerspruch? In: Filzmaier, Peter (Hg.) (2001). Internet und Demokratie: the state of online politics. Innsbruck. S. 130

⁴⁶¹ ebd.

⁴⁶² Kubicek, Herbert/Wind, Martin (2001). Wie „modernisiere“ ich Wahlen? Der lange Weg vom Pilotprojekt zum Online Voting bei einer Bundestagswahl. In: Filzmaier, Peter (Hg.) (2001). Internet und Demokratie: the state of online politics. Innsbruck. S. 110f

Online-Transaktionen, zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch erhebliche technische und organisatorische Probleme bereitet.“⁴⁶³

Das **E-Government** bietet sich als Konzept an, das Bürger und politische Institutionen mithilfe von IT-Technik, also zum Beispiel über das Internet, an Entscheidungsprozessen im Staat beteiligen lässt. Die Schwerpunkte liegen dabei in der Bürgernähe, im Service und in der Transparenz. Dabei sollen komplizierte Verwaltungsstrukturen vereinfacht werden und das Verwaltungshandeln modernisiert werden.

Im Rahmen der **E-Partizipation** wird eine Wiederbelebung der politischen Partizipation angestrebt. Während das E-Government Online-Angebote öffentlicher Dienstleistungen umfasst, betont die E-Partizipation die Einbindung des Bürgers bei politischen Entscheidungsfindungs- und Meinungsbildungsprozessen und stellt als Plattform für Beteiligungsmöglichkeiten Portale für Eingaben, Beschwerden und Petitionen der Bürger zur Verfügung. Die Option, tatsächlich beim Gesetzesentwicklungsprozess mitwirken zu können, steckt allerdings noch in den Kinderschuhen.

2.4.10.4 Lost or found in Cyberspace?

Mit der Einführung des Internets, so kann man an dieser Stelle durchaus behaupten, hat eine mediale Revolution stattgefunden. Die Auswirkungen auf die Demokratie gestalten sich dabei ambivalent; ebenso die Rückwirkungen auf die klassischen Medien.

Es gibt Argumente für und gegen eine Weiterentwicklung der Demokratie und Verbesserung der Demokratiequalität durch informations- und kommunikationstechnische Innovationen. Die Vorteile lägen nach Meyer in der bequemerer Zugänglichkeit, im höheren Maß an Autonomie, in der Verfügung über Zeitpunkte, Themen und Partner, sowie in der Unabhängigkeit von Veranstaltungsorten und spezifischen Tagesordnungen. Der „*Reiz der virtuellen Handhabung technischer Möglichkeiten*“ spreche für diese Option, obwohl sie in der Bilanz für die demokratische Öffentlichkeit eher ein Verlust darstelle.⁴⁶⁴

Weitere Vorzüge liegen darin, dass das Internet unabhängig von Raum und Zeit ist und dass es eine effiziente und grenzenlose Kommunikation erlaubt. Durch die Interaktivität wird der politische Dialog, sowie das Engagement von Gemeinschaften und Teilnehmern gefördert und die Bürger können sich nicht nur online jenseits von Grenzen zu Gruppen zusammenschließen, sie können sich auch mühelos und kostengünstig informieren.

⁴⁶³ Kubicek/Wind, 2001, S. 111

⁴⁶⁴ Vgl. Meyer, Thomas (2001). Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem. Frankfurt am Main. S. 185

Aktualität, Informationsvielfalt und die einfache Nutzungsmöglichkeit fördern mehr Partizipations- und Mitsprachemöglichkeiten; zusätzlich wird dabei ein Zeitgewinn für den Bürger durch Online-Amtswege gewährleistet. Weiters wird durch das E-Government ein Dialog zwischen Regierenden und Regierten möglich und die Transparenz wird im Allgemeinen erhöht. Ein Großteil empfindet eine Erleichterung für das Leben durch das Internet, da eine „neue Freiheit“ damit verbunden wird. Außerdem verbreitet sich dadurch der Eindruck, man werde wieder gehört.

Mit der Teilnahme an Open-Source-Projekten wird eine Gleichberechtigung von Usern ermöglicht, die nicht nur eine aktive Rolle an gesellschaftlichen Prozessen mit sich zieht, sondern auch kritikfördernd wirkt. Das Internet bietet sich als Plattform für eine verstärkte demokratische Beteiligung an, die dem politischen Aktivismus im Sinne eines Online-Protests sehr dienlich sein kann. Generell könnte auch die Idee der Weltdemokratie aufgrund der globalen Vernetzung mit Hilfe von Online-Projekten verwirklicht werden.

Bei allen Vorteilen sollte allerdings auch die Kehrseite beleuchtet werden. Das Internet hat zwar das Informationsmonopol der klassischen Medien gebrochen und somit die Gelegenheit, Kritik und oppositionelle Stimmen zu unterbinden, verringert – allerdings sind Printmedien, sowie Funk- und Fernsehen durch die Ausweitung des Online-Angebots in zunehmende Bedrängnis geraten.

Durch die neue Kommunikationswelt und dem damit verbundenen Überangebot, hat sich auch die Politische Kultur und das Kommunikationsverhalten verändert, sodass bereits von einem Qualitätsverlust in der Kommunikationskultur – ja sogar von einer Verblödung durch das Internet gesprochen wird. Die Menschen verlieren angesichts ihrer technisierten Fixiertheit in der Fülle der Details den Überblick, zumal eine sorgfältige Filterung kaum mehr möglich ist. Der Unterschied zwischen realen Ereignissen und überzogener Berichterstattung ist für den Informations-User oft nicht mehr zu erkennen – eine Überforderung aufgrund der hohen Informationsdichte ist quasi vorprogrammiert. In diesem Zusammenhang ist immer wieder von einem Absinken der Informationsqualität die Rede, zumal die Seriosität von Inhalten nicht geprüft und gefiltert werden kann. Zudem wird die ohnehin schon rasche Geschwindigkeit von gesellschaftlichen Veränderungen durch die Online-isierung noch mehr beschleunigt.

Durch die Gefahr der Manipulation und der Nichtgewährleistung des Datenschutzes erfordert das Internet einen kompetenten Umgang. Defizite finden sich auch in der Spaltung in eine

Wissenskluft von Informierten und Uninformierten und schließlich im Entertainisierungs-trend, im Internet zu beobachten ist und eine Entpolitisierung der Inhalte hervorbringt.

Eine IMAS-Studie besagt in diesem Zusammenhang: *„Die Zunahme der Informationsmöglichkeit führt nicht zu einer Verbreitung der Erfahrungshorizonte der Bevölkerung, sondern zu einer immer schärferen Selektion der Inhalte nach den eigenen Interessen. Sprich, die Bevölkerung hat zwar seit Beginn der Zivilisation heutzutage ein Höchstmaß an Informationsmöglichkeit, sie nutzt diese aber zu einer immer spezialisierteren Betrachtung der Gegenwart. Diese Prognose ist besorgniserregend, denn eine Gesellschaft, die ihre breite Kommunikationsbasis verlässt und sich kaum noch über gesellschaftliche Fragestellungen informiert, verändert auch ihren sozialen Code wie Normen und Werte, sie verliert das Verständnis für den Anderen und gefährdet in letzter Konsequenz den Zusammenhalt in der Gesellschaft.“*⁴⁶⁵

Kritikpunkte gäbe es Meyer zufolge auf der soziokulturellen, der sozioökonomischen, der massenkulturellen und der kommunikationstheoretischen Ebene.⁴⁶⁶

Auf soziokultureller Ebene werde der Einwand erhoben, das Internet würde die Gesellschaft in uninformierte Passivnutzer und informierte Aktivnutzer teilen, da nicht jeder eine angemessene Nutzungskompetenz hätte. Zudem stünden viele vor ökonomischen Barrieren. – Doch dieses Argument kann angesichts der weltweit steigenden Nutzungszahlen abgemildert werden. Der „digital divide“ spielt eine immer kleiner werdende Rolle und die Zweiteilung in aktive und passive Nutzer wird es vermutlich immer geben, sowie es immer politisch Interessierte und Desinteressierte geben wird. Der französische Philosoph Pierre Levy prognostiziert: *„The number of those excluded from cyberspace will continue to decline.“* Und weiter: *„It will become increasingly easy and less expensive to get connected.“* *„Any advance in communications systems necessarily results in some form of exclusion.“*⁴⁶⁷ Er sieht in der Nutzung des Internets viel Potential für eine Weiterentwicklung der Demokratie. *„It is the television, not the virtual, that systematizes our inability to act and the feeling of unreality that follows. Television forces me to share the same eye, the same ear as millions of other people.“*⁴⁶⁸

Auf der sozioökonomischen Ebene bestünde laut Meyer eine finanzielle Belastung durch die Anschaffung von technischen Geräten.⁴⁶⁹ – Aber auch dieses Argument kann aufgrund der immer billigeren Produktion von technischem Equipment abgeschwächt werden. Weiters ließe sich auf der massenkulturellen Ebene bereits eine Überlagerung von neuen Medien über

⁴⁶⁵ Vgl. IMAS (2010). Wie das Internet unsere Kommunikation verändert. Nr. 28/Dezember 2010. S. 3

⁴⁶⁶ Vgl. Meyer, 2001, S. 179

⁴⁶⁷ Levy, Pierre (2001). Cyberculture. Minneapolis. S. 221

⁴⁶⁸ Levy, 2001, S. 206

⁴⁶⁹ Vgl. Meyer, 2001, S. 179

die alten feststellen. Die Stärke liege vor allem in der interaktiven und symmetrischen Nutzung, weshalb es durchaus wahrscheinlich sei, dass das Internet künftig überwiegend als ein neues technisches Verteilungssystem für die Massenkommunikation alten Stils genutzt werde.⁴⁷⁰

Schließlich werde auf der kommunikationstheoretischen Ebene die Tendenz beobachtet, dass die im Internet vermittelte politische Öffentlichkeit die Privatisierung fördere, da der Einzelne nur als solcher die Möglichkeit des Internet nutze und damit die Filterwirkung der repräsentativen Öffentlichkeit umgehe.⁴⁷¹ – Auch dieser Einwand verliert angesichts der Förderung gemeinschaftlicher Zusammenarbeit durch Facebook & Co. seine Relevanz.

Die genannten Kritikpunkte dienen im Allgemeinen dem Herunterschrauben von großen Erwartungen, wobei das Internet nach wie vor und immer leichter neue Möglichkeiten für die Demokratie eröffnet.

*„Es ist heute noch eine offene Frage, ob die Ausdehnung und Intensivierung der Internetnutzung die bereits stark ausgeprägte Tendenz zur Fragmentierung der allgemeinen politischen Öffentlichkeit in isolierte Teilöffentlichkeiten noch wesentlich befördern wird (virtual balkanization).“*⁴⁷² Es spricht nach Meyer viel dafür, *„dass seine technischen Potenziale und die absehbaren sozialen und politischen Muster seiner tatsächlichen Nutzung eine Erweiterung und Ergänzung demokratischer Kommunikations- und Handlungsspielräume mit sich bringen werden.“*⁴⁷³

Dennoch sind Nachrichten nach wie vor auf große etablierte Medien angewiesen, um in Umlauf zu gelangen. Dabei warnt Meyer: *„Sollte sich diese Entwicklungstendenz in der gegenwärtigen absehbaren Weise beschleunigen, dann könnte ein wichtiger Teil der politischen Internetnutzung die problematischen Tendenzen der Mediendemokratie seinerseits noch verstärken statt ihnen entgegenzuwirken.“*⁴⁷⁴

Virtualität geht immer zulasten von Realität und Anonymisierung und macht eine Entwicklung vom anwesenden Bürger zum interaktiven „Internetzer“ möglich. Soziale Interaktion wird in den Hintergrund gedrängt, sodass man heute schon eine Verlagerung von Parteisitzungen zu Onlineveranstaltungen beobachten kann.

⁴⁷⁰ ebd.

⁴⁷¹ ebd.

⁴⁷² Meyer, 2001, S. 186

⁴⁷³ ebd.

⁴⁷⁴ ebd.

Welche Gefahren das Internet und die Medien im Allgemeinen mit sich bringen, wird schließlich noch einmal im Kapitel der Informationsüberflutung bzw. der Politikverdrossenheit durch Medien erörtert.

Wir haben nun also einen relativ guten Überblick über einige für diese Arbeit wichtige Zusammenhänge zwischen den Medien und ihren passiven und aktiven Wechselwirkungspartnern gewonnen. Die wichtigsten Punkte waren die Aufgaben der Medien, die Krisenhaftigkeit der aktuellen Situation, die Anpassung der Logik der Politik an die der Medien, das Problem der Beschleunigung, Hinterzimmergespräche, Boulevardisierung, Kommerzialisierung sowie das Zusammenspiel von politischer PR und Medien und die Risiken und Chancen des Web 2.0.

Jenem Akteur, der schließlich im unmittelbaren Wirkungsfeld der Medien steht – dem *demos* – ist das kommende Kapitel gewidmet, in dem an einigen Stellen nochmals auf sein Verhältnis zur Informationsvermittlung durch die Medien eingegangen wird.

2.5 DEMOS

2.5.1 **Wanted!**

oder „Die Zutaten für einen perfekten Bürger“

„Gesucht: der autonome, sachbezogen motivierte, interessierte, produktive, risikobereite, unabhängige, kreative, kritische, rationale handlungsbereite, sich selbst bestimmende und selbst aktivierende Bürger.“⁴⁷⁵

Die Wunschvorstellung vom Staatsbürger par excellence bewegt sich rund um einen selbstständigen, engagierten Menschen, der interessiert, verantwortungsbewusst, umfassend gebildet, geduldig, gesittet, solidarisch, geradlinig, tolerant, besonnen, loyal, diszipliniert, offen und partizipationswillig ist; der moralisch, fair, problemlösungsorientiert, gemeinwohlorientiert und vor allem rational handelt. – Die Liste der vorbildlichen Eigenschaften könnte wohl noch ins Unendliche weitergeführt werden.

Fritz Borinski träumte einst von einem jungen Menschen als *„aktiven Träger und Mitarbeiter des freien Volksstaates“*.⁴⁷⁶ Zu diesem Zweck sei das Ethos des demokratischen Mitbürgers mit einem freien, gleichen und brüderlichen Verhalten zu verfolgen. Die Freiheit manifestiere sich im Bewusstsein der Verpflichtung zur eigenverantwortlichen Mitarbeit am öffentlichen Leben. Unter Gleichheit versteht Borinski einen selbstbewussten Umgang mit Behörden, während Brüderlichkeit für ihn gegenseitige Hilfe, Nächstenliebe, Kameradschaft und Solidarität bedeutet.⁴⁷⁷ Doch worauf blicken wir, wenn wir das reale Bild der Gesellschaft betrachten?

Der Bürger, der sich mit Freude und Engagement an politischen Prozessen beteiligt, ist zu einer Seltenheit geworden. Statt dessen zeichnet sich ein Bild des Menschen, der verängstigt, selbstbezogen, egoistisch, intolerant, frustriert, müde, zurückgezogen, resigniert, gestresst, überfordert, verunsichert, unzureichend informiert, partizipationsfaul und ernüchtert ist. Neid und Missgunst beherrschen oft gesellschaftliche Debatten und beschwören den Populismus herauf.

⁴⁷⁵ Behrmann, Günther (1979). Politische Sozialisation in entwickelten Industriegesellschaften, Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 132, Bonn. S. 19. Zitiert nach: Detjen, Joachim (2007). Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland. Wien/München. S. 215

⁴⁷⁶ Borinski, Fritz (1954). Der Weg zum Mitbürger. Die politische Aufgabe der freien Erwachsenenbildung in Deutschland. Düsseldorf/Köln. S. 57f., 71f. Zitiert nach: Detjen, Joachim (2007). Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland. Wien/München. S. 216

⁴⁷⁷ ebd.

Die Medien berichten von Korruptions- und Betrugsfällen, von verschleuderten Steuergeldern, von ungreifbaren Gesetzen, die von Menschen verabschiedet werden, denen man nicht mehr vertraut. Die Bürger werden mit Bildern von Kriegen, terroristischen Anschlägen und Naturkatastrophen konfrontiert; sie fühlen sich von supranationalen und ökonomischen Gebilden bedroht und sehen sich aus dem Labyrinth der Informationen nicht mehr heraus.

Vor dem Hintergrund dieser Eindrücke werden schließlich ihre Sinne und Instinkte blockiert. Ohnmachts- und Überforderungsgefühle machen sich in einer Welt der reproduzierten Bilder breit. Die Wirklichkeit ist für den Menschen nicht mehr erfahr- und überprüfbar und der *demos* ist depressiv, apathisch und müde geworden.

„Eine Demokratie lebt nicht ohne eine demokratische Kultur der Wachsamkeit, die von allen getragen wird.“⁴⁷⁸, meint Dahrendorf und deshalb gilt es, den vermeintlich politikverdrossenen Bürger wieder in seine gesellschaftliche Verantwortung zu ziehen. Aus diesem Grund beschäftigt sich das nächste Kapitel mit den persönlichen Leiden und modernen Problemen, mit denen die Individuen des *demos* zu kämpfen haben.

2.5.2 Das private Burnout der Ausgebrannten oder „Running Out Of Time“

Viele sind der Meinung, wir lebten in glücklichen Zeiten, in denen es uns so gut ginge wie noch nie zuvor, doch bereits Hegel meinte, dass Zeiten des Glücks „leere Seiten der Weltgeschichte“ seien und dass Glück als Frühindikator von Krisen gelte.

Mischen wir uns unter das Volk, so zeichnet sich vor allem ein Bild ab: der Bürger ist zutiefst verunsichert und überfordert: „Die technologiegesättigten Strukturen der Lebenswelt verlangen von uns Laien nach wie vor den banausischen Umgang mit unverstandenen Apparaten und Anlagen, ein habitualisiertes Vertrauen in das Funktionieren undurchschauter Techniken und Schaltkreise. In komplexen Gesellschaften wird jeder Experte gegenüber allen anderen Experten zum Laien.“⁴⁷⁹, stellt Habermas fest.

Immer verfügbar, bereit und flexibel sein – das sind die gegenwärtigen Anforderungen an den Menschen. Ein ungeheurer Erschöpfungsbefund hat sich ob dieser Forderungen in der Leistungsgesellschaft ausgebreitet. Erst kürzlich schaffte es die Schlagzeile „Jeder Dritte leidet an einer psychischen Störung“⁴⁸⁰ in Die Presse.

⁴⁷⁸ Dahrendorf, 2002, S. 92

⁴⁷⁹ Habermas, 1998, S. 69

⁴⁸⁰ Die Presse Online. Jeder Dritte leidet an einer psychischen Störung.

<http://diepresse.com/home/gesundheit/690885/Jeder-Dritte-leidet-an-einer-psychischen-Stoerung> (zuletzt abgerufen am 10. September 2011)

Das Erschöpfungssyndrom ist, wie in der Einleitung schon erwähnt, zwar medizinisch nicht einheitlich definiert, stellt aber nichtsdestotrotz eine Zivilisationskrankheit dar, die auch etwas über den gesellschaftlichen Zustand aussagt. Es handelt sich dabei im Grunde genommen um ein Phänomen der Kommunikationsgesellschaft, das durch den technologischen Fortschritt hervorgebracht wurde. Die moderne Gesellschaft ist buchstäblich zu Wachstum und Beschleunigung verurteilt, doch die permanente Beschleunigung stellt eine immer größer werdende Herausforderung und gleichzeitige Bedrohung für die Menschen dar.

Das Problem mit dem gesteigerten Tempo und der Zeitarmut erkannte Michael Ende bereits Anfang der 1970er Jahre, als er den Roman Momo schrieb. *„Niemand schien zu merken, dass er, indem er Zeit sparte, in Wirklichkeit immer ärmer, immer gleichförmiger und immer kälter wurde. [...] Aber Zeit ist Leben. Und das Leben wohnt im Herzen. Und je mehr die Menschen daran sparten, desto weniger hatten sie.“*⁴⁸¹

Gegenwärtig ist Zeit zu einem raren Gut geworden. Menschen leiden trotz hilfreicher und rationeller Technologien unter Zeitdruck wie noch nie, denn der *„Zeitgewinn, den uns die neuen Technologien beschert haben“*, stellt der Soziologe Hartmut Rosa fest, *„sind von Optionsvermehrungen und Wachstumsprozessen aufgebraucht worden.“*⁴⁸²

In diesem Zusammenhang wirft Rosa ein, dass Beschleunigung per se nicht schädlich sei, zumal die Grenzen der menschlichen Verarbeitungsfähigkeit sehr elastisch und anpassungsfähig sind. Im Laufe der Geschichte, wurde immer wieder behauptet, dass der Fortschritt den Menschen zunehmend überfordere – so auch, als die Eisenbahn erfunden wurde und die Befürchtung aufkam, eine Geschwindigkeit über 30 Kilometer pro Stunde führe zu Gehirnerweichung. Trotz unserer sehr großen Anpassungsfähigkeit schätzt Rosa die Lage so ein, *„dass wir jetzt in den spätmodernen Gesellschaften in verschiedenen sozialen Bereichen Geschwindigkeiten erreicht haben, die schädlich für uns sind.“*⁴⁸³

Der wachsende Leistungsdruck in der modernen Gesellschaft setzt den Menschen zunehmend außer Gefecht. Immer öfter ist von einer Überforderung der Gesellschaft die Rede, in der die Anzahl von Mobbingfällen und Stresssymptomen rapide ansteigt und in der der Mensch scheinbar gleichzeitig dünnhäutiger geworden ist. Dabei stellt sich die Frage, welche Umstände zu einer solchen erhöhten Empfindlichkeit und Verletzlichkeit führen können.

⁴⁸¹ Ende, Michael (1973). Momo. Stuttgart. Wien. S. 72

⁴⁸² Rosa, Hartmut (2010). Die Finanzkrise als Beschleunigungsunfall – Hartmut Rosa im Gespräch. In: Goethe-Institut e. V., Online-Redaktion, Mai 2010, <http://www.goethe.de/ges/phi/eth/de6018458.htm> (zuletzt abgerufen am 19. Juli 2011)

⁴⁸³ Rosa, Hartmut (2007). „Wir wissen nicht mehr, was wir alles haben“. Interview von Iris Radisch mit Helmut Rosa. In: Die Zeit Online. <http://www.zeit.de/2007/52/Interview-Rosa> (zuletzt abgerufen am 12. Juni 2011)

Der internationalisierte Wettbewerb trägt im Zuge der Globalisierung jedenfalls seinen Teil dazu bei, dass Flexibilisierung und Effizienzsteigerung immer mehr zum Imperativ der Gesellschaft werden. Durch eine zunehmende Beschleunigung reduziert sich die verfügbare Zeit immer weiter; ständige Mobilität, Flexibilität, Abrufbarkeit und Erreichbarkeit tragen zum Verschwimmen der Grenzen von Privatleben und Arbeitsleben bei.

Angesichts dieser Umstände ist der Output des Menschen gegenwärtig praktisch höher als noch vor hundert Jahren, als sich eine Umstellung von einer Arbeit mit Maschinen und Gütern auf eine Arbeit mit Informationen und Dienstleistungen vollzog. Doch die Schöpferkraft des Menschen ist nicht endlos steigerbar. Wenn wir noch weiter Beschleunigen, wird sich die menschliche Produktivität vermutlich als rückläufig erweisen – die Begründung für diese Vermutung lässt sich aus einem einfachen und in der Psychologie am Individuum nachgewiesenen Phänomen herleiten: Eine immer größere Aktivierung des Menschen bewirkt zwar zuerst auch eine immer höhere Leistungsfähigkeit, ab einem bestimmten Aktivierungsgrad kehrt sich das Verhältnis aber um und von diesem Maximum an beginnt die Leistungsfähigkeit zu sinken, wenn die Aktivierung noch mehr gesteigert wird. Wo dieser Scheitelpunkt liegt, kann man zwar nur schwer vorausberechnen, bei einem stetigen Anstieg aktivierender Anforderungen ist das Erreichen eines solchen jedoch vorprogrammiert und unausweichlich.

*„Die Welt im 21. Jahrhundert ist schnell, anstrengend, unberechenbar - und führt bei Millionen Deutschen zum Burnout.“*⁴⁸⁴, berichtete der Spiegel alarmierend in einer Reportage Anfang des Jahres 2011. Der Medienwissenschaftler Geert Lovink geht davon aus, dass permanenter Aufmerksamkeitsdruck die Psyche verändert. Dabei stünde nicht die Technologie im Zentrum des Problems, sondern in erster Linie die Verknüpfung von Informations- und Konkurrenzdruck, weshalb er fordert: *„Wir müssen wieder Herren unserer Zeit werden.“*⁴⁸⁵

Dennoch wird der zerstreute Mensch dazu aufgefordert, aus Mangel an Zeit mehrere Tätigkeiten gleichzeitig zu verrichten, um am Ende Zeit zu sparen. Multitasking lautet das Schlagwort der Gegenwart, wobei verschiedene Prozesse in derartig kurzen Abständen abwechselnd aktiviert werden, dass ein Eindruck der Gleichzeitigkeit entsteht. Mit Ausnahme von wenigen automatisierten Handlungen wechselt man beim Multitasking immer zwischen verschiedenen Tätigkeiten hin und her – wie ein Computer, der nicht parallel, sondern nur seriell verarbeitet.

⁴⁸⁴ Dettmer, Markus/Shafy, Samiha/Tietz, Janko (2011). Das Volk der Erschöpften. In: Der Spiegel 04/2011, S. 114

⁴⁸⁵ Lovink, Geert (2010). Was uns wirklich krankt macht. In: FAZ.net, <http://www.faz.net/-014slr> (zuletzt abgerufen am 2. September 2011)

Während sich Ratgeber, wie man das Leben wieder in den Griff bekommen kann, am Büchermarkt tummeln, die Beratungsindustrie boomt und Psychologen, Therapeuten und Lebensberater gefragter denn je sind, ist es zur Mode geworden, sich weitaus mehr aufzuladen, als man tatsächlich tragen kann, obwohl ein Quantum an Ruhe, Sport, Hilfe von außen, Verlangsamung, Reflexion, Verarbeitungszeiten und Verlangsamung angesichts der steigenden Komplexität und des technologisch-bedingten Stresses dringend nötig wäre.

Die kapitalistische ‚rahmenlose‘ Moderne habe für den Staat und die Gesellschaft, aber auch für Individuen massive Überlastungen mit sich gebracht, in der modernen Gesellschaften ihre *„Identität auf permanenten und riskanten Wandel, Bewegung, Zerstörung und Wachstum“*⁴⁸⁶ einstellen müssten und Unsicherheit zu einer Entwicklungsvoraussetzung geworden sei. Doch Innovationsdruck gepaart mit der Enttraditionalisierung bringe für einen immer größeren Teil der Menschen *„nur noch Stress und Schmerz.“*⁴⁸⁷, so der Kulturwissenschaftler Hartmut Böhme.

Man könne auf der Seite der Globalisierungsgewinner *„eine Zunahme sozialexperimentellen und spielerischen Möglichkeitsbewusstseins mit extremer Risikobereitschaft“* beobachten und auf der Seite der Globalisierungsverlierer *„Konformismus, lavierende Wut und Depression oder als Amüsement getarnte Langeweile.“*⁴⁸⁸ Es sei ein Zustand von asymmetrisch verteilter Risikobereitschaft bei gleichzeitigem Sicherheitsbedürfnis, der die Gesellschaft immer weiter auseinanderreiße.

Die im Zuge der Globalisierung geforderte Mobilität, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit erfordere nach Böhme zudem so viel Kraft, dass es vielen wichtiger erscheine, die knapp kalkulierte Freizeit in den Ausbau der individuellen Fitness zu investieren, als für Parteisitzungen zu verschwenden. *„Das ist nachvollziehbar, wenn man sich viele extrem gestresste Menschen anschaut. Es ist glaubwürdig, wenn diese Menschen sagen: ‚Natürlich interessiere ich mich für Politik – aber ich kann nicht mehr! Ich muss sehen, wie ich meine beruflichen und familiären Verpflichtungen halbwegs erfüllen kann.‘“*⁴⁸⁹

Aufgrund dieser Umstände lautet die Pauschal-Diagnose oft „Politikverdrossenheit“, doch ob dem wirklich so ist, wie und wodurch sie eigentlich zustande gekommen ist und wie man dieser Erscheinung entgegenwirken kann, wird kaum erläutert. – Ein guter Grund, sich in den kommenden Kapiteln näher damit zu beschäftigen.

⁴⁸⁶ Böhme, Hartmut (2009). Hilft das Lesen in der Not? Warum unsere Wirtschaftskrise eine Krise der Moderne ist. In: Die Zeit Literatur Nr. 12, März 2009, S. 28-35

⁴⁸⁷ ebd.

⁴⁸⁸ ebd.

⁴⁸⁹ ebd.

2.5.3 Politikverdrossenheit

Politische Verdrossenheit ist schon seit geraumer Zeit in aller Munde und findet verstärkt als Pauschalurteil nach abgehaltenen Wahlen Platz in der Öffentlichkeit. Bereits im Jahr 1997 stellte der damalige Bundeskanzler Victor Klima fest: „*Staats-, aber auch Politikverdrossenheit können nicht verdrängt und geleugnet werden.*“⁴⁹⁰ Bleiben Wähler von der Urne fern, wird ihnen gleich die Diagnose „politikverdrossen“ aufgestempelt. Trotz der Schwammigkeit des Begriffs – beschreibt es dennoch ein Grundgefühl, das für eine Unzufriedenheit mit der Politik steht.

Dabei will das Phänomen der sinkenden Wahlbeteiligung von Analytikern ergründet werden. „*Wir wissen alle: die österreichische Bevölkerung ist massiv politikverdrossen. Wir wissen auch: sie liegt damit im internationalen Trend und sogar mit einer gewissen, durchaus exzeptionellen Vorreiterrolle.*“⁴⁹¹, meint Andreas Schedler. Hinsichtlich der Ergründung des Phänomens meint Georg Hefty: „*Mit der Politikverdrossenheit ist es wie mit dem Kopfweh – es gibt viele Arten und nicht alle haben dieselbe Ursache.*“⁴⁹² Man müsse nicht nur ihre Erscheinungsformen und Konsequenzen beleuchten, sondern auch ihre Wurzeln erforschen, um zu erkennen „*daß sie sich nicht allein aus den Fehlern der Politikproduzenten, sondern auch aus den Dispositionen der Politikkonsumenten speist.*“⁴⁹³

Bei der Politikverdrossenheit handelt es sich, wie es der Name schon verrät, um ein Unbehagen im Zusammenhang mit der Politik und somit mit dem Agieren von Politikern, Parteien und Regierungen, sowie um eine Unzufriedenheit hinsichtlich des eingeschränkten Mitspracherechts. In zweiter Linie kann die diagnostizierte Politikverdrossenheit aber auch durch die Art der medialen Berichterstattung und die damit einhergehende Informationsüberflutung verursacht werden.

Aus diesem Grund beschäftigt sich der erste Teil dieses Kapitels mit der Erscheinung der Politikverdrossenheit im Allgemeinen; der zweite Teil behandelt die Probleme, die durch das Agieren von Medien hervorgerufen werden.

⁴⁹⁰ Klima, Victor (1997). Parlamentskorrespondenz Nr. 58 vom 29.01.1997

⁴⁹¹ Schedler, Andreas (1993). Das empirische Profil der Politikverdrossenheit, IHS, Reihe Politikwissenschaft Nr. 7, S. 3

⁴⁹² Hefty, Georg Paul (1993). Die wohlfeile Politikverdrossenheit der Wohlstandsbürger. In: Herles, Helmut (Hg.) (1993). Politikverdrossenheit – Schlagwort oder Zeichen der Krise? Bonn. S. 45

⁴⁹³ ebd.

2.5.3.1 Politikverdrossenheit durch Politik

Kai Arzheimer hat sich eingehend mit der Politikverdrossenheit, ihrer Bedeutung, Verwendung und empirischen Relevanz beschäftigt und im Jahr 2002 eine Inhaltsanalyse aus 126 Arbeiten erstellt, die aufzeigt, welche Ursachen immer wieder im Zusammenhang mit politischer Verdrossenheit genannt wurden. Jene herausgearbeitete Tabelle soll an dieser Stelle als Einstieg in das Thema der Politikverdrossenheit dienen.

Grafik II: Ursachen politischer Verdrossenheit⁴⁹⁴

Ursache	Anteil (%)	n
Medien (Videomalaise, negative Berichte etc.)	31,7	40
Moralisches Fehlverhalten der Politiker	26,2	33
Wertewandel	24,6	31
Selbstdarstellung der Politik(er)	21,4	27
Inkompetenz	21,4	27
Auflösung von Milieus	19,8	25
Sinkende <i>outputs</i> des Systems	18,3	23
Parteienfinanzierung/Diäten	16,7	21
Dominierende Stellung der Parteien	15,9	20
Artikulations-/Responsivitätsdefizit der Parteien	15,9	20
Politisch-ökonomische Krise nach der Vereinigung	15,1	19
Individualisierung	15,1	19
Kartellbildung zwischen Parteien	11,9	15
Politische Sozialisation/Politische Kultur	10,3	13
Bildungsexpansion	10,3	13
Oligarchie innerhalb der Parteien	9,5	12
Weltweite ökonomische Verflechtung	7,9	10
Wachstum des Wohlfahrtsstaates	6,3	8
Orientierung der Politik an kurzfristigen Zielen	6,3	8
Vernachlässigung der Stammklientel durch die Parteien	5,6	7
Selbstüberforderung der Parteien	5,6	7
Institutionelle Arrangements/Politikverflechtung	5,6	7
Entwicklung zur „postindustriellen Gesellschaft“	4,0	5

Die Basis für diese Tabelle bilden 126 Arbeiten, die sich mit den Ursachen politischer Verdrossenheit beschäftigen. Aufgeführt sind alle Ursachen, die von mehr als drei Autoren genannt werden. Die Anteile summieren sich zu mehr als 100 Prozent, weil zahlreiche Autoren mehr als eine mögliche Ursache nennen (vgl. Tabelle 2.35 auf der vorherigen Seite).

Quelle: Arzheimer, Kai (2002). Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffes. Wiesbaden. S. 146

⁴⁹⁴ Arzheimer, Kai (2002). Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffes. Wiesbaden. S. 146

2.5.3.1.1 Der ermüdete Bürger oder „Das erkrankte Volk“

Eine Grundvoraussetzung der Demokratie sei nach Dahrendorf, „*dass alle Bürger in der Lage sind, die Entscheidungen der Regierenden zu beurteilen*.“⁴⁹⁵ Sind die Bürger allerdings dazu noch imstande? Angesichts der Komplexität hochtechnischer Fragen, so Dahrendorf, reiche der gesunde Menschenverstand nicht mehr aus.⁴⁹⁶ Zudem müssten neue Wege beschritten werden, um die Teilhabe des Volkes (re)animieren zu können, zumal die traditionellen Möglichkeiten der demokratischen Partizipation veraltet zu sein scheinen.⁴⁹⁷

Im Verhältnis zwischen dem Volk und der Demokratie lässt sich ein Wandel beobachten. Veränderungen auf nationalstaatlicher und supranationalistischer Ebene haben genauso ihren Teil dazu beigetragen, wie technologische und gesellschaftliche Veränderungen oder auch Umgestaltungen im ökonomischen, medialen und politischen Feld. Medialisierung, Individualisierung, Transnationalisierung sind die Schlagworte der Zeit, in der die politische Führung den direkten Draht zum Volk verloren hat, während Einflüsse von nicht gewählten Akteuren, wie Meinungsforschern, Spindoktoren, Medien etc. immer mächtiger werden. Diese Komplexitätssteigerung erschwert das Zusammenleben der Menschen in großem Maße. Selbstbestimmung, Freiheit und Gleichheit finden kaum den Weg zur Verwirklichung. Die Menschen sind in ihrer gesellschaftlichen Einbindung überfordert; das eigene politische System wird nicht mehr verstanden.

Ein vermeintliches Desinteresse gepaart mit Trägheit und dem Glauben, man könne ohnehin nichts mit seiner Wählerstimme erreichen, hat sich unter dem *demos* breit gemacht und ein Gefühl der Ohnmacht und Überforderung – ein gesellschaftliches Burnout – angesichts unüberschaubarer Komplexitäten heraufbeschworen. Negt zieht daraus eine Folge: „*Die Bürger stumpfen ab, die Kräfte des Widerstands erlahmen, die Politik erodiert und entleert sich ihres Sinns*.“⁴⁹⁸ Nicht zuletzt deshalb ist immer wieder von Parteienverdrossenheit, politischer Entfremdung, politischer Apathie und Politikverweigerung die Rede, bei der als Hauptverdrossene nach Claus Leggewie „*die üblichen Verdächtigen*“, also Langzeitarbeitslose, Sozialhilfeempfänger, schlecht Qualifizierte und Einwanderer der zweiten und dritten Generation gesehen werden.⁴⁹⁹

⁴⁹⁵ Dahrendorf, 2002, S. 50

⁴⁹⁶ Vgl. Dahrendorf, 2002, S. 50

⁴⁹⁷ Dahrendorf, 2002, S. 66

⁴⁹⁸ Negt, Oskar (2010). „In dieser Gesellschaft brodet es“. Interview von Romain Leick mit Oskar Negt. In: Der Spiegel 32/2010, S. 98

⁴⁹⁹ Vgl. Leggewie, Claus (2009). Demokratie neu erfinden? Die Presse Online

<http://diepresse.com/home/spectrum/zeichenderzeit/503351/Demokratie-neu-erfinden> (zuletzt abgerufen am 2. Juli 2011)

Der Politologe Werner Patzelt spricht in diesem Zusammenhang von einer „*politischen Entfremdung mangels Wissen*“ und unterlegt seine These mit einer provokativen Gegenüberstellung: Bürger informierten sich beim Kauf eines MP3-Players für 50 Euro stundenlang über die Vor- und Nachteile eines Gerätes, dächten jedoch keine drei Minuten über die Frage nach, ob es gut oder schlecht sei, wenn etwa die Türkei der Europäischen Union beitrete.⁵⁰⁰

Zu dieser plakativen Darstellung eines konsumorientierten statt politikinteressierten Volkes passend ist die Ansicht von Georg Hefty, der davon ausgeht, dass die Politikverdrossenheit abflauen wird, „*wenn die Probleme den Wohlstand beeinträchtigen, denn bei der Rettung des Wohlstands leistet man sich nicht mehr die Attitüde des politischen Feinschmeckers.*“⁵⁰¹ Nach Dahrendorf läge es auf der Hand, „*dass die demokratische Apathie implizit ein Verhalten der Mächtigen toleriert und billigt, dem eine Gesellschaft aktiver Bürger eigentlich etwas entgegensetzen müsste.*“⁵⁰² Angesichts dieser Tatsache bestünde ein Bedarf an aufmerksamen engagierten Bürgern, die in der Lage sind, sich gerade in Zeiten der demokratischen Krise Gehör zu verschaffen – „*wenn diese Stimme aber schweigt, entsteht leicht eine Situation, in der sie sich auch dann nicht mehr Gehör verschaffen kann, wenn es dringend geboten wäre.*“⁵⁰³, so Dahrendorf.

Ein weiterer Lösungsansatz für die proklamierte Politikverdrossenheit wird in der verstärkten Einführung der direkten Demokratie gesehen – aber: „*All diesen Absichten liegt die fixe Vorstellung zugrunde, dass der Wähler ein geradezu elementares Verlangen nach politischer Mitentscheidung hat und, dass die Politikverdrossenheit hauptsächlich auf einen ungesättigten politischen Äußerungsbedarf der Bürger zurückzuführen ist.*“⁵⁰⁴ Diese reduzierte Annahme einfach so hinzunehmen wäre falsch: die Bevölkerung teilt sich offenbar in zwei Blöcke: Die einen beklagen zu wenig Mitspracherecht und Einbindung in politische Prozesse, während die anderen sich von der Komplexität überfordert und nicht in der Lage fühlen, angemessen mitbestimmen zu können und sich deshalb auf starke politische Entscheidungsträger verlassen wollen.

„*Ebenso wie die Wirtschaftswissenschaft über die ökonomischen und kulturellen Bedingungen ‚rationalen‘ ökonomischen Handelns schweigt, hüllt sich die ‚Politikwissenschaft‘ im Hinblick auf jene Bedingungen in den Mantel des Schweigens, welche die Bürger vor die*

⁵⁰⁰ Vgl. Patzelt, Werner (2007). In: Ramge, Thomas (2007). Warum einfach, wenn's auch kompliziert geht. In: Brand eins, Ausgabe 4/2007. S. 106

⁵⁰¹ Hefty, 1993, S. 51

⁵⁰² Dahrendorf, 2002, S. 93

⁵⁰³ ebd.

⁵⁰⁴ IMAS (2011). Der verkannte Wutbürger. IMAS Nr. 4/Februar 2011, S. 3

*Wahl stellt, sich entweder ihrer Stimme zu enthalten oder durch ihre Delegation alle Macht aus den Händen zu geben, eine Wahl, die umso gewalttätiger ausfällt, je weniger sie über die ökonomischen und kulturellen Mittel der politischen Teilhabe verfügen.*⁵⁰⁵, stellt Bourdieu fest.

2.5.3.1.2 Politiker, Parteien und Regierungen als Auslöser von Politikverdrossenheit

Die Postdemokratiediagnose unterstellt den Bürgern eine Politikverdrossenheit. Der *demos* hat mit Verunsicherungen auf vielen Ebenen zu kämpfen und ist kaum noch dazu in der Lage, jemandem seinen Glauben, geschweige denn sein Vertrauen zu schenken.

Wie groß das Ausmaß des Verdrusses über das Parteiensystem ist und wie sich die Verdrossenheit in den letzten Jahren entwickelt hat lässt sich anhand einiger Parameter festmachen:

- massenhafte Wahlenthaltung – teilweise mit, teilweise ohne Botschaft (Wählen zu gehen, wird nicht mehr als Pflicht des Bürgers angesehen)
- schwindende Lust sich an eine Partei zu binden
- niedrige Bereitschaft sich in Parteien zu engagieren

Versetzen wir uns in diesem Zusammenhang in folgendes Szenario: Man wird dazu überredet bei einem der ältesten Brettspiele, Backgammon, zuzusehen und kann sich kaum dafür begeistern, weil man die Spielregeln durch das einfache Beobachten nicht begreifen kann. Ähnlich verhält es sich mit dem Interesse am politischen System: Wenn die Bevölkerung die Vorgänge im System und das System selbst nicht versteht und auch keine aktive Rolle darin findet, wird es schwer, sich dafür interessieren oder gar begeistern zu können.

Vor einigen Jahrzehnten stellte die Familie noch einen Ort der politischen Sozialisation dar und lieferte notwendige Orientierungsmuster für ihre Mitglieder. Doch im Wandel der Zeit und den damit einhergehenden veränderten Strukturen, Individualisierungsschüben und dem gelockerten gesellschaftlichen Zusammenhalt, haben Familien, sowie Kirchen, Vereine oder politische Parteien ihren Einfluss als Orientierungsinstanzen verloren. Damit vollzog sich auch ein Verlust der Solidarität, der keinesfalls förderlich für den demokratischen Gedanken ist.

Laut gängiger Meinung bezieht sich die Enttäuschung vor allem auf politische Eliten, wie Parteien und Politiker, weshalb auch häufig von einer Parteien- oder Politiker-Verdrossenheit gesprochen wird. Die Wähler vermissen vor allem konkrete Antworten der Parteien auf ge-

⁵⁰⁵ Bourdieu, 2001, S. 67

genwärtige Probleme und auch wenn Politiker sich durch professionelle Rhetorik und psychologische Tricks mit dem Nimbus der Besonderheit und Einmaligkeit ihrer Vorhaben umgeben wollen, sind die tatsächlich angebotenen Lösungsvorschläge in den Parteiprogrammen oft nicht nur unzureichend durchdacht, sondern gleichen einander auch meist wie die Inhaltsstoffe verschiedener Energy-Drinks, die sich fast ausschließlich in ihrem Design und ihrer Marketingstrategie und vielleicht auch noch in ihrer Geschmacksrichtung voneinander unterscheiden.

Auf Dauer lassen sich mündige Bürger aber klarerweise trotzdem nicht „für dumm verkaufen“ – über die Folgen solch oberflächlicher und kurzsichtiger Strategien schreibt Chantal Mouffe: *„Da es keinen fundamentalen Unterschied mehr zwischen den Parteien gibt, versuchen sie, ihre Produkte mit Hilfe von Werbeagenturen durch cleveres Marketing zu verkaufen. Die Folge ist eine wachsende Politikverdrossenheit und ein dramatisches Sinken der Wahlbeteiligung.“*⁵⁰⁶

Der Verdruss des *demos* über die Politiker und Parteien rührt unter anderem aber auch daher, dass der Vermittlungsmechanismus zwischen den Ansprüchen der Bürger, den Parteien und dem Regierungssystem scheinbar nicht mehr funktioniert – das Verhältnis von Input und Output ist gestört und dies macht sich auf verschiedenen Ebenen bemerkbar. Als zentrales Kennzeichen von postdemokratischen Systemen gilt die Verschiebung von einer Input- zu einer Outputlegitimation, in der, wie bereits beschrieben, die demokratischen Institutionen zwar formal intakt, de facto aber entleert sind, da die Bürger von ihrer Partizipationsmöglichkeit kaum noch Gebrauch machen. Weil die westlichen Demokratien jedoch die „Herrschaft des Volkes“ sehr betonten und die Input-Legitimation auch als demokratisches Fundament betrachten, entsteht eine Legitimationslücke, die durch mehr Output aufgefüllt wird. Die Theorie der Postdemokratie verweist schließlich darauf, *„dass die Erzählung von der Souveränität des Volkes nicht oder zumindest immer weniger mit der Realität eines Finanzmarktkapitalismus übereinstimmt.“*⁵⁰⁷, so Dirk Jörke.

Dabei wird die Meinung des *demos* nicht nur zunehmend untergraben – die Bürger bekunden darüber hinaus auch eine Unzufriedenheit mit dem Output des politischen Systems, wie auch Claus Leggewie bestätigt: *„Generell verstärkt sich der Eindruck, demokratische Politik werde den mannigfachen Herausforderungen nicht gerecht, das heißt, die Demokratie ‚liefere‘*

⁵⁰⁶ Mouffe, 2007, S. 84

⁵⁰⁷ Jörke, Dirk (2010). Was kommt nach der Postdemokratie? In: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik Nr. 190, Heft 2/2010, S. 22

*nicht mehr. Damit verfehlte sie eine wesentliche Säule ihrer Glaubwürdigkeit: Output-Legitimation [...].*⁵⁰⁸

In der Folge lassen sich immer weniger Menschen zur politischen Partizipation animieren, was sich unter anderem an der sinkenden Wahlbeteiligung festhalten lässt. Das Vertrauen in die Politiker und die Hoffnung, dass Politiker im Sinne des Volkes für das Volk handeln, werden täglich von neuem zerschlagen.

Ein weiteres Erklärungsmodell zur Politikverdrossenheit liefert Helmut Klages, indem er behauptet, dass Politiker dazu neigten, die Zuständigkeit für Probleme zu übernehmen, für die sie gar nicht verantwortlich seien. Aus diesem Grund weckten Bürger Erwartungen in den Staat, die er nicht erfüllen kann und das führe langfristig zur Unzufriedenheit mit den Parteien und dem politischen System.⁵⁰⁹ Crouch spricht in diesem Zusammenhang von einem schwierigen Verhältnis zwischen Bürgern und Politikern, das durch einen Vertrauensverlust von Eliten der Bevölkerung geprägt ist: *„Politisch reife und anspruchsvolle Bürger erwarten von ihren Führern mehr als die devoteren Untertanen früherer Generationen.“*⁵¹⁰

Der Erwartungshorizont der Bürger hat sich demnach mit der Weiterentwicklung der Demokratie wie durch den Ausbau von wohlfahrtsstaatlichen und sozialen Leistungen erweitert; die Ansprüche sind gestiegen, während effektives und rationales Problemlösen verlangt wird. Natürlich kann Politikverdrossenheit auch aus zu hohen Ansprüchen an die Politik resultieren, aber im Allgemeinen resultiert die Passivität meist aus der Unzufriedenheit über das Verhalten politischer Akteure. Die immer komplexere Gesellschaft misstraut dem politischen System immer mehr, verlangt aber auch nach mehr Mitspracherecht bei gleichzeitiger Weigerung sich stärker zu engagieren.

Die Behauptung, das Volk sei der Politik überdrüssig, ist angesichts der stetig sinkenden Wahlbeteiligung, die sich getreu dem Motto *„Stell dir vor es sind Wahlen und keiner geht hin“* verhält, naheliegend. Dabei stellt der Urnengang ein unabdingliches Element des „politischen Rituals“ als Zeichen des gesellschaftlichen Zusammenhalts dar, der eigentlich die Aufmerksamkeit *„auf die gemeinsamen sozialen Grundwerte“*⁵¹¹ lenken sollte. In diesem Zusammenhang stellt Pierre Bourdieu fest: *„Wenn über 50% der Bürger nicht zur Wahl gehen,*

⁵⁰⁸ Leggewie, Claus (2009). Demokratie neu erfinden? In: Die Presse Online <http://diepresse.com/home/spectrum/zeichenderzeit/503351/Demokratie-neu-erfinden> (zuletzt abgerufen am 2. Juli 2011)

⁵⁰⁹ Vgl. Klages, Helmut (1981). Zitiert nach: Pöttker, Horst (1996). Politikverdrossenheit und Medien. Daten und Reflexionen zu einem vitulenten Problem. In: Jarren, Otfried et al. (1996). Medien und politischer Prozess. Opladen. S. 510

⁵¹⁰ Crouch, 2008, S. 7

⁵¹¹ Edelman, Murray (1990). Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns. Frankfurt/New York. S. 3

wirft dies Probleme auf für die Demokratie, vor allem wenn diese 50% sich nicht nach dem Zufallsprinzip verteilen, sondern insbesondere auf der Seite der ökonomisch und kulturell Unprivilegierten zu finden sind.“⁵¹²

Bestätigt werden muss der Gedanke der Überdrüssigkeit allerdings nicht nur auf der Ebene der Wahlen. Auch wenn es kontrovers diskutiert wird, ab welchem Grad der Wahlbeteiligung das demokratische System an Legitimation abnimmt, kann mit gutem Grund behauptet werden, dass sich die Legitimation verringert hat.⁵¹³ Das belegt auch Gerry Schaal: „Die steigende Komplexität zeitgenössischer Gesellschaften führt dazu, dass sich die systemische und die demokratische Performanz von demokratisch verfassten Nationalstaaten deutlich reduziert hat.“⁵¹⁴ Maßgeblich für die Legitimitätskrise seien nach Sarcinelli im Wesentlichen drei Problemkomplexe: „gesellschaftliche Wandlungsprozesse, dynamische Veränderungen des Mediensystems selbst sowie ein Souveränitätsverlust des politisch-administrativen Systems.“⁵¹⁵

Damit die Demokratie wieder revitalisiert werden kann, müssen sich die Bürger auf sich selbst besinnen, um schließlich ergründen zu können, für welche Prinzipien sie einstehen und wofür sie sich begeistern können. Erst wenn wieder eine Auseinandersetzung mit dem politischen System statt findet und der Bürger einen Überblick gefunden hat, kann er wieder – im Gegensatz zum Politikverdruss – eine Politikleidenschaft in sich entdecken. Ob diese Leidenschaft angesichts einer neuer Protestkultur schon in Gang gesetzt wurde, wird sich im nächsten Kapitel zeigen.

2.5.3.1.3 Protestkultur der Wähler: Bürger tragen ihren Groll auf die Straße

Wer die Nachrichten konsumiert, eine Zeitung aufschlägt oder News-Seiten im Internet anklickt, wird bald mit weltweiten Protesten aller Art konfrontiert: Proteste vor den Wahlen in Spanien, Studentenproteste gegen die Bologna-Reformen in Österreich und England, Proteste in Griechenland gegen die Einsparungen, Demonstrationen gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21, weltweite Proteste gegen die Atomkraft und die Globalisierung, Demonstrationen gegen die Gesundheitsreform in den USA und in jüngster Zeit auch Proteste gegen den Kapitalismus und für eine funktionierende Demokratie selbst: „Revolution für echte Demokratie“ oder „Wir retten jetzt die Welt von den Banken“ war auf jenen Plakaten zu lesen, die im Ok-

⁵¹² Bourdieu, Pierre (2001). Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz. S. 43

⁵¹³ Vgl. Schaal, Gery S. (2010). Postdemokratie. Tatsächlich? In: Magazin erwachsenenbildung.at Nr. 11/2010, S. 02/1-02/11

⁵¹⁴ ebd.

⁵¹⁵ Sarcinelli, Ulrich (2011). Medien und Demokratie. In: Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung. S. 7 http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Medien_und_Demokratie.pdf (zuletzt abgerufen am 11. Juni 2011)

tober 2011 in Wien bei einem Protestzug vom Westbahnhof zum Heldenplatz hochgehalten wurden.

In diesem Zusammenhang lässt sich auch das Phänomen beobachten, dass sich politisch engagierte Bürger für desinteressierte Bürger einsetzen und für sie auf die Straße gehen. Leggewie und Bieber sprechen in diesem Zusammenhang von einem „*Stellvertreter-Engagement*“⁵¹⁶ und verweisen auch auf die von Skocpol beschriebene Problematik der „*associations without members*“, die nicht mehr ‚zusammen mit anderen‘, sondern advokatorisch für andere handeln.⁵¹⁷ Offensichtlich sind die Bürger nicht nur mit gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen unzufrieden – sie sind immer öfter auch gewillt, dies lautstark und kollektiv in der Öffentlichkeit auszudrücken. „*Die Protestierenden setzen sich gegen Zumutungen zur Wehr, versuchen in ihren Augen ungerechtfertigte Belastungen und Nachteil abzuwenden oder auch Privilegien zu verteidigen.*“⁵¹⁸, stellt Dieter Rucht fest.

Kann man Demonstrationen, die Unzufriedenheit, Desillusionierung und gleichzeitig eine politische Apathie ausdrücken, sowie Forderungen nach mehr Durchsichtigkeit, Klarheit und Reformen stellen, als eine Tendenz in Richtung gewachsener Mündigkeit interpretieren oder sind es nur Hilfeschreie, die aus den Reihen der Bevölkerung hallen?

Eine neue Spezies – der protestierende Wutbürger – hat sich in der Gesellschaft entwickelt, stellt der Spiegel-Journalist Dirk Kurbjuweit fest: „*Der Wutbürger macht nicht mehr mit, er will nicht mehr. Er hat genug vom Streit der Parteien, von Entscheidungen, die er nicht versteht und die ihm unzureichend erklärt werden. Er will nicht mehr staatstragend sein, weil ihm der Staat fremd geworden ist.*“⁵¹⁹ Das Gemeinwesen fühle sich ausgebeutet, ausgenutzt und bedroht; es habe Angst vor Neuem und Fremdem, drücke sich vor seiner Verantwortung und verhafte in dem Wunsch, dass alles so verharre, wie es ihm vertraut ist.⁵²⁰ „*Er vergisst zudem, dass er die Demokratie trägt.*“⁵²¹ Aus diesem Grund müsse sich nicht nur die Politik mehr um ihn sorgen, um seine Wut abzumildern und seine Verantwortlichkeit zu fördern, er müsse sich auch wieder auf sich besinnen, um sein eigenes Verhalten in der Gesellschaft reflektieren zu können. „*Als bestmögliches Rezept zur Besänftigung des Wutbürgers gilt [...]*

⁵¹⁶ Vgl. Leggewie/Bieber, 2003, S. 128

⁵¹⁷ Vgl. Skocpol, Theda (1999). Associations Without Members. In: The American Prospect. Bd. 10. H. 45: www.prospect.org/print/V10/45/skocpol-t.html (zuletzt abgerufen am 12. März 2011)

⁵¹⁸ Rucht, Dieter (2007). Einführung: Protest. In: Geiselberger, Heinrich (2007). Und jetzt? Politik, Protest und Propaganda. Frankfurt am Main. S. 183f

⁵¹⁹ Kurbjuweit, Dirk (2010). Der Wutbürger. In: Der Spiegel 41/2010, S. 27

⁵²⁰ ebd.

⁵²¹ Kurbjuweit, 2010, S. 26

dessen verstärkte Einbindung in politische Entscheidungsprozesse.“⁵²² Doch die aktive Forderung nach mehr direktdemokratischer Einbindung halte sich laut einer IMAS-Umfrage aus dem Jahr 2011 in Grenzen.⁵²³

„In dieser Gesellschaft brodelte es.“, diagnostiziert der Soziologe Oskar Negt im Gespräch über sein Buch „*Des politische Mensch*“. Das Gemeinwesen sei ratlos, aufgewühlt, gespalten und rebellisch, was den demokratischen Zusammenhalt zunehmend belaste.⁵²⁴ Ein „*auf Anpassung an das Bestehende ausgerichteter Realitätssinn*“ höhle die politische Moral immer mehr aus und gefährde die Demokratie, so Negt. Anstatt nach Lösungen zu suchen, bilde sich eine zwiespältige Wirklichkeit heraus.

„Politiker machen einen Plan, und ihre Wähler machen ihn zunichte.“⁵²⁵ Solche Beobachtungen zeugen allerdings nicht eindeutig von erhöhter Demokratiefreudigkeit, denn Gruppen, die sich gegen das politische Engagement im eigentliche Sinn wenden, wirken sich im Endeffekt eher kontraproduktiv für die Gesundheit der Demokratie aus.

In den letzten Jahren konnte man nicht nur einen Anstieg von Selbsthilfegruppen, Nachbarschaftsnetzwerken, Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen im Kampf gegen die wohlfahrtsstaatlichen Defekte beobachten, es zeigt sich gegenwärtig auch eine gesteigerte Protestbereitschaft. „*Da sie jedoch gerade mit einer Abwendung von den politischen Institutionen einhergehen, können sie nicht als Indizien für die Gesundheit der Demokratie – die per definitionem politisch ist – angeführt werden.*“⁵²⁶

Eine neue Protestkultur habe sich entwickelt, beobachtet auch der *Zeit*-Redakteur Thomas Assheuer: Menschen gingen wieder auf die Straße, weil sie die Nase voll hätten, es ließen sich kaum noch politische Entscheidungen gegen das Volk durchsetzen. ⁵²⁷ Doch die beiden gegenläufigen Tendenzen - Politikverdrossenheit einerseits und Wachstum der Protestkultur andererseits - sind nicht verwunderlich, zumal im formalen Bereich der politischen Partizipation weder Entfaltungsmöglichkeit noch Spielraum gegeben sind. Im Bereich der außerparlamentarischen Partizipation ist jedoch viel mehr Gestaltungs- und Handlungsfreiheit vorhanden. „*Die Botschaft dieser Protestaktionen suggeriert, dass die Völker die Regierungen ablehnen, die sie selbst gewählt haben, weil sie ihre Interessen nicht angemessen vertre-*

⁵²² IMAS (2010). Der verkannte Wutbürger. IMAS Nr. 4/Februar 2011. S. 1

⁵²³ ebd.

⁵²⁴ Vgl. Negt, Oskar (2010). „In dieser Gesellschaft brodelte es“. Interview von Romain Leick mit Oskar Negt. In: *Der Spiegel* 32/2010, S. 98

⁵²⁵ Assheuer, Thomas (2010). Wir haben die Nase voll! In: *Die Zeit* Online <http://www.zeit.de/2010/42/Modernisierungsprotest> (zuletzt abgerufen am 10. August 2011)

⁵²⁶ Crouch, 2008, S. 26

⁵²⁷ Vgl. Assheuer, Thomas (2010). Wir haben die Nase voll! In: *Die Zeit* Online <http://www.zeit.de/2010/42/Modernisierungsprotest> (zuletzt abgerufen am 10. August 2011)

ten.“⁵²⁸ Nach Dahrendorf herrsche ein „*starkes, tief verwurzeltes und weit verbreitetes Gefühl, dass es so nicht weitergeht.*“⁵²⁹

Man bemerkt in diesem Zusammenhang die Erosion der Parteien: sie verlieren an Mitgliedern und das Engagement der Bürger verlagert sich immer mehr in One-Issue-Bewegungen im außerparlamentarischen Bereich. Die Forderung nach mehr Selbstbestimmung mündet in eine Politikverdrossenheit bei gleichzeitiger Wahlverweigerung. Eine demokratische Politik kann jedoch nicht von so genannten One-Issue-Bewegungen und Wutbürger-Protesten getragen werden, obwohl viele diese Erscheinung isoliert betrachtet für gut heißen. Herfried Münkler deklariert die Protestkultur als „*Sekundäreffekt von Medienberichterstattung*“⁵³⁰ und beobachtet bei One-Issue-Bewegungen, deren Fokus auf ein einzelnes Thema gerichtet ist, in Summe eine gleich bleibende Höhe des Engagements – nur die Themensetzung verlagere sich dahin, wo es den Bürgern näher sei und wo der Erfolg bzw. Misserfolg genauer beobachtbar wäre.⁵³¹

2.5.3.1.4 Gegenläufige Phänomene – Wutbürger vs. frustrierte Apathiker

„*Die Leute schimpfen und glauben, sie haben schon etwas getan. Die Österreicher wollen nicht begreifen, dass das System, das ihnen so sehr auf die Nerven geht, eigentlich aus ihnen selbst besteht.*“⁵³², so die Journalistin Anneliese Rohrer.

Zwei gegenläufige Phänomene sind zu beobachten. Einerseits vollzieht sich eine anwachsende Entfremdung von der Politik bei ohnehin wenig interessierten und engagierten Bürgern und andererseits macht sich bei partizipationswilligen und politik-affinen Bürgern Enttäuschung breit, da sie sich zu wenig gefordert fühlen und zu wenig in politische Prozesse eingebunden werden. In einer Untersuchung zum Thema „*Macht oder Ohnmacht? Erfolgsbilanz und persönliche Auswirkungen von politischem Engagement in Bürgerinitiativen*“ von Rainer Schneider-Wilkes wurde sogar gezeigt, dass gesellschaftlich aktive Bürger ihr Engagement oftmals enttäuscht einstellen und sich vom politischen System distanzieren oder sich gar in politische Apathie oder Radikalisierung begeben.⁵³³ Eine zum Forschungsprojekt „*Engage-*

⁵²⁸ Dahrendorf, 2002, S. 25

⁵²⁹ Dahrendorf, 2002, S. 25

⁵³⁰ Münkler, Herfried (2010). „Protest, Mitte und Maßlosigkeit - über die Lage der Nation diskutiert Volker Panzer mit dem Politikwissenschaftler Herfried Münkler und den Soziologen Heinz Bude und Michael Hartmann. In: ZDF Nachtstudio vom 19. Dezember 2010

⁵³¹ ebd.

⁵³² Rohrer, Anneliese (2011). In: Riedl, Joachim (2011). Wir sind das letzte Aufgebot. Die Zeit Online <http://www.zeit.de/2011/40/A-Wutsenioren> (zuletzt abgerufen am 30. September 2011)

⁵³³ Schneider-Wilkes, Rainer (1997). Macht oder Ohnmacht? Erfolgsbilanz und persönliche Auswirkungen von politischem Engagement in Bürgerinitiativen. In: Schneider-Wilkes, Rainer (Hg.) (1997). Demokratie in Gefahr? Zum Zustand der deutschen Republik. Münster. S. 309

ment und Mißerfolg. Lernprozesse in Bürgerinitiativen“ befragte Interviewpartnerin kam ernüchtert zu folgendem Schluss: „Bürgerinitiativen werden von den Politikern nur noch als das typische Nebengeräusch, was überall läuft, wahr und zur Kenntnis genommen, aber nicht ernst genommen.“⁵³⁴

Diese Menschen fühlten sich kaum noch motiviert dazu, sich für das Gemeinwesen zu engagieren, „wenn sie von denen, die sich engagiert haben, deren real gemachten Ohnmachtserfahrungen mitgeteilt bekommen oder erleben.“ Trotz des Umstandes, dass das Vertrauen in das politische System ständig neue Tiefstwerte erreicht, verharrten Bürger laut Schneider-Wilkes in einer „passiven Zuschauerrolle in der politischen Arena“, in der Ohnmachtsgefühle und Ohnmachtserfahrungen „die stillen Totengräber jeder Demokratie“ darstellen.⁵³⁵ Politische Beteiligung ist demnach zu einem passiven Zuschauersport verkommen, der kaum aktiv zur Revitalisierung der Demokratie beitragen kann.

Den postdemokratischen Regimen sei laut Dirk Jörke eben eine „grundlegende Ambivalenz“ eingebrannt: „Demokratische Beteiligungsformen werden einerseits eingefordert, andererseits politisch Interessierte frustriert, insofern der Gegenstandsbereich des demokratisch zu Entscheidenden schrumpft.“⁵³⁶ Neben diesen inhaltlichen und strukturellen Problemen der Beteiligung an politischen Prozessen findet sich aber auch in der Protestkultur genau jenes Moment wieder, das schon öfter erwähnt wurde und das sowohl als individuelle als auch als gesellschaftlich manifestierte Ursache für ein Burnout durch Überlastung des gesamten menschlichen oder demokratischen – Organismus bzw. Systems gesehen werden kann: Überforderung durch Beschleunigung: „[...] der Widerstand richtet sich gegen eine Kernpassion der Moderne, gegen das Prinzip Geschwindigkeit und die Verkürzung von Zeit.“⁵³⁷, war in *Die Zeit* im Oktober 2010 zu lesen – und weiter: „Bis jetzt lautet der Befund, Protest rege sich immer dort, wo die Bürger an der ‚Vernunft‘ von Wachstums- und Beschleunigungsdruck zweifeln, an den Verheißungen von Fortschritt, Reform und Ökonomisierung.“⁵³⁸ Man kämpfe nicht mehr für etwas, sondern gegen etwas.

⁵³⁴ Interview mit Ulla G. In: Schneider-Wilkes (1997). Macht oder Ohnmacht? Erfolgsbilanz und persönliche Auswirkungen von politischem Engagement in Bürgerinitiativen. In: Schneider-Wilkes, Rainer (Hg.) (1997). Demokratie in Gefahr? Zum Zustand der deutschen Republik. Münster. S. 294

⁵³⁵ Schneider-Wilkes (1997). Macht oder Ohnmacht? Erfolgsbilanz und persönliche Auswirkungen von politischem Engagement in Bürgerinitiativen. In: Schneider-Wilkes, Rainer (Hg.) (1997). Demokratie in Gefahr? Zum Zustand der deutschen Republik. Münster. S. 309f

⁵³⁶ Jörke, 2006, S. 44

⁵³⁷ Assheuer, Thomas (2010). Wir haben die Nase voll! In: Die Zeit Online <http://www.zeit.de/2010/42/Modernisierungsprotest> (zuletzt abgerufen am 10. August 2011)

⁵³⁸ ebd.

An solch eklatanten Überforderungssymptomen laborierend, ist man leider weit entfernt von einem eventuell idealen Zustand, in dem sich Bürgerbeteiligung normal und leicht anfühlen könnte – manchmal aber auch vielleicht wie eine kleine aber notwendige und zum eigenen Vorteil zu erledigende Pflicht – vergleichbar mit dem täglichen Zähneputzen.

2.5.3.2 Politikverdrossenheit durch mediale Berichterstattung

Trotz des vorangegangenen separaten Kapitels über die Rolle der Medien im demokratischen Prozess, lässt sich die Frage nach den Ursachen von Politikverdrossenheit nur durch ein erneutes „unter die Lupe nehmen“ der genauen Zusammenhänge zwischen der Art der medialen Berichterstattung und der Beziehung der Gesellschaft bzw. des Individuums zur Politik, beantworten. Deshalb widmet sich dieses Kapitel noch einmal genauer diesem diffizilen Verhältnis.

2.5.3.2.1 Medien und Gesellschaft – ein Hysterisierungsteufelskreis

Die Mediokratie trägt durch den Wettlauf bei der Krisenstimmungsmache ungewollt aber unerbittlich zu einer Verdrossenheit und insofern auch zu einem Demokratiedefizit bei. Gefühle und Stimmungen lassen sich besonders gut von den Medien verkaufen – etwa bei der Atomdebatte, die zum Panikthema erhoben wird, oder im EHEC-Skandal, bei Vogelgrippe, Maul- und Klauenseuche, Rinderwahn und Schweinegrippe. Denken wir auch an die in regelmäßigen Abständen proklamierten Euro-Krisen, Finanzkrisen, Wirtschaftskrisen, Banken- krisen, Klimakatastrophen, Umweltkatastrophen oder Terroranschläge. Im Medientheater wird dies immer mit einer unreflektierten Hysterie-Welle verbunden, die vor allem eine Auf- heizung der Bevölkerung bewirkt. Häufig kristallisiert sich im Nachhinein aus dem Alarmis- mus eine Medienschelte heraus, in der Journalisten und ihre Vertrauenswürdigkeit in Frage gestellt werden. Dadurch wird ebenfalls ungewollt der Wettkampf um die Gunst der Leser und Internet- oder Fernsehkonsumenten noch weiter angeschürt, was im Endeffekt zu einer noch plakativeren und emotionaleren Berichterstattung führt, weil diese sich eben einfach besser verkauft. Somit schließt sich der *circulus vitiosus*.

Luhmann weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Medienkonsument eigentlich genug über die Massenmedien wüsste, sodass das Publikum im Endeffekt „*diesen Quellen nicht trauen*“ könne. „*Wir wehren uns mit einem Manipulationsverdacht, der aber nicht zu*

nennenswerten Konsequenzen führt, da das den Massenmedien entnommene Wissen sich wie von selbst zu einem selbstverstärkenden Gefüge zusammenschließt.“⁵³⁹

Mit einem ständigen Appell an die persönliche Alarmbereitschaft seitens der Medien lässt sich jedoch eine Unterscheidung zwischen Ernsthaftigkeit und bloßem Gemunkel schwer vollziehen. Vor allem im Gesundheitssektor müsse man angesichts einflussreicher Player besonders aufpassen, so der Politik-Ressortleiter der Deutschen-Presse-Agentur, Martin Bialecki. Gewarnt sei auch vor Umfragen: *„Welche Umfrage ist von wem initiiert und lanciert worden und wird wann veröffentlicht? Ich wundere mich ohnehin, warum das nicht jedes Medium reinschreibt, wann eine Umfrage geführt wurde, wie die Fehlertoleranz aussieht etc.*“⁵⁴⁰

Medien fungieren mit Vorliebe als Meinungstribunal – und schmücken sich mit undifferenzierten Sensationsmeldungen. Man könnte auch das Bedenken einwerfen, der Bürger sei in seiner Urteilsbildung und Meinung gar nicht so frei, wie eigentlich gewünscht, da er natürlich auch in eine gewisse Sozialisierung und einen gewissen politischen Kontext eingebettet und von Strukturen der bestehenden demokratischen Herrschaft abhängig ist.

Ein weiteres Erklärungsmodell für Politikverdrossenheit bietet Heidrun Hoppe, indem sie politisches Desinteresse als Konsequenz der Ohnmacht in einer komplexen, vernetzten Welt sieht: *„Angesichts von Waffenlieferungen, Drogentoten, Morden, Hunger- und Umweltkatastrophen, Flüchtlingselend usw. wächst die Sehnsucht nach Harmonie und Schönheit im Privatbereich, Missstände werden wohl analysiert und angeprangert, aber die Initiative sie zu bekämpfen, wird nicht vorgelebt.*“⁵⁴¹

2.5.3.2.2 Informationsüberflutung: too! much! information!

Die neuen Medien haben einer breiten Schicht die Chance eingeräumt, sich zumindest passiv intensiver am Weltgeschehen zu beteiligen, aber auch ihre Meinung zu äußern, sowie Informationen fast zeitgleich aus einer Vielfalt von unterschiedlichen Quellen zu beziehen – die eingeschlagene Richtung mag stimmen, eröffnet aber auch eine Vielzahl an neuen Herausforderungen und Gefahren; exemplarisch zu betrachten ist dies am Reiz-, Stich-, Schlag- und Modewort „Informationsüberflutung“.

In diesem Zusammenhang gesteht sich sogar FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher folgendes ein: *„Was mich angeht, so muss ich bekennen, dass ich den geistigen Anforderungen un-*

⁵³⁹ Luhmann, Niklas (1996). Die Realität der Massenmedien. Opladen. S. 9

⁵⁴⁰ Bialecki, Martin (2006). In: Leif, Thomas: Strippenzieher und Hinterzimmer. Meinungsmacher im Berliner Medienzirkus. Betrifft. Dokumentation. Südwestrundfunk 2006.

⁵⁴¹ Hoppe, Heidrun. Zitiert nach: Wollers, Mirja. (2000). Politikverdrossenheit als soziales Konstrukt: Eine Betrachtung aus soziologischer Perspektive. Hamburg. S. 51

*serer Zeit nicht mehr gewachsen bin. Ich dirigiere meinen Datenverkehr (...) wie ein Fluglotse den Luftverkehr: immer bemüht, einen Zusammenstoß zu vermeiden, und immer in Sorge, das Entscheidende übersehen zu haben. Ohne Google wäre ich aufgeschmissen und nicht mehr imstande, einen Handwerker zu bestellen oder zu recherchieren.*⁵⁴²

Bereits die aus den 1970er Jahren stammende Diagnose von Alvin Toffler des *Information Overload* beschrieb den Zustand des übermäßigen Informationskonsums, um Entscheidungen treffen zu können. Heute ist die These des Information Overload längst keine vage Vermutung mehr. Die Ursachen können in fünf Faktoren begründet gesehen werden:⁵⁴³

1. Persönliche Faktoren (Begrenzung der menschlichen Informationsverarbeitungskapazität, Motivation, persönliche Situation)
2. Informationscharakteristika (Quantität, Häufigkeit, Intensität und Qualität der Informationen)
3. Aufgaben- und Prozessparameter (Komplexität der Aufgaben, Zeitdruck, Unterbrechungen bei komplexen Aufgaben, interdisziplinäre Aufgabe)
4. Organisationales Design (Informationssuche des Endnutzers vs. des Experten, Gruppenheterogenität, Informationsansammlung zur „Machtdemonstration“)
5. Informationstechnologie (verschiedene Verteilungskanäle für den gleichen Inhalt, große Speicherkapazitäten, geringe Vervielfältigungskosten)⁵⁴⁴

Es hat zwar den Anschein, dass sich durch die Technologisierung vieles vereinfacht hätte, aber dass sie auch Probleme mitgebracht hat, wird oftmals außer Acht gelassen. *„Der Kommunikationswahn im Netz hat verhaltensauffällige und hochnervöse Individuen hervorgebracht, die immer mehr erfahren und immer weniger wissen.“*, schreibt der Spiegel in *„Die Daten-Sucht“* und fragt sich gleichzeitig: *„Macht das Internet dumm?“*⁵⁴⁵ Apokalyptisch stellen die Autoren fest, dass der digitale Kommunikationswahn kaum noch zu stoppen sei. Anstatt Erleichterung und Befreiung mit sich zu bringen, hätten uns die neuen Technologien zu Sklaven gemacht.

Das menschliche Gehirn hat mit dem Informationsüberfluss zu kämpfen, weil sich die externen Filter reduziert haben. Zudem hat das Gehirn nur begrenzte Kapazitäten für den Umgang

⁵⁴² Schirmmacher, Frank (2009). Payback – Warum wir im Informationszeitalter gezwungen sind zu tun, was wir nicht tun wollen und wie wir die Kontrolle über unser Denken zurückgewinnen. München. S. 13

⁵⁴³ Eppler, Martin J./Mengis, Jeanne (2004). The Concept of Information Overload. A Review of Literature from Organization Science. In: in: The Information Society, Volume 20, Number 5, S. 332 Zitiert nach: Volnhals, Martina/Hirsch Bernhard (2008). Informations Overload und Controlling. In: Zeitschrift für Controlling und Management, Sonderheft 1/Jg. 52, S. 52

⁵⁴⁴ ebd.

⁵⁴⁵ Hornig, Frank/Müller, Martin/Weingarten, Susanne (2008). Die Daten-Sucht. In: Der Spiegel 33/2008, S.80

mit Informationen im Arbeitsgedächtnis. Wir würden schließlich laut dem Neurowissenschaftler Torkel Klingberg mit einem genetisch identischen Hirn geboren werden, wie es die Cro-Magnon-Menschen vor 40 000 Jahren hatten.⁵⁴⁶ In dem Aufsatz „*Die magische Zahl sieben, plus/minus zwei: Einige Grenzen unserer Fähigkeit, Informationen zu verarbeiten*“ geht George Miller davon aus, dass die Grenze für die Informationsverarbeitung bei sieben Informationseinheiten liegt, die ein Mensch präsent im Arbeitsgedächtnis halten kann.⁵⁴⁷

Vor allem Computer und Internet haben die Meinungsbildung und die Beziehungen zu anderen Menschen verändert. „*Wenn täglich Hunderte von Mails gelesen und beantwortet werden müssen, kann von einer ‚Tyrannei der kleinen Entscheidungen‘ längst keine Rede mehr sein.*“⁵⁴⁸, so der Gründungsdirektor des Institute of Network Cultures in Amsterdam Geert Lovink. Die ständige und überfordernde Entscheidungsaufforderung hat den Menschen in eine Abhängigkeit von Algorithmen katapultiert, die ihm durch vorgefertigte und reduzierte Vorschläge eben das abnehmen, wozu er nicht mehr fähig ist. Und während er mit seiner algorithmisierten Daseinsweise innerlich zu kämpfen hat, neigt er nach außen hin immer mehr zur Veröffentlichung seiner selbst – etwa auf Twitter, Facebook und YouTube. Das Ende der Privatheit scheint gekommen zu sein, da sich der so gefürchtete „gläserne Mensch“ ganz von alleine produziert und gerade auf das verzichtet, was ihm so lieb ist: die persönliche Freiheit.

Jürgen Habermas meinte, „*die konzentrierte Masse verwandelt sich ins zerstreute Publikum der Massenmedien.*“⁵⁴⁹ Und Günther Anders sprach von der „*Dividiertheit des zerstreuten Menschen*“.⁵⁵⁰

Habermas beschrieb einst eine „*neue Unübersichtlichkeit*“ sowie eine „*Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien*“⁵⁵¹, in der die Möglichkeit von einfachen Problemlösungen vorüber sei. Ab dem Ende des 18. Jahrhunderts sei eine Entwicklung zu beobachten, in der die Zeit als Ressource immer knapper werde. Jene Zeit, die für eine nachhaltige Lösung von Problemen, die sich in der Vergangenheit aufgestaut hätten, von Nöten sei, beschränke sich in der Gegenwart nur noch darauf, Zukünftiges zu bewältigen.⁵⁵²

⁵⁴⁶ Vgl. Klingberg, Torkel (2008). Multitasking. Wie man die Informationsflut bewältigt ohne den Verstand zu verlieren. München. S. 15

⁵⁴⁷ Vgl. Miller, George (1956). The Magical Number Seven, Plus or Minus Two: Some Limits on Our Capacity for Processing Information. In: Psychological Review 63, S. 81-97

⁵⁴⁸ Lovink, Geert (2010). Was uns wirklich krankt macht. In: FAZ.net, <http://www.faz.net/-014slr> (zuletzt abgerufen am 2. September 2011)

⁵⁴⁹ Habermas, 1998, S. 67

⁵⁵⁰ Anders, Günther (1961). Die Antiquiertheit des Menschen. Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution. München. S. 142

⁵⁵¹ Habermas, Jürgen (1994). Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien. In: Ders., Die Moderne – Ein unvollendetes Projekt. Frankfurt am Main. S. 105 - 129

⁵⁵² Vgl. Schirmacher, 2009, S. 105

Die Zeiten, in der substanzielle Ziele verfolgt wurden, seien vorbei, schreibt Hartmut Böhme – statt dessen werde die Energie dazu verwendet, *„Krisen zu managen, Misserfolge zu vermeiden, Konflikte stillzustellen, Geld zu verdienen und sich irgendwie zu amüsieren“*.⁵⁵³ Nachdem bewährte Problemlösungsansätze nicht mehr funktionierten und verblassten, seien zukünftige Entwicklungen nicht mehr berechenbar, wodurch eine *„Neue Unübersichtlichkeit“*⁵⁵⁴ hervorgerufen werde. Die Moderne müsse schließlich *„ihre Normativität aus sich selber schöpfen“*⁵⁵⁵, so der FAZ-Herausgeber Frank Schirmacher, der eine neue Form der Unübersichtlichkeit beschreibt – nur eben nicht eine politische, sondern eine mediale, in der sich neue soziale und wirtschaftliche Kräfte entwickelt haben, die mit Informationstechnologien zu tun haben. In „Payback“ beklagt Schirmacher seine Überforderung und den Kontrollverlust durch die tägliche Informationsüberflutung und liefert Ausblicke auf eine computerdominierte Zukunft, vor der er nur warnen kann.

Schirmacher meint: *„Das Verhältnis meines Gehirns zur Informationsflut ist das der permanenten würdelosen Herabstufung. Ich spüre, dass mein biologisches Endgerät im Kopf nur über eingeschränkte Funktionen verfügt und in seiner Konfusion beginnt, eine Menge falscher Dinge zu lernen.“*⁵⁵⁶ *„Aber ich bin unkonzentriert, vergesslich und mein Hirn gibt jeder Ablenkung nach.“* *„Ich weiß noch nicht einmal, ob das, was ich weiß, wichtig ist, oder das, was ich vergessen habe, unwichtig.“*⁵⁵⁷

Auf den ersten Blick scheinen wir heute durch die hohe Informationsdichte besser informiert zu sein als noch vor geraumer Zeit. *„Ob Fernsehen, Radio, Internet oder Telefon: Die Deutschen kommen inzwischen täglich auf fast neun Stunden Medienkonsum und fühlen sich von der Informationsflut überfordert.“*⁵⁵⁸, schrieb die Kleine Zeitung am 31. März 2011. Der Mensch versucht sich immer mehr als Seiltänzer am Draht der Informationsvermittlung und ringt mit der Plage des „data smog“. Handy, iPhone, iPod, CD-Player, DVD-Geräte, Videorekorder, Tuner, Verstärker, Fernsehschirme, PCs, Notebooks, Telefone, Faxe, Kopierer und Printer sind zu den lebensbegleitenden und unabdingbaren Informanten geworden, die eine Reiz- und Informationsüberflutung hervorbringen und den Bürger nicht mehr mitkommen lassen.

⁵⁵³ Böhme, Hartmut (2009). Hilft das Lesen in der Not? Warum unsere Wirtschaftskrise eine Krise der Moderne ist. In: Die Zeit Literatur Nr. 12, März 2009, S. 28 - 35

⁵⁵⁴ Vgl. Schirmacher, 2009, S. 112

⁵⁵⁵ Vgl. Schirmacher, 2009, S. 105

⁵⁵⁶ Schirmacher, 2009, S. 14

⁵⁵⁷ Schirmacher, 2009, S. 15

⁵⁵⁸ Die Kleine Zeitung Online, Studie: Täglich neun Stunden Medienkonsum, <http://www.kleinezeitung.at/allgemein/multimedia/2711797/studie-deutsche-kommen-taeglich-neun-stunden-medienkonsum.story> (zuletzt abgerufen am 11. August 2011)

Eine ständige Alarmbereitschaft und Ruhelosigkeit durch Anrufe, SMS, E-Mails, Facebook- und Twittermeldungen, Fernsehnachrichten, Pressemeldungen, etc. wird im Bürger heraufbeschworen, während Unmengen an Informationen sekundlich und gleichzeitig in die Welt geschüttet und durch die „Gedankenfabrik Internet“ verbreitet werden.

Wir leben in einer Zeit von Multitasking und Informationsüberflutung, die sehr bald zur Gefahr des Alltags werden kann. Man müsse eben lernen mit der Gleichzeitigkeit und Schnelligkeit von Informationen zu jonglieren, lautet die gängige Antwort auf dieses Problem. Multitasking wird schließlich in unserer Gesellschaft von jedem verlangt. Um Zeit einzusparen, sollen mehrere Aufgaben möglichst gleichzeitig und nicht Schritt für Schritt erledigt werden. Andauernde Ablenkung und das Hüpfen von einer Aufgabe zur anderen haben Überforderungs- und Ohnmachtsgefühle zur Folge. Aber auch weitere Ablenkungsanfälligkeiten gehen mit dem technischen Fortschritt einher: kurze Aufmerksamkeitsspannen, Blackouts, Versäumnisängste, Kopfschmerzen, Nervosität, Aufmerksamkeitsverluste, Gedächtnisschwund, Unkonzentriertheit, Vergesslichkeit und ein unzureichendes Erinnerungsvermögen sind in der heutigen Zeit zu den gängigen Volkskrankheiten geworden. „[Es] ist der Eindruck einer Informationsüberflutung entstanden, die den ‚Normalverbraucher‘ zu überfordern droht und ihm die Chance gibt, politische Informationen ganz oder weitgehend zu umgehen bzw. sie in Form von Politainment zu rezipieren.“⁵⁵⁹, stellen Leggewie und Bieber fest.

Die Informationsüberflutung ist im Grunde genommen mit dem Lebensmittelüberschuss vergleichbar: verfügte man früher noch über ein geringes Lebensmittelangebot, schafften es die Menschen sich besser zu ernähren als heute, wo es in der westlichen Welt ein Überangebot an Lebensmitteln gibt. Blenden wir den Gesundheitswahn und den Bio-Hype aus: Nie hat es einen derartig schlechten Umgang mit Nahrungsmitteln gegeben, der sich auch in der „Überfettung“ der Bevölkerung bemerkbar macht. In diesem Sinne verhält es sich offenbar auch mit dem Überangebot von Informationen und mit dem Umgang damit. Hungrig nach Fast-Food-Informationen verwandelt sich der Mensch zu einem Informations-Messie, unfähig Informationen richtig zu verarbeiten und zu unterscheiden, welche Informationen noch gebraucht werden und welche nicht.

Auf der Jagd nach Informationen fühlten wir uns laut Schirmmacher gehetzt, gejagt, wenig gesättigt und ruhelos – wie auf der Nahrungssuche.⁵⁶⁰ Peter Pirolli hat in diesem Zusammenhang die Informations-Foraging-Theorie⁵⁶¹ aufgestellt, die in Anlehnung an ökologische und

⁵⁵⁹ Leggewie/Bieber, 2003, S. 132

⁵⁶⁰ Schirmmacher, 2009, S. 127

⁵⁶¹ Vgl. Pirolli, Peter (2007). Information Foraging Theory: Adaptive Interaction with Information. Oxford.

evolutionäre Theorien der Nahrungsbeschaffung verständlich machen soll, wie sich der Mensch bei der Informationssuche verhält. Instinkte werden bei der Informationssuche mobilisiert, worauf sich ein Gefühl des ständigen Getriebenseins breit mache.⁵⁶²

Ein immer stärker anwachsender medialer Überfluss produziert Nachrichten soweit das Auge reicht, sodass es schwierig wird alle enthaltenen Informationen zu verarbeiten. Trotzdem gilt das Gesetz der Evolution: Nicht mehr der Stärkere, sondern der Schnellere und Bestinformierte hat den Vorteil, weshalb der schnelle Bezug von Informationen immer wichtiger geworden ist. Informationsüberflutung verhindert zunehmend die Wahrnehmung der Wirklichkeit, während das Wissen in einen Zustand gerät, in dem es unreflektiert übernommen wird. Das Unterscheidungsvermögen zwischen wichtig und unwichtig wird immer mehr beeinträchtigt und schließlich können einzelne Komplexitäten angesichts der Komplexität des Ganzen gar nicht mehr erfasst werden.

Durch die enge Verflechtung der Politik mit den Medien hat sich auch die Politik zu einer Informationsindustrie entwickelt. *„Analog dazu bringt die ungeheure Menge an politischen, von den Medien vermittelten Informationen – zudem eine von den Notwendigkeiten des Neuigkeitswerts und des Spektakulären verzerrte politische Information – keine genaueren und weiterführenden politischen Erkenntnisse noch intensivere Motivationen, noch eine breitere Beteiligung des Volkes. Langfristig scheint sie sogar das Gegenteil zu bewirken.“*⁵⁶³, so Danilo Zolo.

Die mentalen Fähigkeiten der Menschen werden durch das verstärkte Informationsaufkommen herausgefordert. Der Anhäufung von Daten stünden laut Steven Schuh begrenzte kognitive Fertigkeiten der Individuen gegenüber, die einen möglichst effizienten Umgang anstreben. Aus diesem Grund greife der Mensch auch auf erprobte rationelle Verarbeitungsgewohnheiten zulasten komplex rationaler Verarbeitungsprozesse zurück.⁵⁶⁴

Auch Jürgen Tautz geht davon aus, dass uns die Evolution nur begrenzte Erfahrungsmöglichkeiten eingerichtet hätte. *„Es scheint sogar so, dass mit der beständig steigenden Flut an*

⁵⁶² Vgl. Eibl, Maximilian. (2006). Knowledge Media Design: Theorie, Methodik, Praxis. München. S. 181

⁵⁶³ Zolo, Danilo (1997). Die demokratische Fürstentherrschaft. Für eine realistische Theorie der Politik. Göttingen. S. 205

⁵⁶⁴ Vgl. Schuh, Steven (2009). Umfragen als Anker? Studien zur Wirkung rezipierter Umfrageergebnisse. Wiesbaden. S. 15

Fakten- und Detailwissen die Fähigkeit der Menschen auf der Strecke bleibt, diese einzuordnen und für sich nutzbringend einzusetzen.“⁵⁶⁵

Als Heilmittel, das aus der eigens produzierten Abhängigkeit führen kann, schlägt Schirmmacher schließlich das vor, was sich schon immer bewährte: Aufklärung zu leisten und Perspektiven zu wechseln. Informationen seien zu Genüge vorhanden, woraus Schirmmacher folgert, dass man die Zeit dazu nützen sollte, Perspektivwechsel einzuüben und das Unterscheidungsvermögen zwischen Wichtigem und Unwichtigem zu trainieren – anstatt noch mehr inhaltliches Wissen anzuhäufen.

„Es geht darum, Verzögerungen in unser Denken einzubauen, um den Aufmerksamkeitsmuskel zu stärken.“⁵⁶⁶, so Schirmmacher, der Mut zum Denken fordert: *„Es gibt Äonen von Gedanken, die wir in dieser Sekunde mit einem einzigen Knopfdruck abrufen können. Aber kein Gedanke ist so wertvoll und so neu und schön wie der, dessen erstes Flügelschlagen wir gerade jetzt in unserem Bewusstsein hören.*“⁵⁶⁷

Günther Anders diagnostizierte hinsichtlich des Verhältnisses des Menschen zu seiner technischen Umwelt, dass der Mensch mit seinen eigenen Produkten nicht mehr Schritt halten könne, sodass er ihrer Perfektion nicht mehr gewachsen sei. Wir seien drauf und dran, *„eine Welt zu etablieren, mit der Schritt zu halten wir unfähig sind, und die zu ‚fassen‘, die Fassungskraft, die Kapazität sowohl unserer Phantasie wie unserer Emotionen wie unserer Verantwortung absolut überforderte.“* Anders sprach in diesem Zusammenhang von dem *„prometheischen Gefälle“*⁵⁶⁸ zwischen dem menschlichen Vermögen, etwas herzustellen und dem Vermögen, sich die Konsequenzen des Herstellens vorzustellen. Er vertritt die Auffassung, dass es nicht mehr hinreiche, die Welt zu verändern. Man müsse versuchen, die eigens verursachten Veränderungen auch zu verstehen und die „Blindheit“ zu überwinden.

Sind wir vor dem Hintergrund dieser Anders'schen Anschauung noch in der Lage die ‚Verwitterung‘ der Demokratie aufzuhalten? Vielleicht, wenn wir uns neben dem Verstehen der Veränderungen und dem Überwinden der Blindheit auch noch auf unsere genuin menschlichen Fähigkeiten besinnen und diese einerseits bereits in jungen Jahren unterstützen und fördern und außerdem versuchen, sie auch im Erwachsenenalter als Kontrapunkt im komplexen Konzert der technologisierten Gegenwart beizubehalten. In diesem Sinne meint auch Schirr-

⁵⁶⁵ Tautz, Jürgen (2009) Internet als Bildungsplattform: Wie Wissen zu globaler Klugheit wird. Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,644007,00.html> (zuletzt abgerufen am 3. Juli 2011)

⁵⁶⁶ Schirmmacher, 2009, S. 222

⁵⁶⁷ Schirmmacher, 2009, S. 24

⁵⁶⁸ Anders, Günther (1961). Die Antiquiertheit des Menschen. Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution. München. S. 16

macher: „[...] im Internet und den digitalen Technologien steckt auch eine gewaltige Chance. Denn es gibt einen Ausweg, der selten so gangbar schien wie heute: Die Perfektion der entstehenden Systeme hilft uns nur, wenn wir uns erlauben, weniger perfekt zu sein, ja aus unserem Mangel und unserer Unvollständigkeit etwas zu stärken, was Computer nicht haben und worum sie uns beneiden müssen: Kreativität, Toleranz und Geistesgegenwart.“⁵⁶⁹

2.5.3.2.3 „homo videns“ oder „Das Problem der Visualisierung“

Politische Wahlkämpfe werden vor allem über Medien vermittelt, die häufig Bilder und Symbole für sich sprechen lassen.

Ein Problem der heutigen Zeit sieht Thomas Meyer darin, „daß in der Mediendemokratie Öffentlichkeit und Politik entkoppelt werden.“⁵⁷⁰ Vor allem das Fernsehen sei vom „Diktat der Kürze und des Tempos“ beherrscht, sodass die Komplexität vieler Sachverhalte einfach verschluckt werden. Außerdem gelangten hauptsächlich Beiträge ins Fernsehen, die sich gut illustrieren ließen. Oft werden Bilder nur so kurz gezeigt, dass der eigentliche Gegenstand in seiner Flüchtigkeit gar nicht erkannt – geschweige denn reflektiert werden kann. Beschränkten sich die Medien ursprünglich noch auf die reine Wiedergabe von Informationen, können heute oftmals die Inhalte und Botschaften gar nicht mehr erkannt werden.

„Tempo und optisch/akustische Harmonie des Bildverlaufs entziehen sich dem punktuell zugreifenden Widerspruch und erwecken den Eindruck einer bereits getesteten Ordnung. Es gibt jedenfalls nicht im gleichen Sinne wie beim Widerspruch des Wortes gegen das Wort einen Widerspruch des Bildes gegen das Bild.“⁵⁷¹, so Luhmann. Es sind im Allgemeinen die Bilder, die in Erinnerung bleiben, nicht die Inhalte. Es gilt der Triumph des Gefühls über die Tatsachen. Doch jene medienvermittelten Bilder erzeugten nach dem französischen Medientheoretiker und Philosophen Jean Baudrillard keinen „Ort der Sinnproduktion (...) oder der Repräsentation“, sondern bewirkten gegenteilig einen „Ort, an dem wir der Realitätsprüfung enthoben sind, der Ort also einer fatalen Strategie der Verleugnung des Realen und des Realitätsprinzips“, „weil sie ein Ort sind, wo Sinn und Repräsentation zum Verschwinden gebracht werden“.⁵⁷²

⁵⁶⁹ Schirmmacher, 2009, S. 21

⁵⁷⁰ Meyer, Thomas (1997). „Ein höfisches Zeremoniell“. Interview mit Thomas Meyer. In: Der Spiegel 46/1997, S. 154

⁵⁷¹ Luhmann, Niklas (1996). Die Realität der Massenmedien. Opladen. S. 80

⁵⁷² Baudrillard, Jean (1986). Jenseits von Wahr und Falsch, oder Die Hinterlist des Bildes. In: Bachmayer, Hans Matthäus et al. (1986). Bildwelten – Denkbilder. München. S. 268

Für Baudrillard stellt das Überangebot von Bildern im Fernsehen und am Computer eine „*totale Entropie des Realen*“⁵⁷³ dar, die sich unermüdlich ausweitete. Das vermittelte Bild sei eine „*strategische List, mit der es immer wieder den Anschein erweckt, sich auf eine reale Welt, auf reale Objekte zu beziehen, (...)*“ – doch von all dem sei in Wirklichkeit nichts zwingend wahr.⁵⁷⁴

In die Richtung einer grundlegenden Bildskepsis denkt auch Günther Anders. Er sieht das Problem darin, „*daß wir durch das vorgespiegelte Bild der Fähigkeit beraubt werden, an dieses Wirkliche zu denken, ja überhaupt zu bedenken, daß ‚außerdem‘, außer dem gelieferten, auch noch das wirkliche Geschehen existiert.*“⁵⁷⁵ Die Ereignisse würden am Bildschirm „phantomhaft“⁵⁷⁶; Realität und die Fiktion verwischten sich, sodass der Konsument von Nachrichten seines eigenen Urteils enthoben werde. Der Konsument verliere seine Denkfreiheit, Eigenständigkeit, Entscheidungsfähigkeit und erfahre eine „*falsche Übersicht*“, die ihm die Fähigkeit nehme, Urteile zu bilden, Dinge zu hinterfragen oder anders zu sehen.⁵⁷⁷

Vor dem Hintergrund der dargestellten Bilder-, Reiz-, und Informationsüberflutung, der ständigen Hysterisierung und Alarmierung seitens der Medien und jenem Hintergrund der sich ausbreitenden Politikverdrossenheit, Apathie, Unsicherheit, Passivität und der allgemeinen Überforderung bietet sich als nächstes Kapitel „Politische Bildung“ als Hilfe zur Selbsthilfe im politisch-gesellschaftlichen Alltag an. Politische Bildung soll demnach zur Schaffung eines reflektierten und (selbst-)reflexiven Politikbewusstseins beitragen, Medienkompetenz vermitteln, als Orientierungshilfe dienen, die Komplexität in einem angemessenen Rahmen reduzieren, die Partizipation anregen und der Demokratie schließlich aus ihrer Krise helfen.

2.5.4 Hilfe zur Selbsthilfe: Politische Bildung

Man kann es nicht schöner und pointierter sagen, als Oskar Negt: „*Das Schicksal einer lebendigen demokratischen Gesellschaftsordnung hängt davon ab, in welchem Maße die Menschen dafür Sorge tragen, dass das Gemeinwesen nicht beschädigt wird, in welchem Maße sie bereit sind, politische Verantwortung für das Wohlergehen des Ganzen zu übernehmen. Und vor allem: Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt*

⁵⁷³ Baudrillard, Jean (1993). Die Telekratie. In: Kaiser, Gert (Hg.) (1993). Kultur und Technik im 21. Jahrhundert. Frankfurt/New York. S. 259

⁵⁷⁴ Baudrillard, Jean (1986). Jenseits von Wahr und Falsch, oder Die Hinterlist des Bildes. In: Bachmayer, Hans Matthäus et al. (1986). Bildwelten – Denkbilder. München. S. 265

⁵⁷⁵ Anders, Günther (1961). Die Antiquiertheit des Menschen. Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution. München. S. 153

⁵⁷⁶ Anders, 1961, S. 142

⁵⁷⁷ Anders, 1961, S. 157f

werden muss – immer wieder, täglich und bis ins hohe Alter hinein.“⁵⁷⁸ Politische Bildung und Demokratie-Bildung sind somit für Gertraud Diendorfer und Sigrid Steininger Voraussetzungen für eine persönliche, zivilgesellschaftliche und soziale Teilhabe von Individuen an der Gesellschaft.⁵⁷⁹

Beschäftigt man sich mit politischer Bildung stößt man gleich auf die Schwierigkeiten der begrifflichen Präzisierung. In diesem Zusammenhang tauchen immer wieder Fachtermini wie, Politische Bildung, Demokratie-Bildung, Demokratie-Lernen, Demokratie-Kompetenz, Demokratiepädagogik, Citizenship Education, Civic Education, Staatsbürgerliche Erziehung, Political Education, aber auch Medienkompetenz oder Information Literacy auf.

Das Plädoyer für politische Bildung soll zu einer Abkehr vom postdemokratischen Kurs beitragen. Oder mit anderen Worten ausgedrückt: Nur politische Bildung ist dazu in der Lage, der ausgebrannten Demokratie wieder einen neuen Geist einzuhauchen.

Die Vermittlung der Demokratie als bloßes Denkspiel reiche nach Gerhard Himmelmann dabei nicht aus. Es bedürfe im Rahmen des Demokratie-Lernens dringend einer „*Anleitung zum Handeln, zur tätigen Selbstständigkeit in der Weckung von Motivation, der Bereitschaft und des aktiven Engagements, in denen dann auch die vielen praktisch-instrumentellen Fähigkeiten, die ‚demokratischen Handlungskompetenzen‘, erprobt, experimentell getestet und durch konkrete Erfahrung interaktiv gelernt und kooperativ gefestigt werden können [...].*“⁵⁸⁰

Politische Mündigkeit und Schaffung eines reflektierten und (selbst-)reflexiven Politikbewusstseins stehen im Mittelpunkt der politischen Bildung, in der nicht nur das faktenbasierte Wissen zählt, sondern auch der Kompetenzerwerb in Richtung politisches Denken und Handeln gefragt ist. Interesse, Konfliktlösungskompetenz, Meinungsbildung sollen gefördert werden. Zudem soll die Fähigkeit geweckt werden, das Politische im Alltag zu hinterfragen, eine gefestigte Meinung zu vertreten und Verantwortung zu übernehmen, um sich selbstständig im politischen Feld bewegen zu können. Es geht darum die Bereitschaft zur politischen Teilhabe zu fördern, indem das Interesse dafür geweckt wird.

2.5.4.1.1 Politische Bildung und Medienkompetenz

„Die Träger der politischen Bildung suchen verstärkt nach neuen jugendaffinen Produkten und Veranstaltungsformen. Die Bilderfluten der Medien und vor allem des Internets erfordern zeitgemäße Film- und Medienpädagogik. Ziel ist dabei die Thematisierung des Politischen,

⁵⁷⁸ Negt, Oskar (2010). Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen. S. 13

⁵⁷⁹ Vgl. Diendorfer/Steiniger, 2006, S. 9

⁵⁸⁰ Himmelmann, Gerhard (2001). Demokratie als Lebens-, Gesellschafts-, und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Studienbuch. Schwalbach. S. 44

um Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, die dabei helfen, sich im Prozess der demokratischen Willensbildung zu orientieren und mitzugestalten.“⁵⁸¹

In der heutigen Wissens- und Informationsgesellschaft ist der gewissenhafte und kritische Umgang mit klassischen sowie neuen Medien und mit immer größer werdenden Wissensbeständen zu einem wichtigen Thema geworden. Insofern leistet auch die Medienkompetenz einen gewichtigen Beitrag für die Möglichkeit der Partizipation am politischen Leben. Überdies bildet der gekonnte Umgang mit neuen Technologien ebenso eine Voraussetzung für die politische Bildung. Deshalb wird besonders im Bereich der politischen Bildung eine intensive Auseinandersetzung mit neuen Technologien und Medien gefördert. *„Neben dem politischen Wissen und den politischen Deutungsmustern sollte das Informationsverhalten der Bürger und Jugendlichen in der politischen Bildungsarbeit ebenso thematisiert werden wie deren vermutlichen Folgen.*“⁵⁸², fordert Patzelt.

Der politisch bildende Unterricht sollte laut Patzelt vor allem auf eine bewusste Mediennutzung abzielen. Insofern müsste eine politische Bildungsarbeit, die zur Rationalität und zur Kritikfähigkeit erziehen will, auch medienpädagogische Inhalte vermitteln, sowie im Sinne von Demokratieerziehung darauf Wert legen, über *„Zusammenhänge zwischen massenmedialer Darstellung, öffentlichem Meinungsbild und persönlicher Urteilsbildung [zu] informieren.*“⁵⁸³

2.5.4.1.2 Politische Bildung zur Partizipationsanregung

Ein bewusster Umgang mit der Art und Weise, wie dem Bürger Politik präsentiert wird, könnte durch politische Bildung sehr gut erreicht werden. Thomas Meyer beobachtet folgendes Szenario: *„Die einen glauben die Inszenierung so, wie sie gebracht wird; andere schalten ab, wenn sie eine Inszenierung vermuten. Nur die dritte Gruppe beleuchtet Botschaften kritisch.*“⁵⁸⁴

Um dem Desinteresse und der Politikverdrossenheit entgegen zu wirken, war immer wieder von der Einführung eines eigenen Unterrichtsgegenstandes die Rede. Doch dieses Vorhaben war (und ist nach wie vor) immer von dem großen Bedenken und der Befürchtungen überschattet, politische Bildung könne in der Schule missbraucht werden, um eine spezifische

⁵⁸¹ Golz, 2007, S. 2

⁵⁸² Patzelt, Werner J. (2005). Demokratie in Deutschland – Folgerungen für die politische Bildung. In: Himmelmann, Gerhard/Lange, Dirk (Hg.) (2005). Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung. Wiesbaden. S. 33

⁵⁸³ ebd.

⁵⁸⁴ Meyer, Thomas (1997). „Ein höfisches Zeremoniell“. Interview mit Thomas Meyer. In: Der Spiegel 46/1997, S. 156

Gesinnung herbeizuführen. Ängste vor Indoktrination – ein Lehrer könne eine ganze Klasse mit seiner Ideologie beeinflussen, oder davor, dass *Politische Bildung* von einer Partei oder deren Partei-Akademien gefördert werden könnte, wurden in diesem Zusammenhang immer wieder geäußert. – Wäre das tatsächlich der Fall, so wäre das Ziel politischer Bildung bei weitem verfehlt.

Die Forderung nach politischer Bildung für die Gesellschaft tritt immer dann in den Vordergrund, wenn niedrige Wahlbeteiligungen vorliegen, wenn Formen von Rechtsextremismus auftauchen oder wenn die Grundsätze der Demokratie vernachlässigt werden. „*System- und Politikverdruss haben ihre Gründe aber auch in der Komplexität der politisch zu lösenden Probleme.*“⁵⁸⁵ Die Demokratie hat immer wieder mit verschleppten Problemen, enttäuschten Erwartungen, untauglichen Kompromissen und vertuschten Skandalen zu kämpfen.⁵⁸⁶ Menschen erfahren, dass sie nicht gehört werden und haben auch kein Verständnis dafür, wenn Politiker ihren Forderungen nicht nachkommen. Dies mündet schließlich in eine Politikerverachtung. Insofern wäre es sinnvoll, die Handlungsschwierigkeiten von Politikern aufzuzeigen und zu diskutieren. Martha Nussbaum meint: „*democracy needs citizens who can think for themselves rather than simply deferring to authority, who can reason together about their choices rather than just trading claims and counter-claims.*“⁵⁸⁷

Politische Bildung gilt im Allgemeinen als Voraussetzung für die Partizipation an politischen Prozessen und stärkt die politische Meinungsbildung. Dabei wird davon ausgegangen, dass ein wenig politisch interessierter Bürger kaum offen dafür ist, sich am gesellschaftlichen und politischen Leben engagieren und beteiligen zu wollen.

2.5.4.1.3 Politische Bildung zur Komplexitätsreduktion

Laut Homepage des BMUKK leiste *Politische Bildung* einen „aktiven Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft sowie zur Verwirklichung und Weiterentwicklung der Demokratie und Menschenrechte“ in einer „Zeit, die durch steigende Komplexität in allen Lebensbereichen“⁵⁸⁸ charakterisiert sei. So soll politische Bildung im Wesentlichen dazu beitragen, gesellschaftliche Probleme zu offenbaren, zu erklären und zu lösen. „*Politische Bildung ermöglicht, die*

⁵⁸⁵ Patzelt, 2005, S. 36

⁵⁸⁶ Vgl. Patzelt, 2005, S. 36

⁵⁸⁷ Nussbaum, Martha (2006). Education and Democratic Citizenship: Capabilities and Quality Education. In: Journal of Human Development Vol. 7, No. 3. S. 388

⁵⁸⁸ BMUKK, http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/politische_bildung.xml (30. April 2011)

Politik (das Gewordene) aus der Perspektive des Politischen (des Möglichen) zu verstehen.“⁵⁸⁹, schreibt Hakan Gürses.

Demnach hat auch die Politik selbst ein bestimmtes Interesse an politischer Bildung, indem sie den Anspruch erhebt, politische Bildung vor allem dann als ‚Reparatur-Werkstätte‘ einzusetzen, wenn Unterstützung in gesellschaftlichen Krisen- oder Umbruchsituationen gefragt ist. *„Keinesfalls taugt politische Bildungsarbeit zur Feuerwehr, welche die Brände aktuellen Politikverdrusses oder antidemokratischer Gesinnungsäußerungen erfolgreich bekämpfen könnte*“⁵⁹⁰, meint Werner Patzelt. Politische Bildung würde jedoch dahingehend immer wieder interpretiert und eingesetzt werden.

2.5.4.1.4 Politische Bildung als Orientierungshilfe

Politische Bildung sollte in erster Linie eine Orientierungshilfe in einer pluralistischen Demokratie bieten und nicht reines Faktenwissen vermitteln. In diesem Sinne soll durch politische Bildung eine partizipative Haltung vermittelt werden.

„Die Demokratie ist kein abstrakter Rahmen des Handelns und Erlebens, den die nachfolgenden Bürger und Bürgerinnen immer bereits schon vorfinden, sondern eine Lebensform und politische Existenzweise, für die sich bewusst jeder einzelne entscheiden muss.“⁵⁹¹, erklärt Greven. Das heißt, Demokratie und politische Bildung müssen aufgrund des dauernden Bedarfs an Erneuerung in jeder Generation erlernt werden. Oder mit den Worten von Oskar Negt ausgedrückt: *„Demokratie muss gelernt werden - immer wieder, tagtäglich, ein Leben lang.*“⁵⁹²

„Individuelle Entgrenzungserfahrungen in einer globalisierten Welt haben zu tiefen Verunsicherungen geführt. Die beschleunigende Modernisierung und die wachsende Komplexität sind große Herausforderungen für die politische Bildung.“⁵⁹³

Veränderungen im Bereich der Demokratiekultur sind in ganz Europa zu verzeichnen. Um mit den Umgestaltungen und Veränderungen mithalten zu können, ist politische Bildung nicht nur für Kinder und Jugendliche sinnvoll, sondern auch im außerschulischen Bereich wichtig.

⁵⁸⁹ Gürses, Hakan (2010). Das Politische (in) der politischen Bildung. In: Magazin erwachsenenbildung.at Nr. 11/2010, S. 03/1 - 03/9

⁵⁹⁰ Patzelt, 2005, S. 36

⁵⁹¹ Greven, Michael Th. (2005). Politische Bildung in der politischen Gesellschaft: Erziehung zur Demokratie. In: In: Himmelfmann, Gerhard/Lange, Dirk (Hg.) (2005). Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung. Wiesbaden. S. 22

⁵⁹² Negt, Oskar (2010). „In dieser Gesellschaft brodeln es“. Interview von Romain Leick mit Oskar Negt. In: Der Spiegel 32/2010, S. 99

⁵⁹³ Golz, 2007, S. 2

2.5.4.1.5 Politische Bildung als Bewusstseinsweiterung

„Jeder ist aufgefordert, Risse und Widersprüche wahrzunehmen und sie auf ihre Veränderungsmöglichkeiten hin zu untersuchen, um sich dann für Alternativen stark zu machen.“⁵⁹⁴, meint Oskar Negt.

Die Demokratie hofft darauf, dass in Summe ein großer Teil der Wahlberechtigten über einen gewissen Überblick verfügt und die Regeln und die zugrunde liegenden Werte der Demokratie kennt. Da dies nicht immer, oder gar selten der Fall ist, muss die Vermittlung von politischen Inhalten auf jeden Fall so ausgerichtet sein, dass sie auch von der breiten Schicht der Bevölkerung verstanden wird: Die Bürger „sollen durch Politische Bildung die vielfältigen Bedingungen, Chancen und Gefahren des Handelns im politischen Feld kennen und als Vorrat verstehen lernen, um bei Bedarf (später) selbst als mitbestimmungsfähige Bürger in den politischen Prozess intervenieren zu können.“⁵⁹⁵, so Himmelmann und Lange.

Als Ziel gilt es, das Spektrum des politischen Bewusstseins zu erweitern, indem möglicherweise Kontroversen abgebildet oder verschiedene Parteimeinungen diskutiert werden. Eine höhere Reflexionsebene soll das Individuum zu einem mündigen und selbstbewussten Bürger heranreifen lassen, der imstande ist das demokratische System zu tragen.

Politische Bildung bietet außerdem ein großes Potential für den Erwerb von Schlüsselqualifikationen, wie Sozialkompetenz, Medienkompetenz, Humankompetenz etc. und ist eng mit der Identitätsbildung verbunden.

Im Rahmen von *Politischer Bildung* sollen laut Sieglinde Katharina Rosenberger im Wesentlichen folgende Kompetenzen und Fähigkeiten vermittelt und trainiert werden⁵⁹⁶:

1. Politische Bildung versteht sich als „Bildung“ von theoretischen und praktischen Fähigkeiten zur kritischen Reflexion über Politik- und Machtverhältnisse
2. Politische Bildung will ein umfassendes Verständnis über demokratische Grundwerte und -rechte erzeugen und vermitteln (Gleichheit, Toleranz, Anti-Diskriminierung, Umgang mit Vielfalt etc.)
3. Politische Bildung verfolgt handlungsorientierte Kompetenzen, um Staatsbürgerschaft zu leben; d.h. zur Mit-Gestaltung und Teilnahme am politischen Prozess zu befähigen.

⁵⁹⁴ Negt, Oskar (2010). „In dieser Gesellschaft brodelte es“. Interview von Romain Leick mit Oskar Negt. In: Der Spiegel 32/2010, S. 101

⁵⁹⁵ Himmelmann/Lange, 2007, S. 19

⁵⁹⁶ Rosenberger, 2006, S. 139f

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass es immer wieder Probleme mit der Art der Inhaltsvermittlung gegeben hat. Um der Stärkung des demokratischen Denkens und der damit verbundenen Partizipation nachzukommen, ist die Förderung von eigenständigen Meinungen und Einstellungen, sowie von Kritikfähigkeit und Verantwortungsbewusstsein gefragt.

Solange man jedoch nicht die Wichtigkeit der politischen Bildung erkennt, solange man politische Bildung mit theoretischem Wissen um die Verfassung, Rechte und Parteien (also einer reinen Institutionenlehre) gleichsetzt und solange keine adäquate Ausbildung im universitären Bereich vorhanden ist, wird politische Bildung als „Hilfe zur Selbsthilfe“, beispielsweise in Form eines eigenen Unterrichtsgegenstandes, kaum Fuß fassen können. – Ein Bedarf danach wäre allerdings dringend gegeben.

3 FAZIT

Fassen wir zusammen: Eine noch nie dagewesene Anzahl an Ländern bekennt sich gegenwärtig zur Demokratie. Dennoch scheint sich die Demokratie anstatt vorwärt eher rückwärts entwickelt zu haben. Es herrscht ein allgegenwärtiges Chaos um den Begriff der Demokratie.

Das Burnout der Demokratie, das unter anderem durch eine Wirtschafts- und Finanzkrise und den verstärkten neoliberalen Einfluss vorangetrieben wurde, scheint noch lange nicht überstanden zu sein. Lange Zeit konnten sich politische Herrschaft und kapitalistische Wirtschaftsordnung gegenseitig ergänzen. Der demokratische Staat sollte den Markt zum Schutz der Bürger in seine Schranken weisen und gleichzeitig eine freie Entwicklung des Marktes ermöglichen, ohne zwingend im marktwirtschaftlichen Geschehen eine aktive Rolle einzunehmen. Doch mit dem Aufkommen des Neoliberalismus änderten sich die Bedingungen für den Staat, dem die Obhut beispielsweise über Bildung, Verwaltung, Gesundheitswesen, Militär, kulturelle Angelegenheiten und Infrastrukturen wie etwa im Verkehrsbereich von den Gesetzen des Marktes schrittweise aus der Hand gerissen wurde.

Der Staat als rechte Hand der Demokratie pendelt zwischen seiner Rolle als Retter und Stütze einerseits und seinen Verfallserscheinungen, die sich in Autonomieverlust und Kontrollwahn manifestieren, andererseits. „Vater Staat“ fühlt sich vor allem seit den Anschlägen auf die Twin Towers im September 2001 aus einem vermeintlichen Schutzbedürfnis vor terroristischen Bedrohungen dazu verpflichtet, immer stärker in die Freiheits- und Bürgerrechte einzugreifen. Er zeigt seitdem immer stärkere Tendenzen, die Bewahrung der Privatsphäre zu missachten und entwickelt sich, wie diese Arbeit gezeigt hat, immer mehr, nicht nur in Richtung eines Herrschaftsmanagers sondern auch in die einer Art „Überwachungsstaat“.

Weiters tendieren immer größere Teile der Bevölkerung dazu, sich aus einem Unmut heraus die Freiheit zu nehmen, die demokratischen Prinzipien zu ignorieren, sich ihrer Partizipationspflicht zu entziehen und sich so wenig als möglich von „oben“ sagen zu lassen. Gerade bezüglich des Minimalanspruchs an die Demokratie, nämlich freie, geheime, gleiche, allgemeine und unmittelbare Wahlen abzuhalten, zeichnet sich eine Krise der politischen Kultur ab: die Anzahl der Wahlverweigerer wird immer größer, während auch die Unzufriedenheit mit Politikern, Parteien und deren Programmen wächst und lautstarke Ausformungen in Form einer neuen Protestkultur annimmt.

Politiker und Parteien hadern indes mit einem Aufmerksamkeits- und Konkurrenzdruck, verbünden sich mit ökonomischen Eliten und reagieren auf den Unmut der Bevölkerung oftmals

überfordert. Um den Mitglieder-, Vertrauens- und Ansehensverlusten entgegen zu wirken, greifen sie mitunter auf beratende Hilfe von außen in Form von Spin Doktoren, Wahlkampfstrategen, Werbepsychologen und Demoskopen zurück – mit dem Ziel sich in der Medienlandschaft in einem positiveren Licht präsentieren zu können. Mit der starken Personalisierung geht allerdings der Anspruch auf qualifizierte politische Fähig- und Fertigkeiten verloren und die vielen Image-Beratungen wirken sich, wie in der Arbeit gezeigt werden konnte, negativ auf die Authentizität und Glaubwürdigkeit von Politikern aus.

Während sich die gegenwärtige Politik in den Medien in Form von Wettkampfszenarien, Politainment und Skandalszenen abspielt, die politische Komplexität durch Unterhaltung reduziert wird und sich die Logik sowie das Tempo der Politik am medialen Umfeld orientiert, lässt sich eine inhaltliche Beliebigkeit innerhalb der Parteiprogramme und eine konsensuale Politik in Richtung „Mitte“ beobachten – Umstände, die es dem *demos* schwer machen, sich für politische Geschehnisse begeistern zu können und schließlich in eine Politikverdrossenheit münden.

Den Medien kommt in diesem Beziehungsgeflecht schließlich eine besondere Rolle zu. Einerseits ist die Politik existenziell auf Massenmedien angewiesen, andererseits sollen Medien als Sprachrohr der Gesellschaft fungieren, im eigentlichen Sinne eine Vermittlerrolle einnehmen und das politische Geschehen als kritische Instanz beobachten. Doch durch den medieninternen und ökonomischen Druck vollzieht sich ein Trend zur Boulevardisierung, Sensationalisierung, Hysterisierung und Kommerzialisierung – was schließlich nicht mehr mit dem sachlichen Informations- und Bildungsauftrag zusammenpasst und den Bürger zusehends verwirrt.

Das Web 2.0. hat mit den Social Networks neue politische Plätze eröffnet, bietet den Anwendern erstmalig die Möglichkeit sich in einen interaktiven „Produzter“ (Produzent und Nutzer) zu verwandeln, ist durch seine Zeit- und Ortsunabhängigkeit sehr benutzerfreundlich und wirkt sich förderlich auf die direkte Demokratie aus. Doch die Informationsvielfalt stellt auch eine Herausforderung für den Nutzer dar – der einzelne Bürger bedarf in dieser ungefilterten Unübersichtlichkeit spezieller Kompetenzen im Umgang mit neuen, aber auch klassischen Medien.

Die Rolle des *Demos* wandelt sich vor diesem Hintergrund allmählich vom Subjekt der Demokratie zum Objekt der Manipulation. Der Einzelne sieht sich mit einer chaotischen komplexen Welt konfrontiert, in der es nicht zuletzt durch wachsende Informations- und Bilderüberflutung immer schwerer wird, sich eine fundierte Meinung zu gesellschaftlichen und poli-

tischen Themen zu bilden. Doch gerade in Zeiten der Erschöpfung der Demokratie verlangt diese einen engagierten, partizipationswilligen und gebildeten Bürger.

Dass die Demokratie als dynamischer Prozess und permanent gestresstes System auch nach einigen Anstrengungen und Zuwendungen verlangt, kann man den vorherigen Kapiteln entnehmen – ist es doch eine Errungenschaft, die angesichts ihrer Geschichte nicht als selbstverständlich betrachtet werden kann.

Anhand vieler Beispiele aus der Literatur (Die demokratische Melancholie⁵⁹⁷, Demokratie in Gefahr?⁵⁹⁸, Demokratie in der Krise?⁵⁹⁹, Die Krisen der Demokratie⁶⁰⁰) lässt sich entnehmen, dass die Sorge um die Demokratie im Allgemeinen nichts Neues darstellt, und dass die Demokratie immer wieder ob ihres dynamischen Charakters als in einer Krise befindlich gesehen wurde – mit wenigen „goldenen“ Ausnahmeperioden.

Auch viele der gegenwärtigen Missstände und Kritikpunkte sind bereits aus der Vergangenheit bekannt; dennoch sind im Laufe der Jahre die Ansprüche an das demokratische System und somit an seine Leistungsfähigkeit massiv gestiegen. Die Unterschiede, die sich dadurch im Vergleich zu früheren Krisen herauskristallisieren, lassen darauf schließen, dass sich die aktuellen Probleme nicht mehr „von alleine lösen“ lassen werden.

Die momentane Krise der Demokratie, die von Crouch als Postdemokratie bezeichnet und in dieser Arbeit mit Hilfe des medizinischen Parallelbegriffes des Burnouts analysiert wurde, zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass sich alle einzelnen Akteure und Institutionen des demokratischen Systems in Krisen- und Überforderungssituationen befinden, worunter der *demos*, also der eigentliche Träger der Demokratie, am meisten zu leiden hat. Als Triebfeder der individuellen Krisen von Ökonomie, Staat, Politikern/Parteien, Medien und *demos* hat sich dabei vor allem die immer stärker werdende Beschleunigung erwiesen, mit der die einzelnen Akteure sichtlich zu kämpfen haben.

Da die Stabilität der Demokratie aber von der Stabilität der einzelnen Komponenten abhängig ist, kann sich die Demokratie dabei nur so weit entwickeln, wie es das schwächste Glied erlaubt. Aufgrund der systemimmanenten Vernetzung der einzelnen Akteure findet auch eine stetige gegenseitige Beeinflussung statt, sodass vorerst isolierte Krisen geradezu ansteckend wirken können, wie es auch bei Depressionskranken zu beobachten ist.

Um einer „schweren Depression“ zu entgehen, müsste sich die Demokratie neu mit sich be-

⁵⁹⁷ Bruckner, Pascal (1991). Die demokratische Melancholie. Hamburg.

⁵⁹⁸ Schneider-Wilkes, Rainer (1997). Demokratie in Gefahr? Münster.

⁵⁹⁹ Jäger, Thomas/Hoffmann, Dieter (Hg) (1995). Demokratie in der Krise? Zukunft der Demokratie. Opladen.

⁶⁰⁰ Dahrendorf, Ralf (2002). Die Krisen der Demokratie. München.

schäftigen. Statt den Rückwärtsgang einzulegen, sollte an den Missständen angesetzt, bewusster reflektiert, neue Taktiken entwickelt und nicht einfach gewartet werden, bis die Krise vorbei gegangen ist. In diesem Sinne bietet sich die Krise auch als Chance – gerade weil sich die Demokratie aus ihrem Zwischenzustand und in einer Metamorphose befindend wieder neu erfinden kann. Dabei gibt es zwar keinen Idealzustand der Demokratie, aber sie kann eine neue stabilere Gestalt annehmen, um die multiplen Missstände und Widersprüche besser austragen zu können.

Wie diese Arbeit gezeigt hat, tragen zur gegenwärtigen Krise der Demokratie viele Ursachen bei. Auf der ökonomischen Ebene zeigen sich wirtschaftlich bedingte Krisen in Zusammenhang mit dem Neoliberalismus, dem Finanzmarkt-Kapitalismus, dem verstärkten Lobbyismus und der Korruption. Auf staatlicher und politischer Ebene lassen sich Schwierigkeiten nicht nur durch Supranationalisierung und Globalisierung feststellen (Stichwort Postnationalismus, Bedeutungsverlust des Nationalstaats, Steuerungsdefizite, Entmachtung des Nationalstaats, Notwendigkeit von *global governance*), sondern auch durch die Medialisierung (siehe Personalisierung, Boulevardisierung, Politainment, Spin Doktoren, Meinungsforschung). Es gibt Kritik an der repräsentativen Demokratie sowie am Parteiensystem (siehe Verfall der politischen Repräsentation), am Parlamentarismus (Stichwort Postparlamentarismus, Entwertung des Parlaments durch Outsourcing von Entscheidungen an supra- und internationale Institutionen) und auch die Verwaltung unterliegt einem ständigen Tadel. Ferner scheint die Gewaltenteilung nicht mehr einwandfrei zu funktionieren, sodass bereits von einer Erosion zwischen Legislative, Exekutive und Judikative gesprochen wird.

Letzten Endes stellen nicht nur Staatskrisen, Medienkrisen, Finanz- und Wirtschaftskrisen, sondern auch Klima- und Energiekrisen und die damit verbundene Ressourcenknappheit sowie die vielfältigsten Menschheitsprobleme eine große Herausforderung für die Demokratie dar.

„Indessen langweilt uns die Demokratie, tyrannisiert uns mit ihren Anweisungen, den endlosen Aufgaben, die sie uns auferlegt. Wir haben sie erfunden, um sie desto besser umgehen zu können, sie zu einem Beruhigungsmittel zu machen, das uns gegen Risiken und Ängste immunisiert.“⁶⁰¹, schreibt Pascal Bruckner.

Durch die Angeslagenheit der Demokratie wird die Bekämpfung ihrer eigenen Probleme erschwert und verlangsamt. Gerade multiple Krisen und Problemsituationen bräuchten allerdings zu ihrer Bewältigung und Lösung eine starke und vitale Demokratie.

⁶⁰¹ Bruckner, Pascal (1991). Die demokratische Melancholie. Hamburg. S. 174

Aufgrund der proklamierten Entdemokratisierung bedarf es wieder eines Lebenselixiers. Dennoch wird man zur „Heilung“ der Demokratie an mehreren Ebenen und bei jedem der einzelnen Akteure ansetzen müssen, wozu es zahlreiche Lösungsvorschläge gibt.

Zusammenfassend sind dabei folgende Ansätze zu erwähnen, die zum Teil in der Arbeit erwähnt wurden, teilweise aber auch als Ergänzungen dienen:

- Ausbau öffentlicher Leistungen, vor allem hinsichtlich der Bildung; Beendigung der Privatisierung von öffentlichen Gütern
- Zurückdrängung des staatlichen Kontrollwahns im Sinne des Überwachungs- und Sicherheitsstaats; mehr staatliche Kontrolle über die Märkte
- Ausbau des Wohlfahrtsstaates, Stärkung des lokalen- und nationalen Einflusses, Demokratisierung der Europäischen Union, Stärkung des europäischen Parlaments
- Reduktion von unlegitimierten Machteinflüssen (Spin Doktoren, Meinungsforscher, Medien, Wirtschaftseliten etc.)
- Eindämmung des Lobbyismus, Zurückdrängung einzelner Profitinteressen
- Ausbau von direktdemokratischen Partizipationsformen⁶⁰², wie Volksbegehren, Volksbefragungen und Volksabstimmungen, – mit Hilfe der technologischen Weiterentwicklung zur Stärkung der Demokratie; Ausbau der E-Democracy; Revitalisierung des vorpolitischen Raumes
- Eindämmung der Personalisierung auf politischer Ebene, um dem Trend der Entpolitisierung entgegen zu wirken; Stärkung politischer Identitäten, Konzentration auf Inhalte und nicht auf Politainment, da die Lösung nicht darin liegen kann, die Komplexität beispielsweise durch Politainment zu reduzieren – es sollte Wert auf die programmatische Substanz und Erklärung von Sachverhalten gelegt werden
- Repolitisierung der Parteien, Abkehr von einer „Politik der Mitte“ und mehr Diskussion
- Eindämmung (rechts- und links-)populistischer Tendenzen
- Reduktion unlegitimierter Machteinflüsse (beispielsweise von Wirtschaftseliten, Lobbys, Spin Doktoren, Demoskopen etc.), Erhöhung der Transparenz was lobbyistische Tätigkeiten betrifft
- Erhöhung der Transparenz im Parteiensystem durch Offenlegungspflicht von Parteienfinanzierung, Einkommen, Nebentätigkeiten und Verbandsmitgliedschaften

⁶⁰² Anmerkung des Autors: Auch der Ausbau der direkten Demokratie stößt in diesem Zusammenhang an seine Grenzen, wenn man beispielsweise dabei an die 2009 abgehaltene Volksabstimmung in der Schweiz rund um den Bau von Minaretten denkt. Derartige Plebiszite dürfen nicht inhaltlich abgeschottet von Grund- und Menschenrechten abgehalten werden und bedürfen einer verfassungsrechtlichen Einrahmung. Denn auch aus der viel zitierten *Weisheit der Vielen* kann eine banale und unreflexierte „Dummheit“ entstehen.

- Rückbesinnung auf die eigentlichen Aufgaben der Medien; Stärkung des analysierenden und investigativen Journalismus, Verbesserung in der medialen Landschaft, beispielsweise im Bereich der Presse durch den Ausbau von Wochenformaten; Konzentration auf Inhalte und Entschleunigung
- Mit der Informationsvermittlung soll auch eine gewisse Medienkompetenz an den Bürger weitergegeben werden, wodurch „*irrationaler Gesichtspunkte einen möglichst geringen Stellenwert erhalten*“⁶⁰³ sollen
- Entschleunigung und mehr Reflexivität auf allen Ebenen; mehr öffentliche Diskussion

Ein Rezept dafür, wie den Gefahren der postpolitischen Epoche zu begegnen sei, gebe es nach Jean-Marie Guéhenno nicht – weshalb die nötige Revolution von geistiger Natur sein müsse.⁶⁰⁴ Um der Gefahr einer Rückkehr zu dunklen Leidenschaften und eines Verzichts auf die Vernunft zu entgehen, müssen wir laut Guéhenno „*zur Weisheit – in der stoischen Bedeutung des Worts – zurückfinden*“ und „*unser Gewissen vor Verarmung hüten*.“⁶⁰⁵

Da der *demos* als Schnittpunkt am meisten in die Vernetzung der demokratischen Akteure involviert ist und größtenteils zur Kompensationsarbeit angehalten ist, gilt er in dieser Arbeit als Hauptkandidat für die Rehabilitierungsarbeit.

Claus Leggewie und Harald Welzer sind der Meinung, dass die Bewältigung der gegenwärtigen Krisen „*nicht weniger als eine kulturelle Revolution*“ verlange, womit der Bürgergesellschaft eine weitaus gewichtigere Rolle zukommen müsse, die wiederum „*mehr, nicht weniger Demokratie*“ erfordere.⁶⁰⁶ Der verfehlten Politik der Eliten könne man nur dann entgegenwirken, wenn der politische Souverän die Eliten „*machtvoll zur Raison*“ bringe. Was also gebraucht werde sei wiederum: „*mehr Demokratie*.“⁶⁰⁷ Und da Leggewie und Welzer davon ausgehen, dass die Bürger auch Freude und Interesse daran hätten, auf die Politik demokratisch Einfluss nehmen zu können, sehen sie in der politischen Praxis und aktiven Bürgerbeteiligung auch eine realistische Möglichkeit für einen weitreichenden Strukturwandel von unten.⁶⁰⁸

Aus diesem Grund müsste man genau dort ansetzen, woher der größte Einfluss in einer funktionierenden Demokratie kommt und das ist der einzelne politisch mündige Bürger.

⁶⁰³ Dörner, Andreas (2002). Wahlkämpfe – eine rituelle Inszenierung des „demokratischen Mythos“, In: Vogt, Ludgera (Hg.) (2002). Wahl-Kämpfe. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual, Frankfurt am Main. S. 18

⁶⁰⁴ Guéhenno, Jean-Marie (1994). Das Ende der Demokratie. München. S. 177

⁶⁰⁵ Guéhenno, 1994, S. 179

⁶⁰⁶ Vgl. Leggewie, Claus/Welzer, Harald (2009). Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie. Frankfurt am Main. S. 174

⁶⁰⁷ Vgl. Leggewie/Welzer, 2009, S. 136

⁶⁰⁸ Vgl. Leggewie/Welzer, 2009, S. 173

In diesem Sinne und auf Basis der ausführlichen Beschäftigung mit Krisen der Demokratie in der vorliegenden Arbeit lautet der Imperativ auch hier: *Mehr Demokratie wagen!* Schließlich muss die Demokratie von unten gestärkt werden, um überhaupt aus dem postdemokratisch vernebelten Zwischenzustand ausbrechen zu können. Das verlangt nach einer Weiterentwicklung der Teilhabe- und Diskussionsdemokratie und einer Übertragung von mehr Verantwortung an die Bürger, woran auch ein Ausbau von Kompetenzen und Qualifikationen gebunden ist, damit sich wieder neue Motivation zur Partizipation und Mitwirkung herausbilden kann.

Diese Qualifikationserweiterung kann in diesem Zusammenhang beispielsweise durch eine von Claus Leggewie geforderte Gesellschaftsberatung erfolgen; eine Stärkung des *demos* kann ebenso durch die Vermittlung von Medienkompetenz, oder durch Ethik-Unterricht erreicht werden.

Am Ende sollte sich politische Partizipation wie das tägliche Zähneputzen in den Alltag integrieren lassen – und das kann nach Ansicht des Autors lediglich durch den Ausbau und verstärkten Einsatz von politischer Bildung, im Sinne einer „Hilfe zur Selbsthilfe“ erfolgen, da nur diese dazu im Stande ist, den Bürger dorthin zu führen, wo er wieder vitalisierend auf die Demokratie einwirken kann.

4 LITERATUR

Althaus, Marco (1998). Wahlkampf als Beruf. Die Professionalisierung der Political Consultants in den USA. Frankfurt am Main.

Anders, Günther (1961). Die Antiquiertheit des Menschen. Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution. München.

Androsch, Hannes (2011). In: Riedl, Joachim (2011). Wir sind das letzte Aufgebot. In: Die Zeit Online <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/691225/Faymann-und-Spindelegger-fehlt-Fuehrungsqualitaet> (zuletzt abgerufen am 30. September 2011)

Arendt, Hannah (1993). Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlaß. München.

Arzheimer, Kai (2002). Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffes. Wiesbaden.

Assheuer, Thomas (2010). Wir haben die Nase voll! In: Die Zeit Online <http://www.zeit.de/2010/42/Modernisierungsprotest> (zuletzt abgerufen am 10. August 2011)

Bader, Erwin (2008). Wo bleibt der demokratische Fortschritt? In: Die Presse Online. <http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/404326/Wo-bleibt-der-demokratische-Fortschritt> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)

Baker, Russell (2007). Goodbye to Newspapers? <http://www.nybooks.com/articles/archives/2007/aug/16/goodbye-to-newspapers/?pagination=false&printpage=true> (zuletzt abgerufen am 23. August 2011)

Baudrillard, Jean (1986). Jenseits von Wahr und Falsch, oder Die Hinterlist des Bildes. In: Bachmayer, Hans Matthäus et al. (1986). Bildwelten – Denkbilder. München.

Baudrillard, Jean (1993). Die Telekratie. In: Kaiser, Gert (Hg.) (1993). Kultur und Technik im 21. Jahrhundert. Frankfurt am Main/New York.

Baudrillard, Jean (2002). „Das ist der vierte Weltkrieg“. Interview mit Jean Baudrillard. In: Der Spiegel 03/2002.

Behrmann, Günther (1979). Politische Sozialisation in entwickelten Industriegesellschaften, Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 132, Bonn. S. 19. Zitiert nach: Detjen, Joachim (2007). Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland. Wien/München.

- Benjamin**, Walter (1989). Gesammelte Schriften Band II/3. Reflexionen zum Rundfunk. Frankfurt am Main.
- Benz**, Arthur (1998). Postparlamentarische Demokratie? Demokratische Legitimation im kooperativen Staat. In: Greven, Michael Th. (1998). Demokratie – Kultur des Westens? Opladen.
- Benz**, Arthur (2010). Blockiert durch Komplexität? Demokratie in Mehrebenensystemen föderaler und transnationaler Politik. In: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik Nr.190, Heft 2/2010.
- Betz**, Dominik (2007). „Seymour Hersh – auf der Suche nach der Wahrheit.“
http://www.uni-hamburg.de/uc/ys_02_05/studium.hersh.htm (zuletzt abgerufen am 23. Juli 2011)
- Beyer**, Arno (2008). Die Medien als Sündenbock. In: Horster, Detlef (Hg.). (2008). Die Krise der politischen Repräsentation. Weilerswist.
- Bialecki**, Martin (2006). In: Leif, Thomas (2006). Strippenzieher und Hinterzimmer. Meinungsmacher im Berliner Medienzirkus. Betrifft. Dokumentation. Südwestrundfunk 2006.
- Bieber**, Christoph et al. (2009). Soziale Netze in der digitalen Welt. Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Macht. Frankfurt am Main.
- Bieber**, Christoph/Eifert, Martin/Groß, Martin/Lamla, Jörn (2009). Soziale Netzwerke in der digitalen Welt. In: Bieber, Christoph et al. (2009). Soziale Netze in der digitalen Welt. Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Macht. Frankfurt am Main.
- Blühdorn**, Ingolfur (2006). billig will Ich. Post-demokratische Wende und simulative Demokratie. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 4/2006.
- BMUKK**, Politische Bildung.
http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/politische_bildung.xml (30. April 2011)
- Böhme**, Hartmut (2009). Hilft das Lesen in der Not? Warum unsere Wirtschaftskrise eine Krise der Moderne ist. In: Die Zeit Literatur Nr. 12, März 2009.
- Borinski**, Fritz (1954). Der Weg zum Mitbürger. Die politische Aufgabe der freien Erwachsenenbildung in Deutschland. Düsseldorf/Köln. Zitiert nach: Detjen, Joachim (2007). Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland. Wien/München.

- Bourdieu**, Pierre (2001). Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz.
- Brecht**, Bertolt (1999). Der Rundfunk als Kommunikationsapparat. Rede über die Funktion des Rundfunks. In: Pias, Claus/Vogl, Joseph/Engell, Lorenz/Fahle, Oliver/Neitzel, Britta (Hg.): Kursbuch Medienkultur. Die maßgeblichen Theorien von Brecht bis Baudrillard. Stuttgart.
- Brettschneider**, Rudolf (2003). Mediennutzung in Österreich – Status Quo und Perspektiven. Bundeskanzleramt/RTR: Medien in der Informationsgesellschaft. 28.04.2003, Wien. www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=6369 (zuletzt abgerufen am 11. Juni 2011)
- Breuer**, Rolf (2000). Die fünfte Gewalt. In: Die Zeit Online http://www.zeit.de/2000/18/200018.5._gewalt_.xml (zuletzt abgerufen am 19. Juli 2011)
- Bruckner**, Pascal (1991). Die demokratische Melancholie. Hamburg.
- Bruns**, Axel (2009). Produktion: Von medialer zu politischer Partizipation. In: Bieber, Christoph et al. (2009). Soziale Netze in der digitalen Welt. Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Macht. Frankfurt am Main.
- Buchstein**, Hubertus (2009). Einleitung: ‚Demokratie‘ und Demokratietheorien in der Kontroverse. In: Buchstein, Hubertus (2009). Demokratietheorie in der Kontroverse. Baden-Baden.
- Buchstein**, Hubertus/Nullmeier, Frank (Hg.) (2006). Postdemokratie: Ein neuer Diskurs? Editorial. Forschungsjournal NSB, Jg. 19, 4/2006.
- Buchsteiner**, Jochen (1998). Prinzen der Dunkelheit. In: Die Zeit Online <http://www.zeit.de/1998/37/199837.medienlandschaft.xml> (zuletzt abgerufen am 12. August 2011)
- Bude**, Heinz (2010). Die Metamorphose des Staatsglaubens nach 1945. (unveröffentlichtes Manuskript). Vortrag im Rahmen des 14. Philosophicum Lech 2010 zum Thema „Der Staat. Wie viel Herrschaft braucht der Mensch?“
- Cap**, Josef (2005). Kamele können nicht fliegen. Von den Grenzen politischer Inszenierung. Wien.
- Castells**, Manuel (2010). The Power of Identity: The Information Age: Economy, Society and Culture. Volume II. Malden.
- Crouch**, Colin (2008). Postdemokratie. Frankfurt am Main.

Crouch, Colin (2009). In: Müller, Helmut L. (2009). Die Demokratie ist in der Krise. In: Salzburger Nachrichten Online <http://search.salzburg.com/articles/3342011> (zuletzt abgerufen am 11. Juni 2011)

Crouch, Colin (2009). Vom Urkeynesianismus zum privatisierten Keynesianismus – und was nun? In: Leviathan 37.

Dahrendorf, Ralf (2002). Die Krisen der Demokratie. Ein Gespräch mit Antonio Polito. München.

Detjen, Joachim (2002). Pluralismus. In: Jarren, Gottfried (Hg.) (2002). Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft: ein Handbuch mit Lexikonteil. Op-laden/Wiesbaden.

Dettmer, Markus/Shafy, Samiha/Tietz, Janko (2011). Das Volk der Erschöpften. In: Der Spiegel 04/2011.

Die Kleine Zeitung Online, Studie: Täglich neun Stunden Medienkonsum, <http://www.kleinezeitung.at/allgemein/multimedia/2711797/studie-deutsche-kommen-taeglich-neun-stunden-medienkonsum.story> (zuletzt abgerufen am 11. August 2011)

Ortner, Christian (2010). Die suspendierte Demokratie. In: Die Presse Online. <http://diepresse.com/home/meinung/quergeschrieben/christianortner/574670/Die-suspendierte-Demokratie> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)

Ortner, Christian (2010). Parteiendemokratie in der Krise. Gibt es Alternativen zur Unintelligenz? In: Die Presse Online. <http://diepresse.com/home/meinung/quergeschrieben/christianortner/602201/Parteiendemokratie-in-der-Krise-Gibt-es-Alternativen-zur-Unintelligenz> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)

Die Presse Online. Jeder Dritte leidet an einer psychischen Störung, <http://diepresse.com/home/gesundheit/690885/Jeder-Dritte-leidet-an-einer-psychischen-Stoerung> (zuletzt abgerufen am 10. September 2011)

Diendorfer, Gertraud/Steininger, Siegrid (Hg.) (2006). Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich. Schwalbach.

Dörner, Andreas (2001). Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft. Frankfurt am Main.

Dörner, Andreas (2002a). Wahlkämpfe – eine rituelle Inszenierung des „demokratischen Mythos“, in: Vogt, Ludgera (Hg.) (2002). Wahl-Kämpfe. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual. Frankfurt am Main.

Dörner, Andreas (2002b). Politainment versus Mediokratie. Thesenvortrag, Cologne Conference/Medienforum NRW, 21. Juni 2002. www.mediaculture-online.de/.../doerner_politainment/doerner_politainment.pdf (zuletzt abgerufen am 22. Juni 2011)

Edelman, Murray (1990). Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns. Frankfurt am Main/New York.

Eibl, Gertraud (2004). Die Kunst, aus Nicht-Wählern Protestwähler zu machen. In: Die Zeit Online <http://www.zeit.de/2004/25/oesterreich> (zuletzt abgerufen am 27. April 2011)

Eibl, Maximilian. (2006). Knowledge Media Design: Theorie, Methodik, Praxis. München.

Ende, Michael (1973). Momo. Stuttgart. Wien.

Eppler, Martin J./Mengis, Jeanne (2004). The Concept of Information Overload. A Review of Literature from Organization Science. In: in: The Information Society, Volume 20, Number 5. Zitiert nach: Volnhals, Martina/Hirsch Bernhard (2008). Informations Overload und Controlling. In: Zeitschrift für Controlling und Management, Sonderheft 1/Jg. 52.

Facebook-Statistik, <http://digitalaffairs.at/facebook-userzahlen-oesterreich/> (Stand 11. Juni 2011)

Facebook-Statistik, <http://www.socialbakers.com/facebook-statistics/> (Stand 11. Juni 2011)

Fischer, Karsten (2006). Die jüngste Versuchung der Demokratie. In: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen 19, Heft 4/2006.

Filzmeier, Peter (2004). Wahlen und politischer Wettbewerb in der Mediengesellschaft. In: Von Wahl zu Wahl. Informationen zur Politischen Bildung Bd. 21, Innsbruck/Bozen/Wien.

Finanznachrichten Online. Universität Zürich: Dänemark, Finnland und Belgien haben die besten Demokratien, <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2011->

01/19193160-universitaet-zuerich-daenemark-finnland-und-belgien-haben-die-besten-demokratien-007.htm (zuletzt abgerufen am 20. Juni 2011)

Fischer, Karsten (2006). Die jüngste Versuchung der Demokratie. In: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen 19, Heft 4/2006.

Fukuyama, Francis (2011). Dealing with Inequality. Poverty, Inequality, and Democracy In: Journal of Democracy Volume 22, Number 3 July 2011.

Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard (2010). Der Parteienstaat – ein immerwährendes demokratisches Ärgernis? Ideologiekritische und empirische Anmerkungen zu einer aktuellen Debatte. In: ZfP 57 Jg. 3.

Gallus, Alexander (2002). Demoskopie in Zeiten des Wahlkampfs. „Wirkliche Macht“ oder „Faktor ohne politische Bedeutung“? In: APuZ B15-16/2002.

Gellner, Winand (1996). Demoskopie, Politik, Medien. In: Jarren, Otfried/Schatz, Heribert, Weißler/Hartmut (Hg.) (1996). Medien und politischer Prozeß. Opladen.

Genschel, Philipp (2007). Und er kann es doch. In: Die Zeit, Nr.36 vom 30.08.2007.

Genschel, Philipp/Zangl, Bernhard (2008). Die Zerfaserung von Staatlichkeit und die Zentralität des Staates. In: APuZ 20-21/2007.

Genschel, Philipp/Zangl, Bernhard (2008). Metamorphosen des Staates – vom Herrschaftsmonopolisten zum Herrschaftsmanager. In: Leviathan, 36. Jahrgang, Heft 3, September 2008.

Golz, Hans-Georg (2007). Politische Bildung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Nr. 32–33/07.

Gothe, Heiko et al. (1997). Mythos und Realität: „Parteienverdrossenheit“ in der Bundesrepublik Deutschland In: Schneider-Wilkes (Hg.). (1997). Demokratie in Gefahr? Zum Zustand der deutschen Republik. Münster.

Greven, Michael Th. (2005). Politische Bildung in der politischen Gesellschaft: Erziehung zur Demokratie. In: In: Himmelmann, Gerhard/Lange, Dirk (Hg.) (2005). Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung. Wiesbaden.

Greven, Michael Th. (2003). Sind Demokratien reformierbar? Bedarf, Bedingungen und normative Orientierungen für eine Demokratiereform. In: Offe, Claus (Hg.) (2003). Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge. Frankfurt am Main.

- Groebel** et al. (1995). Bericht zur Lage des Fernsehens. Gütersloh.
- Grunenberg**, Nina (2007). Die Mächtigen schlau machen. Einflüstern, steuern, manipulieren. In der Hauptstadt boomt das Geschäft der Besserwisser. In: Die Zeit Online http://www.zeit.de/2001/28/200128_politikberatung.xml (zuletzt abgerufen am 24. Juni 2011)
- Grunwald**, Armin et al. (2006). Netzöffentlichkeit und *digitale Demokratie*. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet. Berlin.
- Guéhenno**, Jean-Marie (1994). Das Ende der Demokratie. München. S. 177
- Gürses**, Hakan (2010). Das Politische (in) der politischen Bildung. In: Magazin erwachsenenbildung.at, Nr. 11/2010.
- Habermas**, Jürgen (1994). Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien. In: Habermas, Jürgen (1994). Die Moderne – Ein unvollendetes Projekt. Frankfurt am Main.
- Habermas**, Jürgen (1998). Die Postnationale Konstellation. Frankfurt am Main.
- Habermas**, Jürgen (2007). „Keine Demokratie kann sich das leisten“ In: Süddeutsche Zeitung Online <http://www.sueddeutsche.de/kultur/juergen-habermas-keine-demokratie-kann-sich-das-leisten-1.892340> (zuletzt abgerufen am 20. Juli 2011)
- Habermas**, Jürgen (2011). Europapolitik – Merkels von Demoskopie geleiteter Opportunismus. Süddeutsche Zeitung Online, <http://www.sueddeutsche.de/politik/europapolitik-merkels-von-demoskopie-geleiteter-opportunismus-1.1082536> (zuletzt abgerufen am 28. Juli 2011)
- Hamann**, Götz (2007). Kommt die Vierte Gewalt unter den Hammer? In: Die Zeit Nr.17 vom 19. April 2007.
- Hamilton**, Alexander/Madison, James/Jay, John (2007). Die Federalist Papers. Herausgegeben und übersetzt von Barbara Zehnpfennig. München.
- Hämmerle**, Walter (2010). Leitartikel: Eine Frage des Respekts. In: Wiener Zeitung. <http://www.wienerzeitung.at/default.aspx?TabID=5080&Alias=wzo&cob=475080> (zuletzt abgerufen am 28. März 2011)
- Hanfeld**, Michael (2007). Wer sieht noch die „Tagesthemen“? In: FAZ, 18.12.2007, Nr. 294.

Hassel, Anke/Lütz, Susanne (2010). Durch die Krise aus der Krise? Die neue Stärke des Staates. In: dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, Heft 2/2010.

Hefty, Georg Paul (1993). Die wohlfeile Politikverdrossenheit der Wohlstandsbürger. In: Herles, Helmut (Hg.) (1993). Politikverdrossenheit – Schlagwort oder Zeichen der Krise? Bonn.

Henning, Eike (2010). Totgesagte leben lange. Zum Aussagenwert postdemokratischer Theorien. In: Vorgänge 190, Zeitschrift für Bürgerrecht und Gesellschaftspolitik, 49. Jahrgang, Juni 2010. Heft 2.

Himmelmann, Gerhard (2001). Demokratie als Lebens-, Gesellschafts-, und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Studienbuch. Schwalbach.

Himmelmann, Gerhard/Lange, Dirk (Hg.) (2007). Demokratiebewusstsein. Interdisziplinäre Annäherung an ein zentrales Thema der Politischen Bildung. Wiesbaden.

Hinrichs, Thomas (2008). In: Krupa, Matthias (2008). Verschnupft in der Nachrichtenfabrik. In: Die Zeit Online <http://www.zeit.de/2008/05/Tagesthemen> (zuletzt abgerufen am 18. August 2011)

Hinrichs, Ulrike (2006). In: Leif, Thomas (2006). Strippenzieher und Hinterzimmer. Meinungsmacher im Berliner Medienzirkus. Betrifft. Dokumentation. Südwestrundfunk 2006.

Hofer, Thomas (2005). Spin Doktoren in Österreich. Die Praxis amerikanischer Wahlkampfberater. Was sie können, wen sie beraten, wie sie arbeiten. Wien.

Hofmann, Gunter (2007). Beruf: Lautverstärker. In: Literaturen, 9/2007.

Hoppe, Heidrun. Zitiert nach: Wollers, Mirja. (2000). Politikverdrossenheit als soziales Konstrukt: Eine Betrachtung aus soziologischer Perspektive. Hamburg.

Hornig, Frank/Müller, Martin/Weingarten, Susanne (2008). Die Daten-Sucht. In: Der Spiegel 33/2008.

Hösle, Vittorio (2011). Die ökologische Krise der Gegenwart und die Philosophie. Ein Gespräch mit dem Philosophen Vittorio Hösle, (24. März 2011), <http://denkanstoesse.de/Dossier/221-Die%20ökologische%20Krise%20der%20Gegenwart%20und%20die%20Philosophie> (zuletzt abgerufen am 7. Juli 2011)

- IMAS** (2010). Wie das Internet unsere Kommunikation verändert. Nr. 28/Dezember 2010.
- IMAS** (2011). Der verkannte Wutbürger. IMAS Nr. 4/Februar 2011.
- Jäger**, Thomas/Hoffmann, Dieter (Hg.) (1995). Demokratie in der Krise? Zukunft der Demokratie. Opladen.
- Jansen**, Kerstin (2005). Bauchgefühl und Zufall entscheiden die Wahlen. In: Der Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,370344,00.html> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)
- Jörges**, Hans-Ulrich (2006). In: Leif, Thomas (2006). Strippenzieher und Hinterzimmer. Meinungsmacher im Berliner Medienzirkus. Betrifft. Dokumentation. Südwestrundfunk 2006.
- Jörke**, Dirk (2005). Auf dem Weg zur Postdemokratie. In: Leviathan 33, Heft 4/2005.
- Jörke**, Dirk (2006). Warum Postdemokratie? In: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen 19, Heft 4/2006.
- Jörke**, Dirk (2010). Was kommt nach der Postdemokratie? In: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik Nr. 190, Heft 2/2010.
- Käfer**, Patrizia (2007). Sollen Sie doch virtuelle Pizzastücke essen! Die Presse Online, <http://diepresse.com/home/kultur/news/299428/Sollen-sie-doch-virtuelle-Pizzastuecke-essen> (zuletzt abgerufen am 28. Juni 2011)
- Klages**, Helmut (1981). Zitiert nach: Pöttker, Horst (1996). Politikverdrossenheit und Medien. Daten und Reflexionen zu einem vitulenten Problem. In: Jarren, Otfried et al. (1996). Medien und politischer Prozess. Opladen.
- Klaus**, Václav (2005). „Ich habe Angst um Europa“. Ein FAZ-Gespräch mit dem tschechischen Präsidenten Václav Klaus über die Verfassung der EU („leer und schlecht“), die Regierungskrise in Prag und das Verhältnis zu Deutschland. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. März 2005/Nr. 62.
- Klawitter**, Nils (2006). Meister der Verdreher. In: Der Spiegel 31/2006.
- Klima**, Victor (1997). Parlamentskorrespondenz Nr. 58 vom 29.01.1997.
- Klingberg**, Torkel (2008). Multitasking. Wie man die Informationsflut bewältigt ohne den Verstand zu verlieren. München.

- Krupa, Matthias** (2008). Verschnupft in der Nachrichtenfabrik. In: Die Zeit Online <http://www.zeit.de/2008/05/Tagesthemen> (zuletzt abgerufen am 18. August 2011)
- Kubicek, Herbert/Wind, Martin** (2001). Wie „modernisiere“ ich Wahlen? Der lange Weg vom Pilotprojekt zum Online Voting bei einer Bundestagswahl. In: Filzmaier, Peter (Hg.) (2001). Internet und Demokratie: the state of online politics. Innsbruck.
- Kurbjuweit, Dirk** (2006). Die vernebelte Republik. In: Der Spiegel 39/2006.
- Kurbjuweit, Dirk** (2010). Der Wutbürger. In: Der Spiegel 41/2010.
- Kurbjuweit, Dirk** (2011). „Die ganze Welt ist Bühne“ In: Die Presse Online <http://diepresse.com/home/kultur/news/641350/print.do> (zuletzt abgerufen am 15. Juli 2011)
- Kuznets, Simon** (1955). „Economic Growth and Income Inequality“, American Economic Review 45 (March 1955). Zitiert nach: Fukuyama, Francis (2011). Dealing with Inequality. Poverty, Inequality, and Democracy In: Journal of Democracy Volume 22, Number 3 July 2011.
- Lauth, Eberhard** (2011). Liveschaltung in die Postdemokratie. In: Der Standard Online. <http://derstandard.at/1302745393009/Rechtsnationaler-Trend-in-Oesterreich-Liveschaltung-in-die-Postdemokratie> (zuletzt abgerufen am 25. Mai 2011)
- Leggewie, Claus** (2000). Bimbos und Brimborium. Das Ventura-Phänomen oder: Politiker als Prominente, in: Die neuen Eliten, Kursbuch 139, Berlin.
- Leggewie, Claus** (2009). Demokratie neu erfinden? Die Presse Online <http://diepresse.com/home/spectrum/zeichenderzeit/503351/Demokratie-neu-erfinden> (zuletzt abgerufen am 2. Juli 2011)
- Leggewie, Claus/Welzer, Harald** (2009). Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie. Frankfurt am Main.
- Leggewie, Claus/Bieber, Christoph** (2003). Demokratie 2.0. Wie tragen neue Medien zur demokratischen Erneuerung bei? In: Offe, Claus (Hg.) (2003). Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge. Frankfurt am Main.
- Leif, Thomas** (2006). Strippenzieher und Hinterzimmer. Meinungsmacher im Berliner Medienzirkus. Betrifft. Dokumentation. Südwestrundfunk 2006.
- Leif, Thomas** (2010). Von der Symbiose zur Systemkrise. Essay. In: APuZ 19/2010.

- Leif**, Thomas/Speth, Rudolf (Hg.) (2006). Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Wiesbaden.
- Leinemann**, Jürgen (1994). Die Krankheit Politik. In: Der Spiegel 6/1994.
- Leinemann**, Jürgen (2004a). Die Staatsschauspieler. In: Der Spiegel 39/2004.
- Leinemann**, Jürgen (2004b). Eine Droge namens Politik. Ein Interview von Sven Hillenkamp und Stephan Lebert mit Jürgen Leinemann. In: Die Zeit Online
<http://www.zeit.de/2004/40/Leinemann> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)
- Levy**, Pierre (2001). Cyberculture. Minneapolis.
- Liessmann**, Konrad Paul (2010). Der Staat. Wie viel Herrschaft braucht der Mensch? Einleitungsvortrag zum 14. Philosophicum Lech am 23. 9. 2010 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Lovink**, Geert (2010). Was uns wirklich krankt macht. In: FAZ.net, <http://www.faz.net/-014slr> (zuletzt abgerufen am 2. September 2011)
- Luhmann**, Niklas (1996). Die Realität der Massenmedien. Opladen.
- Lüke**, Falk (2008). Kann Facebook Kriege auslösen? In: Die Zeit Online
<http://www.zeit.de/online/2008/31/e-demokratie> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)
- Lünig**, Johann Christian (1719/1720). Theatrum Ceremoniale Historico-Policum, 2 Bände. Leipzig.
- Media-Analyse** 2010, <http://www.media-analyse.at/studieDetail.do?year=2010>
- Metz**, Markus/Seeßlen, Georg (2010). Von der Demokratie zur Postdemokratie. Eine Gesellschaftsform in der Krise. In: Zündfunk Generator, Bayrischer Rundfunk. Sendedatum: 8. August 2010
- Meyer**, Thomas (1992). Die Inszenierung des Scheins. Essay-Montage. Frankfurt am Main.
- Meyer**, Thomas (1997). „Ein höfisches Zeremoniell“. Interview mit Thomas Meyer. In: Der Spiegel 46/1997.
- Meyer**, Thomas (2001). Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem. Frankfurt am Main.
- Meyer**, Thomas (2002). Mediokratie – Auf dem Weg in eine andere Demokratie? In: APuZ B 15 -16 / 2002.

- Meyer, Thomas** (2006). Populismus und Medien. In: Decker, Frank (Hg.) (2006). Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden.
- Meyer, Thomas** (2009). Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung. Wiesbaden.
- Meyer, Thomas** (2010). „Der Boulevard ist kein Partner“. Interview von Harald Fidler mit Thomas Meyer und Josef Ostermeyer. In: derStandard.at <http://derstandard.at/1271377725289/Interview-Der-Boulevard-ist-kein-Partner> (zuletzt abgerufen am 28. Juni 2011)
- Meyer, Thomas** (2010). Was ist Politik? Wiesbaden.
- Miller, George** (1956). The Magical Number Seven, Plus or Minus Two: Some Limits on Our Capacity for Processing Information. In: Psychological Review 63.
- Mouffe, Chantal** (2007). Über das Politische. Frankfurt am Main.
- Mouffe, Chantal** (2008). Das demokratische Paradox. Wien.
- Münkler, Herfried** (2008). In: Kurbjuweit, Dirk/Schwennicke/Christoph (2008). Gefährliche Trägheit. In: Der Spiegel 20/2008.
- Münkler, Herfried** (2010a). Lahme Dame Demokratie. Kann der Verfassungsstaat im Systemwettbewerb noch bestehen? In: Internationale Politik (IP). Der falsche Glanz der Diktatur. Mai/Juni 2010.
- Münkler, Herfried** (2010b). „Protest, Mitte und Maßlosigkeit - über die Lage der Nation diskutiert Volker Panzer mit dem Politikwissenschaftler Herfried Münkler und den Soziologen Heinz Bude und Michael Hartmann. In: ZDF Nachtstudio vom 19. Dezember 2010
- Negt, Oskar** (2002). Der gute Bürger ist derjenige, der Mut und Eigensinn bewahrt. Reflexionen über das Verhältnis von Demokratie, Bildung und Tugenden. In: Frankfurter Rundschau, 16. September 2002.
- Negt, Oskar** (2010). „In dieser Gesellschaft brodeln es“. Interview von Romain Leick mit Oskar Negt. In: Der Spiegel 32/2010.
- Negt, Oskar** (2010). Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen.
- Nietzsche, Friedrich** (1976). Also Sprach Zarathustra. Ein Buch für alle und keinen. Baden-Baden.

- Noelle-Neumann**, Elisabeth/Petersen, Thomas (2005). Alle, nicht jeder. Einführung die Methoden der Demoskopie. Berlin. Heidelberg.
- Nussbaum**, Martha (2006). Education and Democratic Citizenship: Capabilities and Quality Education. In: Journal of Human Development Vol. 7, No. 3.
- Offe**, Claus (2003). Einleitung. Reformbedarf und Reformoptionen der Demokratie. In: Offe, Claus (Hg.) (2003). Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge. Frankfurt am Main.
- Offe**, Claus (2008). Wie der Markt die Politik vergiftet. Die Finanzkrise als Demokratieverlust: Colin Crouchs Lagebericht. In: Frankfurter Allgemeine FAZ.net
<http://www.faz.net/artikel/C30405/wie-der-markt-die-politik-vergiftet-30106089.html>
 (zuletzt abgerufen am 29. Juni 2011)
- OGM/APA** Vertrauensindex: Institutionen. 2011.
www.ogm.at/pdfs/Institutionen_Maerzl1_HP.pdf (zuletzt abgerufen am 29. März 2011)
- Ortner**, Christian (2010). Die Presse Online
<http://diepresse.com/home/meinung/quergeschrieben/christianortner/574670/Die-suspendierte-Demokratie> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)
- Osang**, Alexander (2004). Der Machtflüsterer. In: Der Spiegel 19/2004.
- Patzelt**, Werner (2007). In: Ramge, Thomas (2007). Warum einfach, wenn's auch kompliziert geht. In: Brand eins, Ausgabe 4/2007.
- Patzelt**, Werner J. (2005). Demokratie in Deutschland – Folgerungen für die politische Bildung. In: Himmelmann, Gerhard/Lange, Dirk (Hg.) (2005). Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung. Wiesbaden.
- Pau**, Petra (2008). Mehr Demokratie wagen! In: Horster, Detlef (Hg.) (2008). Die Krise der politischen Repräsentation. Weilerswist.
- Pelinka**, Anton (1994). Demokratie zwischen Utopie und Wirklichkeit. Grundsätzliche Problembereiche und Überlegungen zur Demokratie. In: Johann Burger und Elisabeth Morawek (Hg.) (1994) Demokratie in der Krise? Zum politischen System Österreichs, Informationen zur politischen Bildung Nr. 7.
- Pinzler**, Petra (2009). Einmischen Erwünscht. In: Die Zeit Online,
<http://www.zeit.de/2009/26/Industriepolitik> (zuletzt abgerufen am 13. Juni 2011)

- Pirolli**, Peter (2007). Information Foraging Theory: Adaptive Interaction with Information. Oxford.
- Plasser**, Fritz (Hg.) (2000). Das österreichische Wahlverhalten. Wien.
- Plasser**, Fritz (2004). Politische Kommunikation in medienzentrierten Demokratien. Einleitung. In: Plasser, Fritz (Hg.) (2004). Politische Kommunikation in Österreich. Ein praxisnahes Handbuch. Wien.
- Plasser**, Fritz/Scheucher, Christian (1998). „The American Way of Wahlkampf“, In: Der Standard. 10.11.1998. S. 35. Zitiert nach: Hofer, Thomas (2005). Spin Doktoren in Österreich. Wien.
- Plasser**, Fritz/Ullrich, Peter A. (2000). Parteien ohne Stammwähler? Zerfall der Parteibindungen und Neuausrichtung des österreichischen Wahlverhaltens. In: Pelinka, Anton (Hg.) (2000). Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien. Wien.
- Prantl**, Heribert (2008). Demokratiealarm. Kommentar. In: Süddeutsche Zeitung Online. <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/finanzkrise-in-deutschland-demokratiealarm-1.533747> (zuletzt abgerufen am 27. März 2011)
- Radlegger**, Wolfgang (2011). In: Riedl, Joachim (2011). Wir sind das letzte Aufgebot. Die Zeit Online <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/691225/Faymann-und-Spindelegger-fehlt-Fuehrungsqualitaet> (zuletzt abgerufen am 30. September 2011)
- Radunski**, Peter (1980). Wahlkämpfe. Moderne Wahlkampfführung als politische Kommunikation. München. Wien. Zitiert nach: Gallus, Alexander (2002). Demoskopie in Zeiten des Wahlkampfes. „Wirkliche Macht“ oder „Faktor ohne politische Bedeutung“? In: APuZ B15-16/2002.
- Ramge**, Thomas (2007). Warum einfach, wenn's auch kompliziert geht. In: Brand eins, Ausgabe 4/2007.
- Rancière**, Jacques (2002). Das Unvernehmen Politik und Philosophie. Frankfurt am Main. S. 122. Zitiert nach: Katrin Meyer (2011). Kritik der Postdemokratie. Rancière und Arendt über die Paradoxien von Macht und Gleichheit. In: Leviathan 39, Heft 1/2011.
- Rancière**, Jacques (2010). Demokratie und Postdemokratie. In: Badiou, Alain/Rancière, Jacques (2010). Politik der Wahrheit. Wien.

- Reinemann**, Carsten (2010). Medialisierung ohne Ende? Zum Stand der Debatte um Medieneinflüsse auf die Politik. In: ZfP 57. Jg. 3/2010.
- Richter**, Emanuel (2006). Das Analysemuster der ‚Postdemokratie‘. Konzeptionelle Probleme und strategische Funktionen. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 4/2006.
- Rohr**, Mathieu von (2011). Die Revolution, die keine war. In: Der Spiegel 5/2011. S. 136
- Rohrer**, Anneliese (2011). In: Riedl, Joachim (2011). Wir sind das letzte Aufgebot. Die Zeit Online <http://www.zeit.de/2011/40/A-Wutsenioren> (zuletzt abgerufen am 30. September 2011)
- Rosa**, Hartmut (2007). In: „Wir wissen nicht mehr, was wir alles haben“. Interview von Iris Radisch mit Helmut Rosa. In: Die Zeit Online. <http://www.zeit.de/2007/52/Interview-Rosa> (zuletzt abgerufen am 12. Juni 2011)
- Rosa**, Hartmut (2010). Die Finanzkrise als Beschleunigungsunfall – Hartmut Rosa im Gespräch. In: Goethe-Institut e. V., Online-Redaktion, Mai 2010, <http://www.goethe.de/ges/phi/eth/de6018458.htm> (zuletzt abgerufen am 19. Juli 2011)
- Rosenberger**, Sieglinde K./Seeber, Gilg (2003). Kopf an Kopf. Meinungsforschung im Medienwahlkampf. Wien.
- Ross**, Jan (2002). Die neuen Sophisten. In: Die Zeit Online, http://www.zeit.de/2002/04/Die_neuen_Sophisten (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)
- Roth**, Dieter (2008). Der Nutzen der Wahlforschung für politische Strategien. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 21, 1/2008.
- Rousseau**, Jean-Jacques (1996). Betrachtungen über die Regierung Polens und über deren vorgeschlagene Reform. In: Sozialphilosophische Schriften. 2. Auflage. Düsseldorf/Zürich.
- Rucht**, Dieter (2007). Einführung: Protest. In: Geiselberger, Heinrich (2007). Und jetzt? Politik, Protest und Propaganda. Frankfurt am Main.
- Ruhl**, Kathrin et al. (2006). Demokratisches Regieren und politische Kultur: Post-staatlich, post-parlamentarisch, post-patriarchal? Einführende Überlegungen. Berlin. S. 9
- Rushkoff**, Douglas (2003). Open Source Democracy. How online communication is changing offline politics. London.

Rüß, Oliver (2001). Rechtliche Implikationen und politische Intentionen des Online Vo-tings – Ein Widerspruch? In: Filzmaier, Peter (Hg.) (2001). Internet und Demokratie: the state of online politics. Innsbruck.

Salomon, Martina (2011). Salomonisch: Inszenieren hilft der Politik, ersetzt sie aber nicht. In: Kurier Online <http://kurier.at/interaktiv/kolumnen/3910909.php> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)

Salzburger Nachrichten Online, Das Vertrauen in die Politik ist im Keller, <http://www.salzburg.com/online/nachrichten/newsletter/Das-Vertrauen-in-die-Politik-ist-im-Keller.html?article=eGMmOI8VfNhigneDAY62WT5VRRpUjIemTEJLybJ&img=&text=&mode=&> (zuletzt abgerufen am 11. August 2011)

Sarcinelli, Ulrich (1998). Mediatisierung. In: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hg.) (1998). Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Opladen.

Sarcinelli, Ulrich (2003). Demokratie unter Kommunikationsstress? Das parlamentari-sche Regierungssystem in der Mediengesellschaft. In: APuZ B43/2003.

Sarcinelli, Ulrich (2011). Medien und Demokratie. In: Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung. http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Medien_und_Demokratie.pdf (zuletzt abgerufen am 11. Juni 2011)

Sartori, Giovanni (1992). Demokratietheorie. Darmstadt.

Saxer, Ulrich (2009). Politik als Unterhaltung? Zum Spannungsverhältnis von Informationsauftrag und Publikumsinteresse. In: Hambacher Gespräche 1949-2009: 60 Jahre Grundgesetz. 07. August 2009, http://www.uni-koblenz-landau.de/landau/fb6/fli/dokumentation/doku_inhalt/ulrich-saxer-politik-als-unterhaltung/view (zuletzt abgerufen am 30. Juni 2011)

Schaal, Gery S. (2010). Postdemokratie. Tatsächlich? In: Magazin erwachsenenbil-dung.at Nr. 11/2010.

Schedler, Andreas (1993). Das empirische Profil der Politikverdrossenheit, IHS, Reihe Politikwissenschaft Nr. 7.

Schirrmacher, Frank (2009). Payback – Warum wir im Informationszeitalter gezwungen sind zu tun, was wir nicht tun wollen und wie wir die Kontrolle über unser Denken zu-rückgewinnen. München.

Schnedler, Thomas (2008). Getrennte Welten? Journalismus und PR in Deutschland. nr-Werkstatt Nr. 8. Wiesbaden.

Schneider-Wilkes, Rainer (1997). Demokratie in Gefahr? Münster.

Schneider-Wilkes, Rainer (1997). Macht oder Ohnmacht? Erfolgsbilanz und persönliche Auswirkungen von politischem Engagement in Bürgerinitiativen. In: Schneider-Wilkes, Rainer (Hg.). (1997). Demokratie in Gefahr? Zum Zustand der deutschen Republik. Münster.

Schroeder, Wolfgang/Vaut, Simon (2011). „Wirtschaft und Demokratie“. In: Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Schuh, Steven (2009). Umfragen als Anker? Studien zur Wirkung rezipierter Umfrageergebnisse. Wiesbaden.

Schulmeister, Paul (2007). Die Demokratie verkümmert – doch wen stört es? In: Die Presse Online. <http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/319065/Die-Demokratie-verkuemmert-doch-wen-stoert-es> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)

Schulmeister, Paul (2008). Was kommt nach der Demokratie? In: Die Presse Online. <http://diepresse.com/home/meinung/rundschau/416179/Was-kommt-nach-der-Demokratie> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)

Schulmeister, Paul (2009). Die Demokratie – ein Auslaufmodell? In: Die Presse Online. <http://diepresse.com/home/meinung/rundschau/512746/Die-Demokratie-ein-Auslaufmodell> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)

Schulmeister, Paul (2010). Auf dem Weg zur Fassadendemokratie. In: Die Presse Online. <http://diepresse.com/home/meinung/rundschau/592443/Auf-dem-Weg-zur-Fassadendemokratie> (zuletzt abgerufen am 13. August 2011)

Schumpeter, Joseph A. (2005). Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen.

Schwartzberg, Roger-Gérard (1980). Politik als Showgeschäft. Moderne Strategien im Kampf um die Macht. Düsseldorf/Wien.

Seitzer, Dagmar (2006). In: Leif, Thomas (2006). Strippenzieher und Hinterzimmer. Meinungsmacher im Berliner Medienzirkus. Betrifft. Dokumentation. Südwestrundfunk 2006.

Shahyar, Pedram (2010). Soziale Bewegungen und Demokratie. In: Wahl, Peter/ Klein, Dieter (Hg.) (2010). Demokratie und Krise – Krise der Demokratie. Berlin.

- Sittinger**, Ernst (2010). So machen die Parteien die Demokratie kaputt. In: Kleine Zeitung, 4. Dezember 2010.
- Sittinger**, Ernst (2011). Auf dem Weg in den unfinanzierbaren Staat. In: Kleine Zeitung, 28. August 2011.
- Skocpol**, Theda (1999). Associations Without Members. In: The American Prospect. Bd. 10. H. 45: www.prospect.org/print/V10/45/skocpol-t.html (zuletzt abgerufen am 12. März 2011)
- Sloterdijk**, Peter (2005). In: Demokratie dank Demoskopie: Mehrheit als Meinung. FAZ, 26. September 2005, Nr. 224.
- Smolczyk**, Alexander (2002). Die Hexer, ratlos. In: Der Spiegel 10/2002.
- Spreng**, Michael (2006). In: Leif, Thomas (2006). Strippenzieher und Hinterzimmer. Meinungsmacher im Berliner Medienzirkus. Betrifft. Dokumentation. Südwestrundfunk 2006.
- Statistik Austria** (2010). IKT-Einsatz in Haushalten 2010, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/informationsgesellschaft/ikt-einsatz_in_haushalten/
- Tautz**, Jürgen (2009) Internet als Bildungsplattform: Wie Wissen zu globaler Klugheit wird. Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,644007,00.html> (zuletzt abgerufen am 3. Juli 2011)
- Tenscher**, Jens/Nieland, Jörg-Uwe (2002). Wahlkämpfe im Showformat. In: Dörner, Andreas/Vogt, Ludgera (Hg.) (2002). Wahl-Kämpfe. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual. Frankfurt am Main.
- Ullrich**, Peter A. (2006). Politische Kultur der Bevölkerung. In: Dachs/Gerlich et al. (2006). Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien.
- Vieregge**, Thomas (2003). Politik vom Planeten Hollywood. Die Presse Online <http://diepresse.com/home/meinung/feuilleton/210726/print.do> (zuletzt abgerufen am 28. Juni 2011)
- Wahl**, Peter (2010). Einleitung. Demokratie – ein unvollendete Projekt in der Krise. In: Wahl, Peter/ Klein, Dieter (Hg.) (2010). Demokratie und Krise – Krise der Demokratie. Berlin.

- Walter**, Franz (2001). Die deutschen Parteien: Entkernt, ermattet, ziellos. Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 10/2001.
- Weber**, Max (1980). Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. Tübingen.
- Weber**, Max (1988). Gesammelte Politische Schriften. Tübingen.
- Weil**, Stephan (2008). Zur Krise der politischen Repräsentation. In: Horster, Detlef (Hg.) (2008). Die Krise der politischen Repräsentation. Weilerswist.
- Weissenberger**, Eva (2011). Politik macht krank. In: Kleine Zeitung, 27. März 2011.
- Wiener Zeitung** Online, Finanzkrise kostete 15 Billionen Dollar,
http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/36917_Finanzkrise-kostete-15-Billionen-Dollar.html
- Wildmann**, Marion (2001). Das Event als Strategie im politischen Wahlkampf. Ein kritischer Diskurs dargestellt am Wahlkampfmanagement der FPÖ. Zitiert nach: Hofer, Thomas (2005). Spin Doktoren in Österreich. Wien.
- Wolf**, Armin (2007). Post-Demokratie: Eine (Ent-)Warnung. Opening Statement – Obergurgl Governance Symposium, 18th-20th Oct. 2007.
www.uibk.ac.at/wuv/programm/ws0708/wolf_statement.pdf (zuletzt abgerufen am 18. August 2011)
- Wolin**, Sheldon S. (2001). Tocqueville between Two Worlds. Princeton.
- Zimmermann**, Klaus F. (2009). Wirtschaftswunderjahr 2009. In: APuZ 52/2009.
- Zolo**, Danilo (1997). Die demokratische Fürstenherrschaft. Für eine realistische Theorie der Politik. Göttingen.

5 ABSTRACT

Die Demokratie, so die These der vorliegenden Arbeit, befindet sich in einer Krise, die mit Hilfe des medizinischen Parallelbegriffes des Burnouts analysiert wird. Die Problematik wird durch eine ausführliche Literaturanalyse des Ist-Zustandes erörtert – der Fokus liegt dabei auf folgenden Fragen: Warum ist die Demokratie an einem Burnout erkrankt, wie sehen die Krankheitssymptome aus, worin liegen die Ursachen der Erkrankung und worin unterscheidet sich die derzeitige Krise von anderen Krisen der Demokratie. Ein besonderes Augenmerk liegt weiters auf den Hauptakteuren der Demokratie (Ökonomie, Staat, Politiker/Parteien, Medien und *demos*) und einer Analyse ihrer individuellen Krisen, als deren Triebfeder sich vor allem eine immer stärker werdende Beschleunigung aller beteiligten Prozesse erweist. Besondere Beachtung findet deshalb auch der Bereich Medien, bei dem sich diese Problematik am deutlichsten zeigt.

6 DANKESREDE

Ich darf mich äußerst glücklich schätzen in meinem Leben von ganz herausragenden, besonderen und phantastischen Menschen begleitet worden zu sein. Jeder von meinen Lieben hat mich geprägt und zu dem gemacht, was ich heute bin und morgen sein werde.

Ihnen an dieser Stelle nur einen Dank entgegen zu bringen, grenzt nahezu an Bescheidenheit. Wäre ich dazu in der Lage und verfügte über außernatürliche Kräfte, würde ich sie mit Freudigkeiten überschütten – ich würde ihnen Flügel schenken, damit sie in aller Leichtigkeit und ohne Sorgen durch das Leben und durch die Lüfte schweben könnten.

Einen Haufen Federn für meine Familie, die ich mit vollstem Stolz präsentieren darf:

Ein Flügelpaar für die beste Mama auf der ganzen Welt, die mir meine kulinarische Begeisterung in die Wiege gelegt hat, meinen Geschmack geprägt hat und mich mit viel Natürlichkeit und Liebe groß gezogen hat.

Ein Flügelpaar für den besten und vielseitigsten Papa auf der ganzen Welt, der mich immer liebevoll mit Rat und Tat unterstützt hat, immer ein offenes Ohr für mich hatte und in mir die Begeisterung für Handwerkereien geweckt hat. Danke für jeden Nagel und jede Schraube, die du für mich versenkt hast! Danke für deinen grandiosen Humor, deine unendliche Weisheit und deine mitreißende Fröhlichkeit!

... und noch ganz viele Daunenfedern für meine Eltern in ihrer Gesamtheit. – Dafür, dass ihr so phantastische Kinder in die Welt gesetzt habt und ganz Großes geschaffen habt! – Ich bewundere euch!

Danke für die vielen Seelenurlaube, fürs ständige Aufladen meiner Batterien, für die Wärme und für das Gefühl auf dieser Welt doch ein bisschen zu Hause zu sein!

Ein Zusatz-Flügelpaar für meine verstorbene und hoffentlich bereits befügelte Oma!

Ein Flügelpaar für meine Schwester, Susanne, die ich aufgrund ihrer außerordentlichen Feinfühligkeit, grandiosen Kreativität, enormen Stärke und ansteckenden Heiterkeit überaus bewundere! Danke für die vielen Abenteuer und Plaudereien mit dir!

Ein Flügelpaar für meinen Bruder, Niki .. Danke für jede einzelne Streitigkeit und Zankerei, für die Einführung in die Coolness, für deine Genialität! Du kannst stolz auf dich sein!

Ein Flügelpaar für meinen Bruder, Alexander, für das beste Grieskoch, das du mir als kleine Göre gezaubert hast und für den jahrelangen Computer-Support!

Flügelchen für meine Herzis Isai, Elija, Johanna und Samuel ..

Ich danke euch für eure Quietschlebensigkeit! – Ihr seid ganz zauberhafte und lebenswürdige Fröhlichkeiten und ich bin schon ganz gespannt, wohin ihr in eurem Leben noch so fliegen werdet!

Flügelchen für mein Chili-Wau-Wau, der so unglaublich viel Freude und Bewegung in mein Leben bringt. Flügelchen für meinen Fips, die du hoffentlich schon im Himmel hast. Du hast mir jeden Tag versüßt!

Ein Flügelpaar für Peter – Danke für deine Unkompliziertheit, deine Lebendigkeit, deine Aufrichtigkeit, deine Kreativität, deinen Scharfsinn, deine Fühligkeit, deine Erfrischtheit, deine Wissbegierigkeit, deine Ideen, deine Lebenslust, dein gutes Herz! – für die Leichtigkeit des Seins .. mit dir sein, heißt lebendig sein .. Danke, dass du mich mein Ich, mein Mich und mein Sein wieder finden lassen hast! .. Danke für die ständigen Herausforderungen an Herz und Hirn und danke, dass du mir als personifizierter roter Faden in der Zeit des Diplomarbeitsierens so tatkräftig und besänftigend die Hand gehalten hast!

Ein Flügelpaar für Irene! Jeder Moment mit dir ist ein raschelndes Geschenk mit einer riesigen Schleife und unsere Freundschaft ist mir ein bunter Schatz! Ein Hoch auf meine kleine Palatschinke!

Ein Flügelpaar für Philip .. der mich während des Studiums als Zwillingseele begleitet hat .. und mir gezeigt hat, wie man mit dem Herzen denken kann.

Ein Flügelpaar für Vedran, der mich ob seiner Sonnenscheinigkeit und Beschwingtheit bei gleichzeitiger verwissenschaftlicher Weisheit beeindruckt! Danke für die vielen motivatorischen Twitter-Worte und die Ratschläge mit dem Prädikat „besonders wertvoll“, die man sich im Rucksack in Kombination mit einer deftigen Jause durchs ganze Leben tragen kann!

Und schließlich ein Federbett für ..

- Verena, weil du einfach ein personifizierter Wahnsinn bist!
- Jelka und Rudi, für eure absolute Liebenswürdigkeit!
- Michael, dem hübschesten und sowieso besten Chefschreiberich mit dem herzigsten Kind und der spitzesten Zunge!
- Konrad, der immer wieder die Liebe zur Weisheit in mir aufflammen lässt!
- Rosa und Georg, den turteligsten Turteltauben!
- Joy! – Du schmeckst mir einfach!
- Simone und Evi, die mich die Schulzeit überstehen haben lassen.

Mit euch durchs Leben zu gehen beflügelt mich Tag für Tag!

7 CURRICULUM VITAE

Curriculum Vitae

Persönliche Daten

Name	Katharina Baumhake
Geburtstag und -ort	7. Januar 1986 in Wagna
Staatsbürgerschaft	österreichischer Staatsbürger
Religion	römisch-katholisch
Familienstand	ledig
Eltern	Ing. Alexander Baumhake, Waltraud Baumhake (geb. Steiner)
Beruf der Eltern	Ingenieur, Schneiderin
Geschwister	Mag. Susanne Baumhake (Künstlerin) Nikolaus Baumhake (Photograph) Alexander Baumhake (Ingenieur)

Ausbildung	2005 – 2011 Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien 2000 – 2005: HBLA Schrödinger in Graz 1996 – 2000: Gymnasium in Leibnitz 1992 – 1996: Volksschule in Lebring
-------------------	---

Besondere Kenntnisse	sehr gute Kochkenntnisse gute Englisch- und Französischkenntnisse sehr gute EDV-Kenntnisse
-----------------------------	--

Interessen	Kochkunst Musik Literatur
-------------------	---------------------------------

Berufliche Tätigkeiten	2008 – 2011 Praktikum beim 12./13./14./15. Philosophicum Lech 2004 Feri job als Köchin im Jugendgästehaus Deutschlandsberg 2003 Praktikum bei Graf, Maxl & Pitkowitz Rechtsanwälte GmbH 2002 Feri job im Koch- und Servicebereich im Gasthof Draxler
-------------------------------	---

Sonstiges	2007 Stipendiat beim 11. Philosophicum Lech 2002 Teilnahme an einem Gender Mainstreaming-Seminar
------------------	---

Wien, im November 2011



... und jetzt?

amnesie in litteris